B6897F

Informationen

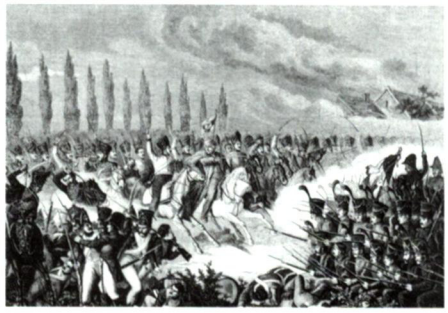
315 zur politischen Bildung

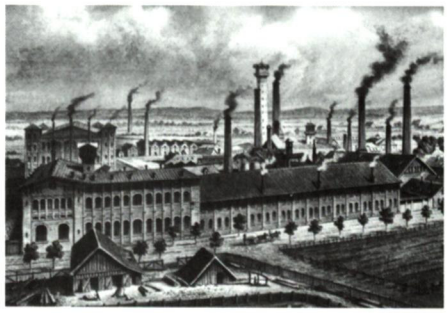
bpb:

2/2012

Das 19. Jahrhundert

Inhalt





1800 bis 1850 ..... **4**
Deutschland 1800-1850 4
Europa 1800-1850 14
Die Welt 1800-1850 22

1850 bis 1880 ..... **30**
Deutschland 1850-1880 30
Europa 1850-1880 39
Die Welt 1850-1880 47

1880 bis 1914 ..... **56**
Deutschland 1880-1914 56
Europa 1880-1914 66
Die Welt 1880-1914 73

Literaturhinweise **82**
Der Autor **83**
Impressum **83**

Editorial

Im 19. Jahrhundert beginnen viele Entwicklungen, deren Ergebnisse bis in die Gegenwart wirken – politisch, wirtschaftlich und sozial.

So werden in vielen Staaten Europas Verfassungen erkämpft und erarbeitet, die die Beziehungen zwischen staatlicher Macht und Staatsvolk auf eine rechtliche Grundlage stellen. Es gründen sich Parteien, deren gewählte Vertreter die Exekutive kontrollieren, und das Wahlrecht wird auf immer größere (männliche) Gruppen der Bevölkerung ausgeweitet.

Auf wirtschaftlichem Gebiet finden gravierende Veränderungen statt, die, ausgehend von Großbritannien, in anderen westeuropäischen Ländern, den USA und Japan verstärkt um die Jahrhundertmitte einsetzen. In vielen Ländern vollzieht sich der entscheidende Übergang von der Agrar- in die Industriegesellschaft. Erfindungen und technische Entwicklungen verändern die Produktionsbedingungen in den Fabriken und begünstigen die Massenfertigung. Ein neues (Massen-)Transportmittel, die Eisenbahn, beschleunigt das Reisen, verkürzt die Distanzen und entpuppt sich als Wachstums-„Lokomotive" für die Regionen, die sie verbindet.

Die Massenarmut, ein drückendes Problem der ersten Jahrhunderthälfte in Europa, geht zurück, denn das wirtschaftliche Wachstum steigt stärker als die Bevölkerungszahlen. Die neu entstehenden Industrien bieten Arbeitsplätze, sodass das Einkommen pro Kopf zunimmt und die Nachfrage und die Produktion gefördert werden. Ersparnisse, die zurückgelegt werden können, ermöglichen es wiederum den Banken, Mittel für Investitionen bereitzustellen.

Aber der Umbruch fordert enorme Anpassungsleistungen und kostet Opfer. Nicht alle profitieren vom wachsenden Wohlstand. Traditionelle Gewerbe geraten unter Druck, viele Menschen erleiden Statusverluste. Hunderttausende, die auf der Suche nach Verbesserung ihrer Existenzbedingungen in die wachsenden Städte und nach Übersee drängen, machen die Erfahrung von Entwurzelung. Der getaktete Alltag des Maschinenzeitalters steigert die physischen Belastungen für die Einzelnen.

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ist die Welt intensiver miteinander vernetzt denn je. Die interkontinentale Dampfschifffahrt verbindet Häfen auf allen Kontinenten, verkürzt die Streckendauer und senkt die Transportkosten. Durch die Telegrafie wächst die Welt kommunikativ zusammen, Nachrichten erreichen nun innerhalb kurzer Frist die Empfänger. Das, wozu früher mehrere Wochen benötigt wurden, erfolgt nun innerhalb eines Tages. Über Nachrichtenagenturen und den entstehenden Zeitungsmarkt gelangen Neuigkeiten aus dem Ausland an die interessierte Leserschaft.

Doch die immer engeren wirtschaftlichen Verflechtungen sind begleitet von staatlichem Eigeninteresse und Konkurrenzdenken. Übersteigerter Nationalismus und imperialistisches Wetteifern um immer größere Anteile an der Welt münden in den Ersten Weltkrieg. Er setzt dieser Phase der Globalisierung ein vorläufiges, blutiges Ende.

Die zuvor herrschende Vernetzung, die auch die Gegenwart bestimmt, legt es nahe, zum besseren Verständnis des 19. Jahrhunderts neben der deutschen Nationalgeschichte auch Entwicklungen und Geschehnisse auf der europäischen und globalen Ebene in den Blick zu nehmen. Diese Überlegung bestimmt die Konzeption dieser Heftausgabe. Dabei geht der Autor, Jürgen Osterhammel, in einem Dreischritt vom Kleinen zum Großen: Deutschland – Europa – Die Welt vor, wobei Verbindungen zwischen den drei Ebenen stets verdeutlicht und unnötige Überschneidungen vermieden werden. So kann derselbe Sachverhalt von unterschiedlichen Standorten aus betrachtet werden, die 1848er Revolution zum Beispiel als deutsches und als europäisches Ereignis. Andere Entwicklungen, die sich überall gezeigt haben, werden wiederum exemplarisch in einem Kapitel behandelt, so die Auswanderung als ein auch europäisches Phänomen im Abschnitt zur Welt.

Das räumliche Drei-Ebenen-Modell wird ergänzt durch die zeitliche Einteilung des Jahrhunderts in drei Epochen: 1800-1850, 1850-1880, 1880-1914, wobei diese Periodisierung eher als Annäherung und Hilfsmittel zu verstehen ist.

Das Heft bietet so einen umfassenden Blick auf die Geschehnisse im 19. Jahrhundert bis hin zum Ersten Weltkrieg und kann dabei, dank der wechselnden Perspektiven, manchen „Aha-Effekt" erzeugen, der auch Gegenwartsphänomene besser nachvollziehbar macht. Denn – so Jürgen Osterhammel – „Globalisierung gab es lange vor dem Internet".

Jutta Klaeren

Jürgen Osterhammel

1800 bis 1850

1815 endet in Europa eine Epoche permanenter Kriege. Nun soll die Rückkehr zur fürstlichen Territorialherrschaft inneren und äußeren Frieden gewährleisten. Doch die zunehmende Politisierung breiter Bevölkerungskreise, Bevölkerungswachstum und Massenarmut sorgen für revolutionäre Unruhe und Druck zu Reformen. Die Europäer dringen immer mehr in ferne Weltregionen vor. Dort verschieben sich die Gewichte: Während die westliche Hemisphäre erstarkt, gerät Asien unter den zunehmenden Einfluss der Europäer.

akg-images / Nimatallah

Die Reichskrone des Heiligen Römischen Reiches, niedergelegt von Kaiser Franz II. am 6. August 1806. Damit war das seit dem frühen Hochmittelalter bestehende Reich erloschen.

Deutschland 1800-1850

Die territoriale Revolution der deutschen Staatenwelt

Der deutsche Nationalstaat ist heute eine Selbstverständlichkeit. Deshalb fällt es schwer, sich ein Europa vorzustellen, in dem es einen solchen Staat noch nicht gab. Der heutige Föderalismus der 16 Bundesländer erinnert an die große Bedeutung, die Länder, Landschaften und unabhängige Städte – davon geblieben ist der Status von Berlin, Hamburg und Bremen als Bundesländer – als eigenständige politische Einheiten in Deutschland von jeher gehabt haben. Die föderale Struktur der heutigen Bundesrepublik vermittelt allerdings einen nur schwachen Eindruck von der kleinstaatlichen Zersplitterung, die um 1800 das hervorstechende Kennzeichen der politischen Landkarte Mitteleuropas war. Viele der Mini-Staaten bestanden nur aus einer größeren Stadt und ihrer ländlichen Umgebung. Durch den Tod des Herrschers, die Spaltung einer Dynastie, durch Vererbung oder eine militärische Niederlage konnten sie von heute auf morgen den Besitzer wechseln.

Diese fragmentierte Staatenwelt war nicht nach außen abgeschottet. Sie stand an ihren Rändern in einer Vielzahl von Beziehungen zu ihren zahlreichen Nachbarn. Im Inneren wurde sie in erster Linie durch eine gemeinsame Sprache zusammengehalten. Um 1800 war „Deutschland" zwar kein Nationalstaat, aber eine ziemlich klar identifizierbare Kulturnation, zu der im allgemeinen Verständnis auch die vorwiegend deutschsprachigen Gebiete der Habsburgermonarchie (ab 1804: „Kaisertum Österreich") gehörten.

Die politische Landkarte Mitteleuropas um 1800, das Ergebnis Jahrhunderte langer Prozesse der Teilung und neuerlichen Zusammenführung politischer Einheiten durch Erbgang, Verheiratung, Schenkung oder Krieg, war extrem uneinheitlich. Kein Staat war im heutigen Sinne territorial abgerundet. Selbst ein großflächiges Gebilde wie das Königreich Preußen besaß Streubesitz weit entfernt von seinen hauptsächlichen Landesgrenzen. So gehörte das niederrheinische Kleve bis zu seiner Besetzung durch französische Revolutionstruppen 1794 als Enklave zu Preußen; auch die fränkischen Gebiete um Ansbach und Bayreuth waren preußisch, ebenso das französischsprachige Neuchâtel in der Schweiz. Noch stärker zersplittert war zum Beispiel das Herrschaftsgebiet des Kurfürsten von Mainz. Zu ihm gehörten der Bischofssitz Erfurt sowie kleine Gebietsstücke in Westfranken, an der Lahn, in Nordhessen und sogar nördlich der Werra. Herrschaft wurde bis zum Ende des 18. Jahrhunderts in Deutschland nicht als Herrschaft über zusammenhängende Territorien gedacht, sondern als Geltungsbereich von Rechtsordnungen. „Kurmainz" lag dort, wo Mainzer Recht galt. Im Nachbardorf konnte es schon nassauisches oder sächsisches Recht sein. Zollschranken waren allgegenwärtig. Maße, Gewichte und die Uhrzeit unterschieden sich von Ort zu Ort, und ein extrem uneinheitliches Geld- und Münzwesen erschwerte schon im Nahbereich den Wirtschaftsverkehr.

Eine wichtige Nebenwirkung solch komplizierter Gemengelagen war das Fehlen eines nationalen kulturellen Zentrums oder auch mehrerer solcher Zentren. Die Geschichte der deutschen Hochkultur ist bis weit ins 19. Jahrhundert hinein eine Geschichte bürgerstädtischer oder fürstlich-höfischer Kulturförderung und Kulturentfaltung gewesen. War das kul-

turelle Leben Frankreichs auf Paris, das englische auf London konzentriert, so gab es im deutschsprachigen Raum neben Wien, Berlin oder München eine Vielzahl kultureller Brennpunkte, deren Aufstieg und Fall in Residenzstädten eng mit dem Engagement einzelner fürstlicher Mäzene zusammenhing. In den Jahren um 1800 waren Kleinstädte wie Weimar oder Jena erstrangige Zentren von weiter Ausstrahlung.

Die zahlreichen, oft winzigen autonomen Herrschaftsgebiete auf „deutschem" Territorium wurden durch das Heilige Römische Reich Deutscher Nation überwölbt. Es war kein Staat im modernen Sinne, sondern eine damals in Europa einzigartig gewachsene, niemals systematisch entworfene Konstruktion, „ein Personenverband, der im Kern bis zum Schluss auf gegenseitigen persönlichen Treueverpflichtungen beruhte" (so die Historikerin Barbara Stollberg-Rilinger). Daher gab es beim Kaiser in Wien, der außerhalb der habsburgischen Lande keinerlei „absolute" Macht ausübte, keine deutsche „Regierung"; es gab keine Reichsarmee und keine Reichsverwaltung, kein einheitliches Finanzwesen, kein allgemeines Recht für alle Bewohner des Reiches, nur Ansätze zu einer gemeinsamen Außenpolitik. An Anhängern fehlte es dem Reich bis zum Ende nicht. „Reichspatrioten" priesen die Vorteile eines lockeren Zusammenhalts, aber die Unfähigkeit des Reiches zu Reformen war vielen Kritikern schon im 18. Jahrhundert aufgefallen.

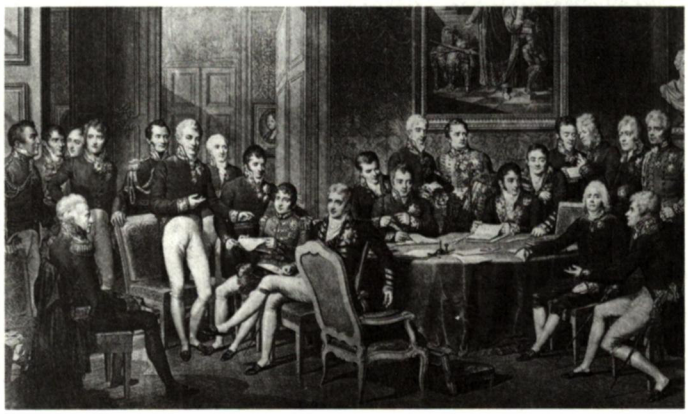
Den Test eines neuen großen Krieges bestand es nicht. Seit 1792 rückten die Truppen des revolutionären Frankreich gegen den Westen Deutschlands vor, unterstützt durch sympathisierende Aufstände in Mainz und in anderen Städten und Landregionen des Rheinlandes. Dass der Kaiser Anfang 1793 den „Reichskrieg" erklärte, hatte wenig Bedeutung, da die größeren Länder ihre jeweils eigene Politik betrieben. Angesichts des vehementen französischen Vordringens musste jeder sehen, wie er seine Interessen vertrat, etwa durch separate Friedensschlüsse. Zudem machte Frankreich Angebote der territorialen Neuordnung, die für manche ihrer Adressaten verlockend waren.

In dieser Situation beschlossen einige der mächtigsten Fürsten die Selbsttransformation des Reiches. Der Reichsdeputationshauptschluss vom Februar 1803, das Ergebnis einer Kombination von deutschem Reformwillen und französischem Druck, bedeutete eine revolutionäre Vereinfachung der politischen Landkarte, eine territoriale „Flurbereinigung" größten Stils. Der Rhein wurde als Grenze zu Frankreich endgültig anerkannt. Die meisten der geistlichen Fürstentümer wurden aufgehoben; im Zuge der „Säkularisation" wurden kirchliche Hoheitsrechte und umfangreicher Kirchenbesitz (etwa Klöster und Stifte) an die weltlichen Fürstenstaaten verteilt. Sie waren auch die wichtigsten Nutznießer der sogenannten Mediatisierung: 45 der noch bestehenden 51 Freien Reichsstädte, die bis dahin direkt dem Kaiser unterstanden hatten, wurden von benachbarten oder sie umgebenden fürstlichen Territorien annektiert. Hunderte bis dahin juristisch autonome Adelsherrschaften wurden aufgehoben und landesherrlicher Regierung unterstellt. Vor allem Bayern, Baden und Württemberg konnten ihren Territorialbesitz dramatisch vermehren und ihre Grenzen abrunden. 1803 änderte das Heilige Römische Reich seinen Charakter derart radikal, dass es *de facto* aufhörte zu bestehen. Die ohnehin schwachen Institutionen des Reiches, vor allem der Kaiser und der Reichstag (im Grunde eine Fürstenversammlung), wurden überflüssig. Franz II. proklamierte 1804 erstmals ein „österreichisches" Erbkaisertum. Im Juli 1806 erklärte er unter dem Druck des siegreichen Eroberers Napoleon das Reich für aufgelöst.

Der territoriale Umbau Mitteleuropas war zu diesem Zeitpunkt bereits im Wesentlichen abgeschlossen. Er gelang, weil die Neuordnungspläne Frankreichs, dessen Politik ab 1799 vom Ersten Konsul, ab 1804 Kaiser Napoleon Bonaparte (1769-1821) bestimmt wurde, mit den Interessen der größeren deutschen Fürsten übereinstimmten. Napoleon stellte den beiden mächtigsten deutschen Staaten, Österreich und Preußen, einen westlichen Block des „Dritten Deutschland" entgegen, der politisch als Allianzpartner, militärisch als Puffer und wirtschaftlich als Ressourcenquelle Frankreichs dienen sollte. Seine Organisationsform war ab 1806 der „Rheinbund" unter französischem Protektorat, in dem es zahlreiche Abstufungen der Nähe zu und Abhängigkeit von Frankreich gab. Die territoriale Revolution von 1803/06 überdauerte den Sturz Napoleons im Jahre 1815. Auf dem Wiener Kongress von 1814/15 wurde sie von sämtlichen europäischen Großmächten bestätigt. Napoleons ehemalige deutsche Verbündete, vor allem die Königreiche Bayern und Württemberg, wurden nicht geschwächt. Preußen erhielt große Gebiete im Rheinland und in Westfalen zugesprochen; Österreich, das sich nun ganz aus den Niederlanden und vom Oberrhein zurückzog, gewann Norditalien hinzu. Die damals vereinbarte politische Landkarte blieb im Prinzip bis 1866 bestehen. Sie war gekennzeichnet durch drei Machtpole: Preußen im Norden, Österreich im Südosten, das Dritte Deutschland in der Mitte und im Südwesten. An der Polyzentralität Deutschlands änderte sich wenig.

akg-images

Staatliche Zersplitterung und fürstliche Mäzene lassen Kleinstädte in Deutschland zu kulturellen Zentren von überregionaler Ausstrahlung werden. Die Goethe-Stadt Weimar auf einer Bildpostkarte um 1840



bpk

Der Wiener Kongress bestätigt die territoriale Neuordnung Deutschlands von 1803/06 unter Fortbestand der Fürstenherrschaft. Architekt der nachnapoleonischen Ordnung ist Klemens Fürst von Metternich (li. v. stehend).

bpk

Zum Gedenken an die Befreiungskriege veranstalten Burschenschaftler 1817 das Wartburgfest. Auf Forderungen nach einem Nationalstaat und einer liberalen Verfassung reagiert die Obrigkeit mit Repressionen, ...

bpk / Kunstbibliothek, SMB / Knud Petersen

... die viele Menschen resigniert oder eingeschüchtert zum Rückzug ins Privatleben veranlassen. Künstlerischer Ausdruck dessen ist das Biedermeier. „Das Abendgebet", Radierung 1823 von Johann Michael Voltz

Restauration, Beamtenherrschaft und früher Konstitutionalismus

Als übergreifende Organisationsform dieser vereinfachten, aber immer noch fragmentierten Staatenwelt wurde 1815 der Deutsche Bund mit erst 38, später 41 Mitgliedern geschaffen. Er war zwar kompakter organisiert als das Reich vor 1806, jedoch eher eine Institution der gemeinschaftlichen Beratung und Abstimmung unter selbstständigen Staaten als ein Quasi-Nationalstaat mit starken Regierungsfunktionen. Politik wurde weiterhin in und zwischen den Fürstenstaaten gemacht. Diese Politik war während der folgenden Jahrzehnte noch nicht primär nationale Politik. Doch hatten die Befreiungskriege gegen Napoleon, vor allem 1813/14, sowie die Idee einer auch staatlich geeinten deutschen Kulturnation viel Zustimmung gefunden. In propagandistisch geschürter Franzosenfeindschaft schien sich eine gesamtdeutsche Identität zu stärken.

Dass die Fürsten und die „von unten" aus der bürgerlichen Gesellschaft organisierte Nationalbewegung am gleichen Strang ziehen würden, erwies sich nach dem Ende der Kriege allerdings als Illusion. Der österreichische Staatsminister Klemens Wenzel Fürst von Metternich (1773-1859), der einflussreichste Architekt der nachnapoleonischen Ordnung in Deutschland und Europa, war nicht der Einzige, der verstand, dass die deutsche Nationalbewegung, so schwach sie noch war, letztlich eine liberale Verfassung anstrebte und damit die Einschränkung der Fürstenherrschaft, deren Sicherung wiederum Metternichs höchstes Ziel war. Das Wartburgfest vom Oktober 1817, überwiegend von Studenten bestritten, markierte die Abwendung der enttäuschten deutschen Patrioten vom Deutschen Bund. Im September 1819 setzte Metternich gegen Widerstände auch unter den Fürsten mit den „Karlsbader Beschlüssen" harte Repressionsmaßnahmen durch. Was bis dahin in den deutschen Staaten bereits an Meinungs- und Pressefreiheit erreicht war, wurde weitgehend rückgängig gemacht. Die Zensur von Gedrucktem aller Art spielte eine größere Rolle als je zuvor. Kritiker der Fürstenherrschaft und Anhänger von Nationalideen wurden ins Gefängnis geworfen, aus staatlichen Ämtern entlassen, von Agenten bespitzelt. In dieser Zeit, die in Literatur und Malerei vom „Biedermeier" geprägt war, dem Beschwören unpolitischer und unheroischer kleiner Lebenskreise, wie sie etwa Carl Spitzweg (1808-1885) darstellte, zogen sich Viele eingeschüchtert oder resignierend ins Privatleben zurück. Einige der klügsten Köpfe wie Heinrich Heine (1797-1856), Ludwig Börne (1786-1837) oder Karl Marx (1818-1883) gingen ins Exil.

Dennoch wäre es übertrieben, in Deutschland eine Friedhofsruhe anzunehmen. Die Politisierung größerer Teile der Gesellschaft, wie sie in den 1790er-Jahren begonnen hatte, ließ sich nicht vollkommen rückgängig machen. Institutionen der Öffentlichkeit wie Presse, Buchmarkt, Lesegesellschaften und ein aufblühendes Vereinswesen konnten sich auch im engen Rahmen polizeilicher Überwachung fortentwickeln. Eine im Juli 1830 von Paris ausgehende Revolution stürzte in den deutschen Ländern zwar kein einziges Herrscherhaus, äußerte sich aber bis 1834 als „revolutionsähnliche Erregung gesellschaftlicher Kräfte" (so der Historiker Wolfram Siemann) und führte in einer ganzen Reihe von Ländern des Dritten Deutschland zu verfassungspolitischen Fortschritten. Der nun beginnende „Vormärz" (1830-47) wurde zu einer Zeit der Entstehung politischer Programme und Parteiströmungen. In Süddeutschland, vor allem im Großherzogtum Baden, hatten es die Fürsten und ihre Regierungen als Folge reformerischer Zugeständnisse erstmals mit gewählten Landtagen zu tun, in denen liberale Mehrheiten selbstbewusst für größere Freiheiten stritten.

Diese beginnende Parlamentarisierung und Konstitutionalisierung – von der Preußen und Österreich einstweilen unberührt blieben – sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass während der gesamten ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die wichtigsten politischen Initiativen „von oben" ausgingen, von einer modernisierungsorientierten Staatsbürokratie. Sowohl im Rheinbund als auch in Preußen wurden nach 1806 große Reformprogramme umgesetzt, die an frühere Formen eines „aufgeklärten Absolutismus" anschlossen und sich zugleich das napoleonische Frankreich zum Vorbild nahmen. In Staatsverwaltung und Militär, im Bildungswesen und in der Wirtschaftspolitik wurden die Strukturen und Praktiken des vornapoleonischen *Ancien Régime* überwunden. Dies geschah in den Rheinbundstaaten, besonders durchgreifend im Königreich Bayern unter dem Minister Maximilian Graf Montgelas (1759-1838), in enger Anlehnung an Frankreich und mit der Absicht, den monarchischen Staat auf Kosten verbliebener ständischer

Sonderrechte zu stärken. In Preußen entstand der Reformimpuls umgekehrt aus der Abwehr Frankreichs. Nach der ungeschickt provozierten Schlacht von Jena und Auerstedt im Oktober 1806 war der preußische Staat zusammengebrochen. Der Königshof floh, französische Besatzungstruppen zogen in Berlin ein. 1807 sah sich Preußen nach Fläche wie Bevölkerung auf die Hälfte reduziert. In dieser extremen Notlage entwarf ein kleiner Kreis von Angehörigen der Elite – Karl vom und zum Stein (1757-1831), Karl August von Hardenberg (1750-1822), Wilhelm von Humboldt (1767-1835) und andere – ein Rettungsprogramm für Preußen, das zumindest teilweise verwirklicht wurde.

Ob Rheinbund oder Preußen, ob pro- oder anti-französisch: Die Resultate waren ähnlich. Die Staatsverwaltung wurde zentralisiert, hierarchisiert, nach Fachressorts geordnet, von Patronage- und Pfründenwirtschaft befreit, stärker für nichtadlige Karrierebeamte geöffnet. Aus Fürstendienern wurden Staatsbedienstete. Durch die Zurückdrängung des bis dahin auch politisch dominierenden Adels und überhaupt von „ständischen" Zwischengewalten aller Art gewann der Staat – wie gleichzeitig im napoleonischen Frankreich – eine beispiellose Machtfülle. Diese wiederum weckte mit der Zeit aus der Gesellschaft heraus Forderungen nach Mitsprache und Kontrolle.

Staatliche Überwachung

Die Geschichte des deutschen Überwachungsstaates [...] ist vor allem mit einem Namen verbunden: Klemens Fürst Metternich. Vom Wiener Kongress 1815 bis zur Revolution 1848 war er als österreichischer Außenminister und Staatskanzler der eigentliche Herr in Mitteleuropa. [...]

Als im März 1819 ein Student in Mannheim August von Kotzebue ersticht, da er den Erfolgsdramatiker verdächtigt, ein Agent des Zaren zu sein, nimmt Metternich das Attentat zum Vorwand für einen Schwenk, den er längst geplant hat. Im böhmischen Karlsbad schwört er Deutschlands Staaten auf unerbittliche Härte ein.

[...] Die Universitäten werden überwacht, die Zensur wird verschärft, eine Kommission soll Freiheitsfreunde aufspüren, und der Deutsche Bund darf in seinen Mitgliedsstaaten Soldaten einsetzen, wenn die Innere Sicherheit gefährdet ist. [...] „Schändlich und beleidigend", ruft Wilhelm von Humboldt, und sein Wort ist nicht das schärfste.

[...] Das Pressegesetz regelt die Zensur für alle Schriften, die kürzer als 320 Seiten sind, so will man Zeitschriften und Broschüren kontrollieren, dicke, teure Bücher hingegen gelten als ungefährlich. Und in Mainz wird die Zentraluntersuchungskommission eingerichtet [...]. Sie soll „hochverräterische Umtriebe" verhindern und darf die deutschen Länder anweisen, wo zu durchsuchen und wer zu verhaften ist. Doch vor allem sammelt sie unablässig Material, häuft Papierberge, erstellt ungezählte Listen vermeintlicher Verschwörer [...]. [...]

Nach der französischen Juli-Revolution von 1830, die den letzten Bruder Ludwigs XVI., Karl X., vom Thron fegt und auch nach Deutschland dringt [...], gibt es neue Gesetze „zur Herstellung und Erhaltung der Ruhe in Deutschland", und dem großen deutsch-französisch-polnischen Freiheitsfest auf dem Hambacher Schloss in der Pfalz 1832 folgen weitere Beschlüsse „zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe". Im Jahr darauf brechen in Frankfurt am Main Unruhen aus. Studenten erobern zwei Wachgebäude – eine dilettantische Aktion. Doch Metternich kommt's gerade recht, hat doch die Mainzer Zentraluntersuchungskommission 1828 zu seinem Bedauern ihre Arbeit eingestellt. Nun wird am 30. Juni 1833 in Frankfurt die Bundeszentralbehörde eingerichtet.

Damit nicht genug. [...], Metternich installiert [...] ein komplettes weiteres System in Mainz, ein „Informationsbüro", das deutschlandweit seine Spitzel aussendet. Es ist allein eine Einrichtung des Fürsten, sein Instrument und streng geheim.

Das Büro postiert an den strategischen Punkten je einen V-Mann, in Mainz, in Leipzig, in Frankfurt, außerdem in der Schweiz, in Straßburg und Paris. Zudem schaffen sich die Zuträger ihr eigenes Netz am Ort. Und sie reisen viel herum. Es sind Männer des Geistes darunter, Schriftsteller und Journalisten, konvertierte Liberale, zerrissene Charaktere wie Eduard Beurmann, der Frankfurter Agent. Er beschattet den jungdeutschen Schriftsteller Karl Gutzkow, mit dem er zugleich die Oberpostamtszeitung herausgibt.

Oft mehrmals in der Woche senden die informellen Mitarbeiter ihre Berichte nach Mainz, von wo sie nach Wien in die Staatskanzlei weitergereicht werden. [...] Mit Datum vom 30. November 1840 kann man aus Leipzig über Robert Blum erfahren: „Blum ist [...] der Vorstand einer politischen Gesellschaft, welche unter dem Namen Kegelgesellschaft [...] ihr Wesen treibt. Sie kegelt zwar im Sommer, allein, sie hat nur politische Unterhaltungen. Sie feiert die Erstürmung der Bastille." Oder, am 14. Februar 1846, aus Paris: „Drei kommunistische Chefs, Deutsche, unter welchen sich der bekannte Marx befindet, arbeiten an der Herausgabe von acht Bänden: Über den Kommunismus, seinen Ursprung, seine Doktrinen, seine Verbindungen." Metternich liest alles. [...]

Die Berichte werden sorgfältig ausgewertet. Es folgen Zensur, Verbote, Verhaftungen, Kerkerstrafen. Der Kreis der Verdächtigen wird immer größer. Gelten zunächst vor allem die Universitäten als Brutstätten der Verschwörung, geraten nach den Studenten und Professoren rasch auch Künstler, Unternehmer, Ärzte, Pfarrer, Handwerksgesellen und -meister unter Verdacht, liberale Bürger ebenso wie demokratisch gesinnte Adelige.

Metternich spürt wohl, dass die Zeit stärker ist als er. Überall gibt es Wandel, junge National- und Freiheitsbewegungen. [...] Aber eine Idee, wie man die neuen Kräfte bändigen und in ruhige Bahnen lenken könnte, hat er nicht. [...]

[I]n den vierziger Jahren [sind] die Erosionserscheinungen unübersehbar. Die Zentralbehörde stellt 1842 ihre Arbeit ein, und auch Metternichs eigener Spitzelapparat, das Mainzer Informationsbüro, beginnt an Einschüchterungskraft zu verlieren. [...]

Kontrolle und Zensur werden allmählich zur Farce. 1848 kracht Metternichs Bau dann binnen Wochen zusammen. Die gefürchtete Revolution ist da. [...] Der Fürst ist am Ende. Wenige Stunden nachdem die Revolution Wien erreicht hat, gibt er auf. Am 13. März verlässt er die Stadt und flüchtet nach London, Deutschland jubelt. [...]

Ralf Zerback, „Metternichs IM", in: Die Zeit, Nr. 25 vom 10. Juni 2009

Der gestärkte Staat nahm zahlreiche Reformprojekte in Angriff. Von besonders nachhaltiger Wirkung war zum Beispiel die Bildungsreform, die ein kleiner Kreis um den Gelehrten Wilhelm von Humboldt ab 1809 in Preußen initiierte und die rasch auch außerhalb Preußens Nachahmer fand. Statt Drill und Wissensansammlung sollte „Bildung" die optimale Entfaltung individueller Begabungen ermöglichen. Auf die Ideen der Humboldt-Gruppe gingen Neuerungen wie das dreigliedrige Bildungssystem, das auf Alten Sprachen und Mathematik beruhende humanistische Gymnasium, die wissenschaftliche Ausbildung von Gymnasiallehrern und das Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre an den Universitäten zurück.

Gesellschaftliche Veränderungen in Stadt und Land

Andere Reformen hatten Auswirkungen auf Sozialstruktur und Wirtschaftsleben. Manchmal zeigten sich ihre Ergebnisse erst nach Jahren oder gar Jahrzehnten. Dazu zählten gesetzlich verordnete Änderungen der Agrarverfassung („Bauernbefreiung"), die zahlreiche Einschränkungen der Mobilität und der persönlichen Entscheidungsfreiheit der bäuerlichen Bevölkerung aufhoben und es ihr ermöglichten, Landeigentum zu erwerben und sich durch Ablösezahlungen von Arbeitsdiensten für den Grundherrn freizukaufen. Keiner der größeren deutschen Staaten war auf diesem Gebiet so fortschrittlich wie Preußen. Ähnliches gilt für die Einführung der Gewerbefreiheit. Sie garantierte Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit für jeden, der einen Handwerksbetrieb, eine Fabrik oder ein Handelsgeschäft eröffnen wollte – ein Grundpfeiler einer liberalen, den freien Wettbewerb erleichternden Wirtschaftsordnung. Ein weiteres Reformfeld war die Judenemanzipation. Sie folgte dem Vorbild des revolutionären Frankreich und beseitigte zunächst ab 1808 im Königreich Westfalen, einem französischen Satellitenstaat um die Hauptstadt Kassel, später in Preußen und anderen deutschen Staaten die vielfältigen Beschränkungen, die der jüdischen Minderheit (etwa ein Prozent der Bevölkerung) seit Jahrhunderten auferlegt worden waren. Bis zur Revolution von 1848/49 war die rechtliche Gleichstellung der Juden im Wesentlichen überall in Deutschland erreicht, auch wenn in der Praxis gewisse Diskriminierungen fortbestanden. Die Judenemanzipation ist ein gutes Beispiel dafür, dass der Staat durch Gebote und Verbote Freiräume schaffen konnte, in denen sich gesellschaftliche Kräfte dann selbsttätig entfalteten. Denn die zunehmende Integration der jüdischen Bevölkerung in die deutsche Gesellschaft konnte nicht staatlich verordnet werden; sie beruhte auf dem Verdienst der juristisch Emanzipierten.

Willhelm von Humboldts Bildungsziel: „das Menschenkind zum Menschen zu bilden"

Mit dem Oktoberedikt sollten die gesetzlichen Überreste des „Feudalismus" dem Adelsstand entzogen und so die Entstehung einer politisch enger verbundenen Gesellschaft in Preußen erleichtert werden. „Untertanen" sollten zu „Bürgern des Staates" umerzogen werden. Dabei erkannten die Reformer, dass weitere Maßnahmen erforderlich waren, um den Patriotismus der Bevölkerung zu mobilisieren. „Vergeblich sind alle Bemühungen", schrieb Karl von Altenstein 1807 an Hardenberg, „wenn die Erziehung widerstrebt, flache Staatsbeamte gebildet werden [...] und kraftlose Bürger erzogen werden." Neuerungen in der Verwaltung und dem Rechtswesen allein reichten nicht aus; mit ihnen einhergehen musste eine breite Bildungsreform, die der emanzipierten Bürgerschaft Preußens die nötige Kraft für die bevorstehenden Aufgaben verleihen sollte.

Mit der Erneuerung des Bildungssystems wurde Wilhelm von Humboldt beauftragt, ein Mitglied einer pommerschen Militärfamilie, der im aufgeklärten Berlin der 1770er und 1780er Jahre aufgewachsen war.

[...] Humboldt legte ein überaus liberales Reformprogramm vor, das die Bildung in Preußen völlig umkrempelte. Zum ersten Mal bekam das Königreich ein einheitliches, standardisiertes öffentliches Bildungssystem, das an die aktuellen Trends in der Pädagogik des progressiven Europa angelehnt war. Bildung als solche, erklärte Humboldt, müsse fortan von der Vorstellung technischer oder beruflicher Ausbildung losgekoppelt werden. Ihr Ziel sei es nicht, „den Schusterjungen zum Schuster auszubilden", sondern „das Menschenkind zum Menschen zu bilden". Die reformierten Schulen sollten Schüler nicht einfach in einem konkreten Fach unterrichten, sondern ihnen die Fähigkeit vermitteln, selbstständig zu denken und zu lernen. „Der Schüler ist reif", schrieb er, „wenn er soviel bei andern gelernt hat, daß er nun für sich selbst zu lernen imstande ist." Damit dieser Ansatz auch wirklich seinen Weg in das Schulsystem fand, gründete Humboldt neue Lehrerkollegien, um Kandidaten für die chaotischen Grundschulen des Königreiches auszubilden. Er führte ein standardisiertes System staatlicher Prüfungen und Inspektionen ein und schuf innerhalb des Ministeriums eine eigene Abteilung, welche die Erstellung von Lehrplänen, Lehrbüchern und Lernhilfen überwachte.

Der Kern – und das dauerhafteste Denkmal – der humboldtschen Reformen war die Universität, die 1810 in Berlin gegründet wurde. [...] Auch hier trachtete Humboldt danach, seine kantsche Vision von Bildung als ein Prozess der Selbstemanzipation durch autonome, rationale Individuen zu verwirklichen. [...]

Daraus folgte, dass akademische Forschung eine Tätigkeit ohne vorherbestimmten Endpunkt war, ohne Ziel, das man in rein utilitaristischen Begriffen hätte definieren können. [...] Dabei ging es weniger um Wissen in dem Sinn, dass Fakten angehäuft wurden, sondern um Reflexion und Argumentation. [...]

Für den Erfolg des Unterfangens war es unerlässlich, dass die Bildung frei von jeder politischen Intervention blieb. Der Staat sollte sich jeder Einmischung in das intellektuelle Leben der Universitäten enthalten [...].[...]

Christopher Clark, Preußen. Aufstieg und Niedergang; 1600-1947. Übersetzung: Richard Barth / Norbert Juraschitz / Thomas Pfeiffer © 2007, Deutsche-Verlags-Anstalt, München, in der Verlagsgruppe Random House GmbH, S. 385ff.

bpk

Gabriel Riesser (1806-1863) kämpft zeitlebens für die rechtliche Gleichstellung der Juden in Deutschland. Sie ist 1848 im Wesentlichen erreicht, auch wenn in der Praxis Diskriminierungen fortbestehen.

Überhaupt sollte man die staatlichen Einwirkungsmöglichkeiten nicht überschätzen. Viel mehr als heute müssen für das 19. Jahrhundert gesellschaftliche und auch wirtschaftliche Prozesse als nur wenig durch Politik gesteuert betrachtet werden. Fundamental unter diesen Prozessen war in der ersten Hälfte des Jahrhunderts eine Bevölkerungsexplosion. Zwischen 1800 und 1850 nahm die Bevölkerung auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reiches (ab 1871) von etwa 23 auf über 35 Millionen zu. Dieses Wachstum erklärt sich aus einem Zusammenwirken mehrerer Faktoren, unter anderem dem Rückgang von medizinisch unkontrollierbaren Seuchen, der Verbesserung der öffentlichen Hygiene (etwa durch Kanalisation und Frischwasserversorgung), der Aufhebung älterer rechtlicher Ehebeschränkungen und der Ausweitung von Erwerbschancen vor allem in der ostdeutschen Landwirtschaft. Doch nicht überall verbesserten sich die Beschäftigungsmöglichkeiten. Das Bevölkerungswachstum war daher kein Anzeichen steigenden Wohlstandes. Im Gegenteil: Bis zur Mitte des Jahrhunderts wurde immer wieder die „Überfüllung" einzelner Gewerbezweige beklagt. Auch die Zunahme der Auswanderung, vor allem nach Nordamerika, lässt sich auf den Mangel an Lebenschancen zu Hause zurückführen.

Judenemanzipation

[...] Unter Mendelssohns Einfluss veröffentlichte im Jahre 1781 der Geheime Kriegsrat im preußischen Außenministerium Christian Wilhelm Dohm die Schrift „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden". In ihr sprach er sich für die Gleichberechtigung der Juden aus und ermahnte die Christen, ihre Jugend dazu zu erziehen, Juden als Brüder zu lieben. Dies sei im Interesse des Staates.

Der Durchbruch kam mit der französischen Revolution. [...] Die französische Armee brachte die Emanzipation der Juden nach Deutschland. Napoleon schränkte ihre Freiheiten allerdings ein, doch blieb das Prinzip der Emanzipation erhalten. [...]

Die Ideen der französischen Revolution hatten in der Bevölkerung solchen Widerhall gefunden, dass Staatskanzler von Hardenberg es unternahm, dem Volk eine „Revolution von oben" zu verordnen. Die Emanzipation der Juden wurde darin ebenfalls festgeschrieben und von König Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1812 als Edikt erlassen. Allerdings umfasste dieses Edikt nur die Juden im Kernland Preußens, nicht z. B. in der Provinz Posen, und ließ ihre Zulassung zu Staatsämtern offen. Nun strömten junge Juden in Scharen als Freiwillige in die preußische Armee. Napoleon wurde von den Alliierten, Preußen, Russland und England, in der Völkerschlacht von Leipzig im Jahre 1813 besiegt und im Jahre 1815 bei Waterloo vollkommen geschlagen. [...]

Die Großmächte kamen nun zum Wiener Kongress zusammen, um die alte Ordnung wiederherzustellen. Auch die „Judenfrage" stand auf der Tagesordnung. Man beschloss, gegenwärtig den Juden die Rechte, welche ihnen in den von Napoleon eroberten Ländern bereits eingeräumt worden waren, bis auf weiteres zu erhalten. Doch erreichten es die Judenhasser, sie durch Änderung eines Wortes im Protokoll ihrer Bürgerrechte zu berauben. Das Wort „in" wurde durch das Wort „von" ersetzt. Da die Juden ihre Rechte zwar in den Staaten, aber nicht von den Staaten, sondern von Napoleon erhalten hatten, waren diese Rechte aufgehoben. Bayern erließ sofort so harte Judengesetze, einschließlich der Beschränkung jüdischer Ehen, dass viele Juden nach Amerika auswanderten. Die Juden mussten wieder von vorn anfangen, und dies zur Zeit der Romantik, in der die Vernunft vom Gefühl und patriotisch-nationaler Gesinnung abgelöst wurde. Die folgenden Jahrzehnte waren eine Periode der Reaktion, unter der die Juden besonders litten. [...]

Juden schlossen sich der deutschen Freiheitsbewegung an. Ludwig Bamberger (1823-1899) war einer der führenden Kämpfer für Demokratie und wurde wegen seiner Aktivitäten in der Revolution von 1848 zum Tod verurteilt. Er floh ins Ausland, durfte aber 1866 nach Deutschland zurückkehren. Er war einer der Gründer der Deutschen Reichsbank und Schöpfer der einheitlichen Goldwährung. Mehrmals in den Reichstag wiedergewählt, stellte er sich schließlich nicht mehr zur Wahl wegen des wachsenden Antisemitismus in Kreisen der Politiker.

Gabriel Riesser (1806-1863), dem erst nach wiederholter Ablehnung seitens der Regierung in seiner Vaterstadt Hamburg die Zulassung als Anwalt und Notar gewährt worden war, wurde 1848 zum Vizepräsidenten des demokratischen Parlaments in der Paulskirche zu Frankfurt gewählt. Mutig führte er den Abgeordneten, welche gar nicht daran gedacht hatten, den Anspruch der Juden auf Gleichberechtigung vor Augen. Er war Mitglied der Abgesandten des Parlaments, die König Wilhelm IV. von Preußen die Krone eines geeinten Deutschlands anboten. Nachdem der König dieses Angebot als vom Volke, „aus der Gasse kommend", entrüstet abgelehnt hatte, löste sich das Parlament auf. Neue Unterdrückungen und Krawalle gegen die Juden folgten.

Zahlreiche Juden ließen sich nun taufen, um damit, in den Worten Heinrich Heines, „das Entréebillet zur Gesellschaft" zu erwerben. Wie Heines Beispiel zeigt, half es nicht viel. (Im Gegensatz dazu wurde der als Kind getaufte Benjamin Disraeli Premierminister des britischen Empire und enger Vertrauter von Königin Viktoria. Disraeli betonte sein ganzes Leben lang in Wort und Schrift sein jüdisches Erbe.)

Leo Trepp, Die Juden. Volk, Geschichte, Religion, © 1998 by Rowohlt Taschenbuch Verlag Reinbek GmbH, S. 87ff.

Pauperismus und seine Folgen

[...] Seit etwa 1825 tauchte in der gesellschaftlich-politischen Diskussion, aus dem Englischen kommend, ein neuer Begriff auf, der die öffentliche Erörterung über die wirtschaftliche und soziale Lage der „handarbeitenden Klassen" bis 1848 durchweg beherrschte, der „Pauperismus".

Brockhaus' Real-Enzyklopädie definierte ihn 1846 als „neuerfundenen Ausdruck für eine höchst bedeutsame und unheilvolle Erscheinung, die man in Deutschland durch die Worte ‚Massenarmut oder Armentum' wiederzugeben versucht hat. Es handelt sich dabei nicht um die natürliche Armut, wie sie als Ausnahme infolge physischer, geistiger und sittlicher Gebrechen oder zufälliger Unglücksfälle immerfort einzelne befallen mag; auch nicht um die vergleichsweise Dürftigkeit, bei der doch eine sichere Grundlage des Unterhalts bleibt. Der Pauperismus ist da vorhanden, wo eine zahlreiche Volksklasse sich durch die angestrengteste Arbeit höchstens das notdürftige Auskommen verdienen kann [...] und dabei immer noch sich in reißender Schnelligkeit ergänzt und vermehrt."

Damit sind die wesentlichen Merkmale benannt, die bereits für das Bewußtsein der Zeitgenossen den Pauperismus von den herkömmlichen Formen der Armut unterschieden. [...] Er bezeichnet [...] eine grundsätzliche Störung im Ausgleich zwischen Bevölkerungs- und Nahrungsspielraum. Diese Störung entstand aus dem Zusammentreffen zweier einander steigernder Krisen: der agrarischen Übervölkerung auf der einen und einer konjunkturellen Störung auf der anderen Seite.

Die Wirtschaftskrise wiederum hatte mehrere Ursachen. Infolge anhaltender Überproduktion seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert trat 1819 ein Preissturz für Agrarprodukte ein, der in den zwanziger Jahren anhielt. Er zog auch im städtischen Gewerbe eine langdauernde Absatzstockung nach sich. Zwar nahm die Landwirtschaft vor allem in Gebieten rationeller Bewirtschaftung, besonders in Ostelbien, zusätzliche Arbeitskräfte auf. Doch genügte dieses vermehrte Angebot an Arbeit nicht, um den Überschuss aus der ersten großen Bevölkerungswelle 1770 bis 1830 aufzufangen. Die zahlreichen zeitgenössischen Analysen heben daher alle eine Tatsache hervor: den zu starken Anstieg der Arbeitskräfte gegenüber den vorhandenen Arbeitsplätzen. Diese Übervölkerungskrise zeitigte also vor allem eine Beschäftigungskrise. [...]

Dazu drückte schon seit der Öffnung der Kontinentalsperre 1815 und noch zunehmend in den dreißiger und vierziger Jahren die englische Konkurrenz auf das einheimische Gewerbe, insbesondere auf die Textilherstellung – bis zur Jahrhundertmitte der weitaus wichtigste Zweig der gewerblichen Produktion. Zeitgenössische Quellen, besonders aus den vierziger Jahren, schildern höchst anschaulich die Absatzstockungen in den traditionellen deutschen Gewerberegionen, so etwa der Klöppelei im Obererzgebirge, der Eisenproduktion in der Eifel, im Siegerland, in Westfalen, im nassauischen Bergland, der Garn- und Leinwandindustrie in Bielefeld, die ihre Märkte in Amerika, England, Belgien und Frankreich verlor, der Spinnerei in Kurhessen und Thüringen, die sich der Konkurrenz durch englische, aus australischer Wolle gefertigter Stoffe nicht mehr erwehren konnte, und der Blei- und Eisenproduktion in den preußischen Rheinprovinzen. [...]

Auch die Arbeitsuchenden der Überschussbevölkerung fanden im allgemeinen zwar Arbeit, aber sie wurde aufgrund des Überangebots so schlecht bezahlt, dass der Lohn zum Leben kaum reichte. Der Wert der einzelnen Stelle sank so weit ab, dass vielerorts bis zu 60 Prozent der Bevölkerung an den Rand des Existenzminimums gerieten. Infolge von Missernten und Kartoffelfäule mündete die Übervölkerung 1847/48 in eine verbreitete Hungersnot. [...]

Die Auswanderung war im absolutistischen Territorialstaat nur selten und dann meist aus religiösen Motiven vorgekommen. Die vormoderne Agrarverfassung schränkte die Freizügigkeit stark ein und band den Wegzug an den ausdrücklichen Konsens des Grund- bzw. Guts- und des Landesherrn. Im Sinne ihres merkantilistischen Interesses an der Ressourcensteigerung für die Landesökonomie betrachteten die Monarchen die Auswanderung als Verlust an Arbeits- und Wirtschaftskraft, suchten sie nach Möglichkeit zu verhindern und neigten eher dazu, [...] die Einwanderung vor allem hoch qualifizierter Arbeitskräfte zu fördern. Im beginnenden Pauperismus kehrte sich diese Einschätzung um zu der Hoffnung, durch die Auswanderung sozialen Sprengstoff zu beseitigen. [...] Einen ersten Höhepunkt erreichte die Auswanderungswelle 1847, als der Druck des Pauperismus unerträgliche Formen annahm. 1845 emigrierten 37 800 Menschen aus dem Gebiet des späteren Deutschen Reiches, bis 1850 stieg die Zahl kontinuierlich auf 83 220 im Jahr. Die meisten Emigranten kamen aus den Realteilungsgebieten mit starker Besitzzersplitterung, wo die nachgeborenen Söhne keine Chance mehr sahen, sich und eine Familie zu ernähren. [...]

Stärker noch als die Auswanderung diente die jetzt einsetzende Binnenwanderung dazu, die Agrarregionen von der jugendlichen Überschussbevölkerung zu entlasten.[...] Die agrarische Überschussbevölkerung zog zuerst in die nächstgelegene Stadt ab, je nach Siedlungsdichte aus einem Umkreis von 50, 100 oder 150 Kilometern. Erst wenn am nächstgelegenen gewerblichen oder industriellen Standort keine Arbeit zu finden war, setzte das Wandern von Ort zu Ort ein. [...]

Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts war die Bevölkerungsverteilung zwischen Stadt und Land etwa gleich geblieben. Der überwiegende Teil der Bevölkerung lebte auf dem Land. In den gewerblich und industriell am weitesten fortgeschrittenen Ländern, in England und Schottland und in den Niederlanden, macht der Bevölkerungsanteil der Städte mit mehr als 2000 Einwohnern um 1815 etwa 25 Prozent, in Frankreich, Dänemark und Deutschland etwa 20 Prozent aus. [...] [D]ie Ausnahme stellen die großen Metropolen London, Paris, Wien und Berlin dar, die bereits im 18. Jahrhundert zu kontinuierlichem Wachstum übergingen.

Das allgemeine Städtewachstum dagegen begann in Deutschland im Wesentlichen seit 1815, der Anteil der Städter an der Gesamtbevölkerung vergrößerte sich jetzt laufend. Wien etwa zählte im Jahr 1800 231 000 Einwohner, 1849 bereits 476 000; Berlin 1801: 173 000 und 1849: 454 000 Einwohner; das Wachstum Berlins überflügelte also bereits das der habsburgischen Metropole. Auch kleine Residenzstädte legten erheblich zu, so etwa München; eine Handels- und Gewerbestadt wie Leipzig verdoppelte fast ihre Bevölkerung von 38 000 im Jahr 1800 auf 67 000 im Jahr 1852. [...]

Wolfgang Hardtwig, Vormärz. Der monarchische Staat und das Bürgertum, © 1985 Deutscher Taschenbuch Verlag, München, S. 70ff.

Es gab weiterhin Gegenden in Deutschland, in denen etwa die Hälfte der Bevölkerung am Rande des Existenzminimums lebte. In manchen Regionen verschlechterte sich die materielle Lage vor allem der Landbevölkerung; man spricht hier von „Pauperismus" (von lat.: *pauper* = arm). Wanderarbeit und Bettelei blieben verbreitet. Wie viele andere Teile des europäischen Kontinents, so war auch Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in einem heute schwer nachvollziehbaren Maße ein Land der Massenarmut. Die ersten Ansätze der Industrialisierung genügten noch nicht, um in hinreichendem Umfang Beschäftigung und Wohlstand zu schaffen. Im Vergleich zur zweiten Jahrhunderthälfte stagnierte die Wirtschaft, und das Tempo gesellschaftlicher Veränderungen blieb begrenzt.

Dennoch gab es Inseln der Dynamik, die in die Zukunft wiesen. Dazu gehörte die „agrarkapitalistische", also mit Lohnarbeitern für den Markt produzierende Landwirtschaft auf den großen Gutshöfen im ostelbischen Preußen und die bäuerliche Familienlandwirtschaft überall dort, wo Agrarreformen die Stellung des selbstständigen Bauern stärkten, oft auf Kosten der landlosen Dorfbevölkerung und des Gesindes.

Ein zweites Feld wirtschaftlicher Dynamik war die zaghaft beginnende Industrialisierung ab Mitte der 1830er-Jahre. Sie wurde einerseits durch die Baumwollspinnerei getragen (die aber niemals eine solch fundamentale Bedeutung erlangte wie in der englischen industriellen Revolution), andererseits durch

ullstein bild – Archiv Gerstenberg

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts steigt die Bevölkerungszahl stark an – im Gegensatz zu den Beschäftigungsmöglichkeiten. Hungerrevolte in Stettin 1847, Holzstich in der Illustrated London News vom 15. Mai 1847

Pro und contra Maschinen

Aus einem Artikel der Kölnischen Zeitung von 1818

Eine Maschine macht oft die Arbeiten von tausend Menschen entbehrlich und bringt den Gewinn, den sonst alle dieser Arbeiter teilen, in die Hände eines einzigen. Mit jeder abermaligen Vervollkommnung einer Maschine werden neue Familien brotlos; jede neuerbaute Dampfmaschine vermehrt die Zahl der Bettler, und es steht zu erwarten, daß sich bald alles Vermögen in den Händen einiger tausend Familien befindet und der übrige Teil des Volkes als Bettler in ihre Dienstbarkeit geraten werden. Muß nicht jeder Menschenfreund schmerzlich ergriffen werden von dem Gedanken, daß es dahin kommen kann und aller Wahrscheinlichkeit dahin kommen muß? Wir sind der Meinung, daß der Schaden, den unsere Gewerbe durch das englische Maschinenwesen erleiden, obwohl er sehr fühlbar ist, bei weitem leichter ertragen werden kann als der Druck, der aus dem Flor der zu sehr durch Maschinen vervollkommneten Fabriken erwachsen würde, die Deutschland mit drei bis vier Millionen Bettlern bevölkern würden.

Aus: Horst Mönnich, Aufbruch ins Revier – Aufbruch nach Europa. Hoesch 1871-1971. Jubiläumsschrift der Hoesch-AG, Dortmund, München 1971, S. 54

In: Manfred Görtemaker, Deutschland im 19. Jahrhundert, 5., durchgeseh. Aufl., Opladen: Leske+Budrich 1996, S. 176, mit freundlicher Genehmigung der Springer Science and Business Media

Friedrich List (1789-1846), Vorkämpfer der deutschen Zolleinigung

[...] Diejenigen, die gegen neue Maschinen eifern, bedenken nicht, daß der Pflug, die Mahlmühle, das Rad, die Säge, das Beil, ja sogar der Spaten einst neu erfundene Maschinen gewesen sind, und daß man, wenn man zu allen Zeiten die Erfindung neuer Maschinen als ein Unglück betrachtet hätte, noch heute die Erde mit hölzernen Stöcken bearbeiten, das Korn mit den Händen vermittelst zweier Steine zerreiben, und das Mehl auf dem Rücken von Saumrossen nach der Stadt bringen müßte. Der ganze Unterschied zwischen jenen alten und unseren neuen Maschinen besteht darin, daß jene bereits mit den gesellschaftlichen und industriellen Verhältnissen verwachsen sind, daß dagegen die Einführung dieser im ersten Augenblick und so lange, bis dies geschehen ist, eine Anzahl von Menschen ihrer gewohnten Beschäftigung beraubt und sie nöthigt, zu andern Geschäftszweigen überzugehen, oder ihre bisherige Verfahrensweise mit einer neuen erst einzulernenden zu vertauschen, oder ihren Aufenthaltsort zu verändern, um sich anderwärts Beschäftigung zu verschaffen. Die Klagen dieser Menschen, die, wie nicht zu leugnen, insofern gegründet sind, als dadurch ihr Nahrungsstand vorübergehend gestört oder doch beeinträchtigt wird, veranlassen Kurzsichtige, die Maschinen überhaupt als ein Übel zu betrachten, als ob die Geburt eines Kindes ein Übel wäre, weil sie mit Schmerzen für die Mutter verbunden ist. Sie bedenken nicht, daß die Schmerzen vorübergehen, die Wohltat dagegen bleibt und von Generation zu Generation wächst. Weit entfernt, den arbeitenden Classen die Gelegenheit zur Arbeit zu schmälern, erweitern sie dieselbe auf außerordentliche Weise. Denn indem die Maschinen dazu beitragen, den Kostenpreis der Fabrikate und Producte zu vermindern, vermindern sie auch die Marktpreise derselben, wodurch die Consumtion und dadurch die Nachfrage und dadurch die Production in solcher Weise gesteigert wird, daß nun weit mehr als zuvor, ja in einzelnen Fällen zehn Mal mehr Arbeiter durch den nämlichen Industriezweig Beschäftigung finden, ungeachtet jeder einzelne von diesen Arbeitern zehn Mal mehr producirt. [...]

Aus: „Arbeit ersparende Maschinen", Artikel in: Staats-Lexikon oder Encyklopädie der Staatswissenschaften. In Verbindung mit vielen der angesehensten Publicisten Deutschlands herausgegeben von Carl von Rotteck und Karl Welcker, Bd. 1, Altona 1834, S. 653/54

In: Wolfgang Hardtwig, Vormärz. Der monarchische Staat und das Bürgertum, © 1985 Deutscher Taschenbuch Verlag, München, S. 187f.

den Eisenbahnbau, der in den 1840er-Jahren seinen ersten Boom erlebte. Die Eisenbahn hatte eine doppelte Wirkung: Einerseits erleichterte sie als Verkehrsmittel den Transport von Personen und Gütern. Andererseits wurde sie zum Wachstumsmotor, indem sie selbst eine riesige Nachfrage nach Investitionen und Arbeitsleistungen schuf. Die charakteristische Erfolgsformel der deutschen Industrialisierung bildete sich schon damals heraus: Eisen- und Stahlindustrie plus Steinkohlebergbau plus Maschinenbau. In kurzer Zeit war Deutschland in der Lage, sich vom Import britischer Lokomotiven unabhängig zu machen und das nötige Eisenbahninventar selbst herzustellen.

Noch war die Industrie zu schwach und regional zu wenig verbreitet, um eine neuartige „Industriegesellschaft" hervorzubringen. Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war eine Zeit des Übergangs. Der Adel, durchweg politisch konservativ eingestellt, vermochte überall in Deutschland seine Stellung zu bewahren, nicht selten durch Nutzung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten. Die Agrarreform schwächte seine direkte Kontrolle über die Bauern, leitete auf dem Wege über Ablösezahlungen aber flüssiges Kapital in die Kassen der adligen Herren. Zur gleichen Zeit gewann ein städtisches Wirtschaftsbürgertum an Einfluss und Reichtum, das zunächst noch seine Geschäfte eher im Handel als in der Industrie tätigte. Weitsichtige Kaufleute investierten aber auch früh in neu entstehende Wachstumsbranchen wie den Maschinenbau. Besonders charakteristisch für Deutschland waren die Verbreitung und das Prestige jener „gebildeten Stände", die sich nun mehr denn je durch anspruchsvolle nicht-manuelle – anders gesagt: akademische – Fähigkeiten als Mediziner, Juristen, Theologen, Wissenschaftler oder philologisch geschulte Gymnasialprofessoren definierten und die sich vom örtlichen Adel durch intellektuellen Ehrgeiz und durch Selbstvervollkommnung in den Künsten und populären Wissenschaften abgrenzten. Diese lesende und musizierende Gesellschaftsschicht, oft im Staatsdienst tätig, haben Historiker „Bildungsbürgertum" getauft.

Insgesamt stellt sich bei einem Blick auf die Soziallandschaft zwischen dem Rheinland und Ostpreußen, zwischen der Nordsee und Tirol die Frage, ob man überhaupt von einer einzigen „deutschen Gesellschaft" sprechen kann. „Zutreffender dürfte es sein, von einer Vielzahl regionaler und städtischer Gesellschaften auszugehen." (so der Sozialhistoriker Jürgen Kocka).

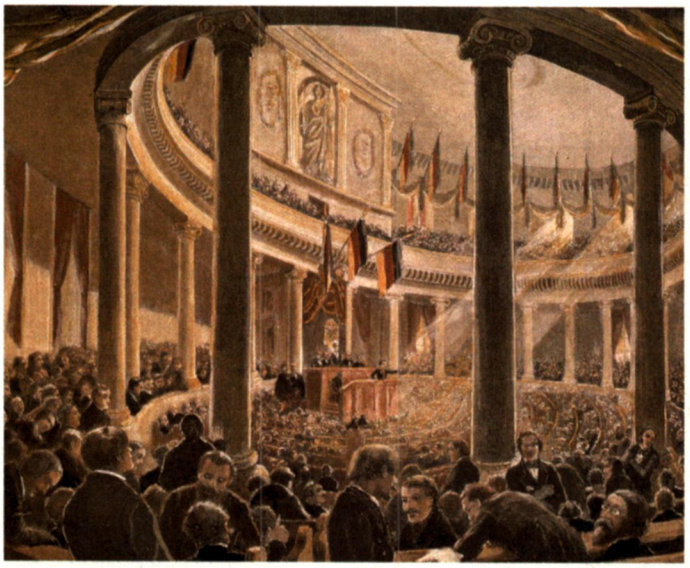
Die Revolution von 1848/49

Zwischen etwa 1800 und 1820 erlebte Deutschland politische Umwälzungen von größter Tragweite. 1830 wurde es von den Impulsen der Pariser Julirevolution erfasst. Aber eine Revolution, die in Gestalt einer Volksbewegung eine etablierte politische Elite stürzte und zu einem unumkehrbaren Systemwandel führte, gab es bis 1848 nicht. In jenem Jahr wurden die deutschen Länder Teil einer beinahe gesamteuropäischen Revolutionswelle. Die Revolution in Deutschland begann Anfang März 1848 mit Protestversammlungen und Unruhen in Baden und anderen Gebieten Südwestdeutschlands. Sie endete im Juli 1849 mit dem Sieg von Bundestruppen über die letzten Aufständischen in Baden und in der Pfalz. Die Revolution erfasste nahezu alle deutschen Staaten. Sie war zugleich eine konstitutionelle, eine nationale und eine soziale Revolution. Sie erschütterte die preußische Hohenzollernmonarchie, die bis dahin kaum Zugeständnisse an liberale Verfassungsforderungen gemacht hatte, und trieb die Herrschaft der Habsburger in Wien an den Rand des Zusammenbruchs. Mit der Krise seiner beiden Vormächte schien vorübergehend das Schicksal des Deutschen Bundes besiegelt zu sein.

Die Revolution führte zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen für eine Nationalversammlung. Dieses gesamtdeutsche, überwiegend mit Vertretern des Bürgertums besetzte Parlament, das erste in der deutschen Geschichte, trat im Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammen. Nach sorgfältigen Beratungen verkündete es im März 1849 eine deutsche Reichsverfassung, gültig für das gesamte Territorium des Deutschen Bundes, jedoch unter Ausschluss der im Deutschen Bund vertretenen Teile der Habsburgermonarchie („kleindeutsche Lösung"). Die Verfassung sah eine erbkaiserliche Spitze vor, eine durch das allgemeine und direkte Männerwahlrecht gewählte Zweite Kammer des Reichstags („Volkshaus") sowie eine Erste Kammer („Staatenhaus"), die aus Vertretern der Einzelstaaten bestehen sollte, davon die Hälfte von den Regierungen entsandt, die andere Hälfte von den Landtagen gewählt. Obwohl die Paulskirchenverfassung niemals in Kraft trat, wurde sie zu einem Basisdokument der deutschen Demokratie. Sie enthielt einen ausführlichen Grundrechtekatalog, in dem die politischen Bestrebungen des deutschen und europäischen Liberalismus einen gültigen Ausdruck fanden.

akg-images

Mitte der 1830er-Jahre beginnt die Industrialisierung in Deutschland. Die Eisenbahn ist dafür ein wichtiger Wachstumsmotor. Eröffnung der ersten deutschen Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth am 7. Dezember 1835



akg-images

Eröffnungssitzung der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche am 18. Mai 1848. Das Bemühen um nationale Einigung scheitert, aber die dort erarbeitete Verfassung ist ein Basisdokument der deutschen Demokratie.

Ebenso neuartig und wegweisend waren die Überlegungen, die die Verfassungsväter zur Frage der Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Zentralstaat („Reich") und Einzelstaaten anstellten. Die Verfassung stärkte das Reich in einem solchen Maße, dass der Übergang vom Staatenbund zum Bundesstaat konstitutionell vollzogen wurde. Der nationale Einheitsstaat auf föderaler Grundlage, wie er 1871 mit größerem Gewicht der Einzelstaaten realisiert wurde und wie wir ihn im Prinzip heute noch kennen, wurde 1849 erstmals entworfen. Damit verstärkte sich auch ein nationalistisches Denken, das die Frage, wer und was „deutsch" sei, mit einer neuen Bedeutung versah.

In der Modellhaftigkeit der Verfassung von 1849 liegt die wichtigste Fernwirkung einer Revolution, die ihre Ziele selbst nicht verwirklichen konnte. Das Scheitern der Revolution warf die Demokratisierung Deutschlands um Jahrzehnte zurück und schwächte republikanische und sozialrevolutionäre Kräfte; es stärkte den preußischen Anspruch auf Vorherrschaft in Deutschland und verhinderte eine Dezentralisierung oder gar Auflösung der Habsburgermonarchie. Manche politischen Vorhaben der Revolutionszeit sollten erst wieder nach dem Ersten Weltkrieg aktuell werden. Die Revolution bündelte die politischen Themen, die während der ersten Jahrhunderthälfte intellektuelle Minderheiten beschäftigt hatten: Einschränkung von Fürstenherrschaft und Regelung des politischen Lebens durch Verfassungen, Schutz des Individuums durch liberale Freiheitsrechte, Schaffung von Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsorientierte und kapitalistische Marktgesellschaft, Neuordnung der politischen Geografie Mittel- und Südosteuropas nach nationalen Gesichtspunkten. Alle diese Themen wurden umfassend diskutiert und blieben nach 1849 auf der politischen Tagesordnung.

Die Revolutionäre waren sich untereinander nicht einig. Bei allen Unterschieden ihrer Ziele und ihres radikalen

Die Grundrechte

laut Verfassung des Deutschen Reiches vom 28. März 1849 (Paulskirche)

[...] § 130. Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet seyn. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können.

***Artikel I.** § 131. Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das deutsche Reich bilden.*
§ 132. Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. [...]
§ 133. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen. [...]

***Artikel II.** § 137. Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. Der Adel als Stand ist aufgehoben.*
Alle Standesvorrechte sind abgeschafft.
Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. [...]
Die öffentlichen Ämter sind für alle Befähigten gleich zugänglich.
Die Wehrpflicht ist für alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt.

***Artikel III.** § 138. Die Freiheit der Person ist unverletzlich.*
Die Verhaftung einer Person soll, außer im Falle der Ergreifung auf frischer That, nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblicke der Verhaftung oder innerhalb der nächsten vier und zwanzig Stunden dem Verhafteten zugestellt werden.
Die Polizeibehörde muß jeden, den sie in Verwahrung genommen hat, im Laufe des folgenden Tages entweder freilassen oder der richterlichen Behörde übergeben. [...]
§ 139. Die Todesstrafe, ausgenommen wo das Kriegsrecht sie vorschreibt, oder das Seerecht im Fall von Meutereien sie zuläßt, so wie die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung, sind abgeschafft.
§ 140. Die Wohnung ist unverletzlich. [...]
§ 142. Das Briefgeheimniß ist gewährleistet. [...]

***Artikel IV.** § 143. Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. [...]*

***Artikel V.** § 144. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. [...]*
§ 146. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. [...]

***Artikel VI.** § 152. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.*
§ 153. Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staates, und ist, abgesehen vom Religionsunterricht, der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben. [...]
§ 158. Es steht einem jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

***Artikel VII.** § 159. Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Volksvertretungen und an den Reichstag zu wenden. [...]*

***Artikel VIII.** § 161. Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubniß dazu bedarf es nicht. [...]*
§ 162. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. [...]

***Artikel IX.** § 164. Das Eigenthum ist unverletzlich.*
Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden. [...]
§ 165. Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. [...]
§ 166. Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf.
§ 167. Ohne Entschädigung sind aufgehoben:
1. Die Patrimonialgerichtsbarkeit und die grundherrliche Polizei, sammt den aus diesen Rechten fließenden Befugnissen, Exemtionen und Abgaben.
2. Die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden persönlichen Abgaben und Leistungen. [...]

***Artikel X.** § 174. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. [...].*
§ 175. Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten geübt. [...]

http://www.verfassungen.de/de/de06-66/verfassung48-i.htm

Temperaments gingen sie jedoch miteinander ziviler um, als dies bei anderen europäischen Revolutionen davor und danach der Fall war. Terror wurde weniger von den Revolutionären praktiziert als von ihren Gegnern – und auch dort vergleichsweise maßvoll. Die Revolution von 1848/49 fand von Anfang an eine Massenbasis, über die die liberalen Honoratioren an ihrer Spitze erstaunten und zum Teil erschraken. Sie war eine Revolution für „bürgerliche" Werte und Ideale, jedoch, sozial gesehen, keine Revolution ausschließlich der Bürger. Es gab zugleich Revolutionen von Bauern und von städtischen Unterschichten. Wenn sie auch politisch fehlschlug, so setzte die Revolution doch nachhaltige Lernprozesse in Gang, auch bei den konservativen Siegern.

Europa 1800-1850

Das napoleonische Imperium und seine Gegner

Die Herrschaft Napoleons in Frankreich und das napoleonische Imperium in Europa waren etwas historisch ganz Beispielloses und insofern der Beginn einer neuen Epoche. Napoleon Bonaparte, ab 1804 als Napoleon I. der erste Kaiser, den Frankreich je hatte, besaß keinerlei dynastischen Hintergrund. Er hatte durch Begabung und Protektion im Militärdienst des revolutionären Frankreich Karriere gemacht. Im Sommer 1794 war der revolutionäre Terror beendet worden. Unter der neuen Regierung des „Direktoriums" formierten sich Institutionen; es bildeten sich Ansätze einer liberalen Republik; die Wirtschaft kam wieder in Gang. Seit 1792 stand Frankreich jedoch im Krieg mit wechselnden Koalitionen der Großmächte. In dieser Situation schlug die Stunde des Militärs. Der erfolgreichste unter den Generälen, Bonaparte, putschte im November 1799 und machte sich in zielstrebigen Schritten zum Alleinherrscher Frankreichs. Damit war nach zehn Jahren die Revolution beendet.

Obwohl Napoleon auf dem Höhepunkt seiner Stellung mehr Macht auf sich vereinigte als jeder frühere französische Monarch, bedeutete seine politische Ordnung keine Rückkehr zum *Ancien Régime*; die französische Gesellschaft behielt ihren nachrevolutionären Charakter. Napoleon setzte die entmachteten Eliten nicht wieder in ihre alten Positionen ein; er restaurierte die seit 1789 schrittweise zertrümmerte Eigentumsordnung nicht. Frankreich blieb fortan unter den großen Ländern Europas dasjenige mit dem schwächsten grundbesitzenden Adel. Das napoleonische politische System stützte sich teils auf „Notabeln", das heißt eine sozial angesehene besitzbürgerliche Oberschicht in den Städten, teils auf neue Leute, die auf der Grundlage weniger ihrer Herkunft als vielmehr ihrer persönlichen Fähigkeiten in Militär und Zivilbürokratie Karriere machten. In zahlreichen Schlüsselpositionen wurden auch Mitglieder von Napoleons umfangreicher korsischer Familie untergebracht. Das Ideal Napoleons und seiner Mitstreiter war ein leistungsorientierter, rational organisierter, auf Paris hin zentralisierter Verwaltungsapparat. Das 1800 eingeführte Präfektursystem besteht in seinen Grundzügen noch heute. Eine straffe Befehlskette reichte vom Kaiser an der Spitze bis hinunter zu lokalen Amtsinhabern. Der autokratische Verwaltungsstaat unterlag zwar keinerlei demokratischer Kontrolle; Volksabstimmungen – die nun zum ersten Mal abgehalten wurden – waren manipuliert. Doch die Funktionäre waren angehalten, gewisse Rechtsnormen zu beachten. Das Recht der napoleonischen Zeit wurde zwar nicht von Parlamenten beschlossen, aber von vorzüglichen Juristen systematisch ausgearbeitet. Sein Kern war ein modernes, den Erfordernissen der Zeit gerecht werdendes Zivilrecht (*Code civil*, 1804), das fortan, obwohl keineswegs überall eingeführt, für die Rechtsentwicklung auf dem europäischen Kontinent von größter Bedeutung werden sollte.

Die napoleonische Ordnung war die erste nationale Entwicklungsdiktatur der Neuzeit. Anders als die vorrevolutionäre Königsherrschaft setzte sie sich das Ziel, reformierend in

ullstein bild - Imagno

Die Herrschaft Napoleons ist der Beginn einer neuen Epoche in Frankreich und Europa. In Anwesenheit von Papst Pius VII. krönt sich Napoleon am 2. Dezember 1804 in Notre Dame de Paris selbst zum Kaiser und setzt dann auch seiner Frau Joséphine die Krone auf. Gemälde von Jacques-Louis David

die Gesellschaft einzugreifen. Frankreich sollte nach den Vorstellungen einer Modernisierungselite umgestaltet werden; ein großer Teil der Ziele, für die im 18. Jahrhundert die Denker der Aufklärung geworben hatten, wurde nun realisiert. National war ein solches Programm deshalb, weil es ausdrücklich der Stärkung und dem Ruhm der französischen Nation dienen sollte, nicht mehr allein dem Glanz des Herrschers.

Eine solche Ordnung hätte sich in Friedenszeiten möglicherweise bewähren können. Friedenszeiten blieben jedoch aus. Zunehmend wurde der napoleonische Staat zu einer riesigen Maschinerie, die Rekruten, Waffen und Nahrungsmittel für das Militär zu besorgen hatte. Europa stand zwischen 1792 und 1815 mit einigen kurzen Unterbrechungen – vor allem 1802 bis 1805 – permanent im Krieg. Daher spricht man zusammenfas-

Napoleons Rechtsordnung

[...] Napoleon wollte nicht nur groß sein als Feldherr, auch als Gesetzgeber. Das hat er gleich verkündet und mit der Arbeit am Code civil begonnen. 1804, in dem Jahr, in dem der General sich selbst zum Kaiser krönte, war das Werk vollendet. Aber dabei blieb es nicht. Insgesamt wurden es fünf Codes, fünf Gesetzbücher. 1806 kam der Code de procédure civile, die Zivilprozessordnung. 1807 der Code de commerce, das Handelsgesetzbuch. 1808 der Code d'instruction criminelle, die Strafprozessordnung. Und Ende Februar 1810 [...], auf dem Höhepunkt seiner Macht, als Schlussstein der Code pénal, das Strafgesetzbuch. Alle enthielten sie wichtige Neuerungen und sollten beträchtlichen Einfluss auf andere Länder bekommen. Auf diese Weise wurde Napoleon zu Europas größtem Gesetzgeber – gleich nach dem römischen Kaiser Justinian und dessen Corpus Iuris Civilis.

[...] Er nahm nicht nur Einfluss auf den Inhalt, sondern sorgte auch entscheidend für den einfachen und klaren Stil der Gesetze. Der Romancier Henri Beyle, der sich Stendhal nannte, bekannte, er habe beim Schreiben seines berühmtesten Romans, der Kartause von Parma, jeden Morgen nach dem Frühstück einige Paragrafen des Code [civil] gelesen, „pour prendre le ton", um den richtigen Ton zu finden. [...]

Also 2281 Paragrafen in drei Büchern, das erfolgreichste Gesetzbuch des Jahrhunderts, freiwillig übernommen oder durch Eroberung eingeführt in vielen Ländern Europas und auch außerhalb ein Vorbild für andere. Ein Handbuch des frühen Kapitalismus mit einer sehr starken Stellung des Eigentümers und der ersten klaren Formulierung der unbeschränkten Vertragsfreiheit, sodass nun – theoretisch – jeder jeden Beruf ergreifen oder Betrieb eröffnen konnte, wie es ihm gefiel und ohne den Zwang der alten Zünfte. Am Anfang der berühmte Satz: „Jeder Franzose hat alle bürgerlichen Rechte", weshalb Napoleon besonders von den Juden geliebt wurde, man denke an Heinrich Heine. Außerdem die völlige Trennung von Staat und Kirche. Auch die Ehe war nun nicht mehr als ein privater Vertrag zwischen Mann und Frau. So hatte es schon 1792 die Nationalversammlung beschlossen. Napoleon änderte da nicht viel. Die Trauung fand vor einem staatlichen Standesbeamten statt, die obligatorische Zivilehe, und als privater Vertrag konnte sie auch wieder aufgelöst werden von einem staatlichen Gericht. In einem entscheidenden Punkt aber drehte Napoleon die Zeit zurück. Denn nach dem Willen der Nationalversammlung waren Mann und Frau gleichberechtigte Partner des Ehevertrages.

Davon wollte Napoleon nichts mehr wissen. „Die Natur hat unsere Ehefrauen zu unseren Sklaven gemacht", verkündete er apodiktisch im Staatsrat. „Der Ehemann hat das Recht, seiner Frau zu sagen: Madame, Sie gehen nicht aus; Madame, Sie werden nicht das Theater besuchen; Madame, Sie werden diese Person nicht sehen: kurzum, Madame, Sie gehören mir mit Leib und Seele."

Da war sie wieder. Die alte Herrschaft des Mannes über die Frau. Wie es in der Bibel steht. Nur das alte Züchtigungsrecht war weggefallen. Und so blieb es bis ins 20. Jahrhundert; erst nach dem Zweiten Weltkrieg erhielten Frankreichs Frauen das Wahlrecht. Napoleon war zufrieden mit seinem ersten Gesetz. [...]

Doch genauso wichtig waren die vier anderen Gesetzbücher, die unter seiner Herrschaft entstanden. Zuerst musste das Zivilgesetzbuch des Code Napoléon, wie der Code civil bald genannt wurde, durch eine Zivilprozessordnung ergänzt werden, den Code de procédure civile von 1806. Dann kam im nächsten Jahr das Handelsgesetzbuch, der Code de commerce. Und schließlich das Strafrecht, ebenfalls in einer vernünftigen Reihenfolge.

Denn wie jeder Praktiker weiß, ist für dessen Wirksamkeit die Regelung des Prozessrechts das Wichtigste. Wie ist die Stellung des Angeklagten? Wie kann er sich verteidigen? Also wurde zuerst 1808 der Strafprozess geregelt im Code d'instruction criminelle, und schließlich folgte als Letztes das sogenannte materielle Strafrecht im Strafgesetzbuch, dem Code pénal von 1810. Damals war der Kaiser auf dem Höhepunkt seiner Macht und sein Gesetzgebungswerk abgeschlossen. [...]

„Wir wollten in dieser Welt Spuren hinterlassen, die unser Andenken der Nachwelt empfehlen", schrieb Napoleon in einem Brief vom November 1807. [...] Juristische Spuren jedenfalls hinterließ er eine Menge, auch in Deutschland. So galten bis zum Inkrafttreten neuer Gesetze des Deutschen Reichs von 1871 im linksrheinischen Gebiet der Code civil, der Code de procédure civile, der Code de commerce und der Code d'instruction criminelle weiter, fast ein ganzes Jahrhundert lang. Die veralteten bayerischen und preußischen Gesetze konnten sich gegen dieses moderne Recht nicht durchsetzen, auch nicht das gern verklärte Preußische Allgemeine Landrecht von 1794.

Der preußische Entwurf einer Zivilprozessordnung von 1864 orientierte sich am Vorbild des Code de procédure civile und wurde 1876 Grundlage für unsere heutige. Auch die Entstehung des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches, das seit 1861 in deutschen Ländern eingeführt und 1871 unser Handelsgesetzbuch wurde, geht zurück auf einen preußischen Entwurf von 1857, der sich am Code de commerce orientierte. Schließlich die fundamentale Veränderung des Strafprozesses durch die Einführung des Staatsanwalts im Code d'instruction criminelle: Diese Neuerung übernahm Preußen 1846, Grundlage unseres Rechts in der Strafprozessordnung von 1877, und die Dreiteilung der Straftaten des Code pénal fand Eingang in das Reichsstrafgesetzbuch von 1871.

Aber zur Beruhigung nationaler Gefühle: Unser viel geliebtes BGB, das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900, ist die Schöpfung einer hoch entwickelten deutschen Rechtswissenschaft des 19. Jahrhunderts auf der Grundlage des römischen Rechts ohne jeden französischen Einfluss. Deshalb auch nicht ganz so leicht verständlich.

Uwe Wesel, „Die fünf Bücher Bonapartes", in: Die Zeit, Nr. 8 vom 18. Februar 2010

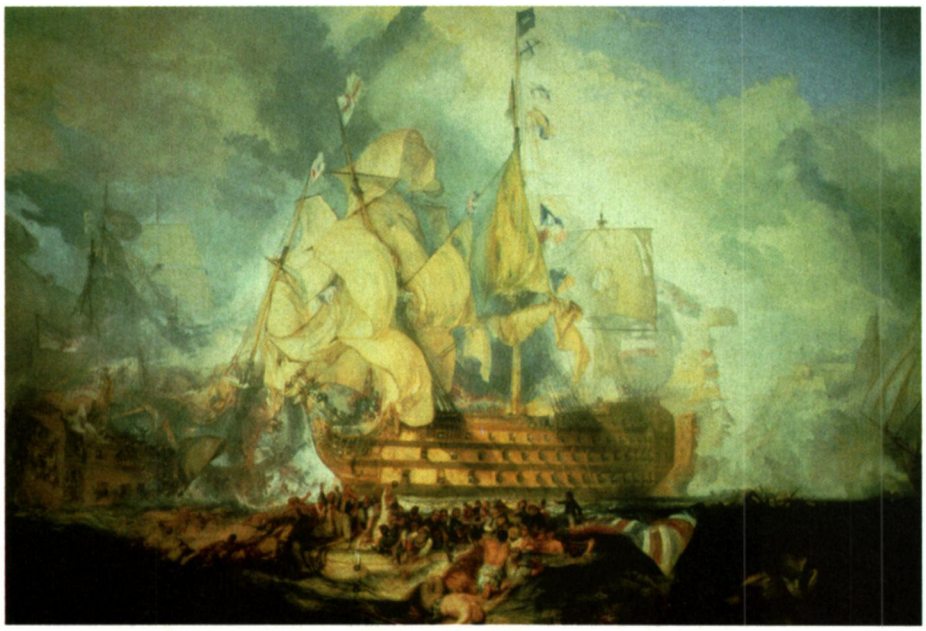
send von den „Kriegen der Revolution und Napoleons". Frankreich sah sich wechselnden Koalitionen von Gegnern gegenüber. Die für Napoleon gefährlichsten waren Großbritannien, das Frankreich 1805 – in der Seeschlacht von Trafalgar, nahe der Straße von Gibraltar – als Seemacht ausschaltete, sowie das Zarenreich, das Napoleon schließlich zum militärischen Verhängnis werden sollte. Österreich und Preußen, beide militärisch schwächer als die „großen Drei" Eurasiens, kamen von Fall zu Fall hinzu, wurden aber zeitweise von Napoleon deklassiert.

Die Frage, wer die verschiedenen Kriege verursachte, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Am Anfang standen sich einerseits die Absicht der alten Monarchien, die Revolution in Frankreich einzudämmen oder zu unterdrücken, andererseits der französische Übergang von der Defensive zum befreienden Revolutionsexport gegenüber. Später nährte sich der Krieg aus Konstellationen des Augenblicks. Er gewann eine Eigendynamik, auch wenn immer wieder einsame Entschlüsse Napoleons eine entscheidende Rolle spielten, vor allem bei der Invasion des Zarenreiches im Sommer 1812. Der Höhepunkt von Napoleons militärischen Erfolgen war mit einer Serie von Blitzkriegen während der Jahre 1805 bis 1810 erreicht. Um 1810 war auf dem europäischen Kontinent ein beispielloses Großreich entstanden. Napoleon hatte keinen früh entworfenen Eroberungsplan systematisch umgesetzt, aber doch immer wieder Expansionschancen genutzt und sich um die Integration unterworfener Gebiete in das entstehende Reich gekümmert.

Mit den Soldaten kamen die Zivilverwalter, die das Imperium konsolidieren sollten. Das Reich wurde indes keineswegs einförmig regiert. Man kann es sich in drei konzentrische Zonen gegliedert vorstellen. Den inneren Ring, den die Herrschaftszentrale fest im Griff hatte, bildeten Frankreich, die Niederlande, das heutige Belgien, Oberitalien sowie die deutschen Satellitenstaaten (zum Beispiel das Königreich Westfalen). In einem mittleren Ring, in dem Frankreich eine weniger direkte Kontrolle ausübte, befanden sich die deutschen Rheinbundstaaten (Baden, Württemberg, Bayern, Frankfurt), Sachsen, Mecklenburg, Dänemark, Polen (genauer: das Großherzogtum Warschau) sowie Süditalien (das Königreich Neapel). Schwächer und kurzfristiger war der französische Einfluss im „äußeren Imperium", zu dem sich Mittelitalien, Spanien und der nördliche Balkan zählen lassen. Die modern anmutenden Tendenzen, dieses insgesamt riesige Gebiet administrativ und wirtschaftlich zu integrieren, schwächten sich in dem Maße ab, wie Napoleon militärisch in die Defensive geriet. Begrenzte Aufstände, etwa in Tirol, konnten das Regime nicht schwächen, aber gefährlich wurde es, als sich das große Land Spanien ab 1808 seiner Unterwerfung widersetzte. 1812 scheiterte Napoleons *Grande Armée* (die überwiegend aus Soldaten der nichtfranzösischen Verbündeten bestand) nicht nur am russischen Winter, sondern auch am Geschick der zarischen Militärführung. Von 655 000 Soldaten, die die Weichsel ostwärts überschritten hatten, kehrten nur 93 000 zurück. An vier blutigen Tagen im Oktober 1813 unterlag Napoleon dann seinen vereinten Gegnern in der „Völkerschlacht" bei Leipzig. War das Imperium nun verloren, so hätte der Kaiser noch an diesem Punkt seine Herrschaft in Frankreich retten können. Doch er kämpfte weiter. Von seinen Marschällen im Stich gelassen, dankte er am 6. April 1814 ab und ließ sich von den Großmächten zum Exil auf der Insel Elba vor der toskanischen Küste verurteilen.

Friedenssicherung: Die Ordnung des Wiener Kongresses

Die Kriege zwischen 1792 und 1815 hatten zahlreiche Regionen Europas verwüstet. Mindestens 2,5 Millionen, nach anderen Schätzungen sogar bis zu fünf Millionen Bewohner des Kontinents hatten ihr Leben verloren, prozentual etwa derselbe Anteil von Opfern, den später der Erste Weltkrieg fordern sollte. Der große Gewinner der Kriege war das Vereinigte Königreich. Es war einer französischen Invasion entgangen und hatte Napoleons Kontinentalsperre, die seinen Handel mit dem Festland treffen sollte, gut überstanden.



ullstein bild – TopFoto

In der Schlacht von Trafalgar am 21. Oktober 1805 besiegt die Royal Navy unter Vizeadmiral Horatio Nelson die französisch-spanische Flotte – Beginn der uneingeschränkten britischen Seeherrschaft. Nelsons Schiff Victory, umgeben von brennenden und sinkenden Schiffen des Gegners, Gemälde von William Turner

ullstein bild

In der Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813 unterliegt die französische Armee den Truppen der Verbündeten Österreich, Preußen, Russland und Schweden – Ende der französischen Vorherrschaft in Deutschland. Angriff der Schlesischen Armee unter Blücher (li.) auf französische Einheiten bei Möckern

Völkerschlacht bei Leipzig

[...] Die Schlacht von Leipzig ist zu Recht die „Völkerschlacht" genannt worden, denn unter den 500 000 Mann, die an ihr teilnahmen, befanden sich Franzosen, Deutsche (auf beiden Seiten), Russen, Polen, Schweden, so gut wie alle Nationalitäten der Habsburger Monarchie, ja sogar eine spezielle britische Raketenbrigade, die erst ein Jahr zuvor gebildet worden war und in Leipzig zum ersten Mal zum Einsatz kam.

Am Abend des 14. Oktober hatte Napoleon 177 000 Mann in und um die Stadt zusammengezogen. Früh am nächsten Morgen traf [Karl Philipp Fürst zu] Schwarzenbergs Armee, ein gewaltiges Korps mit knapp über 200 000 Mann, südlich der Stadt auf französische Truppen unter [Marschall Joachim] Murat. Ein großer Teil des 15. Oktober verging mit Patrouillen und kleinen Scharmützeln, während die beiden Armeen die Positionen des Gegners auskundschafteten. Unterdessen rückte [Generalfeldmarschall Gebhard Leberecht von] Blüchers Schlesische Armee [...] von Nordwesten her entlang der Flüsse Saale und Elster vor. Am folgenden Tag, dem 16. Oktober, überwogen heftige Gefechte auf einem breiten Landstreifen um die Stadt, als Schwarzenberg von Süden und Blücher von Norden her angriffen und sich ein kleines alliiertes Korps aus 19 000 Mann durch die Wälder im Westen der Stadt schlug. [...]

Als die Dunkelheit hereinbrach, war der Ausgang der Schlacht offen. Beide Seiten hatten ungeheure Verluste zu beklagen: Die Franzosen hatten fast 25 000 Mann verloren, die Alliierten 30 000. Doch dies waren günstige Vorzeichen für die Verbündeten. Während Napoleon nämlich nur insgesamt 200 000 Mann aufbieten konnte, einschließlich der restlichen Reserven, würde die Zahl der Koalitionstruppen, die um Leipzig zusammengezogen waren, nach dem Eintreffen der Nordarmee und der Polnischen Armee unter [Graf Levin August von] Bennigsen 300 000 Mann betragen. Darüber hinaus nahm der Einfluss Napoleons auf seine deutschen Verbündeten ab. Im Laufe des 16. Oktober erhielt er eine Meldung, dass eine Armee aus 30 000 Bayern zu den Österreichern übergelaufen sei und beabsichtige, Napoleons Nachschublinien nach Frankreich zu blockieren.

Der französische Kaiser dachte über einen Rückzug nach, beschloss aber am Ende, mit dem Abzug bis zum 18. abzuwarten, weil er immer noch hoffte, ein verhängnisvoller Fehler der Verbündeten würde ihm eine Gelegenheit bieten, das Kriegsglück zu wenden. Natürlich versuchte er auch, in gewohnter Manier, den Feind zu spalten, indem er Österreich einen Separatfrieden anbot, doch seine Initiative hatte lediglich den Effekt, dass seine Gegner nunmehr überzeugt waren, er sei am Ende. Am folgenden Tag (17. Oktober) blieb es, abgesehen von einigen Scharmützeln, ruhig, weil sich alle Armeen zur Vorbereitung auf das entscheidende Gefecht eine Ruhepause gönnten. [...]

Am 18. Oktober stießen die Verbündeten bis zum Stadtrand Leipzigs vor und zogen die Schlinge um die französischen Truppen enger. [...]. Einmal mehr erlitten beide Seiten schwere Verluste. Die Verbündeten verloren weitere 20 000 Mann; die Franzosen waren überwiegend in der Defensive geblieben und hatten vielleicht die Hälfte der Zahl verloren. Es kam auch zu weiteren Überläufen, allen voran 4000 Sachsen [...] Verzweifelte Versuche Marschall [Michel] Neys, die Reihen zu schließen und einen Gegenangriff zu führen, wurden von der britischen Raketenbrigade zunichte gemacht, deren Congreve'sche Raketen, benannt nach dem britischen Erfinder William Congreve, unter den vorrückenden Kolonnen Angst und Schrecken verbreiteten.

Die Schlacht war entschieden. Napoleon erkannte, dass keine Hoffnung mehr bestand, die Katastrophe abzuwenden, und gab Befehl, in den frühen Morgenstunden im Schutz der Dunkelheit den Abzug der Truppen zu beginnen. [...] Eine Nachhut von 30 000 Mann blieb in der Stadt und deckte den Rückzug. Doch die Schlacht war damit noch längst nicht vorbei, denn die Verteidiger, von denen durchschnittlich vier jeden Meter der inneren Befestigung besetzten, hatten nicht die Absicht, sich kampflos zu ergeben. [...]

Um die Mittagszeit war [den Verbündeten] im Osten und im Norden der Durchbruch gelungen, den Verteidigern blieb nichts anderes übrig, als über die Elster-Brücke nach Westen zu fliehen und der Grande Armée zu folgen. Napoleon hatte angeordnet, die Brücke zu verminen. Sie sollte bis zum Rückzug gehalten und gesprengt werden, sobald die letzten Verteidiger die Stadt verlassen hatten. Doch der unselige Korporal, dem diese Aufgabe übertragen worden war, geriet in Panik, als er Kosaken heranreiten sah, und zündete die Sprengladungen, als sich noch französische Soldaten und Pferde auf der Brücke drängten. Eine gewaltige Explosion erschütterte die ganze Stadt und zerstörte die einzige Rückzugsroute. Ein makabrer Schauer aus Menschen- und Pferdeteilen ging auf die Fluten des rasch fließenden Flusses und auf die Straßen und Hausdächer der westlichen Viertel nieder. Die übrigen Verteidiger saßen in der Falle. Einige ertranken bei dem Versuch, den Fluss zu überqueren, andere wurden in die Enge getrieben und getötet oder streckten die Waffen.

Die Völkerschlacht war vorüber. Sie hatte Napoleon 73 000 Mann gekostet, von denen 30 000 in Gefangenschaft geraten und 5000 übergelaufen waren. Die Verbündeten hatten 54 000 Mann verloren, darunter 16 033 Preußen. In diesen drei Tagen der Schlacht waren durchschnittlich jeden Tag mehr als 30 000 Mann gefallen oder verwundet worden. Der dramatische Kampf um die Stadt beendete zwar nicht den Krieg gegen Napoleon, aber das Ende seiner Vorherrschaft in Deutschland war in greifbare Nähe gerückt. [...]

Christopher Clark, Preußen. Aufstieg und Niedergang; 1600-1947. Übersetzung: Richard Barth / Norbert Juraschitz / Thomas Pfeifer © 2007, Deutsche-Verlags-Anstalt, München, in der Verlagsgruppe Random House GmbH, S. 423 ff.

akg-images

Mit der Niederlage in der Schlacht von Waterloo am 18. Juni 1815 verliert Napoleon auch die Herrschaft über Frankreich. Ein Vierteljahrhundert der Kriege geht zu Ende. Lithographie um 1830 von Auguste Raffet

Es hatte keine einzige seiner Kolonien verloren, aber einige neue hinzugewonnen, vor allem Südafrika und Ceylon (das heutige Sri Lanka). Mit dem Zusammenbruch des napoleonischen Imperiums war Frankreich, seit dem 17. Jahrhundert der größte weltpolitische Rivale der Briten, für viele Jahrzehnte geschwächt.

Weder die britische Politik noch die der anderen Siegermächte wollte Rache an Frankreich üben. Wenige Tage nach der Abdankung Napoleons wurden Frankreich, nun wieder unter einem Bourbonenkönig, großzügige Friedensbedingungen gewährt, im Osten sogar die Rheingrenze. Doch Ende Februar floh Napoleon von Elba, sammelte Truppen und traf am 20. März

Wiener Schlussakte

vom 15. Mai 1820

Art. I. *Der deutsche Bund ist ein völkerrechtlicher Verein der deutschen souverainen Fürsten und freien Städte, zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit ihrer im Bunde begriffenen Staaten, und zur Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands.*

Art. II. *Dieser Verein besteht in seinem Innern als eine Gemeinschaft selbständiger, unter sich unabhängiger Staaten, mit wechselseitigen gleichen Vertrags-Rechten und Vertrags-Obliegenheiten, in seinen äußern Verhältnissen aber als eine in politischer Einheit verbundene Gesammt-Macht. [...]*

Art. VII. *Die Bundesversammlung, aus den Bevollmächtigten sämmtlicher Bundesglieder gebildet, stellt den Bund in seiner Gesammtheit vor, und ist das beständige verfassungsmäßige Organ seines Willens und Handelns. [...]*

Art. X. *Der Gesammtwille des Bundes wird durch verfassungsmäßige Beschlüsse der Bundesversammlung ausgesprochen; [...]*

Art. XVIII. *Da Eintracht und Friede unter den Bundesgliedern ungestört aufrechterhalten werden soll, so hat die Bundesversammlung, wenn die innere Ruhe und Sicherheit des Bundes auf irgend eine Weise bedroht oder gestört ist, über Erhaltung oder Wiederherstellung derselben Rath zu pflegen und die dazu geeigneten Beschlüsse [...] zu fassen. [...]*

Art. XXV. *Die Aufrechthaltung der innern Ruhe und Ordnung in den Bundesstaaten steht den Regierungen allein zu. Als Ausnahme kann jedoch, in Rücksicht auf die innere Sicherheit des gesammten Bundes, und in Folge der Verpflichtung der Bundesglieder zu gegenseitiger Hülfsleistung, die Mitwirkung der Gesammtheit zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Ruhe, im Fall einer Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen die Regierung, eines offenen Aufruhrs, oder gefährlicher Bewegungen in mehreren Bundesstaaten, statt finden. [...]*

Art. XXVIII. *Wenn die öffentliche Ruhe und gesetzliche Ordnung in mehreren Bundesstaaten durch gefährliche Verbindungen und Anschläge bedroht sind und dagegen nur durch Zusammenwirken der Gesammtheit zureichende Maaßregeln ergriffen werden können, so ist die Bundesversammlung befugt und berufen, nach vongängiger Rücksprache mit den zunächst bedrohten Regierungen, solche Maaßregeln zu berathen und zu beschließen. [...]*

Art. XXXV. *Der Bund hat als Gesammtmacht das Recht, Krieg, Frieden, Bündnisse, und andere Verträge zu beschließen. [...]*

Art. XXXIX. *Wenn das Bundesgebiet von einer auswärtigen Macht feindlich überfallen wird, tritt sofort der Stand des Krieges ein, und es muß in diesem Falle, [...] ohne weitern Verzug zu den erforderlichen Vertheidigungs-Maaßregeln geschritten werden.*

Art. XL. *Sieht sich der Bund zu einer förmlichen Kriegserklärung genöthigt, so kann solche nun in der vollen Versammlung nach der für dieselbe vorgeschriebenen Stimmenmehrheit von zwei Drittheilen beschlossen werden. [...]*

Art. XLIX. *[...] Die Annahme und Bestätigung eines Friedensvertrags kann nur in der vollen Versammlung geschehen. [...]*

So geschehen zu Wien, den fünfzehnten des Monats Mai, im Jahr ein tausend acht hundert und zwanzig.

http://www.verfassungen.de/de/deo6-66/schlussakte20.htm

1815 in Paris ein. Nun erklärten die Mächte der Koalition Napoleon für vogelfrei und organisierten einen neuen Krieg gegen ihn. Mit seiner Niederlage in der Schlacht von Waterloo am 18. Juni 1815 endete Napoleons Hundert-Tage-Herrschaft über Frankreich und damit eine Epoche.

Nach dem Friedenskongress von Münster und Osnabrück (1648) war der Wiener Kongress von 1814/15 der zweite große Versuch, die Verhältnisse unter den Staaten Europas so zu ordnen, dass neue Kriege erschwert würden. Das Vierteljahrhundert der Kriege schien auf den ersten Blick die europäische Staatenwelt nicht verändert zu haben. Die fünf Großmächte waren dieselben wie vor 1792: Russland, Preußen, Österreich, Frankreich sowie Großbritannien mit seiner insularen Sonderstellung. Die ersten drei genehmigten sich gegenseitig Landgewinne auf Kosten kleinerer Nachbarn, insbesondere Polens. Preußen profitierte durch den Zugewinn von Provinzen in Westfalen und am Rhein und wurde damit insgesamt „westeuropäischer". Frankreich wurde strenger behandelt als im Jahr davor, rettete aber seinen Status als Großmacht. Das alte System des Gleichgewichts der Mächte, wie es vor der Französischen Revolution bestanden hatte, schien wiederhergestellt zu sein.

Tatsächlich aber war während der neun Monate, die man sich für den Wiener Kongress gönnte, eine Ordnung neuer Art geschaffen worden. Der Deutsche Bund stabilisierte die politische Geografie Mitteleuropas. Von ungefähr 300 selbstständigen politischen Einheiten in Deutschland um 1789 waren 1815 nur noch 39 übrig geblieben, durch einen lockeren Bundesrahmen zusammengehalten. Wichtiger: Die Wiener Ordnung ruhte auf neuen ideologischen Grundlagen. Die leitenden Staatsmänner der Großmächte erkannten den Zusammenhang zwischen Revolution und Krieg. Revolution konnte leicht zu Krieg führen, und deshalb, nicht nur wegen der Gefährdung der herrschenden Dynastien, musste sie so früh wie möglich verhindert werden. Umgekehrt war Krieg zu vermeiden, da er die bestehenden Verhältnisse in Unruhe versetzen und Revolutionen Vorschub leisten würde.

Aus diesem Grunde entstand in Wien eine Ordnung mit einem doppelten Gesicht: Einerseits war sie antirevolutionär und legitimierte die militärische Intervention einzelner oder mehrerer Mächte gegen Umsturzversuche. Andererseits sah sie erstmals so etwas wie Vertrauensbildung unter den Großmächten vor. Niemals zuvor war der Wille zur Kriegsvermeidung in Europa größer gewesen. Das Bewusstsein, einem einheitlichen europäischen Völkerrechtsraum anzugehören, und die Bereitschaft, Streitfragen nicht gleich durch Krieg, sondern zuerst durch Konsultationen zu lösen, waren neue Elemente der europäischen Politik. Diese „Wiener Ordnung" bestand bis zum Beginn des Krimkrieges 1853. In diesen vier Jahrzehnten blieben Kriege zwischen den europäischen Großmächten aus – ein bedeutender Schritt über die militärische Anarchie hinaus, die bis 1815 geherrscht hatte. Selbst wenn man die Kriege, die einzelne Großmächte zwischen 1854 und 1871 gegeneinander führten, hinzurechnet, war das Jahrhundert zwischen 1816 und 1913 das friedlichste der neueren europäischen Geschichte. Insgesamt gab es im 18. Jahrhundert siebenmal mehr Kriegstote im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung Europas als im 19. Jahrhundert. Und dies, obwohl die Kriegführung seit etwa der Mitte des Jahrhunderts von der Industrialisierung der Rüstungsproduktion erfasst wurde und dadurch die Zerstörungskraft von Waffen stieg; die Kriege von 1792 bis 1815 waren noch mit vorindustrieller Militärtechnologie geführt worden.

Nach dem Zusammenbruch von Napoleons europäischer Ordnung gab es auf dem europäischen Kontinent nur noch ein einziges expansives Imperium: das Reich der russischen Zaren. Es war neben Großbritannien und Preußen der dritte große Gewinner der napoleonischen Kriege. Indem sich das Zarenreich den größten Teil Polens („Kongresspolen") einverleibte, schob es den russischen Einfluss weiter nach Westen vor. Sein diplomatisches Gewicht war erheblich gestiegen. In der europäischen Außenpolitik war Russland fortan, anders als noch im 18. Jahrhundert, ein ständig präsenter Faktor.

Ordnungsmodelle: zwischen Liberalismus und Autokratie

Im 18. Jahrhundert hatte es in Europa nur eine begrenzte Vielfalt staatlicher Herrschaftsformen gegeben. Die meisten Länder waren absolute Monarchien. Nur in Großbritannien war als Folge der Revolutionen des 17. Jahrhunderts das Parlament zu einem mächtigen Rivalen und später Partner der Krone aufgestiegen. Daneben gab es noch unabhängige Stadtstaaten (Venedig oder die Hansestädte) und die kleinen Republiken der Schweiz und der Niederlande. Die Französische Revolution und die Monarchie neuen Typs, wie Napoleon sie einführte, erweiterten das Spektrum politischer Möglichkeiten. Die Revolution hatte zunächst, aber nur für kurze Zeit, zu einer liberalen, parlamentarischen und rechtsstaatlichen Republik geführt, einem Staatstyp, der in Frankreich erst ab den späten 1870er-Jahren dauerhaft etabliert werden würde. Bald hatte sich die Revolution zur intoleranten und gewalttätigen Alleinherrschaft einer einzigen politischen Richtung, der Jakobiner, weiterentwickelt. Sie fand im 19. Jahrhundert (mit Ausnahme der „Pariser Commune" von 1871, die unter Kriegsbedingungen entstand) keine Nachfolger, nahm aber manche Züge dessen vorweg, was im 20. Jahrhundert als „Totalitarismus" in großem Stil wieder aufleben sollte.

Napoleon schuf ab 1799 eine moderne Diktatur, die auf drei Säulen ruhte: dem Militär, der Bürokratie und einer pseudodemokratischen Bestätigung durch Scheinwahlen; man spricht daher von „Bonapartismus". Napoleons Neffe Louis Bonaparte, ab 1852 Kaiser Napoleon III. (1808-1873), errichtete 1851 in Frankreich abermals ein solches System, das bis 1870 bestand.

Zwischen 1815 und 1917/18 blieb die „legitime", das heißt sich auf dynastische Erblichkeit gründende Monarchie in Europa die vorherrschende Regierungsform. Aber sie wandelte nach 1815 ihren Charakter. Überall, wo die napoleonische Besatzung die bis dahin herrschenden Kräfte ausgeschaltet oder in den Hintergrund gedrängt hatte, kam es nach dem Wiener Kongress zu einer Restauration. Die alten Fürstenhäuser wurden wieder eingesetzt, Vertreter liberaler Forderungen nach Grundrechten und der Beteiligung größerer Gruppen der Bevölkerung am politischen Prozess verfolgt und drangsaliert. Dennoch wurden nur selten, vor allem in Spanien und im Süden Italiens, die politischen Uhren auf die Zeit vor 1789 zurückgestellt. Überall sonst begann ein Prozess der schleichenden Erosion von Königsherrschaft, der sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts fortsetzte. Die Form der konstitutionellen Monarchie, bei der auch der dynastische Herrscher als ein Staatsorgan unter mehreren galt und nicht länger als der „Besitzer" seines Staates, wurde nicht von heute auf morgen eingeführt. Sie gewann aber zunehmend an Boden. Verfassungen wurden gewährt, Parlamente bei der Steuerbewilligung und Gesetzgebung mehr und mehr beteiligt, Spielräume für freie Meinungsäußerung erweitert, Gerichte im Sinne des Prinzips der Gewaltenteilung von politischem Druck entlastet. Das Wahlrecht wurde von einer winzigen Minderheit der Besitzenden Schritt für Schritt auf größere Bevölkerungskreise ausgedehnt.

bpk / Alfredo Dagli Orti

Vorherrschende Regierungsform in Europa ist die Erbmonarchie. Die beiden weltpolitisch stärksten Akteure nach 1815 verkörpern sie in unterschiedlicher Form: In Russland regiert Zar Nikolaus I. 1825 bis 1855 als absoluter Monarch ...

ullstein bild – The Granger Collection

... während in Großbritannien die seit langem konstitutionell eingeschränkte Monarchie unter Queen Victoria (r. 1837-1901) an Prestige gewinnt. Victoria im Krönungsornat, Druck 1887

Im frühen 19. Jahrhundert begannen in Europa drei langwierige politische Prozesse, die in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Zeitabläufen folgten und nicht überall mit gleicher Gründlichkeit durchgesetzt wurden: Konstitutionalisierung (Unterstellung sämtlicher politischer Organe unter ein überpersönliches Staatsgrundgesetz), Parlamentarisierung (Kontrolle der Exekutive durch gewählte Repräsentativversammlungen) und Demokratisierung (maximale Ausweitung der wahlberechtigten Aktivbürgerschaft).

Eine Sonderrolle kam dabei den beiden weltpolitisch stärksten Akteuren zu, die beide erhebliche Interessen außerhalb Europas hatten: Großbritannien und dem Zarenreich. Russland blieb zwischen 1815 und 1905, dem Jahr einer ersten russischen Revolution, eine absolute Monarchie ohne konstitutionelle Einschränkung. Der Zar regierte mit Hilfe seiner Bürokratie im Wesentlichen allein. Großbritannien verkörperte das andere Extrem: eine in ganz Europa als fortschrittlich betrachtete Ordnung. Sie war in ihren Grundzügen bereits in der *Glorious Revolution* von 1688 entstanden, hatte sich aber seither fortentwickelt. Ein wichtiger Einschnitt war eine Modernisierung des politischen Systems durch das Reformgesetz des Jahres 1832, das britische Gegenstück zur Revolution von 1830, die in Frankreich einen „Bürgerkönig" auf den Thron brachte. Obwohl auch danach die Macht des Land besitzenden britischen Adels kaum herausgefordert wurde, war ein System, das auf rechtsstaatlichen Grundlagen beruhte und bei dem das Parlament und die ihm – und nicht dem Monarchen – verantwortliche Regierung die zentralen Staatsorgane bildeten, flexibel genug, um neue politische Kräfte einzubeziehen. So wurde Großbritannien zum Vorbild für die Liberalen des Kontinents. Mit seiner freiheitlichen Ordnung bot es den politisch Verfolgten aller Länder Zuflucht.

Was die Monarchie an tatsächlicher Macht verlor, gewann sie an symbolischem Prestige. Auch hier ging Großbritannien anderen europäischen Ländern voran. Als die junge Prinzessin Victoria 1837 den Thron bestieg, war das Ansehen der britischen Monarchie auf einem Tiefpunkt angelangt. Während Victorias langer Regierungszeit (bis zu ihrem Tod 1901) entstand dann aber eine loyale Bindung der britischen Bevölkerung an die Krone, wie sie noch im heutigen Kult um die „Royals" nachwirkt. In ganz Europa blieb das 19. Jahrhundert bis zu seinem Ende eine Epoche der Monarchie, die – außerhalb des Zarenreiches – schwindende Macht durch erhöhten Glanz kompensierte.

Die vier oder fünf Jahrzehnte nach der Französischen Revolution waren auch eine Zeit, als in der politischen Theorie jene Lehren formuliert wurden, die bis weit in das 20. Jahrhundert fortwirken sollten: Liberalismus, Konservativismus und Sozialismus. Wichtige Grundlagen waren bereits von Denkern der Aufklärung formuliert worden, vor allem von dem Engländer John Locke (1632-1704), dem Franzosen Charles-Louis de Montesquieu (1689-1755) und dem Nordamerikaner Thomas Jefferson (1743-1826) samt seinen Mitstreitern. Doch erst die Französische Revolution gab den Anstoß zur Ausarbeitung ganzer politischer Weltbilder.

Der Liberalismus lehnte die Radikalisierung der Revolution ab und knüpfte an deren moderate Anfänge an. Er forderte einen in seiner Machtfülle begrenzten, von der gesellschaftlichen Elite kontrollierten Staat, der privates Eigentum garantierte, Freiheiten wie die der öffentlichen Meinungsäußerung, der Religionsausübung und der Berufswahl gewährleistete und den Einzelnen einen möglichst großen Spielraum zur Ausbildung und Entfaltung individueller Talente eröffnete. Auf einem ungeregelten Markt sollten die Individuen mit ihren Angeboten frei und friedlich konkurrieren können. Der Staat solle dafür den gesetzlichen Rahmen schaffen. Leistung müsse sich lohnen, der Aufstieg in der Gesellschaft möglich sein. Kleinstaaterei solle zu Gunsten eines größeren Zusammenhangs überwunden werden, den man „die Nation" zu nennen begann.

Die Konservativen zogen ganz andere Lehren aus der Erfahrung der Revolution. Sie misstrauten den ungeregelten Aktivitäten von Individuen. Die Menschen müssten ihren Platz in Hierarchien kennen und bewährte Autoritäten respektieren. Sie bedürften der Führung durch den monarchischen Staat, die Kirche und die überkommene aristokratische Elite. Ein nachre-

volutionärer Konservativismus verabschiedete sich allerdings von antiquierten Lehren wie dem Gottesgnadentum der Fürsten. Auch Konservative gingen mit der Zeit.

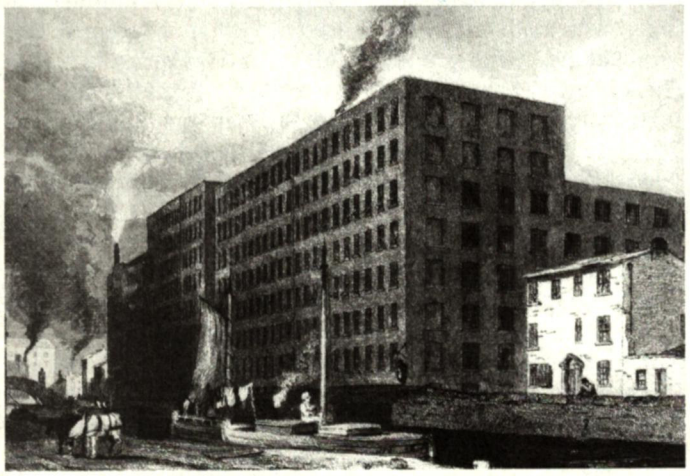
Der Sozialismus schließlich war die jüngste der politischen Strömungen, zunächst noch ohne Einfluss auf konkrete Politik. Er stellte das revolutionäre Schlagwort der „Gleichheit" (*egalité*) über das der „Freiheit" (*liberté*) und war in seiner Frühphase vor 1848 eine Utopie der Solidarität (*fraternité*), Gütergemeinschaft und genossenschaftlichen Produktion in kleinen Einheiten. Erst mit dem Fortschreiten der Industrialisierung in der zweiten Jahrhunderthälfte wurde er zum kämpferischen Weltbild der Arbeiterklasse.

Gesellschaft im Übergang

Obwohl die Industrielle Revolution in England bereits in den 1770er-Jahren begonnen hatte und die Wirtschaft in England und Südschottland (aber nicht in Irland) um die Jahrhundertmitte schon stark von der industriellen Produktionsweise geprägt war, beschränkte sich die Industrialisierung auf dem Kontinent noch für mehrere Jahrzehnte auf kleine Enklaven. Außerhalb Deutschlands waren dies Belgien (das als selbstständiger Staat erst 1830 entstanden war), einzelne Regionen Frankreichs, die Nordschweiz oder Katalonien. Die meisten Bewohner Europas waren um 1850 noch nicht mit der Fabrikindustrie in Berührung gekommen. Neugierige Besucher vom Kontinent reisten in die Industriestadt Manchester, um dort eine neue Welt der Dampfmaschinen und der Massenproduktion zu bestaunen, die es zu Hause nicht gab. Um 1850 überstieg in Europa insgesamt die Zahl der handwerklichen Schuster, Schneider oder Weber diejenige der Kohlebergleute, Maschinisten und Bediener dampfgetriebener Spinnmaschinen. Wenn von „Arbeitern" die Rede war, dachte man weniger an ein industrielles Proletariat als an Tagelöhner, herumziehende Handwerksburschen oder Frauen, Kinder und Männer, die auf dem Lande für städtische „Verleger" weiterverarbeitende Tätigkeiten verrichteten. Im Englischen nennt man dies anschaulich als Gegensatz zur Fabrikindustrie *cottage industry*, also eine nicht-handwerkliche, keine besonderen Fähigkeiten verlangende Produktion in „Hütten" und Privathäusern. Eine solche „Proto-Industrie" konnte zur Fabrikindustrie hinführen, musste dies aber nicht zwangsläufig tun.

ullstein bild – Heritage Images / Oxford Science Archive

In der ersten Jahrhunderthälfte findet der überwiegende Teil der nichthandwerklichen, keine besonderen Fähigkeiten verlangenden Produktion im Auftrag städtischer „Verleger" noch zuhause statt.



ullstein bild – The Granger Collection

England und Südschottland sind Vorreiter der Industrialisierung. In der Industriestadt Manchester können Besucher vom Kontinent Dampfmaschinen und Massenproduktion bestaunen. Baumwollfabrik in Manchester 1835

Die junge Schwerindustrie war stark standortgebunden, da sie auf Kohle- und Eisenerzvorkommen angewiesen war. Die herkömmliche Energiegewinnung, zum Beispiel aus Holzkohlemeilern oder der Verbrennung von Torf, reichte nicht aus, um jene Temperaturen zu erzeugen, die für die neuen Eisentechnologien erforderlich waren. Vor 1850 finden sich auf dem Kontinent allein in Belgien Ansätze zu einer solchen „modernen" Schwerindustrie.

Obwohl sich die vorindustriellen Verhältnisse der Frühen Neuzeit bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts fortsetzten und obwohl Millionen von Menschen an der Armutsgrenze lebten und weiterhin von Hungersnöten bedroht blieben, war die erste Hälfte des Jahrhunderts keineswegs bloß eine Zeit wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stagnation. In Frankreich und in manchen Gebieten, die unter seinen Einfluss geraten waren, hatten sich die Eigentumsverhältnisse drastisch gewandelt. Aristokratischer Landbesitz und das Grundeigentum der Kirche waren an Bauern umverteilt worden. Frankreich wurde zu einem Land selbstständiger Kleinbauern. „Bauernbefreiungen" unterschiedlicher Art hatten alte Feudalprivilegien wie etwa Arbeitsdienste für den Herrn und Sonderabgaben zu zahlreichen Anlässen abgeschafft und die Rechtsstellung der Bauern insgesamt verbessert, jedenfalls in einer breiten Zone, die von der Elbe und den Pyrenäen begrenzt war. Europa lebte weiterhin überwiegend von der Landwirtschaft; vor allem auf der iberischen Halbinsel, dem Balkan und in Osteuropa blieb sie dominant. Doch war Bewegung in den Charakter der ländlichen Gesellschaft gekommen. Dazu trug auch bei, dass kommerzielle Beziehungen auf dem Lande zunahmen und sich verdichteten. Immer weniger Bauern produzierten allein für den Eigenbedarf der Familie oder des Dorfes, immer mehr versorgten über Zwischenhändler entfernte Märkte. Dies traf nicht nur auf freie Bauern zu. Auch dort, wo weiterhin Leibeigenschaft vorherrschte oder verbreitet war (in Spanien bis in die 1830er-Jahre, in der Habsburgermonarchie bis 1848, in Russland bis 1861), gewann die Produktion für den Markt an Bedeutung.

In der Landwirtschaft wie im Hausgewerbe und sogar in der Fabrikindustrie (jedenfalls der Textilproduktion) teilten sich Männer und Frauen die Arbeit. In Baumwollfabriken stellten Frauen und Kinder sogar 50 bis 80 Prozent der Arbeitskräfte. Auch im frühen englischen Kohlebergbau wurden Frauen und Kinder so lange und so intensiv eingesetzt, dass Kritiker dies als Skandal anprangerten und erste Schutzgesetze erlassen wurden. Insgesamt veränderten sich die Geschlechterrollen unter der Mehrheit

ullstein bild – Heritage Images / Oxford Science Archive

Kinderarbeit ist in den ärmeren Schichten bis Mitte der 1850er-Jahre üblich. Auch im englischen Kohlebergbau müssen Frauen und Kinder unter schwierigsten Bedingungen arbeiten. „Kohleförderung" in Bolton, Lancashire

der Bevölkerung nicht dramatisch. Die allgemeine Arbeitsbelastung in dieser Phase des Übergangs scheint jedoch zugenommen zu haben, vermutlich überproportional zu Lasten von Frauen.

Während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs der relative Anteil von nichtadligen Mittelschichten in den europäischen Gesellschaften. Sie prägten zunehmend das allgemeine kulturelle Klima, auch wenn ihr politischer Einfluss in vielen Ländern ihrem zunehmenden gesellschaftlichen Gewicht nicht entsprach. Diese Mittelschichten, ebenso wie zuvor schon die „Bürger" der Frühen Neuzeit, fanden sich vor allem in den Städten. Aktivisten der neuen Wirtschaftsformen, also Fabrikbesitzer, Bankiers oder Reeder, bildeten europaweit innerhalb dieses Bürgertums noch eine Minderheit. Vielmehr trafen in dieser höchst uneinheitlichen gesellschaftlichen Gruppierung Leute aus verschiedenartigen Herkunftskreisen zusammen: erstens Kaufleute, die von der Zunahme der Kommerzialisierung profitierten; zweitens nichtadlige – oft aber dann aufgrund ihrer Verdienste geadelte – Staatsdiener, die infolge des Ausbaus der Verwaltung Karriere machten; drittens Anbieter gehobener nichtmanueller Dienstleistungen, etwa Anwälte, Ärzte, Professoren. Was sie alle gemeinsam hatten, war die symbolische Abgrenzung nach unten, vom handarbeitenden, in finanziell unsicheren Verhältnissen lebenden „Volk" (zu dem auch das „Kleinbürgertum" gehörte), und nach oben, von einer Aristokratie, die aus der Sicht einer bürgerlichen Leistungsethik als passive Konsumentin ihres ererbten Reichtums fragwürdig legitimiert war.

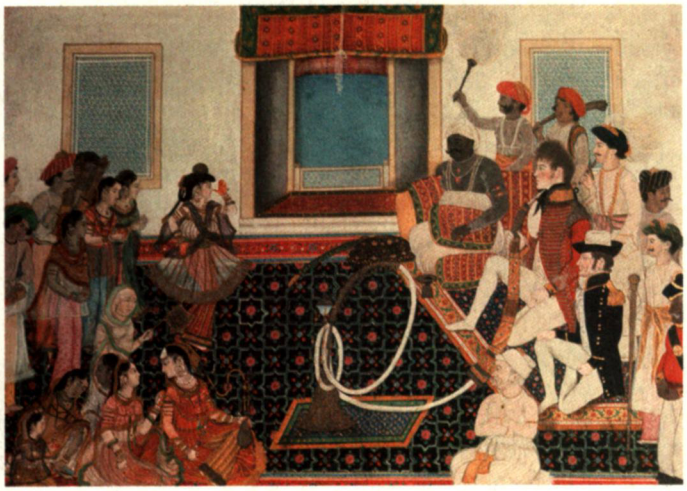
Allerdings gab es vielfältige Berührungen zwischen Bürgertum und Aristokratie und nur noch selten, wie im *Ancien Régime*, eine unüberwindliche Klassenschranke. In Frankreich, aber auch in deutschen Städten oder in Norditalien bildete sich eine einflussreiche Elitenschicht der „Notabeln" oder städtischen Honoratioren. Nicht nur in den deutschen Ländern, wo Oberschulen und Universitäten zu einem bevorzugten Objekt staatlichen Reformeifers geworden waren, gewann das Bürgertum des frühen 19. Jahrhunderts sein Selbstbewusstsein und seine Identität aus dem Genuss von Kultur und der Selbstvervollkommnung durch Erziehung und Bildung. Der Bürger und die Bürgerin schlossen sich in Lesegesellschaften zusammen und besuchten die Oper, die erstmals außerhalb Italiens ein breites Echo fand. Sie legten großen Wert auf eine sorgfältige Ausbildung ihrer Kinder, und sie wurden selbst zunehmend zu Gegenständen der Romanliteratur und der Malerei. War die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts noch kein eindeutig „bürgerliches Zeitalter", so drängte diese neue gesellschaftliche Klasse, überwiegend wirtschaftlich erfolgreich, doch schon nach einer kulturellen Vormachtstellung. In Paris, das der Philosoph und Kulturhistoriker Walter Benjamin die kulturelle „Hauptstadt des 19. Jahrhunderts" nannte, in Manchester, Frankfurt oder Hamburg gab sie um 1850 bereits den Ton an.

Die Welt 1800-1850

Transatlantische Verbindungen und Trennungen

Um 1800 waren die einzelnen Teile der Erde noch sehr weit voneinander entfernt. Von einem Kontinent zum anderen gelangte man nur durch gefährliche und beschwerliche Seereisen. Von England aus war ein Schiff nach China vier bis fünf Monate unterwegs. Bis nach Australien, das erst ab 1788 systematisch von Europäern besiedelt wurde, zunächst als britische Sträflingskolonie, dauerte es sogar sieben bis acht Monate. Nirgendwo, auch nicht über den Nordatlantik hinweg, gab es einen fahrplanmäßigen Schiffsverkehr, von Tourismus ganz zu schweigen. Das meeresferne Innere von Asien, Afrika und Südamerika war in der Außenwelt so unbekannt, dass europäische Kartografen die berühmten weißen Flecken ließen. Die Welt von 1800 war eine Welt ohne Hotels. Nachrichten waren ebenso lange unterwegs wie Schiffe, denn es gab keine andere Methode, sie zu befördern. Die Gouverneure in den europäischen Überseekolonien konnten daher kaum von ihren Zentralen in London, Paris oder Amsterdam kontrolliert werden. Diese aus heutiger Sicht unvorstellbar schwierigen Kommunikationsverhältnisse verhinderten indes nicht, dass sich intensive Fernkontakte knüpften.

Diese Kontakte waren geografisch sehr ungleich verteilt. Die Initiative zu ihnen ging vorwiegend von Europäern aus. Seit 300 Jahren hatten die Europäer – erst Spanier und Portugiesen, dann Holländer, Engländer und Franzosen – als ungebetene Gäste andere Teile der Welt militärisch erobert und unter ihre Kontrolle gebracht. Dies war selten ohne die Mitwirkung von Einheimischen geschehen, die oft die Fremden als Verbündete in lokalen



akg-images / British Library

Die East India Company weitet ihren Herrschaftsbereich in Indien kontinuierlich aus. Britische Offiziere der Ostindien-Kompanie werden mit Musik und Tanz unterhalten, zeitgenössische indische Miniatur.

ullstein bild – AISA

In Spanisch-Amerika führen Unabhängigkeitsrevolutionen zwischen 1810 und 1826 zur Gründung souveräner Republiken; verfassunggebende Versammlung in Tucumán, Argentinien, am 9. Juli 1816

Machtkonflikten schätzten. Um 1800 hatten die europäischen Mächte keineswegs schon den überwiegenden Teil der Erdkugel unter ihre Herrschaft gebracht. In Afrika war nur die Südspitze des Kontinents niederländisches, dann britisches Kolonialgebiet. In Asien hielten sich winzige portugiesische Küstenenklaven (Goa in Indien, Macau in China) als Reste eines verschwundenen Handelsimperiums. Bedeutenden Kolonialbesitz, der ebenfalls ein Nebeneffekt von Handelsinteressen war, unterhielten nur die Niederlande im heutigen Indonesien sowie die Briten, deren halboffizielle *East India Company* seit den 1760er-Jahren Territorialherrin in Bengalen (mit der Hauptstadt Kalkutta) war und um 1800 erfolgreich Kriege zur Ausweitung ihres Herrschaftsbereichs führte. Französische Versuche, sich in Asien festzusetzen, waren gescheitert. Spanier saßen in der Stadt Manila und auf einigen der größeren philippinischen Inseln, denen aber wenig eigener kolonialer Wert beigemessen wurde, dienten sie doch vor allem als Zugang nach Ostasien.

Viel tiefer hatte sich der europäische Kolonialismus in der westlichen Hemisphäre eingewurzelt. Dort war er aber in den 1760er-Jahren in eine tiefe Krise geraten. Diese Krise hatte 1776 dazu geführt, dass 13 der britischen Kolonien in Nordamerika ihre Unabhängigkeit erklärten. Sie siegten in einem Krieg gegen das vormalige Mutterland und gaben sich 1787 eine gemeinsame Verfassung. 1789, im Jahr der Französischen Revolution, nahmen die Organe eines neu gegründeten Staates – Präsident, Senat und Repräsentantenhaus – ihre Arbeit auf: die der Vereinigten Staaten von Amerika. Die USA waren durch Sezession ohne verbleibende Bindung aus dem *British Empire* ausgeschieden.

Die imperiale Krise der 1760er-Jahre hatte auch das große spanische Reich in der Neuen Welt erfasst. Damals hatte Spanien versucht, den Zugriff auf seine Vizekönigtümer in Amerika zu verstärken, und damit den Widerstand der Kreolen, also der in Amerika geborenen Nachfahren spanischer Eltern, geweckt. Diese Gruppierung sah ihre wirtschaftlichen Interessen und politischen Privilegien bedroht. Eine scharfe Eskalation wie in Nordamerika blieb jedoch einstweilen aus. Der hispano-amerikanische Unabhängigkeitskampf begann erst, nachdem Napoleons Invasion Spaniens 1808 das *Ancien Régime* in Madrid gestürzt und ein südatlantisches Machtvakuum geschaffen hatte. Zwischen 1810 und 1826 wurde mit wechselnden regionalen Brennpunkten auf dem ganzen Subkontinent gekämpft. Trotz eines gewaltigen Militäreinsatzes musste sich Spanien geschlagen geben. Aus dem riesigen spanischen Imperium wurde ein Mosaik von 16 souveränen Staaten: großen wie Mexiko, Venezuela oder Argentinien, kleinen wie Panama oder Honduras. Unter anderen Umständen löste sich Brasilien 1822 von Portugal und machte sich zu einem selbstständigen Kaiserreich. Nur die Inseln Kuba und Puerto Rico verblieben bis 1898 in spanischer Hand.

Die Unabhängigkeit Lateinamerikas war die umfassendste Veränderung der politischen Landkarte in der gesamten Neuzeit. Fügt man hinzu, dass Napoleon 1803 die riesigen französischen Besitzungen in Nordamerika, die sich heute auf 15 Bundesstaaten verteilen, an die USA verkaufte, so zeigt sich, dass zwischen 1783 – als die späteren USA nach ihrem militärischen Sieg über Großbritannien *de facto* selbstständig wurden – und 1826 aus einem vom arktischen Norden bis in den tiefen Süden von Europa kolonisierten Kontinent eine Welt post-imperialer Nationalstaaten geworden war; nur Kanada blieb britisch. Die spanischsprachigen Republiken fanden aber nicht – wie die 13 britischen Kolonien – zu einer Union zusammen. Auch war es zunächst unter der Herrschaft von Militärführern und kleinen Oligarchien von Großgrundbesitzern mit ihrer inneren Stabilität und demokratischen Entwicklung nicht gut bestellt. Wirtschaftlich wurden sie von Großbritannien abhängig, gegen Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend von den USA.

Die Inselwelt der Karibik ging einen anderen Weg als das Festland. Dort behauptete sich der europäische Kolonialismus. Eine Ausnahme bildete die französische Kolonie Saint-Domingue, die westliche Hälfte der Insel Hispaniola. Saint-Domingue war die wirtschaftlich produktivste und profitabelste Kolonie des französischen *Ancien Régime*. Hunderttausende von Sklaven, die aus Afrika herbeigeschleppt worden waren, bauten dort für französische Pflanzer Zucker und Tabak an, „Kolonialwaren" für europäische Kunden. Nachrichten vom Ausbruch der Französischen Revolution weckten Freiheitshoffnungen in allen Teilen der Bevölkerung. Die französischen Plantagenbesitzer hofften auf eine größere Autonomie vom Mutterland; eine ethnisch gemischte Mittelschicht von Mulatten und freigelassenen Sklaven wollte sich von der Vormundschaft der weißen Pflanzer befreien; die Sklaven, die die große Mehrheit der Bevölkerung ausmachten, erstrebten ein Ende von Sklaverei und Plantagensystem. Später wurde Saint-Domingue in die weltpolitische Auseinandersetzung zwischen Napoleon und der britischen Krone hineingezogen. Frankreich verfolgte einen Zickzack-Kurs: 1794 wurde die koloniale Sklaverei abgeschafft,

1802 führte Napoleon sie wieder ein. Vorübergehend schien sich die Möglichkeit eines autonomen Sonderstatus innerhalb des französischen Staatsverbandes abzuzeichnen. Sie wurde verspielt. Am Ende eines blutigen Tumults, der insgesamt von 1791 bis 1804 dauerte, stand die Gründung des neuen Staates Haiti – das erste Beispiel für einen erfolgreichen anti-kolonialen Befreiungskampf von Nicht-Weißen. Die Haitianische Revolution bildet eine wichtige Episode in der Geschichte revolutionärer Wechselwirkungen über den Atlantik hinweg in den Jahrzehnten um 1800.

Agrarische Imperien und ihr Niedergang

Während in Amerika europäische Kolonialreiche zerfielen und unabhängige Staaten entstanden, liefen in Asien die historischen Prozesse in andere Richtungen. Asien war vor 1800 auch nicht annähernd so ausgedehnt und intensiv kolonisiert worden wie Amerika einschließlich der Karibik. Das bevölkerungsreichste Land des Kontinents, China, war im 18. Jahrhundert selbst noch ein machtvolles Imperium, das sich nach Zentralasien ausdehnte und dabei erstmals Mongolen und Tibeter in die Grenzen des Reiches einschloss. Zur selben Zeit nahm China als Exporteur von Tee, Seide und Porzellan in großem Umfang am Welthandel teil. Auch viele andere Küstenregionen Asiens wurden in den interkontinentalen Warenverkehr einbezogen. In beschränktem Maß galt dies sogar für Japan, das sich bewusst von der Außenwelt isolierte. Nirgendwo in Asien gab es um 1850 auch nur Spuren einer Industrie modernen, also „englischen" Typs. Dabei waren die Ökonomien der dicht besiedelten Kernländer keineswegs primitiv oder rückständig, sondern besaßen ein leistungsfähiges Handwerk, das oft zur Massenproduktion fähig war, sowie eine Landwirtschaft, der es immerhin gelang, vor der Erfindung des Kunstdüngers die Versorgung einer stetig wachsenden Bevölkerung auf kargem Niveau sicherzustellen. Alle diese Länder waren als mehr oder weniger absolute Monarchien auf agrarischer Grundlage organisiert.

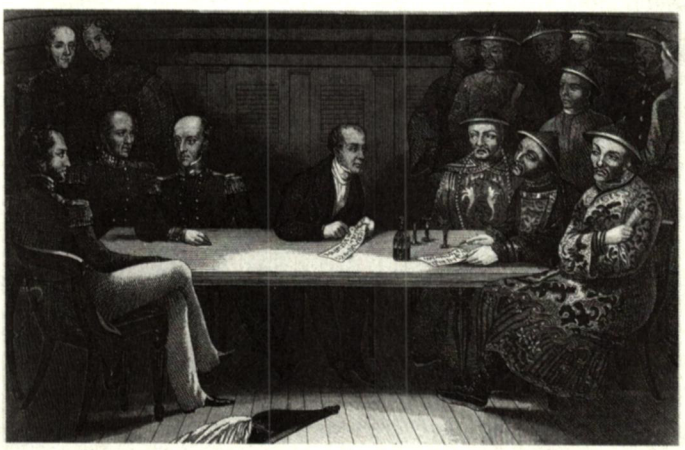
Während sich in Amerika die europäischen Kolonialreiche auflösten, gerieten in Asien die seit langem etablierten agrarischen Monarchien in eine tiefe Krise. In Indien war bereits im frühen 18. Jahrhundert das vordem riesige und mächtige Mogulreich in Teilstaaten zerfallen. Erst diese Zersplitterung hatte es den Briten erlaubt, in Bengalen Fuß zu fassen und von dort aus – dies war bis 1818 geschehen – große Teile des Subkontinents zu erobern. So weit kam es in anderen Teilen Asiens einstweilen noch nicht. Der im 17. Jahrhundert starke und kulturell blühende Iran wurde Opfer nicht europäischer, sondern afghanischer Invasionen. Dennoch war die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Wendezeit für Asien, denn das bis dahin bestehende ungefähre Gleichgewicht zwischen Asien und Europa verschwand.

Europa, vor allem vertreten durch das wirtschaftlich dynamische Großbritannien, konfrontierte Asien mit militärischen und kulturellen Herausforderungen, auf die eine Antwort schwerfiel. Keine der agrarischen Monarchien erwies sich als reformfähig genug, um dem Westen Widerstand leisten zu können. Indien konnte erobert werden, weil sich die Briten die indische Zerstrittenheit zu Nutze machten und weil sie fähig waren, ihren quantitativ keineswegs überwältigenden Militärapparat besser zu organisieren als ihre indischen Gegner. Das Fußvolk der britischen Truppen in Indien bildeten Inder, sodass man sagen kann, die Briten hätten eine Methode gefunden, Indien sich selbst erobern zu lassen. Japan fiel es dank seiner Insellage relativ leicht, Ausländer von seinen Küsten fernzuhalten. Aber die Bedrohung nahm unverkennbar zu, und der streng hierarchisch geordneten japanischen Feudalordnung fehlte die Flexibilität, sich auf eine neue Zeit einzustellen. Als im Juli 1853 vier Schiffe der US-Marine in der Bucht von Tokio aufkreuzten, war die japanische Machtelite überrascht und ratlos. Da sie wenig Widerstand leistete, wurde Japan ohne einen Krieg für Kontakte mit der Außenwelt „geöffnet". An dieser Öffnung, die bald positiv als eigener Anschluss an die „Zivilisation" interpretiert wurde, beteiligten sich viele Japaner bereitwillig oder sogar mit Enthusiasmus.

Ein Grund für dieses aktive Interesse am Westen, der in Japan von Anfang an doppelt als Europa und die USA auftrat, war das Schicksal Chinas, an dessen Ausbeutung auch Japan Interesse hatte. An der südchinesischen Küste hatte sich seit etwa 1820 ein Konflikt um Opium zusammengebraut. Das Rauschgift wurde in Britisch-Indien produziert und zunehmend statt des früher dafür verwendeten Silbers zur Bezahlung chinesischer Tee-Exporte benutzt. Die Weigerung der chinesischen Regierung, diese Praxis weiter zu dulden, wurde unter britischen Diplomaten und Handelsfirmen als willkommener Anlass gesehen, das bis dahin selbstbewusst verschlossene China zur Öffnung seiner Häfen für Ausländer zu zwingen. Dies geschah im britisch-chinesischen Opiumkrieg von 1840-42, dem 1856-60 ein zweiter Krieg folgte. Zwar wurde China vor 1895 noch nicht in nennenswertem Umfang kolonisiert, doch war erstmals in der Geschichte seine militärische Unterlegenheit gegenüber Europa offenbar geworden. Die Europäer nutzten diese Schwäche, um die Tür für ihre Geschäftsleute und Missionare zu öffnen.

ullstein bild - Heritage Images/The British Library

Im 18. Jahrhundert ist China ein machtvolles Imperium. Noch 1793 empfängt der chinesische Kaiser Qianlong (r. 1735-1796) den ersten britischen Gesandten aus einer Position der Überlegenheit.



bpk

Doch im britisch-chinesischen Opiumkrieg 1840-42 zwingen die Briten China zur Öffnung seiner Häfen. Zusammenkunft des englischen Befehlshabers mit chinesischen Verhandlungspartnern

Opium – Symbol für Chinas Niedergang

[...] 1836 berief Kaiser Daoguang seine hohen Beamten zu einer Beratung über die Opiumfrage ein. Ihr Rat fiel geteilt aus. Die einen befürworteten die Legalisierung des Opiumhandels mit der Begründung, dadurch werde der Beamtenbestechung und -erpressung ein Ende bereitet und außerdem durch Zölle eine ständige Einnahmequelle erschlossen. Daneben bekäme das in China angebaute Opium – angeblich von besserer Qualität als das indische und in der Vermarktung billiger – eine Chance, das ausländische nach und nach zu verdrängen. Doch viele Beamte hielten diese Auffassung für gefährlich und wiesen darauf hin, dass Ausländer grausam und raffgierig seien und dass die Chinesen überhaupt kein Opium brauchten, weder eigenes noch fremdes. [...]

Nach Abwägen aller Argumente entschied sich Kaiser Daoguang 1838 für ein Verbot des Opiumhandels. Mit der Durchsetzung dieses Dekrets betraute er einen vierundfünfzigjährigen Gelehrten-Beamten aus der Provinz Fujian namens Lin Zexu, der als kaiserlicher Sonderbevollmächtigter dem Opiumhandel in Kanton [Guangzhou – Anm. d. Red.] ein Ende machen sollte. [...]

Zur Ausmerzung des Opiums versuchte Commissioner Lin (wie ihn die Engländer bald nannten) alle traditionellen Kräfte und Werte des konfuzianischen Staates aufzubieten. In öffentlichen Proklamationen wies er auf die Gefährdung der Gesundheit durch Opiumkonsum hin und befahl allen Rauchern, ihr Opium und ihre Pfeifen binnen zwei Monaten bei seinem Stab abzuliefern. [...] Mitte Mai 1839 waren bereits über 1600 Chinesen verhaftet und rund 16 000 kg Opium sowie 43 000 Opiumpfeifen konfisziert; in den beiden folgenden Monaten beschlagnahmten Lins Leute weitere 57 000 kg der Droge sowie nochmals 27 500 Pfeifen.

Gegenüber den Ausländern wandte Lin eine ähnliche Kombination aus logischer Argumentation, moralischer Überredung und Druck an. Auf eine bewaffnete Auseinandersetzung aber zielte, wie viele seiner Äußerungen belegen, seine Politik nicht ab. Zunächst nahm er sich die chinesischen Cohong-Kaufleute vor, die er im März bei einer Vorladung persönlich tadelte, sich wider besseres Wissen und Gewissen für bestimmte prominente britische Kaufleute [...] verbürgt zu haben, obwohl doch jedermann wusste, dass diese mit Opium handelten. Die chinesischen Kaufleute sollten den Ausländern die Order übermitteln, ihre auf den Schiffen vor der Insel Lintin und andernorts zu Tausenden gestauten Kisten mit Opium abzuliefern und sich schriftlich zur Einstellung jedes weiteren Opiumhandels zu verpflichten. [...] Für das abzugebende Opium bot er keine Entschädigung an.

Daneben versuchte Lin die Ausländer mit Argumenten zu überzeugen und drängte sie, sich auf den legalen Handel mit Tee, Seide und Rhabarber (den er für ihre Gesundheit für wichtig hielt) zu beschränken und davon abzusehen, dem chinesischen Volk Schaden zuzufügen. [...] In einem sorgfältig formulierten Brief an Königin Viktoria versuchte Lin, an das moralische Verantwortungsbewusstsein der Queen zu appellieren. „Uns ist zu Ohren gekommen", schrieb er, „dass es auch in Eurem ehrenwerten Land dem Volk nicht gestattet ist, die Droge zu rauchen, und dass diesem Verbot Zuwiderhandelnde sich einer sicheren Bestrafung aussetzen ... Wäre es da, um das Übel bei der Wurzel zu packen, nicht besser, Verkauf und Produktion statt nur den Konsum zu verbieten?" De facto aber war Opium in Großbritannien nicht verboten und wurde – vielfach in der Form von Laudanum – von verschiedenen bekannten Persönlichkeiten [...] genommen. Viele Engländer hielten Opium für weniger schädlich als Alkohol, und so stießen Lins moralische Ermahnungen auf taube Ohren.

Die von den verängstigten Hong-Kaufleuten zum Nachgeben gedrängten ausländischen Händler erklärten zwar zunächst, das Opium nur in Kommission für andere zu verkaufen und deshalb nicht befugt zu sein, es auszuliefern, erboten sich dann aber doch, 1000 Kisten zum Zeichen ihres guten Willens abzugeben. Wutentbrannt ordnete Lin die Verhaftung Lancelot Dents, einem der führenden britischen Opiumhändler, an, und als sich die Ausländergemeinde weigerte, Dent zur Verhandlung auszuliefern, wies Lin am 24. März 1839 den Hoppo [einen vom Hof ernannten Handelsbeamten – Anm. d. Red.] an, jeglichen Handel mit den Ausländern zu unterbinden. [...] [D]ie 350 Ausländer in Kanton wurden zusammen mit dem höchsten britischen Beamten, dem Handelsbevollmächtigten Elliot, in ihren Faktoreien von der Außenwelt abgeriegelt. [...] Nach sechs Wochen waren sie mürbe und willigten in die Auslieferung von 20 000 Kisten Opium ein. Nach der Übergabe hob Commissioner Lin die Blockade auf und ließ alle Ausländer bis auf 16 frei.

Den Transfer des ausländischen Opiums überwachte Lin höchstpersönlich [...]. Nach Abschluss der Übergabe sah er sich vor die ungewöhnliche Aufgabe gestellt, knapp 1,4 Millionen kg Rohopium zu vernichten. Zu diesem Zweck ließ er drei riesige, gut 2 Meter tiefe und 45 Meter lange Gräben ausheben, 500 Arbeiter unter der Aufsicht von 60 Beamten die gewaltigen Rohopiumballen aufbrechen und sie so lange mit Wasser, Salz und Kalk vermischen, bis sich das Opium auflöste. Dann wurde die trübe Brühe unter den Augen zahlreicher Chinesen und Ausländer in ein benachbartes Flüsschen geleitet und von diesem ins Meer gespült. [...]

Kaum hatte die Nachricht von der Blockade und der Beschlagnahmung des Opiums England erreicht, meldeten sich in den großen Produktionsgebieten die Lobby des Chinahandels sowie die Handelskammern zu Wort, um durch Druck auf das Parlament einen Vergeltungsschlag zu erzwingen. [...]

Im Juni 1840 traf dann die gesamte britische Flotte unter George Elliot vor Kanton ein. [...]

Am 29. August 1842 wurde der Vertrag von Nanjing an Bord der Cornwallis, eines im Yangzi vor Anker liegenden Schiffs Ihrer Majestät, unterzeichnet und zehn Monate später nach der förmlichen Billigung durch Königin Viktoria und Kaiser Daoguang in Hongkong ratifiziert. Es war die wichtigste vertragliche Regelung in der modernen Geschichte Chinas. Der Vertrag umfasste zwölf Hauptartikel, die in ihrer Summierung entscheidende Konsequenzen für die chinesischen Vorstellungen von Handel und Gesellschaft nach sich zogen. [...]

Jonathan D. Spence, Chinas Weg in die Moderne. Aus dem Amerikanischen von Gerda Kurz und Siglinde Summerer, © Carl Hanser Verlag München 1995, S. 188 ff.

Im Nahen Osten war um 1800 – wie bereits seit vier Jahrhunderten – das Osmanische Reich, das vom Sultan in Istanbul regiert wurde, die beherrschende politische Kraft. Anders als Japan und erst recht als China hatte es seit Jahrhunderten im feindseligen Kontakt mit Europa gestanden. An ein langsames Zurückweichen vor Russland und Österreich auf dem Balkan hatte man sich einigermaßen gewöhnt, doch es war ein großer Schock, dass Bonaparte 1798 in einer militärischen Aktion die Provinz Ägypten unter seine Kontrolle brachte. Auch wenn die Franzosen den Nil bereits nach wenigen Jahren verließen und Ägypten nicht zu ihrer Kolonie machten, so zeigte dies doch die außerordentliche Verwundbarkeit des Reiches. Sie erwies sich erneut, als die Großmächte England und Russland in den 1820er-Jahren mit ihrer Seemacht eine schwache griechische Unabhängigkeitsbewegung unterstützten und den Sultan zwangen, 1830 der Errichtung eines griechischen Staates unter gesamteuropäischer Protektion zuzusehen. Im selben Jahr begann Frankreich mit der Unterwerfung Algeriens, das zumindest nominell dem Sultan untertan war. Die osmanische Elite reagierte auf diese Kette von Niederlagen mit einem ehrgeizigen Reformprogramm (*Tanzimat*, „Neuordnung"), das, 1839 beginnend, das Reich effektiver gestalten und näher an die westlichen Vorbilder England und Frankreich heranrücken sollte. Damit wurde das Osmanische Reich zur ersten der agrarischen Monarchien Asiens, die sich selbst ein Modernisierungsprogramm verordnete. Das oberste Ziel all dieser Programme war es, das eigene Land – wie es damals oft hieß – „reich und stark" zu machen und auf diese Weise dem Schicksal der Kolonisierung zu entgehen, das man in Gestalt Indiens mahnend vor Augen sah. Im Falle des Osmanischen Reiches wurde dieses Minimalziel erreicht.

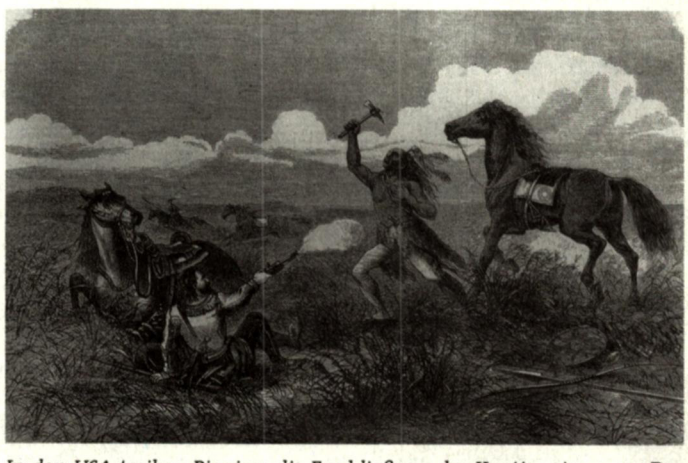
Die eigenständige Entwicklung der USA

Zu den erstaunlichsten und folgenreichsten Entwicklungen während des 19. Jahrhunderts gehörte der langsame Aufstieg der USA zum reichsten Land der Erde und schließlich zur politisch-militärischen Großmacht. Innerhalb des *British Empire* hatten die nordamerikanischen Kolonien keine herausgehobene Rolle gespielt. Wirtschaftlich war lange Zeit aus Londoner Sicht die Zucker produzierende Karibik (wie beispielsweise Jamaika, Barbados und andere Inseln) wichtiger gewesen. Nur wenige Beobachter in Europa sagten den neu gegründeten USA eine glanzvolle Zukunft voraus.

Die Union startete indes sehr erfolgreich ins 19. Jahrhundert. Die republikanische Regierungsform, die noch niemals in einem der großen Flächenstaaten praktiziert worden war, erwies sich als stabil und handlungsfähig. Eine Gruppe herausragend talentierter Politiker – die Gründerväter um George Washington (1732-1799) und Thomas Jefferson – löste die Probleme, die sich stellten. Die ehemaligen Kolonien, nunmehr Bundesstaaten, wuchsen trotz großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturunterschiede zusammen. Bäuerliche Landwirtschaft, Schifffahrt und Fernhandel in den nördlichen Staaten, die Produktion von Baumwolle und anderen Agrarprodukten auf Sklavenplantagen im Süden bildeten die Grundlagen einer sich schnell entwickelnden Prosperität. Trotz der politischen Trennung von Europa, die 1823 durch die Monroe-Doktrin („Amerika den Amerikanern!") bekräftigt wurde, integrierten sich die USA erfolgreich in den Welthandel.

Sie gehörten zur zweiten Generation der Industrialisierer, die unmittelbar auf den Pionier Großbritannien folgte. Bereits in den 1820er-Jahren entstand in den Neuenglandstaaten eine fabrikmäßige Textilproduktion. Ende der 1840er-Jahre erlebte die US-Wirtschaft dann einen spektakulären *take-off* zur Industrialisierung, etwa gleichzeitig mit Frankreich und noch vor Deutschland. Ebenso wie Europa waren auch die USA damals noch von der Landwirtschaft geprägt, doch wies die Tendenz zumindest im atlantischen Nordosten in Richtung auf eine Gesellschaft, die durch Industrie zu Wohlstand kam. Die USA verfügten über einzigartig günstige Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung. Sie besaßen, anders als Länder wie China, Japan oder Indien, fruchtbares Land in unbegrenzter Fülle, dazu alle nötigen Rohstoffe und den für die Industrialisierung unerlässlichen Energieträger Kohle. Arbeitskräfte strömten aus Europa herbei, viele von ihnen qualifizierte junge Leute. Keine alten feudalen Strukturen behinderten die Dynamik einer Gesellschaft neuen Typs; es gab keine parasitäre Autokratie wie in einigen Teilen Europas. Die republikanischen Institutionen wirkten als Rahmen, der eine „Marktrevolution" zur Entfaltung kommen ließ. Wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Aufstieg des Einzelnen waren in den USA viel weniger von seinem Familienhintergrund abhängig als in der Alten Welt.

Zum Zeitpunkt der Gründung der USA 1789 wusste man an der Atlantikküste so gut wie nichts über das Innere und den Westen des eigenen Kontinents. Erst Forschungsexpeditionen, die in die „Wildnis" entsandt wurden, brachten Nachrichten von riesigen Wäldern, Grasländern, Gebirgen und Flüssen und von den „Indianern", den Bewohnern des Westens. Auf die Entdeckungsreisenden folgten Pioniere und agrarische Siedler in stetig zunehmender Zahl. Die Erschließung des Westens dauerte bis zum Ende des Jahrhunderts und wurde zu einem der großen Themen des US-amerikanischen Selbstverständnisses. Dieses Voranschieben einer Siedlungsgrenze, der *frontier*, war mit brutalem Vorgehen gegenüber der indianischen Bevölkerung verbunden. Viele Indianer wehrten sich; als geschickte Reiterkrieger leisteten sie Widerstand, der aber die Siedlerwelle nicht aufhalten konnte. Die Indianer verloren ihr Land und ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage, sie wurden deportiert und schließlich zwangsweise in Reservaten untergebracht. Die Erschließung des Westens führte nicht nur zur Ausdehnung der landwirtschaftlichen Flächen, die für Weizenanbau und Rinderzucht



akg-images

In den USA treiben Pioniere die Erschließung des Kontinents voran. Das Verschieben der Siedlungsgrenze ist verbunden mit dem brutalen Vorgehen gegen die indianische Urbevölkerung.

genutzt wurden, sondern auch zur Anlage zahlreicher Städte, allen voran Chicago, das nach 1833 innerhalb kurzer Zeit von einer kleinen Siedlung zur zweitgrößten Metropole der Union aufstieg. Die USA wurden zu demjenigen Teil der Welt, in dem die Industrialisierung am schnellsten voranschritt.

Kalifornien wurde anfangs nicht durch die Ost-West-Bewegung der agrarischen *Frontier* besiedelt, sondern von Abenteurern, die nach der Entdeckung von Gold im Jahre 1848 in diese Region strömten. Durch einen Angriffskrieg gegen Mexiko hatten die USA zu Beginn desselben Jahres den mittelamerikanischen Nachbarstaat zur Abtretung des größten Teils Kaliforniens gezwungen. Das Staatsgebiet der USA wurde seit der Unionsgründung kontinuierlich erweitert. Immer neue Gebiete kamen hinzu: durch Besiedlung, militärische Eroberung und Annexion oder durch Kauf (wie 1803 „Louisiana" oder 1867 Alaska, das von Russland erworben wurde). Die Einbeziehung der neuen Territorien in den Zusammenhang der Föderation gehört zu den erstaunlichsten Leistungen politischer Organisation in der Weltgeschichte des 19. Jahrhunderts. So wurde verhindert (was durchaus

Grundlage des Pionier-Erbes

Der Westen prägt Amerika. Wenn man ein scheinbar endloses, leeres Land zur Verfügung hat, das mit neuen Chancen lockt, das man sich mit etwas Wagemut einfach nehmen kann, dann gibt einem das ein Gefühl großer Freiheit. Dann gibt es für Unzufriedene keinen Grund, vor sich hin zu brüten oder zu rebellieren – sie können ja einfach nach Westen gehen.

Dieser Aufbruch spielt in der Erinnerung der Nation und im Selbstverständnis der US-Amerikaner bis heute eine ganz wichtige Rolle. Während die Städte an der Ostküste immer mehr für gesellschaftliche Enge stehen, wird der Westen mit seinen Bergen und weiten Prärien zum Inbegriff für Freiheit. Schon bald ist davon die Rede, dass das Land westlich der alten Kolonien „unbegrenzte Möglichkeiten" bietet. Dieses Schlagwort verbinden wir bis heute mit den USA, auch wenn es den freien Westen längst nicht mehr gibt. In dieser Zeit entsteht aber auch eine typisch amerikanische Charaktereigenschaft, die Frontier-Mentalität: Wenn sich so viele Menschen in der Wildnis behaupten müssen, dann lernen sie, sich allein auf sich selbst zu verlassen, keine Hilfe von außen zu erwarten und Dinge einfach anzupacken. Viele Amerikaner haben noch heute eine unkomplizierte, praktische Art – und sie sind stolz auf dieses Pionier-Erbe.

In den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit sind große Teile des nordamerikanischen Kontinents noch unerforschte Wildnis. Es gibt nur Gerüchte, dass ein großer Teil dieser endlosen Weite aus Wüste besteht. Erst nach einem geschickten Kauf, dem berühmten Louisiana Purchase, öffnet sich die Tür nach Westen ganz.

[...] Im Jahr 1803 überrascht einer von Napoleons Ministern den amerikanischen Gesandten in Paris mit der Frage, ob die USA nicht daran interessiert seien, Louisiana zu kaufen. So wird damals das riesige Gebiet westlich des Mississippi genannt, das damals im Besitz Frankreichs ist. Dem Gesandten bleibt fast der Mund offen stehen. Er antwortet schnell: „Ja, wir sind interessiert!" [...] Für fünfzehn Millionen Dollar wechselt Louisiana den Besitzer – ein Gebiet, das ein Drittel der heutigen USA ausmacht, die gesamte Mitte des Kontinents.

[...][D]ie Amerikaner wissen nicht genau, was sie erworben haben. Also schickt Präsident Thomas Jefferson mehrere Gruppen auf Erkundung los, unter anderem eine, die das Land bis zur Pazifikküste erforschen soll. Mit dieser schwierigen Aufgabe beauftragt Jefferson seinen persönlichen Assistenten, den 29-jährigen Meriwether Lewis (1774-1809), und den Offizier William Clark (1770-1838). Der Präsident unterrichtet die beiden vor der Abreise persönlich in Botanik, Zoologie und Geologie.

Im Jahr 1804 geht es los, Lewis und Clark bahnen sich mit vierzig Mann und mehreren Schiffen zunächst auf dem Missouri River einen Weg nach Westen, später geht es zu Fuß weiter. Sie sehen zum ersten Mal Präriehunde und stecken in Herden von Millionen Büffeln fest. „Es gibt hier unglaubliche Mengen von Wild, das sehr zahm ist; besonders die männlichen Büffel machen sich kaum die Mühe, uns aus dem Weg zu gehen. Wenn wir herankommen, betrachten sie uns nur einen Moment lang, weil wir ihnen ungewohnt sind, dann fressen sie einfach weiter", schreibt Lewis in sein Reisetagebuch. Er und seine Gefährten sehen überwältigende Landschaften und überqueren unter großen Mühen die Rocky Mountains. Von Jefferson haben sie die Anweisung, freundlichen Kontakt mit den Indianern der Gegend aufzunehmen.

Als die Expedition immer weiter in unbekanntes Gebiet vordringt, erweist es sich als Glücksfall, dass sich ihr ein französischer Trapper und seine indianische Frau angeschlossen haben. Der Trapper stellt sich zwar als Taugenichts heraus, dafür erweist sich seine Frau Sacajawea, eine Schoschonin, als großer Gewinn für die Expedition. Sie holt Lewis und Clark als Dolmetscherin und Führerin aus so mancher Klemme, weil sie die Stämme der Gegend kennt.

Schließlich ist es geschafft, sie haben den Pazifik erreicht! In der regnerischen, dicht bewaldeten Gegend verbringen sie einen feuchten Winter und lernen die Clatsop-Küstenindianer kennen, die sich von Lachs ernähren und ihre Schädel mit Hilfe von Holzbrettern so bandagieren, dass sie eine abgeflachte Stirn und einen spitz zulaufenden Kopf bekommen.

1806 kehren Lewis und Clark mit einem wahren Schatz an Erkenntnissen wieder zurück nach St. Louis. Alle ihre Beobachtungen haben sie ausführlich in ihrem Tagebuch festgehalten. 300 bisher unbekannte Tier- und Pflanzenarten beschreiben sie und fünfzig verschiedene Indianerstämme haben sie kennen gelernt, darunter auch die kriegerischen Teton Sioux (ausgesprochen: „Suu"), denen sie beinahe nicht wieder entkommen wären.

Die Expedition lässt den Strom der Pioniere, der in den berühmten Planwagen nach Westen drängt, noch weiter anschwellen. In schneller Folge entstehen auf dem Gebiet der USA neue Staaten: Sobald in einem Territorium die nötige Mindestzahl von Siedlern erreicht ist, kann es sich als Staat bewerben. Allein während George Washingtons Amtszeit kommen drei neue hinzu: Tennessee und Kentucky im Westen und Vermont im Norden an der Grenze zu Kanada. Die Regierung hat ein Interesse daran, dass der Westen besiedelt wird, und gibt Land günstig ab. Für 160 Dollar bekommt man genug Grund und Boden für eine Farm, später wird Land sogar teilweise kostenlos abgegeben. Sich ein Grundstück zu sichern ist einfach: Man lässt sich an einer netten Stelle nieder, an der noch niemand anders ist, und steckt sich seinen Claim ab, also das Land, das man für sich beansprucht. Später kann man das Land dann offiziell kaufen, wenn nötig auf Kredit. [...]

Sylvia Englert, Cowboys, Gott und Coca Cola, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2005, S. 52ff.

Vergebliche Anpassung

[...] Ganz in der Tradition der Aufklärung hatten der erste Präsident George Washington und sein Kriegsminister Henry Knox gegenüber den Ureinwohnern in den 1790er Jahren eine Politik betrieben, die von der Idee inspiriert war, dass diese dereinst einen gleichberechtigten Platz in der amerikanischen Gesellschaft finden könnten. [...]

Dass die „Indianer" an die Zivilisation herangeführt werden konnten, glaubte auch Thomas Jefferson noch, der das Land von 1801 bis 1809 als dritter Präsident regierte. Allerdings spielte bereits Jefferson mit dem Gedanken, die diesseits des Mississippi siedelnden Indianerstämme in das 1803 von Frankreich erworbene Louisiana-Territorium umzusiedeln, das die Fläche der USA mit einem Schlag nach Westen hin verdoppelt hatte.

Besonders unter den Cherokees setzte sich um 1800 die Erkenntnis durch, dass sie nur überleben würden, wenn sie ihre Lebensweise von Grund auf änderten. Bislang waren sie Jäger und Pelzhändler gewesen. Ursprünglich hatte der Stamm ein ausgedehntes Gebiet in den Flusstälern der südlichen Appalachen beansprucht, das sich über mehrere spätere Bundesstaaten erstreckte. Schon im 18.Jahrhundert waren ansehnliche Teile davon verloren gegangen, obwohl die Cherokees in verlustreichen Kriegen dagegen angekämpft hatten.

[...] Der Landhunger der Siedler drängte die Cherokees auf ein Territorium zusammen, das Teile der Bundesstaaten Georgia, Tennessee und Alabama umfasste. Es musste rasch etwas geschehen, wenn sie nicht vollends untergehen wollten. Ihre Mitglieder entschieden sich für den Weg der kulturellen Anpassung.

[...] Immer mehr von ihnen begannen, als Farmer Einzelhöfe zu bewirtschaften, andere wurden Müller, Schmiede und Schreiner. Überdies errichteten sie Siedlungen im amerikanischen Stil, gründeten Schulen und konvertierten nach anfänglichem Zögern zum Christentum. Wie es im tiefen Süden üblich war, kauften sich die Wohlhabendsten von ihnen schwarze Sklaven, die ihnen bei der Feldarbeit zur Hand gehen mussten. Überdies kleideten sie sich nach westlichem Vorbild.

[...] Bald konnten zahlreiche Cherokees besser lesen und schreiben als manch einfacher Kolonist. [...]

Nicht genug damit, gaben sich gebildete Repräsentanten der Cherokees 1827 eine geschriebene Verfassung – mehr als zwei Jahrzehnte früher als Friedrich Wilhelm IV. dem Königreich Preußen. In ihrer Konstitution erklärten sich die Cherokees zu einer unabhängigen Nation. Geschickt übernahmen sie zentrale Prinzipien der amerikanischen Verfassung, um, wie es in der Präambel hieß, sich und ihren Kindern für alle Zukunft die „Segnungen der Freiheit" zu sichern. In ihrer Sicht waren sie damit zu einem souveränen Staat geworden, und das innerhalb der Grenzen des Bundesstaates Georgia.

Weite Kreise im Süden empfanden den Schritt als Affront, der nicht hinzunehmen sei, zumal auf dem Stammesgebiet 1829 auch noch Gold gefunden wurde. [...]

Immer mehr Amerikaner sahen in der Union ein white man's country und wünschten sich, dass das lästige „Indianerproblem" endgültig gelöst würde. [...] Seit Mitte der 1820er Jahre nahm sich die junge Demokratische Partei der Sorgen der neuen Einwanderer und Siedler an. Nicht unerwartet wurde ihr Spitzenkandidat Andrew Jackson im Herbst 1828 mit massiver Unterstützung aus dem Süden zum neuen Präsidenten gewählt. [...] Wie die meisten Einwanderer und sozialen Aufsteiger sah er in den savages, den „Wilden", Angehörige einer „unterlegenen Rasse", die keine besonderen Rücksichten verdiene. [...] Gleich als erste Vorlage leitete Jackson dem Kongress 1829 den Indian Removal Act zu. In seiner Botschaft an die beiden Häuser unterstrich er, dass die „fünf zivilisierten Stämme" nur die Wahl hätten, sich den Gesetzen der einzelnen Bundesstaaten zu unterwerfen oder aber geschlossen in das für sie ausersehene Territorium umzusiedeln.

[...] Die Cherokees wehrten sich mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen die drohende Zwangsumsiedlung.

[...] Sie organisierten eine Protestkampagne und präsentierten ihre Argumente in Washington. Zweimal reichten sie Klage beim Obersten Gerichthof, beim Supreme Court ein, der ihre Position über weite Strecken stützte. Doch der Präsident setzte sich eigenmächtig über das Urteil hinweg und erhöhte den Druck weiter.

Schließlich fanden sich prominente Stammesvertreter, die in Verhandlungen mit der Bundesregierung eintraten. Den Mehrheitswillen grob missachtend, unterschrieben diese am 29. Dezember 1835 einen Umsiedlungsvertrag. Gegen eine Entschädigung von fünf Millionen Dollar erklärten sie sich im Namen aller Cherokees bereit, die alte Heimat aufzugeben und nach Westen zu ziehen. [...] Zwar reichte die übergangene Mehrheit eine Protestnote ein, die 15 600 Unterschriften zählte. Doch der Schandvertrag wurde vom Kongress rasch ratifiziert und danach von Präsident Jackson mit seiner Unterschrift in Kraft gesetzt. [...]

Der Vertrag von New Echota legte fest, dass die 16 000 Cherokees das Land ihrer Ahnen bis zum 23. Mai 1838 verlassen mussten. [...] Als die große Mehrheit keine Anstalten machte, der fatalen Vertragsbestimmung Folge zu leisten, trieben Soldaten die Cherokees schließlich mit Waffengewalt zusammen. [...] Vielen wurde nicht einmal Zeit gelassen, um das Nötigste einzupacken. Wie hungrige Wölfe fielen Plünderer über deren Häuser her und führten – vor den Augen der Soldaten – Hausrat und Vieh weg. Danach steckte man die Farmen in Brand.

Die Gefangenen wurden in 31 Palisadenforts interniert. Die Lager waren völlig überbelegt, es grassierten tödliche Krankheiten. [...] Bis zu fünf Monate lang mussten die Cherokees dort ausharren, bevor sie auf jene Leidensmärsche gezwungen wurden, die sie in ihrer Sprache Nunna daul Tsuny nennen, „den Pfad, auf dem sie weinten".

Der Trail of Tears führte über bis zu 1000 Meilen in das Indian territory. Es gab nicht eine, sondern mehrere Routen, auf denen sie von Abteilungen der Armee eskortiert wurden. [...] Im Schnitt waren die Vertriebenen drei Monate unterwegs, einige auch deutlich länger – und das bei schlechtem Essen und mangelnder medizinischer Versorgung. Hunger, Krankheit und Erschöpfung lichteten die Reihen. Endlich in den Prärien des Zentralen Tieflands angelangt – ihrer neuen Heimat im nordöstlichen Teil des heutigen Bundesstaates Oklahoma –, stand die einst so stolze Nation buchstäblich vor dem Nichts. [...]

Die von Präsident Jackson begonnene und unter seinem Nachfolger Martin Van Buren zu Ende geführte Indianerpolitik kostete mindestens 4000 Cherokees das Leben, rund einem Viertel des Volkes. [...]

Aram Mattioli, „Auf dem Pfad der Tränen", in: ZEIT ONLINE vom 21. Juli 2011

denkbar gewesen wäre), dass sich auf nordamerikanischem Boden, ähnlich wie in Süd- und Mittelamerika, mehrere unabhängige Staaten bildeten.

Die territoriale Expansion schuf aber mindestens ein zentrales Problem: die Ausdehnung der Sklaverei in die neu angeschlossenen Gebiete. Die Einfuhr neuer Sklaven in die USA war 1808 durch Bundesgesetze verboten worden. Die Sklaverei jedoch blieb weiterhin erlaubt. Sie wurde mehr denn je zur wirtschaftlichen Grundlage einer boomenden Plantagenproduktion, vor allem von Baumwolle, in den Südstaaten und zur zentralen gesellschaftlichen Institution in diesen Teilen der USA. Da sich die Sklavenbevölkerung in den USA, anders als in der Karibik, ohne neuen Zustrom selbst vermehrte, herrschte an schwarzen Arbeitskräften kein Mangel. Im Norden, das heißt nördlich von Virginia und Kentucky, war die Sklaverei nach 1780 durch einzelstaatliche Gesetzgebung schrittweise abgeschafft worden. Den neu an die Union angeschlossen Staaten wurde es nicht länger anheimgestellt, sich selbst für oder gegen die Sklaverei zu entscheiden („Missouri-Kompromiss" von 1820). Da jeder neue Staat die Machtbalance zwischen freien Staaten und Sklavenstaaten in der nationalen Politik, etwa in der Zusammensetzung des Senats, veränderte, wurde die Förderung oder Einschränkung der Sklaverei zu einem permanenten Streitpunkt in der amerikanischen Innenpolitik. Jeder Schritt zur Erweiterung der Union schuf neue Ungleichgewichte und Risiken.

Pax Britannica als Weltordnung

Trotz Ausdehnung, schnell wachsender Bevölkerungszahl und wirtschaftlichem Aufschwung waren die USA das ganze 19. Jahrhundert hindurch noch nicht die Weltmacht, die sie durch ihren Eintritt in den Ersten Weltkrieg 1917 werden sollten. Sie führten einen Angriffskrieg gegen Mexiko, erweiterten stetig ihren Einfluss in Mittel- und Südamerika und im pazifischen Raum und gingen bei der Öffnung Japans voran. Aber sie betrieben keine Weltpolitik. Die einzige wirkliche Weltmacht im 19. Jahrhundert war Großbritannien. Wie schon in den Jahrhunderten zuvor unterhielt es keine stehenden Heere. Seine Möglichkeiten zur Landkriegführung waren begrenzt; um 1830 war sogar die österreichische Armee doppelt so groß wie die britische.

(c) Sotheby's / akg-images

Großbritannien ist im 19. Jahrhundert die einzige wirkliche Weltmacht. Grundlage ihrer globalen Politik ist die Kriegsmarine. Britische Kriegsschiffe vor Gibraltar, Gemälde von George Alexander Napier

Vor dem Zeitalter von Luftkrieg und militärischer Raketentechnologie war eine weltweit aktionsfähige Kriegsmarine das wirksamste Instrument globaler Politik. Bereits seit dem Ende des Siebenjährigen Krieges 1763 war die britische Flotte sämtlichen Gegnern überlegen. Die Vernichtung von Napoleons Seemacht bekräftigte nach 1805 die maritime Vorrangstellung des Vereinigten Königreichs. Die *Royal Navy* diente der Verteidigung der Heimatgewässer, mehr noch aber dem Zweck, die Verbindungslinien innerhalb des *British Empire* offen zu halten. Das britische Weltreich unterschied sich von allen anderen zeitgenössischen Reichen dadurch, dass es (beim Stand von etwa 1850) neben Flächenkolonien wie Kanada, Australien, Neuseeland, Indien oder Südafrika ein weltweites System von Hafenstützpunkten unterhielt, die unter anderem der Proviantierung der Schiffe dienten. Auf diese Weise kontrollierte es einen großen Teil der für die Schifffahrt bedeutsamen Meerengen (zum Beispiel das Kap der Guten Hoffnung, die Straße von Gibraltar oder die Straße von Malakka, an der die Hafenkolonie Singapur lag). Dabei verfolgte Großbritannien keineswegs die Politik, Verkehr und Handel auf den Ozeanen für sich zu monopolisieren.

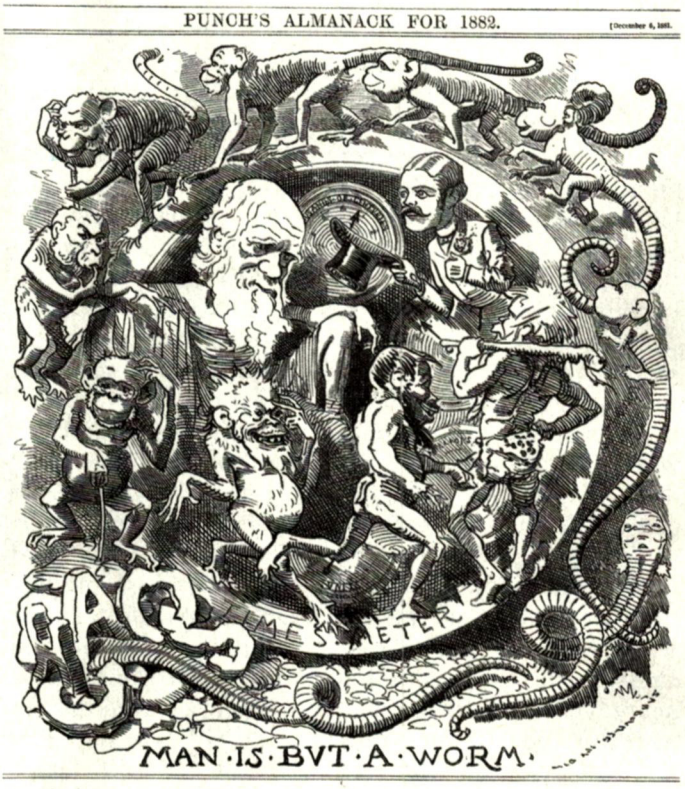
Nachdem das britische Parlament mit Wirkung ab 1808 den Sklavenhandel verboten hatte, wurden das Aufbringen von Sklavenschiffen und die Befreiung der Sklaven zu einer weiteren, quasi-polizeilichen Daueraufgabe der *Navy*. Schließlich war die Flotte auch zu Kriegseinsätzen fähig. Nach der Einführung dampfgetriebener Kanonenboote, wie sie erstmals im Opiumkrieg gegen China eingesetzt wurden, besaß sie die Kapazität, im außereuropäischen Raum zur Durchsetzung imperialer Interessen lokal zu intervenieren und Druck auszuüben. Dampfschiffe hatten dabei den Vorteil, dass sie flussaufwärts fahren und Städte im Landesinneren bedrohen konnten.

Der Begriff des britisch durchgesetzten Friedens, der *Pax Britannica*, umfasst noch mehr. Zum einen bezieht er sich auf die Tatsache, dass die Briten nach der Eroberungsphase in vielen ihrer Kolonien für einen inneren Landfrieden sorgten. In Indien zum Beispiel hörten die großen Kriege des 18. Jahrhunderts nach der Errichtung der britischen Vorherrschaft 1818 auf. Zum anderen bedeutete *Pax Britannica*, dass die britische Seeherrschaft durch die leistungsfähigste Ökonomie der Welt untermauert war. Die britische Wirtschaft war dabei in hohem Maße auf ihre weltwirtschaftliche Einbindung angewiesen. Ihre wichtigsten Rohstoffe, vor allem Baumwolle, bezog sie aus Übersee; ihre einträglichsten Absatzmärkte lagen außerhalb der heimatlichen Inseln. Auch die britische Handelsflotte war führend in der Welt. Mehr durch Abschreckung als durch tatsächlichen Einsatz sorgte die *Royal Navy* dafür, dass Großbritannien seine wirtschaftliche Überlegenheit als Industrieproduzent, Finanzzentrum und Betreiber eines globalen Handelsnetzwerks optimal nutzen konnte. Der Wiener Ordnung auf dem europäischen Kontinent entsprach keine per Konferenz und Verträge abgesicherte internationale Ordnung. Die *Pax Britannica*, gegen die vor den 1880er-Jahren keine der anderen Großmächte ernsthaften Protest anmeldete, fungierte als eine Art von Ersatz für eine solche Ordnung.

Jürgen Osterhammel

1850 bis 1880

Seit der Jahrhundertmitte dominieren der Nationalismus und der Fortschrittsgedanke die europäische Ideenwelt. Mit der nationalen Einigung unter den preußischen Hohenzollern wird Deutschland eine autoritäre Militärmonarchie und gleichzeitig zur weltweit drittgrößten Industrienation. Auch europaweit wachsen materielle Sicherheit, Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit. Technische Neuerungen wie die Dampfschifffahrt und die Telegrafie sowie länderübergreifende Vereinheitlichungen und Institutionen wie der Freihandel und der Goldstandard lassen die Welt zusammenrücken.



ullstein bild - United Archives / 91020

„Der Mensch ist nur ein Wurm" – Karikatur aus dem Londoner Punch von 1882, gemünzt auf die heftig umstrittene Evolutionstheorie des englischen Naturforschers Charles Darwin

Deutschland 1850-1880

Der Nationalstaat als politisches Projekt

Seit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 haben Historiker immer wieder den Eindruck erweckt, die ganze frühere Geschichte des 19. Jahrhunderts sei zwangsläufig auf den Fluchtpunkt der nationalen Einheit zugelaufen. Hier muss man differenzieren. Gewiss lag die Zusammenfassung der einzelnen deutschen Staaten zu einem militärisch wehrhaften, außenpolitisch handlungsfähigen und im Innern einen nationalen Markt gewährleistenden Großgebilde in der Tendenz der Zeit. Um 1820 konnte man noch mit guten Gründen – wie Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832) es tat – die Auffassung vertreten, die Deutschen seien mit der bunten Vielfalt ihrer Klein- und Mittelstaaten besser bedient. Um 1860 war eine solche Position anachronistisch geworden. Auf der anderen Seite verlief die Bildung des deutschen Nationalstaates keineswegs nach einer unaufhaltsamen Logik. Strategie, Taktik, Zufall und sogar menschliches Versagen – etwa der Militärführungen Österreichs 1866 und Frankreichs 1870 – spielten dabei zusammen, dass 1870/71 die Reichsgründung unter preußischer Führung möglich wurde. Der Nationalstaat setzte ein nationales Bewusstsein voraus, ohne unmittelbar und automatisch aus einem solchen Bewusstsein zu entstehen. Er war ein politisches Projekt. Es wurde vorrangig von Preußen vorangetrieben. Warum?

Erstens hatte Preußen 1815 auf dem Wiener Kongress große Territorien hinzugewonnen, dabei jedoch äußerst ungünstige, ja, irrationale Grenzen erhalten. Der rheinisch-westfälische Westen war mit den preußisch-brandenburgischen Stammlanden gar nicht verbunden. Zweitens erkannten Preußens leitende Staatsmänner, an erster Stelle Otto von Bismarck (1815-1898, Ministerpräsident ab 1862), dass die preußische Großmachtrolle in Europa nur durch territoriale Erweiterung zu einem deutschen Staat zu wahren sei. Drittens unterhielt die schnell wachsende preußische Wirtschaft immer engere Handels- und Verkehrsbeziehungen mit den übrigen deutschen Staaten, weniger enge allerdings mit der Habsburgermonarchie. Seit 1828 waren regional begrenzte Zollvereine eingerichtet worden, 1834 folgte der Deutsche Zollverein, dem Österreich nicht angehörte. Er schuf eine Freihandelszone und trug zur weiteren Verflechtung der einzelstaatlichen Ökonomien bei.

Die kleineren deutschen Staaten orientierten sich bereits lange vor der Reichsgründung wirtschaftlich und politisch immer stärker in Richtung Berlin. Eine Nationalstaatsbildung ohne einen zu weit gehenden Verlust eigener Souveränität lag daher in ihrem eigenen Interesse. Die Habsburgermonarchie blieb auch nach 1849 die zweite und gleichberechtigte Hegemonialmacht im Deutschen Bund. Sie fiel aber wirtschaftlich relativ zurück, war selbst für die süddeutschen Staaten als „großer Bruder" mit der Zeit kaum noch eine Alternative zu Preußen und hatte den deutschen Nationalisten keine aufregende „großdeutsche" Vision zu bieten. Durch den Zugewinn von Venetien und der Lombardei hatte das Habsburgerreich

zudem nach 1815 eine Schwerpunktverlagerung in den Süden erfahren, die erst durch seine militärische Vertreibung aus Norditalien 1859/66 beendet wurde. Anders als Preußen betrieb die Regierung in Wien also statt einer zielstrebigen Deutschlandpolitik eine „oftmals bewusst forcierte Selbstabkapselung" (Friedrich Lenger).

Diese allgemeine Tendenz zur kleindeutschen Integration wurde durch drei „Einigungskriege" beschleunigt. Der Deutsch-dänische Krieg (1864), in dem Preußen und Österreich nebeneinander kämpften, mobilisierte eine länderübergreifende Öffentlichkeit für ein „nationales" Ziel. Im viel wichtigeren Preußisch-österreichischen Krieg (1866) verteilten sich die deutschen Mittelstaaten als Verbündete auf die beiden Lager. Nach dem Sieg über Österreich in der Schlacht von Königgrätz annektierte Preußen Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt am Main. Österreich wurde als außenpolitischer Verbündeter der Zukunft

akg-images

Mit dem preußischen Sieg über Österreich bei Königgrätz am 3. Juli 1866 endet die Rivalität der beiden Hegemonialmächte im Deutschen Bund – Voraussetzung zur nationalen Einigung Deutschlands unter preußischer Führung.

Eine Schlacht und ihre Folgen

Am Abend des 23. Juni 1859 verwandelt sich das lombardische Städtchen Cavriana, 14 Kilometer südlich des Gardasees, in einen Kasernenhof. [...]

Ja, es ist Krieg. Wieder einmal versuchen die Italiener, die verhassten Habsburger loszuwerden, die über den Norden des Landes von Mailand bis Venedig (und in der Toskana) herrschen. Frankreich, Habsburgs alter Widersacher, ist den Italienern zu Hilfe geeilt – am 4. Juni wurden die Österreicher bei Magenta erstmals geschlagen.

[...] [D]er Habsburger Franz Joseph I. [...] sieht [...] das Recht auf seiner Seite. Seit den Tagen Karls V. gehören Teile der Lombardei, seit dem 18. Jahrhundert die Toskana den Habsburgern, seit dem Wiener Kongress 1815 auch Venetien. Doch wen kümmert das noch? Der Nationalismus ist die alles umstürzende Kraft. Das Haus Piemont-Sardinien hat sich an die Spitze der italienischen Freiheitsbestrebungen gesetzt. Camillo Cavour, Premierminister in Turin [...] hat die Zeit auf seiner Seite. In seinem 1932 erschienenen Roman ‚Radetzkymarsch', der mit den Ereignissen des Jahres 1859 beginnt, lässt Joseph Roth den skeptischen Grafen Chojnicki über das Schicksal der Habsburger Vielvölkermonarchie meditieren: „Sie zerfällt bei lebendigem Leibe. Sie zerfällt, sie ist schon zerfallen! [...] Die Zeit will uns nicht mehr! Diese Zeit will sich selbständige Nationalstaaten schaffen!" [...]

In derselben Nacht erreicht der Genfer Geschäftsmann Henry Dunant die Stadt Castiglione delle Stiviere, wenige Kilometer westlich von Cavriana. [...] Der 31-Jährige hat sich mit seinen Investitionen in Algerien, seit 1830 französische Kolonie, verspekuliert. In der Tasche trägt er ein Empfehlungsschreiben. Es soll ihm die Tür zu Napoleon öffnen. [...]

Die Schlacht beginnt im Morgengrauen. [...] Etwas mehr als 300 000 Soldaten stehen sich gegenüber, 170 000 Österreicher und 150 000 Franzosen und Piemontesen. Es sollte zu einer der größten Schlachten der europäischen Geschichte kommen. Das Dorf Solferino bildet den Mittelpunkt der Front, die sich vom Gardasee über eine ganze Kette von Hügeln, Anhöhen und Erhebungen bis in die Poebene zieht. So überraschend der Kampf begonnen hat, so schnell sind die feindlichen Armeen ineinander verkeilt wie wilde, bisshungrige Tiere. Das Töten endet erst bei Sonnenuntergang mit dem Rückzug der Österreicher. [...]

Den ganzen Tag über kommen zahllose Verletzte zum Dom von Castiglione. Wenige Meter entfernt wohnt Henry Dunant bei einer befreundeten Familie. Der Anblick, der sich ihm bietet, ist Furcht erregend. Die Verwundeten werden auf Bahren, auf Karren, auf den Schultern der Kameraden hierher transportiert. Die Stadt hallt wider von ihren Schreien. Spitäler, Kirchen, Schulen sind bis zum Rand hin gefüllt mit wimmernden, zuckenden Körpern. Viele Soldaten liegen, da es keinen Platz mehr für sie gibt, auf den Bürgersteigen. [...]

Dunant [...] protokolliert entsetzt das Grauen. „Dort", schreibt er 1862 in seinem Buch ‚Eine Erinnerung an Solferino', „liegt ein völlig entstellter Soldat, dessen Zunge aus dem zerschmetterten Kiefer hängt. Er macht alle Anstrengungen, sich zu erheben. Ich benetze seine vertrockneten Lippen und seine verdorrte Zunge. Einem anderen Unglücklichen ist durch einen Säbelhieb ein Teil des Gesichts fortgerissen worden. Nase, Lippen und Kinn sind von dem übrigen Teil des Kopfes getrennt. Unfähig zu sprechen und halb blind, macht er ein Zeichen mit der Hand. Durch diese erschütternde Gebärde, die von unartikulierten Tränen begleitet ist, lenkt er die Aufmerksamkeit auf sich. Ich gebe ihm zu trinken und lasse auf sein blutendes Antlitz einige Tropfen Wasser träufeln."

Dunant schreibt als Menschenfreund. Der Gedanke, der sich durch die Erinnerungen zieht, ist schlicht und revolutionär zugleich: Sobald ein Soldat verwundet ist, ist er kein Soldat mehr, sondern ein Mensch, der alle Hilfe verdient. Jeder Verwundete muss versorgt werden, egal, welche Uniform er trägt, egal, welcher Nation er angehört. Diese Idee wird am 24. Juni 1859 in Castiglione geboren. Das Leid ist überwältigend, die Einwohner helfen den Elenden, ganz gleich, ob Freund oder Feind. „Wäre es nicht möglich", schreibt Dunant, „in Friedenszeiten eine Gesellschaft zu gründen, die aus großherzigen Freiwilligen zusammengesetzt ist, um den Verletzten in Kriegszeiten zu helfen?"

Fünf Jahre später, am 22. August 1864, unterzeichnen zwölf Nationen die ersten Paragrafen der Genfer Konvention. Darin sind zum ersten Mal die Rechte von Kriegsgefangenen festgelegt, gleichzeitig werden nationale Hilfskomitees unter dem Signum des Roten Kreuzes gegründet. Es ist der Beginn einer Organisation, die sich bald über den ganzen Globus ausbreiten wird. [...].

Peter Ladurner, Ulrich Ladurner, „Wasser, rot vom Blut", in: Die Zeit, Nr. 26 vom 18. Juni 2009

IAM / akg

Nach dem Sieg Deutschlands über Frankreich 1870/71 steht der Reichsgründung nichts mehr im Wege. Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871

großmütig behandelt. Der Deutsche Bund wurde aufgelöst und an seiner Stelle der Norddeutsche Bund gegründet, der aus Preußen, Sachsen und den Bundesgenossen von 1866 bestand. Damit war der wichtigste Schritt in Richtung auf eine nationale Einigung getan. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes nahm in vielem bereits die Reichsverfassung von 1871 vorweg.

Der Deutsch-französische Krieg (1870/71) schließlich, bei dem Bismarck Frankreich in die Rolle des Angreifers zu manövrieren verstand, schloss abermals die nationalen Reihen gegen einen äußeren Gegner und sorgte dafür, dass der am meisten beargwöhnte Nachbar Deutschlands der Reichsgründung keinen Widerstand entgegensetzen konnte. Am 18. Januar 1871 wurde der preußische König in Versailles zum deutschen Kaiser proklamiert. Dem waren langwierige Verhandlungen zwischen Preußen und den Einzelstaaten, vor allem Bayern, vorausgegangen, die für ihren begrenzten

Otto von Bismarck

[...] Bismarck gab gerne den Part des zurückgebliebenen Krautjunkers aus der preußischen Provinz, in Wahrheit jedoch war er ein eher untypischer Vertreter seiner Zunft. Sein Vater, der auf einen fünf Jahrhunderte zurückreichenden Stammbaum adeliger ostelbischer Gutsherren zurückblickte, war noch der Prototyp des Junkers. Ottos Mutter hingegen, Wilhelmine Menken, entstammte einer Akademikerfamilie aus dem sächsischen Leipzig. Ihr Großvater war Rechtsprofessor gewesen [...].

Wilhelmine Menken nahm die schulische Bildung ihrer Söhne in die Hand, was für Bismarck bedeutete, dass er eine für seine Klasse eher untypische Bildung genoss: er fing nicht mit der Kadettenschule an, sondern als Internatsschüler an der Plamannschen Lehranstalt in Berlin – einer Schule für die Söhne höherer Verwaltungsbeamter – mit einer klassischen bürgerlichen Ausbildung. Von dort wechselte er zuerst ans Friedrich-Wilhelm-Gymnasium und später auf das Gymnasium zum Grauen Kloster, bevor er an den Universitäten Göttingen (1832/33) und Berlin (1834/35) Rechts- und Staatswissenschaft studierte. Darauf folgte ein vierjähriges Referendariat in der preußischen Verwaltung in Aachen und Potsdam. Gelangweilt von der für das Referendariat typischen Eintönigkeit und mangelnden persönlichen Autonomie brach Bismarck zur großen Bestürzung seiner völlig überraschten Familie die Ausbildung ab und widmete sich der Bewirtschaftung des Gutes Kniephof, wo er die Jahre 1839 bis 1845 verbrachte. In diesem langen Intermezzo gab er den Junker in Reinkultur, genoss das Leben, aß und trank viel [...]. Ein genauerer Blick auf das Leben von Otto von Bismarck in dieser Zeit jedoch enthüllt auch einige für einen Junker ganz und gar untypische Betätigungen, beispielsweise das ausgiebige Studium der Werke von Hegel, Spinoza, Bauer, Feuerbach und Strauß.

Diese Gegensätze sind wichtig für das Verständnis von Bismarcks politischem Leben. Sein Hintergrund und seine Einstellung erklären in Teilen die gebrochene Beziehung zwischen ihm und den Konservativen [...]. Bismarck gehörte nie wirklich zu ihnen, und die Konservativen, die das sehr wohl spürten, trauten ihm auch nie so recht über den Weg. Er hielt nicht viel vom Korporativismus der Altkonservativen und fühlte sich ebenso wenig von einer Weltsicht angezogen, laut der die Junker in ständischer Solidarität ihre Interessen gegenüber dem Staat behaupten mussten. [...]

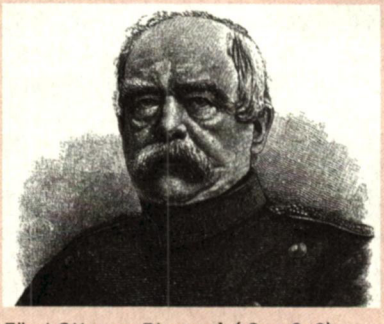
Wie seine Vorfahren mütterlicherseits suchte Bismarck als Erwachsener seine Erfüllung im Dienst für den Staat. Allerdings sollte er dem Staat dienen, ohne jemals sein Diener zu sein. Der Gutsbesitz als Lebensinhalt reichte ihm nicht [...], aber er verlieh ihm doch ein Gefühl der Unabhängigkeit. [...]

Dieses Verständnis spiegelt sich wider in seinem Auftreten als öffentliche Person und insbesondere in seiner Neigung zur Insubordination. Bismarck verhielt sich nie so, als hätte er einen Vorgesetzten, was besonders in seiner Beziehung zu Wilhelm I. augenfällig wurde. [...]

Bismarck erweckte den Eindruck, jenseits aller ideologischen Rezepte, gleich welcher Gruppierung, zu stehen. Er war kein aristokratischer Korporatist, und auch ein Liberaler war er nicht beziehungsweise konnte er nicht sein. Ebenso wenig identifizierte er sich ungeachtet seiner langjährigen Zugehörigkeit zum Beamtentum mit dem „Vierten Stand" der Bürokraten [...]. Daraus ergab sich eine Freiheit von ideologischen Beschränkungen, die sein Verhalten kaum vorhersagbar machten und es ihm [...] erlaubte, von einem Lager ins andere zu wechseln, seine Gegner auf dem falschen Fuß zu erwischen und die Differenzen zwischen ihnen zu seinen Gunsten zu nutzen. [...]

[...] Bismarck war kein Mann der Prinzipien; im Gegenteil, er war ein Mann, der sich von Prinzipien gelöst hatte, der die romantischen Bindungen einer älteren Generation abgestreift hatte, um eine neue Art der Politik zu machen: flexibel, pragmatisch und frei von ideologischen Verpflichtungen. Die Gefühle oder die Meinung der Öffentlichkeit waren für ihn keine Autoritäten, denen man gefallen oder folgen musste, sondern Kräfte, die es zu lenken und leiten galt. [...]

Christopher Clark, Preußen. Aufstieg und Niedergang; 1600-1947. Übersetzung: Richard Barth / Norbert Juraschitz / Thomas Pfeiffer © 2007, Deutsche-Verlags-Anstalt, München, in der Verlagsgruppe Random House GmbH, S. 592ff.

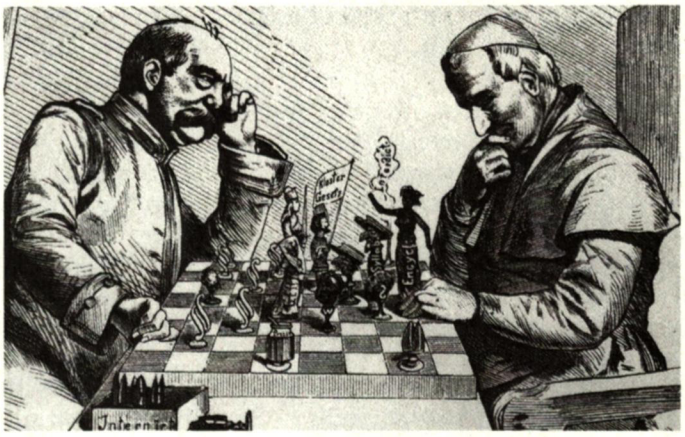


picture alliance / Quagga Illustrations

Fürst Otto von Bismarck (1815-1898)

Souveränitätsverzicht im neuen Gesamtstaat Zugeständnisse und Geldzahlungen erwarteten. Der neue Staat erhielt eine bundesstaatliche Verfassung, in der der Bundesrat, das heißt die „Länderkammer", und vor allem der dort den Vorsitz führende, allein dem Kaiser verantwortliche Reichskanzler die stärksten Staatsorgane waren. Der nach allgemeinem und gleichem Männerwahlrecht gewählte Reichstag besaß erhebliche Kompetenzen in Finanzwesen und Gesetzgebung, jedoch nicht das Recht zur Wahl und Abberufung der Exekutive. Die Regierung ging also nicht aus dem Vertrauen der Parlamentsmehrheit hervor. Das Militär war parlamentarischer Aufsicht vollkommen entzogen. Obwohl mehr als ein Scheinparlament, war der Reichstag dennoch nicht – wie das Parlament in einem demokratischen System britischen Typs, das die deutschen Liberalen so sehr bewunderten – die wichtigste Arena des Machtkampfes und der zentrale symbolische Ort der nationalen Politik. Die politische Ordnung des Kaiserreiches war zumindest in den Anfangsjahren die einer von autoritärem Geist durchdrungenen Militärmonarchie, die auf einem scharfen Strukturgegensatz zwischen Reichstag und Reichskanzler beruhte.

1871 war die Bildung des deutschen Nationalstaates keineswegs abgeschlossen. Auf die „äußere" Reichsgründung hatte eine „innere" zu folgen, also der Aufbau reichsweiter Institutionen. Dies erforderte eine umfassende, einfallsreiche und juristisch sorgfältig gestaltete Gesetzgebung, die in den 1870er-Jahren auch eindrucksvoll gelang. Ein politischer Schatten fiel dadurch auf den neuen Zusammenschluss der deutschen Nation, dass Bismarcks konfrontative Politik sogenannte Reichsfeinde ausgrenzte und verfolgte. Zwischen 1871 und 1878 führte der Reichskanzler einen Kampf gegen die katholische Kirche und deren politische Vertreter („Kulturkampf"). Von 1878 bis 1890 galt das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" („Sozialistengesetz"), das sozialistische und sozialdemokratische Aktivitäten außerhalb des Reichstags verbot. Die deutsche Einheit blieb unvollständig und halbherzig.



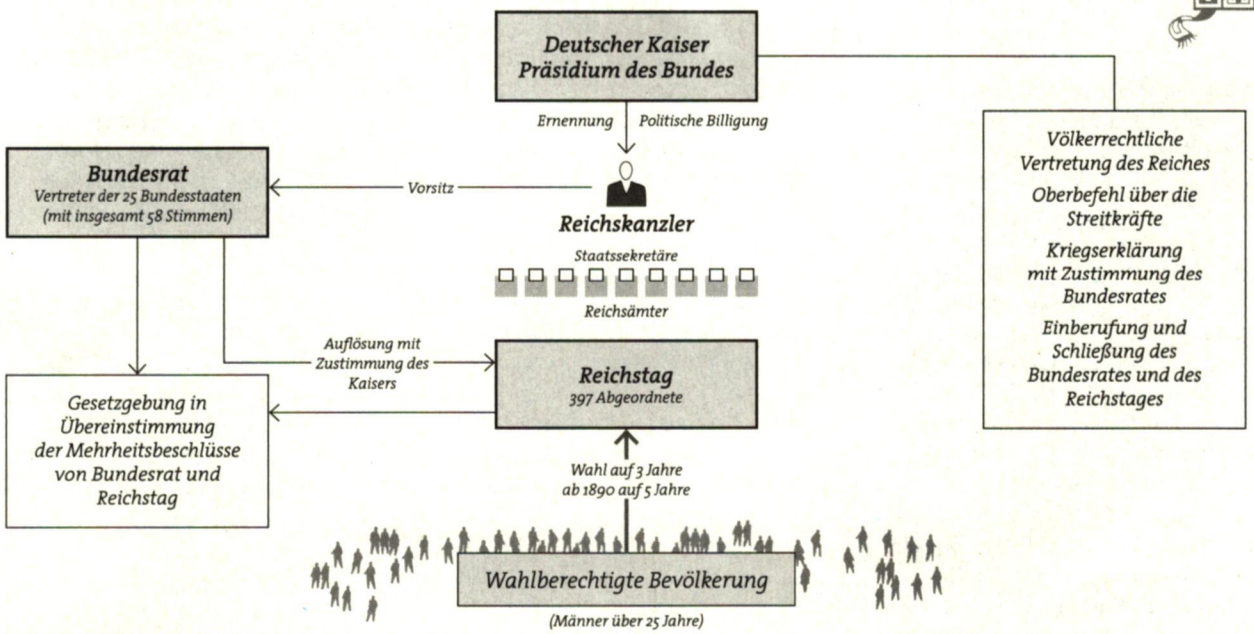
ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Auf den Krieg gegen äußere Gegner folgt der Kampf gegen vermeintliche Feinde im Innern. „Kulturkampf" gegen die katholische Kirche, hier dargestellt durch eine Schachpartie des Reichskanzlers Otto von Bismarck mit Papst Pius IX. ...

akg-images

... gefolgt von Verfolgung und Verbot der Sozialdemokratie. Ein Holzstich aus der „Illustrirten Welt" von 1897 zeigt einen jungen Mann, der in einem kleinstädtischen Wirtshaus als „Demagoge" verhaftet wurde.

Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871



© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 50060

Im Visier von Bismarck: Katholiken und Sozialisten

Im Unterschied zu seinem vorsichtigen Handeln in der Außenpolitik hatte Bismarck in der Innenpolitik keine Bedenken, präventiv gegen vermeintliche Gegner vorzugehen [...] und Minderheiten zu „Reichsfeinden" zu erklären, um auf diese Weise eine Mehrheit der Bevölkerung auf die Ziele der Regierung verpflichten zu können.

Den ersten innenpolitischen „Präventionskrieg" begann Bismarck bereits im Sommer 1871 [...]. Er richtete sich gegen die Katholiken, die sich im neuen preußisch-protestantisch geprägten Kaiserreich – anders als zuvor im Deutschen Bund – in die Rolle einer konfessionellen Minderheit gedrängt sahen. Die Gründung der Zentrumspartei als eine Sammlungsbewegung des politischen Katholizismus war eine Reaktion darauf.

Der Reichskanzler sah in der neuen Kraft, um die sich auch alle antipreußischen Gruppierungen – die Vertreter der nationalen Minderheiten (Polen, Dänen, Elsässer) und die hannoverschen Welfen – scharten, eine Art Verschwörung, eine „Mobilmachung der Partei gegen den Staat". Mit einer Reihe von antikatholischen Ausnahmegesetzen hoffte er das Zentrum als politischen Faktor ausschalten zu können. Ein sogenannter „Kanzelparagraph" untersagte Geistlichen die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten; der Jesuitenorden wurde verboten; ohne Zustimmung der staatlichen Behörden durfte kein Priester mehr in ein geistliches Amt berufen werden – wer sich widersetzte, musste mit seiner Ausweisung oder einer Haftstrafe rechnen.

Doch alle Maßregelungen verfehlten ihren Zweck. Statt die Katholiken zu zermürben, schweißten sie sie erst recht zusammen. [...] Rudolf Virchow, der berühmte Mediziner und liberale Politiker, prägte das Wort vom „Kulturkampf". In diesem Konflikt hatten die Nationalliberalen Bismarck von Anfang an unterstützt. Für sie war der Kampf gegen das Zentrum Teil einer umfassenden Auseinandersetzung zwischen dem modernen Nationalstaat und der katholischen Kirche. Diese hatte, so glaubten sie, mit dem auf dem Vatikanischen Konzil 1870 verkündeten Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit gerade einen Beweis ihrer Rückständigkeit geliefert.

Je tiefer sich die Nationalliberalen freilich von Bismarck in den Kulturkampf verstricken ließen, desto mehr waren sie gezwungen, Stück um Stück von ihren eigenen rechtsstaatlichen Prinzipien abzurücken. Zu Recht hielt ihnen Eugen Richter, der prominente Abgeordnete der linksliberalen Fortschrittspartei, vor: „Mich kann nicht trösten, dass der reaktionäre Spieß, nachdem er bisher mehr gegen links gekehrt war, nun gegen das Zentrum gerichtet wird. Dieselbe Hand, die ihn nach rechts gedreht hat, kann ihn auch wieder nach links drehen."

Tatsächlich hatte Bismarck [...] 1878 [...] bereits einen neuen innenpolitischen Feldzug eröffnet: gegen die Sozialdemokratie. [...] Einen willkommenen Anlass lieferte ihm August Bebel. Im Mai 1871 hatte sich der SPD-Abgeordnete im Reichstag solidarisch erklärt mit dem Kampf der Pariser Kommune und diesen als ein „kleines Vorpostengefecht" für kommende große Klassenkämpfe bezeichnet.

Die revolutionäre Bewegung in Paris war eine Folge der Krise, in die Frankreich unmittelbar nach der Niederlage im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 geraten war. Der Versuch der neuen großbürgerlichen Regierung unter Adolphe Thiers, die Pariser Nationalgarde zu entwaffnen, führte am 18. März 1871 zum Aufstand. Die Regierung Thiers flüchtete nach Versailles; in Paris übernahm ein revolutionärer Gemeinderat, bestehend aus Republikanern, Radikaldemokraten und Sozialisten, die Macht. [...]

In der „blutigen Woche" vom 21. bis 28. Mai 1871 wurde dieses Aufsehen erregende Experiment einer Selbstregierung der Bevölkerung jedoch von den französischen Regierungstruppen unter dem Schutz der preußischen Bajonette niedergeworfen. [...] In der europäischen Arbeiterbewegung wurde der Kampf der Kommune zum Symbol für das heraufziehende neue Zeitalter proletarischer Revolutionen; unter den Herrschenden verstärkte er die Furcht vor der „roten Gefahr".

Bismarck wollte die Sozialdemokratie im Keime ersticken. Allerdings war er sich im Klaren darüber, dass repressive Maßnahmen allein nicht ausreichen würden. Deshalb fasste er eine Doppelstrategie ins Auge, die er in einer Notiz vom Oktober 1871 so beschrieb: „1. Entgegenkommen gegen die Wünsche der arbeitenden Klasse durch Gesetzgebung und Verwaltung [...], so weit mit den allgemeinen Staatsinteressen verträglich. 2. Hemmung der staatsgefährlichen Agitation durch Verbots- und Strafgesetze."

Zunächst kam freilich die zweite Variante zum Zuge. Nach zwei Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. im Mai und Juni 1878, für die zu Unrecht die Sozialdemokraten verantwortlich gemacht wurden, verabschiedete der Reichstag am 21. Oktober 1878 das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Mit einem Schlage wurden alle sozialdemokratischen Vereine und Zeitungen verboten; nur das Recht, sich an Wahlen zu beteiligen, verblieb der Partei. Aus bestimmten Bezirken oder Orten, über die der sogenannte „Kleine Belagerungszustand" verhängt worden war, durften „Agitatoren" ohne weiteres ausgewiesen werden. Von diesem harten Schicksal wurden über 1000 Sozialdemokraten getroffen; viele von ihnen entschlossen sich zur Auswanderung nach Amerika.

Doch wiederum hatte Bismarck die Widerstandskraft des Gegners unterschätzt. Unter den Schlägen von Polizei und Justiz formierte sich die Sozialdemokratie überhaupt erst zu einer Massenbewegung, scharten sich die Anhänger um August Bebel, der damals zur unbestrittenen Führungsfigur der SPD emporstieg. Und erst jetzt, in der verschärften Konfrontation mit Klassenstaat und Klassenjustiz, fanden die Theorien von Karl Marx und Friedrich Engels wachsende Resonanz. Sie kamen dem Bedürfnis nach einer Programmatik entgegen, welche geeignet schien, die Ausnahmesituation der Sozialdemokratie zu erklären und zugleich den Weg in eine bessere Zukunft zu weisen.

Demgegenüber konnte dem Versuch, durch eine Kombination von Unterdrückung und Sozialreform, von „Zuckerbrot und Peitsche" die Arbeiter von den Verlockungen des Sozialismus fern zu halten, zunächst kaum Erfolg beschieden sein. In den achtziger Jahren wurde eine Reihe wichtiger Sozialgesetze beschlossen – vom Kranken- und Unfallschutz bis hin zur Alters- und Invalidenversicherung. Für damalige Verhältnisse war das ein großer Fortschritt, auch im europäischen Vergleich. [...] Langfristig [...] trugen die Sozialgesetze dazu bei, dass sich die deutsche Sozialdemokratie vor 1914 immer mehr in der bestehenden Ordnung des Kaiserreichs einrichtete und sich deren Sturz immer weniger vorstellen konnte – mochte sie auch weiterhin an ihrer revolutionären Rhetorik festhalten. [...]

„Reichsfeinde" im Visier: Kulturkampf, Sozialistengesetz und konservative Wende. In: Deutsche Geschichte 1: Wie wir wurden, was wir sind. Das 19. Jh. 1789-1918, S. 193ff. Erarb. v. Dr. Volker Ullrich *© Ernst Klett Verlag GmbH Stuttgart, 2012*

Industrialisierung und Urbanisierung

Das dritte Viertel des 19. Jahrhunderts sah den Durchbruch der Industrialisierung in Deutschland. Gegenüber England, auch Belgien und Teilen Frankreichs, war Deutschland ein Nachzügler. Es holte jedoch schnell auf. Um 1880 war es nach Großbritannien und den USA die drittgrößte Industrienation der Welt. Dies verdankte es nicht dem Textilsektor, der in England die treibende Kraft der Industrialisierung gewesen war, sondern vier anderen Antrieben (die selbstverständlich unterdessen in der britischen Wirtschaft ebenfalls eine Rolle spielten): dem Steinkohlebergbau, der Eisen- und Stahlindustrie, dem Maschinenbau und – dem wichtigsten dieser „Leitsektoren" – den Eisenbahnen.

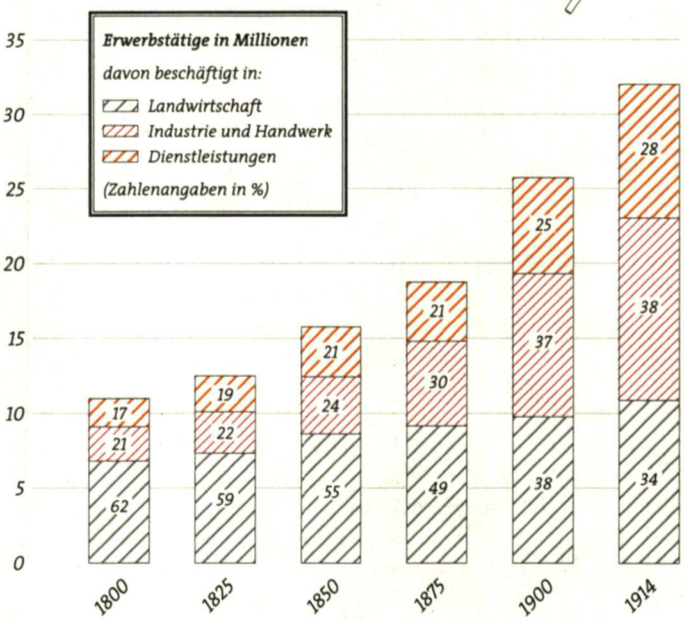
Zwischen 1848 und 1864 verdreifachte sich die Zahl der in den wichtigsten Steinkohlegebieten – an der Ruhr, an der Saar, in Sachsen und in Schlesien – Beschäftigten auf etwa 100 000 Arbeiter. Gleichzeitig war dank besserer Technik die Produktivität des Abbaus gestiegen, sodass die Menge der geförderten Steinkohle sogar auf mehr als das Vierfache angewachsen war. Der Bergbau hatte in Deutschland eine lange Tradition. Sie drückte sich in einem besonderen Bergrecht aus, das dem jeweiligen Territorialherrn die Verfügung über sämtliche Bodenschätze übertrug. Der Aufschwung des Steinkohlebergbaus ging nicht nur auf eine steigende Nachfrage nach fossiler Energie und auf neue technische Möglichkeiten der Kohlegewinnung in immer tieferen Untertageschichten zurück, sondern auch auf eine liberalisierende Neuordnung des Bergbaus, die in ihren modernisierenden Auswirkungen der Bauernbefreiung und der Einführung der Gewerbefreiheit vergleichbar ist. Der Staat zog sich auf Inspektionsfunktionen zurück. Gleichzeitig erweiterten sich die Möglichkeiten, über die neue Form der Aktiengesellschaft Kapital im Bergbau zu investieren. Bald wurde der Großbetrieb charakteristisch für die Zechenlandschaft, besonders an der Ruhr.

Auch die Eisen- und Stahlindustrie erforderte Organisation im großen Stil. In Preußen steigerte sich die Erzeugung von Roheisen zwischen 1850 und 1880 von 135 000 auf zwei Millionen Tonnen, die von Stahl von 150 000 auf 1,7 Millionen Tonnen. Ein zunehmender Anteil dieser Produktion ging auf das Konto großer Eisenhütten und Stahlwerke, die vielfach zwischen 1850 und 1875 gegründet wurden oder damals in eine große Expansionsphase eintraten. So erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten bei der Firma Krupp in Essen von weniger als 1800 im Jahre 1860 auf 16 000 im Jahre 1873. Nur Großunternehmen konnten sich die gewinnbringende Übernahme kostspieliger Technologien leisten, die damals noch vorwiegend in Großbritannien entwickelt und patentiert wurden.

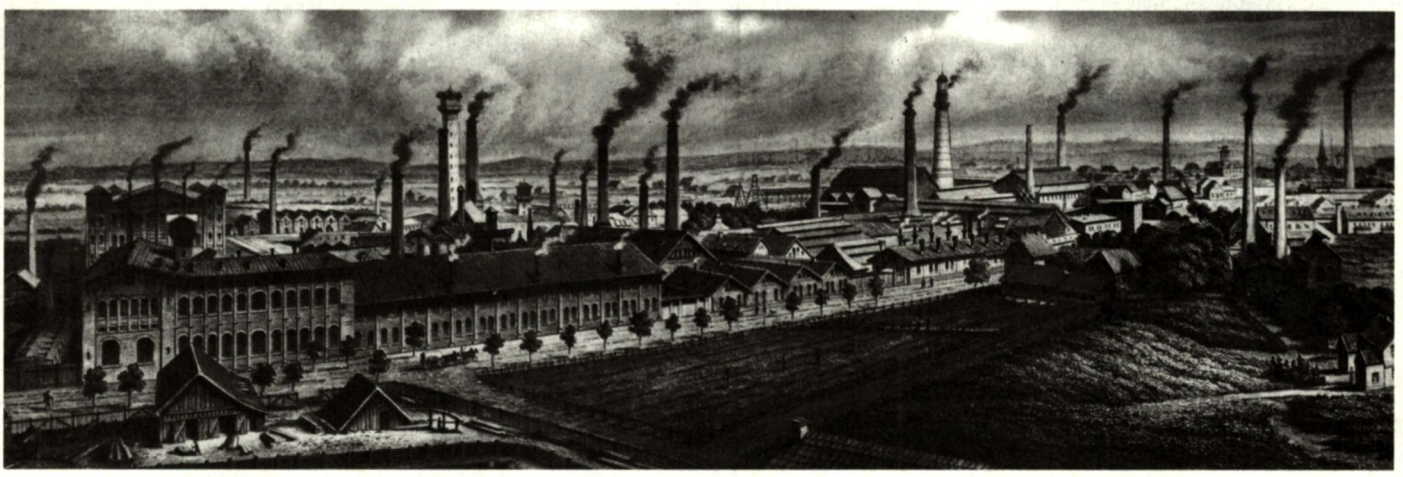
Auch der frühe deutsche Maschinenbau beruhte anfangs auf der Nachahmung ausländischer Vorbilder. Britische, belgische und französische Technologie wurde legal oder auch per Industriespionage nach Deutschland transferiert. Charakteristisch für den Maschinenbau waren geringere Betriebsgrößen und ein typischer Aufstiegsweg vom Handwerkermeister zum Fabrikunternehmer, während die frühen Unternehmer in der Montanindustrie eher aus der wohlhabenden Kaufmannschaft stammten. Keineswegs wurde das Handwerk auf breiter Front durch die Industrie verdrängt und ersetzt. Bekleidung stammte weiterhin aus der Schneiderei (oder wurde im Haushalt selbst hergestellt), Schuhe kamen vom handwerklichen Schusterbetrieb. Bäcker, Metzger und andere „Nahrungsmittelhandwerker" blieben kleinbetrieblich organisiert. Sie profitierten vom Rückgang der Selbstversorgung in den wachsenden Städten.

Erwerbstätige in Deutschland 1800-1914

nach Wirtschaftssektoren



Putzger. Historischer Weltatlas, 103. Aufl., Berlin: Cornelsen Verlag 2004, S. 134



akg-images

Den Aufstieg zur um 1880 weltweit drittgrößten Industrienation verdankt Deutschland auch der Eisen- und Stahlerzeugung. Gesamtansicht der Krupp Gussstahlfabrik in Essen 1875, die zwei Jahre zuvor bereits 16 000 Menschen beschäftigt.

Urbanisierung, also eine deutliche Zunahme des Anteils von Städtern an der Gesamtbevölkerung, ist kein unmittelbares Resultat von Industrialisierung. Städte wuchsen bereits, bevor es irgendwo Industrie gab, und im Industriezeitalter wirkten weiterhin nichtindustrielle Ursachen städtischer Expansion, etwa die verstärkte Einbindung von Hafenstädten in den Welthandel. Doch im Deutschland der Jahrzehnte nach 1850 ergab sich ein enger Zusammenhang zwischen beiden Prozessen. Am deutlichsten war er dort, wo sich neue montanindustrielle Regionen bildeten und durch Zuzug rasch wuchsen. Besonders auffällig war das Entstehen einer Städtelandschaft im Ruhrgebiet. Einige der dort aufstrebenden Städte gingen auf mittelalterliche Gründungen zurück, wie etwa Essen, viel charakteristischer war aber das rapide Wachstum neu gegründeter „Industriedörfer" wie Oberhausen, das 1874, zwölf Jahre nach dem Beginn der Besiedlung, bereits 15 000 Einwohner zählte. Richtige Großstädte gab es zur Zeit der Reichsgründung im Ruhrgebiet noch nicht; die eigentliche Expansion erfolgte im Kaiserreich. Städte wuchsen auch aus anderen Gründen: als Zentren der Textilindustrie wie Chemnitz und Barmen (heute ein Teil von Wuppertal), als Eisenbahnknotenpunkte wie Hannover oder als multifunktionale Metropolen wie an erster Stelle Berlin, das 1871 mit 826 000 Einwohnern (um die Jahrhundertmitte erst 412 000) die mit Abstand größte Stadt im Deutschen Reich war. Die Urbanisierung war geografisch sehr ungleich verteilt. Große Landstriche wurden von ihr kaum berührt. Dort bildete die Kleinstadt, ein beliebtes Motiv von Malerei und Literatur, weiterhin den Rahmen des Alltagslebens: selten mit Kanalisation, Wasserversorgung und Gasbeleuchtung ausgestattet, manchmal noch hinter Toren und Mauern versteckt. Die hier vorherrschende Mentalität hatte mit der nach außen offenen Urbanität Berlins und anderer Großstädte wenig gemeinsam.

Eisenbahnen

Es bedeutete einen großen Einschnitt in der Geschichte jeder Stadt, wenn sie einen Bahnhof erhielt und an das Eisenbahnnetz angeschlossen wurde. Das dritte Viertel des 19. Jahrhunderts war jener Zeitabschnitt, in dem die Eisenbahn ihre größte wirtschaftliche und kulturelle Wirkung entfaltete. Die ersten schienengeführten Eisenbahnen wurden noch von Pferden gezogen. 1839 wurde zwischen Leipzig und Dresden die erste ausschließlich mit Dampflokomotiven betriebene Strecke eröffnet. Anfangs konnte von einem Schienen-„Netz" noch keine Rede sein. Einzelne Strecken verdichteten sich zu regionalen Systemen, die mit der Zeit zu einem nationalen, an den Grenzen aber Anschluss ans Ausland findenden Netz zusammenwuchsen. Dies war bis zur Reichsgründung geschehen. Danach ging der Ausbau weiter und erreichte kurz vor dem Ersten Weltkrieg die höchste Netzdichte. 1885 waren auf dem Gebiet des Deutschen Reiches etwa 37 000 km Schienen befahrbar – geringfügig mehr als heute in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Eisenbahn war eine der großen Wachstums-„Lokomotiven" der deutschen Wirtschaft ab den 1840er-Jahren. Durch die gewaltige Nachfrage nach Eisen, Stahl und Steinkohle stimulierte sie diese anderen Leitsektoren. Sie regte die technologische Entwicklung an, schuf in der Bauphase ebenso wie im laufenden Betrieb Zigtausende neuer Arbeitsplätze und rief neue Finanzierungsinstrumente hervor, die wiederum der Modernisierung des Bankenwesens zugute kamen. Dadurch, dass Bahnen teils staatlich, teils privat gebaut und betrieben wurden, entstand eine von Land zu Land unterschiedlich zusammengesetzte Mischwirtschaft. In jedem Fall betrachtete der Staat die Eisenbahn als eine hoheitliche Angelegenheit. Auch Privatbahnen unterlagen einem gewissen Maß an Auf-

Entwicklung des Eisenbahnnetzes der führenden Industrienationen

(in 1000 km)

	1840	*1855*	*1877*	*1900*
USA	*4,5*	*30*	*120*	*280*
England	*2,4*	*12*	*24*	*35*
Frankreich	*0,5*	*3,5*	*24*	*40*
*Deutschland**	*0,5*	*9*	*30*	*50*
Russland	*–*	*1*	*20*	*40*

** Deutschland in den Grenzen von 1871*

Putzger. Historischer Weltatlas, 103. Aufl., Berlin: Cornelsen Verlag 2004, S. 141

bpk

Zwischen 1850 und 1875 entfaltet die Eisenbahn ihre größte wirtschaftliche und kulturelle Wirkung: Hannover erlangt als Eisenbahnknotenpunkt Bedeutung und würdigt die neue Transporttechnik mit einem imposanten Bahnhofsgebäude.

sicht und Regulierung. Das Aufstellen landesweit abgestimmter Fahrpläne gehörte zu den schwierigsten Organisationsaufgaben der Zeit.

Die Eisenbahn entwickelte sich im Zusammenhang einer umfassenderen Transportrevolution, wie sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten in vielen Ländern begann. Landstraßen wurden ausgebaut und damit die Möglichkeiten des Pferdetransports noch besser genutzt. In den Städten entstanden Pferde-Trams, später elektrische Straßenbahnen als Zubringer zu den Bahnhöfen. In der Schifffahrt setzte sich allmählich das Dampfschiff durch. Flüsse wurden reguliert und besser schiffbar gemacht, Häfen ausgebaut, befahrbare Kanäle als Verbindungen zwischen Flüssen angelegt. All dies zusammengenommen erhöhte die Transportgeschwindigkeit, vergrößerte das Transportvolumen und senkte die Transportkosten. Menschen und Güter konnten leichter über immer größere Entfernungen befördert werden. Die Eisenbahn veränderte die „gefühlte" Geografie. Vordem fast unüberwindliche Distanzen ließen sich nun bewältigen. Das Reisen wurde bequemer. Vorortbahnen und Nahverkehrszüge erlaubten im städtischen Raum das flächige Siedeln, entlasteten die Innenstädte von Wohnungsdruck und schufen manchmal integrierte Ballungsräume. Orte, die ohne Bahnanschluss blieben, fielen in ihrer Entwicklung zurück. Umgekehrt war die Position an einem Knoten des Bahnnetzes ein Standortvorteil, der Industrien anlocken konnte. Der Eisenbahnbau veränderte die Landschaft. Bodenkäufe und Enteignungen waren notwendig, um Trassen verlegen zu können. Weghindernisse mussten durch Brücken und Tunnels überwunden werden, die beide meist anspruchsvolle Aufgaben an die Ingenieurskunst stellten, manchmal mit ästhetisch eindrucksvollen Resultaten. In Städte konnte der Bahnbau schwere Wunden schlagen. Alte Quartiere wurden abgerissen, Stadtteile durch Gleisanlagen voneinander getrennt. Die Kopfbahnhöfe der großen Metropolen definierten Innenstädte auf neue Weise als die schienenlosen Zonen zwischen den Endpunkten der verschiedenen Strecken. Architektonisch wurden Bahnhöfe zu den aufwändigsten Großprojekten der Epoche.

Schließlich war die Eisenbahn überall, wo sie eingeführt wurde, die technische Voraussetzung für neue Wahrnehmungsweisen. Erstmals konnte man sich schneller bewegen als mit dem kräftigsten Pferd. Das Tempoerlebnis änderte sich dadurch fundamental. Der Blick aus dem rollenden Abteil ließ Landschaften als bewegte Panoramen erscheinen. Da der Zug viele Menschen gleichzeitig beförderte, wandelte sich das Reisen zu Lande von einem Individualabenteuer zu einer Kollektiverfahrung, wie sie eine Fahrt einer Postkutsche niemals sein konnte. Gesellschaftliche Hierarchien spiegelten sich in den Komfort- und Tarifklassen der Bahn, von denen es ab 1852 in Preußen vier gab. Sucht man einen einprägsamen Namen für das dritte Viertel des 19. Jahrhunderts, dann wäre "Eisenbahnzeitalter" eine gute Wahl.

Vor- und Nachteile des Eisenbahnfahrens

[...] Dem Reisenden, der es gewohnt ist, von der Postkutsche aus seinen Blick auf nahe Dinge zu fokussieren, muss bei der neuen Geschwindigkeit [des Eisenbahnfahrens] fast zwangsläufig schwindlig werden. Victor Hugo schreibt 1837 von einer Zugreise [...]: „Die Blumen am Feldrain sind keine Blumen mehr, sondern Farbflecken oder vielmehr rote und weiße Streifen; die Getreidefelder werden zu langen gelben Strähnen; die Kleefelder erscheinen wie lange grüne Zöpfe." Weil er versucht, Einzelheiten festzuhalten, wird die Fahrt zum stroboskophaften Terror. Wohlgemerkt: Die Züge zuckelten damals mit ungefähr 30 Stundenkilometern durch die Lande. Die medizinische Zeitschrift „Lancet" meint im Jahr 1862 dramatische gesundheitliche Folgen durch das Bahnfahren belegen zu können: „Die Geschwindigkeit und Verschiedenartigkeit der Eindrücke ermüden notwendigerweise sowohl das Auge wie das Gehirn. Die andauernd sich verändernde Entfernung der Gegenstände erfordert eine unablässige Anpassungsarbeit des Apparates, durch den sie scharf auf die Retina eingestellt werden; und die geistige Anstrengung des Gehirns, sie aufzunehmen, ist kaum weniger ermüdend dadurch, dass sie unbewusst geleistet wird; denn keine Tatsache im Bereich der Physiologie ist unumstrittener als die, dass eine übermäßig funktionelle Aktivität stets materiellen Zerfall und organische Veränderung der Substanz im Gefolge hat." [...]

All diejenigen, die das vorindustrielle Postkutschengetrödel gewöhnt sind, erleben Zugfahrten zunächst als Attacke auf alle Sinne, was dann meist umschlägt in Ödnis und Abgeschlagenheit. „Ich langweile mich derart in in der Eisenbahn", schreibt Gustave Flaubert, „dass ich nach fünf Minuten vor Stumpfsinn zu heulen beginne. Die Mitreisenden denken, es handle sich um einen verlorenen Hund; durchaus nicht, es handelt sich um Herrn Flaubert, der da stöhnt." [...]

Andere Reisende, und das macht es so interessant, hatten umgekehrt den Eindruck, dass die Zugfahrt nicht die Wahrnehmung der Landschaft zerstört, sondern überhaupt erst ermöglicht. Voraussetzung dafür ist freilich, wie der Historiker Wolfgang Schivelbusch schreibt, aus dessen „Geschichte der Eisenbahnreise" all die eben angeführten Zitate stammen, dass die Wahrnehmung des Reisenden „sich nicht gegen die Effekte der neuen Reisetechnik sträubt, sondern diese ganz in sich aufnimmt". Wer gar nicht erst versucht, Details des vorbeiwischenden Vordergrundes zu fixieren, sondern stattdessen die Landschaft an sich vorbeiziehen lässt wie ein Panorama, der kann das Reisen genießen. So schwärmt der Pariser Journalist Jules Clarétie, eine Eisenbahnfahrt führe dem Reisenden „in wenigen Stunden ganz Frankreich vor, vor Ihren Augen entrollt sie das gesamte Panorama, eine schnelle Aufeinanderfolge lieblicher Bilder und immer neuer Überraschungen". Ja, er sagt, die Bahn zeige erst „das Wesentliche einer Landschaft, wahrlich ein Künstler im Stil der alten Meister. Verlangen Sie keine Details von ihr, sondern das Ganze, in dem das Leben ist".

Es kann zwischen den begeisterten Passagieren und den traditionellen Reisenden keine richtige Verständigung geben, so unterschiedlich ist ihr Blick: Den einen ist es aufgrund der Mobilität nicht mehr möglich, die Welt in Ruhe wahrzunehmen. Für die anderen, so Schivelbusch, ist genau diese Mobilität „die Grundlage der neuen Normalität. Eine Erfahrung von Verflüchtigung gibt es für diesen Blick nicht mehr, weil die verflüchtigte Wirklichkeit seine neue normale Wirklichkeit geworden ist oder, anders gesagt, weil der Raum, in dem die Verflüchtigung sich am deutlichsten zeigte, der Vordergrund, für den panoramatischen Blick keine Existenz mehr hat." [...]

Alex Rühle, Ohne Netz. Mein halbes Jahr offline, Stuttgart: Klett-Cotta 2010, S. 95ff.

Bürgerlichkeit

Kein einziger Teilabschnitt des 19. Jahrhunderts lässt sich problemlos als „Blütezeit des Bürgertums" beschreiben. Das Bürgertum war niemals eine quantitativ dominierende Gesellschaftsschicht; es umfasste maximal 15 Prozent der Bevölkerung. Während seine Abgrenzung vom Adel in Deutschland markanter blieb als zum Beispiel im adelsdominierten Großbritannien oder dem adelsarmen Frankreich, lässt sich eine soziale Barriere nach „unten" nur ungenau bestimmen. Dies liegt vor allem an der sehr schwammigen Kategorie des „Kleinbürgertums", in der selbstständige Handwerker, kleine Ladenbesitzer, niedere Beamte, manchmal auch relativ wohlsituierte Facharbeiter, Volksschullehrer und, gegen Ende des 19. Jahrhunderts zahlenmäßig rasch zunehmend, Angestellte eingeordnet werden. Solche Kleinbürger, die um keinen Preis mit der Unterschicht bzw. dem „Proletariat" verwechselt werden wollten, besaßen selten den Bildungsehrgeiz des „gehobenen" Bürgertums mit gymnasialem oder akademischem Hintergrund oder den wirtschaftlichen Aktionsradius eines Kapitalien bewegenden und über größere Belegschaften gebietenden Unternehmers.

Schließlich kommt als weitere Schwierigkeit eine Doppeldeutigkeit im deutschen Begriff des „Bürgers" hinzu. Denn er bezeichnet sowohl den politisch für Freiheit und Gemeinwohl engagierten *citoyen* als auch den Geschäfte machenden, egoistisch seine Interessen durchsetzenden (in heutiger Ausdrucksweise: „gierigen") *bourgeois*, anders gesagt: den öffentlichen und den privaten Bürger, also den Verteidiger von politischen Grundrechten einerseits, den Anhänger der ungehemmten wirtschaftlichen Freiheit auf dem Markt andererseits. Die politische Geschichte des deutschen Bürgertums lässt sich in dieser Spannung zwischen Citoyen und Bourgeois, zwischen politischem Idealismus und wirtschaftlichem Realismus erzählen. Die früher verbreitete These, das deutsche Bürgertum habe nach 1848 seine eigenen demokratischen Werte und Normen „verraten" und sich den adlig-konservativen Kräften in Politik und Gesellschaft unterworfen, es sei dabei von einer kosmopolitisch-internationalen zu einer nationalistischen Haltung umgeschwenkt, lässt sich in solcher Allgemeinheit nicht halten. Richtig ist, dass sich der Liberalismus, die im 19. Jahrhundert vorherrschende politische Orientierung des Bürgertums, im Kaiserreich parteipolitisch in einen eher wirtschaftsnahen „rechten" und einen „freisinnig" eingestellten „linken" Flügel spaltete. Die moralisierende „Verrats"-These übertreibt diesen Tatbestand.

Der kulturelle Einfluss des Bürgertums erreichte in der zweiten Jahrhunderthälfte seinen Höhepunkt. Der Wirtschaftsaufschwung – ganz besonders während der „Gründerzeit" unmittelbar nach der Reichsgründung – mehrte die Zahl erfolgreicher Bürger, die Gewinne in ihre eigenen Unternehmen re-investierten und dennoch genügend Finanzmittel übrig behielten, um sich einen anspruchsvollen Lebensstil mit großen Häusern und Dienstpersonal leisten zu können. Aus vereinzelten Pionieren wurde nun eine breitere Schicht von Firmengründern. Von den alten Eliten oft als protzige „Neureiche" belächelt oder gar verachtet, wurden solche Bürger dennoch stilprägend. Obwohl der Adel seinen Besitz und sein Ansehen relativ gut zu behaupten vermochte und das offizielle Deutschland unter den Hohenzollern vielfach adlige Leitbilder propagierte, gab es im Kaiserreich nach 1871 keine aristokratische „Leitkultur", der sich die Bürger imitierend angepasst hätten. Bürger trugen die Selbstverwaltung der Kommunen. Sie waren die wichtigsten Mäzene und Nutznießer kultureller Einrichtungen wie Opernhäuser und Museen. Ihre Werte flossen in die Religionsausübung der christlichen Kirchen (und des Judentums) ein; vor allem die Bürgerinnen wurden zu Hüterinnen religiöser Traditionen, oft auch zu den treibenden Kräften karitativen Engagements. Bürger praktizierten selbstbewusst ihre Erziehungsideale. Ein neuer emotionaler Kult um das Kind war eher bürgerlich als aristokratisch. Ihm folgte bei Jungen der unvermeidliche Besuch des Gymnasiums (einschließlich seiner neuen, dem bürgerlichen Interesse an „Realien" jenseits der klassischen Sprachen entsprechenden Spielarten), das zur klassischen Bürgerschule wurde. Die höhere Schule war auch ein Ort der Disziplinierung, an dem bürgerliche Tugenden wie Fleiß, Ordnung und eine langfristige Lebensplanung trainiert wurden. Im Gymnasium als bürgerlicher Einheitsschule – Internate spielten in Deutschland, anders als in Großbritannien, eine geringe Rolle – trafen sich die Lebenskreise von Wirtschaftsbürgertum und Bildungsbürgertum.

Bildungsbürger waren selbst häufig als Studienräte oder Professoren im staatlichen Erziehungsbereich tätig. Nie war das gesellschaftliche Ansehen dieser Berufe höher als im Kaiserreich. Die Verbesserung von Bildungschancen für Mädchen ging ebenfalls vorwiegend auf bürgerliche Anstöße zurück. Einerseits

Historisches Archiv Krupp

Alfred Krupp (li.), im Kreis von Familie und Angestellten um 1868 während eines Aufenthaltes in Nizza, gehört zu den führenden deutschen Industriellen und ist stolz auf seine Bürgerlichkeit.

ullstein bild – dpa

Das Gymnasium ist als bürgerliche Einheitsschule hoch geachtet. Auch der spätere Kaiser Wilhelm II (in der Bildmitte, links neben seinem Lehrer, 1876) besucht als Schüler von 1874 bis 1877 das Friedrichsgymnasium in Kassel.

pflegte das Bürgertum das Ideal der auf die Privatheit des Hauses konzentrierten, bei ihren häuslichen Verrichtungen von Dienstmädchen unterstützten Frau und Mutter; andererseits besaßen die wichtigsten Aktivistinnen der frühen Frauenbewegung, die sich für Mädchenbildung und weibliche Erwerbschancen einsetzten, einen bürgerlichen Familienhintergrund.

Die deutsche Gesellschaft wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer bürgerlichen Gesellschaft mit aristokratischer Dekoration; Führungspositionen in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen, vor allem im Militär, waren allerdings für bürgerliche Schichten selbst im frühen 20. Jahrhundert kaum zu erreichen. Das Bürgertum bildete kein einheitliches Milieu. Allein schon die konfessionelle Kluft zwischen Protestanten und Katholiken konnte eine gemeinsame Geselligkeit behindern; „Mischehen" standen ganz außer Frage. Man darf auch nicht übersehen, dass es neben der bürgerlichen Kultur zahlreiche ländlich-bäuerliche und proletarische Kulturformen gab, die sich gegenüber den Verlockungen der Bürgerlichkeit resistent zeigten. Andererseits suchten auch viele Arbeiter und Handwerker sozialen Aufstieg und persönliche Erfüllung in „Bildung", dem bürgerlichen Leitbild schlechthin, und das Leben auf dem Dorfe „verbürgerlichte" sich umso mehr, je leichter wohlhabenden Bauern die Güter städtischen Konsums erreichbar wurden.

Europa 1850-1880

Wohlstand

Die Jahre nach der Jahrhundertmitte erschienen bereits vielen Zeitgenossen als eine markante Wendezeit. Der Rückblick des Historikers bestätigt diesen Eindruck. In den

Das Bürgertum und seine Kinder

Mehr und mehr zentrierte sich das bürgerliche Familienleben um die Kinder. [...] Erziehung als absichtsvolle und von den Eltern geleitet Veranstaltung wurde mit Interesse verfolgt und mit Hoffnungen bedacht. Als Brücke zwischen Kinderwelt und Erwachsenenwelt sollte sie die jeweils notwendigen und erwünschten Charaktermerkmale und Persönlichkeitsstrukturen herstellen.

Je mehr Energie, Emotionalität und Erziehungsmühen auf die Kinder verwandt wurden, desto mehr wuchs der Wunsch, ihnen die optimalen mentalen wie materiellen Zuwendungen bieten zu können. Bei häufig begrenztem Budget hieß dies, die Kinderzahl überschaubar zu halten. Nachdem die Durchschnittskinderzahl in Bürgerfamilien bis zur Jahrhundertmitte bei etwa fünf bis sieben Kindern gelegen hatte, tummelten sich in den Kinderstuben des Kaiserreichs häufig nur noch zwei bis vier Kinder. [...]

Ein weiterer Grund für die Geburtenreduzierung war die im ausgehenden 19. Jahrhundert wachsende Chance, dass Kinder ihre Kindheit überlebten. Dank verbesserter Hygiene, neuer Erkenntnisse im Bereich der Säuglingspflege und medizinischer Fortschritte [...] überstanden ihre Kinder Krankheiten, die ihnen wenige Jahre zuvor noch fast zwangsläufig das Leben gekostet hätten. [...]

Doch bei aller Liebe zwischen Eltern und Kindern: Die bürgerliche Familienharmonie kannte auch Missklänge. Selbst wenn das Bürgertum bereit war, altersspezifischen Ansprüchen der Kinder in hohem Maße Rechnung zu tragen, wurde dabei nie die zukünftige gesellschaftliche und vor allem geschlechtsspezifische Rolle der Kinder aus den Augen verloren. Schon von den ersten Kinderjahren an hatten Bürgereltern sehr konkrete Vorstellungen, was Jungen mussten und Mädchen nicht durften – und umgekehrt.

Bürgersöhne konnten zwar ihre ersten Kinderjahre relativ unbeschwert genießen, mussten dann aber bald dafür gewappnet werden, in den Fußstapfen des Vaters den eingeschlagenen Bürgerweg weiter zu gehen. Mit dem Vater als Vorbild, dessen Beruf in dem Zusammenspiel von materiellem Erwerb und individueller Erfüllung als Maxime des männlichen Lebensentwurfs verklärt wurde, waren die kleinen Bürger schon von klein auf mit hohen Leistungserwartungen konfrontiert. Mehr noch als die Söhne aus dem Bildungsbürgertum hatten Unternehmersöhne, befand sich, wie noch lange im 19. Jahrhundert üblich, die Familienvilla auf dem Betriebsgelände, immer ihre berufliche Zukunft direkt vor Augen. [...]

Spätestens mit dem Eintritt ins Gymnasium [...] begann [...] der Ernst des Lebens. Der Stundenplan beherrschte nun den Alltag, der sich in einer methodischen Zeiteinteilung nach Schulschluss fortsetzte. [...]

Leistungsdruck und Selbstdisziplin lasteten vor allem auf Bürgersöhnen. Die Erwartungen, denen die Bürgertöchter unterstanden, waren anderer Art. Dass die Familie ihr Bestimmungsort sein würde, für den sie schon als Mädchen vorbereitet werden sollten, erfuhren sie früh und ebenso früh die damit verbundenen Einschränkungen. Anders als ihre Brüder [...] durften Bürgertöchter den schützenden Familienraum nur selten verlassen. Ihre „Berufung" lebte ihnen die Mutter vor, vorbereitet darauf wurden sie mit Puppen, Puppenstuben und Küchenutensilien en miniature. Was sie als Kleinkinder noch im Spiel erproben sollten, wurde bald zu ernsthaften Verantwortlichkeiten für den Familienhaushalt. [...] Auch wenn es sich nicht alle Bürgereltern leisten konnten, ihre Töchter mit einer [...] Vielfalt „weiblicher" Kenntnisse zu versorgen, war doch die Beschlagenheit auf dem gesellschaftlichen Parkett ein unhinterfragtes Muss der weiblichen Erziehung. Durch ihr geschliffenes Auftreten sollten sie jede Gesellschaft schmücken, die Aufmerksamkeit der Männerwelt auf sich ziehen und sich die besten Heiratschancen eröffnen. Das in der Schule erlernte Bildungswissen geriet dabei leicht in den Hintergrund. Erst im Kaiserreich, als die Bürgerängste wuchsen, nicht alle Töchter angemessen verheiraten zu können, entstanden, in der Regel auf Initiative ihrer Väter, höhere Töchterschulen, die jedoch im Lehrplan weiterhin andere Akzente setzten als die von den Söhnen besuchten Gymnasien. Drei Jahre früher als ihre Brüder kehrten Bürgertöchter auch jetzt noch der Schule den Rücken, um sich als „Wartemädchen" die Zeit bis zur erwünschten Eheschließung zu vertreiben. Die Meisten gewannen dieser monotonen Zeit als „Haustochter" wenig ab. [...]

Gunilla Budde, Blütezeit des Bürgertums. Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Darmstadt: WBG 2009, S. 33ff.

bpk

Das Kaufhaus Bon Marché in Paris um 1870. 1838 eröffnet, gilt es als erstes Warenhaus der Geschichte. Die „Kathedrale des Kommerzes" (Emile Zola) profitierte von der wachsenden Kaufkraft breiter Schichten.

1870er- und 1880er-Jahren klare chronologische Einschnitte von gesamteuropäischer Bedeutung zu finden, ist schwieriger. Viele Tendenzen setzten sich von der Mitte des Jahrhunderts bis mindestens zum Ersten Weltkrieg fort. Doch um 1880 herum verdichteten sich Anzeichen der Veränderung auf vielen Gebieten. Gute Gründe sprechen dafür, diese Veränderungen als Übergänge zwischen unterschiedlichen historischen Epochen zu beschreiben. Nirgendwo waren während des dritten Viertels des 19. Jahrhunderts diese Veränderungen größer als im Bereich des materiellen Alltagslebens. Europa begann zu prosperieren. Für eine wachsende Zahl seiner Bewohner wurde das Leben luxuriös, für eine viel größere Zahl aber wurde nicht weniger Entscheidendes gewonnen: ein Minimum an materieller Sicherheit. Die späten 1840er-Jahre waren an vielen Orten, nirgendwo dramatischer als in Irland (wo der Hungersnot von 1846 bis 1852 ein Achtel der Bevölkerung zum Opfer fiel), eine Zeit des Hungers oder zumindest des nur prekären Überlebens gewesen. Im folgenden Jahrzehnt wurde die Macht des Hungers über europäische Gesellschaften gebrochen; nur noch vereinzelt kam es in Friedenszeiten zu akuten Krisen der Grundversorgung.

Ein alter Mechanismus wurde damit außer Kraft gesetzt: Wirtschaftliches Wachstum war früher in agrarischen Gesellschaften immer wieder durch die Zunahme der Bevölkerung eingeholt und aufgezehrt worden. Um die Jahrhundertmitte begann nun nicht nur in Deutschland, sondern auch in einer wachsenden Zahl von Wachstumskernen in anderen Ländern Europas ein, wie die Ökonomen sagen, wirtschaftliches Wachstum, „das sich selber trägt". Mit anderen Worten: Die Wachstumsraten der Produktion waren langfristig und stabil höher als die der Bevölkerung. Damit konnte im Durchschnitt einer Volkswirtschaft das Einkommen pro Kopf steigen; der verfügbare, also für Konsumausgaben und Ersparnisse einzusetzende Verdienst nahm zu. Die konsumtive Verwendung von Einkommen schuf Nachfrage auf dem Markt, was wiederum eine Erweiterung der Produktion anregte. Ein Teil des Wachstums der industriellen Produktion in Europa war daher auf eine expandierende Nachfrage zurückzuführen. Ersparnisse wiederum wurden durch die Institutionen des Finanzsektors, besonders durch ein Bankwesen, das nach der Jahrhundertmitte einen großen Aufschwung nahm, zu Investitionen aufbereitet. So entstand ein spiralförmiger Aufwärtstrend, bei dem sich mehrere Faktoren zusammenwirkend steigerten. Derlei hatte es bis dahin in der Geschichte noch nie gegeben. Eine schnell steigende Produktion folgt aus einer zunehmenden Produktivität, also einer wachsenden Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bei gleichem zeitlichem Arbeitsaufwand. Die steigende Produktivität ihrerseits erklärt sich durch die technologische Verbesserung von Werkzeugen und Maschinen, eine immer effizientere Energienutzung, die Vergrößerung der Umschlaggeschwindigkeit durch neue Verkehrsmittel wie Eisenbahn und Dampfschiff, die Expansion des nahen und fernen Handels und die Auswirkungen einer verbesserten Qualifizierung von Arbeitskräften. In dem Maße, wie auch Land- und Forstwirtschaft – zumeist langsamer als die Industrie – ihre Produktivität steigern konnten, setzten sie Arbeitskräfte für die anderen Wirtschaftssektoren frei, also für Industrie und Dienstleistungen.

Bevölkerungswachstum in Europa

	1850	1880	1910
Deutschland	36	45	65
	13,1%	13,4%	14,2%
Frankreich	36	38	40
	13,1%	11,3%	8,8%
Großbritannien	28	35	45
	10,2%	10,4%	9,9%
Italien	24	29	35
	8,8%	8,7%	7,7%
Niederlande	3	4	6
	1,1%	1,2%	1,3%
Russland	60	88	140
	22,0%	26,2%	30,7%
Schweden	4	5	6
	1,4%	1,5%	1,3%
Spanien	16	17	19
	5,8%	5,1%	4,2%
Europa (mit Russland)	274	335	456

Bevölkerungszahlen in Millionen, Anteil an der europäischen Gesamtbevölkerung in %

Putzger. Historischer Weltatlas, 103. Aufl., Cornelsen Verlag, Berlin 2004, S. 140

Durchschnittliches Monatseinkommen eines deutschen Arbeiterhaushaltes

(beide Eltern und zwei Kinder arbeiten)

	1800	1890
(Netto-)Lohn	81,0	139,0
Kosten für (absolut und in % vom Nettolohn)		
Miete/Heizung	11,3	25,25
	13,95 %	18,17 %
Nahrung/Getränke	58,3	76,75
	71,97 %	55,22 %
Hausrat	2,4	5,6
	2,97 %	4,00 %
Gesundheit/Hygiene	1,0	1,7
	1,23 %	1,22 %
Kleidung	5,0	7,7
	6,17 %	5,54 %
Bildung/Unterhaltung	2,0	12,0
	2,47 %	8,63 %
Versicherungen	–	6,8
	–	4,9 %
Kosten gesamt	80,0	135,8
	98,77 %	97,7 %
Sparvolumen	1,0	3,2
	1,23 %	2,3 %

Putzger. Historischer Weltatlas, 103. Aufl., Cornelsen Verlag, Berlin 2004, S. 139

Wirtschaftspotenziale in Europa 1840 bis 1880

	1840 (1840)	1850 (1855)	1880 (1870)
Großbritannien			
Steinkohleförderung*	30	50	147
Roheisenerzeugung*	1,5	3,2	7,7
Dampfmaschinen**	600	1900	4300
Baumwollspindeln*	14	27	34
Frankreich			
Steinkohleförderung*	3,0	4,4	19,4
Roheisenerzeugung*	0,3	0,4	2,8
Dampfmaschinen**	90	900	2000
Baumwollspindeln*	3,5	5	6,8
Deutsches Reich			
Steinkohleförderung*	3,8	6,8	42,2
Roheisenerzeugung*	0,2	0,3	7,2
Dampfmaschinen**	40	600	1800
Baumwollspindeln*	0,3	1,1	2,8
Russland			
Steinkohleförderung*	–	1,3	3,2
Roheisenerzeugung*	–	0,2	1,0
Dampfmaschinen**	30	150	400
Baumwollspindeln*	(?)		
Österreich-Ungarn			
Steinkohleförderung*	0,6	1,8	6,6
Roheisenerzeugung*	0,2	0,5	1,1
Dampfmaschinen**	30	580	1180
Baumwollspindeln*	(?)	1,4	1,5

** in Millionen Stück ** in Stück*
(Die Angaben zu Dampfmaschinen und Baumwollspindeln beziehen sich auf die eingeklammerten Jahreszahlen.)
Propyläen Weltgeschichte. Das Neunzehnte Jahrhundert. © 1986 Propyläen Verlag, Berlin

Auch wenn ein solcher Prozess der Industrialisierung auf den britischen Inseln und in kleinen Regionen des Kontinents bereits vor 1850 begonnen hatte, prägte er erst danach den Kontinent insgesamt. Und sogar in Großbritannien wurde jetzt erst die extreme Verelendung der Fabrikarbeiter, wie sie für die Anfänge der Textilindustrie charakteristisch gewesen war, langsam überwunden. Freilich wirkte sich die Industrialisierung geografisch nicht gleichmäßig aus. Wie schon in ihren Anfängen, so blieb sie auch weiterhin regional konzentriert. Große Teile der europäischen Randzonen von Portugal und Spanien über das mediterrane Frankreich, Süditalien und den Balkan bis nach Russland waren noch um 1900 Agrargesellschaften, jedoch überall mit gewissen industriellen Einsprengseln. Wachstum und Umbau der Wirtschaft ließen kaum eine Ecke Europas ganz unberührt.

Sozial gesehen gab es selbstverständlich Gewinner und Verlierer. Landarbeiter hatten vom langsam steigenden Wohlstand weniger als höher qualifizierte Fachkräfte, die in den neuen Wachstumsbranchen Eisen und Stahl, Metallverarbeitung, Bergbau und Eisenbahn Beschäftigung fanden. Hunderttausende, die in niedergehenden Gewerben und Handwerken arbeiteten, machten die Erfahrung von Arbeitslosigkeit, Statusverlust und Entwurzelung. Am oberen Ende der sozialen Hierarchie verdrängten neue bürgerliche Unternehmereliten nicht in jedem Fall den alteingesessenen Adel, machten ihm aber die Symbole seiner kulturellen Überlegenheit streitig und übertrafen ihn nicht selten an Reichtum. In neu gegründeten Industriestädten fehlten ohnehin die überkommenen Strukturen einer von aristokratischem Landbesitz dominierten Sozialordnung. Erstmals in der europäischen Geschichte wurde der kapitalistische Unternehmensgründer, der „Industrielle" oder „Industriekapitän", zu einer gesellschaftlichen Leitfigur. Er trat an die Stelle der patrizischen Kaufleute früherer Zeiten.

Besonders deutlich sichtbar wurde der Wohlstandsgewinn in der Modernisierung vieler Städte, besonders der größten Metropolen. Die Reste mittelalterlicher Stadtbilder verschwanden. Stadtmauern und Tore wurden beseitigt. Öffentliche Hygiene und Seuchenprävention wurden erstmals zu wichtigen Themen der Lokalpolitik. Nach zwei oder drei Jahrzehnten infrastrukturellen Ausbaus waren viele Großstädte gesünder geworden. Die Architektur wurde nunmehr stärker von Repräsentationsbauten der Bürgergemeinde wie Rathäusern und Museen geprägt als von den Monumenten fürstlicher und kirchlicher Bautätigkeit. Die großzügige Neuanlage der

ullstein bild – Roger-Viollet

Im Auftrag Napoléons III. gestaltet Georges-Eugène Haussmann Paris zur europäischen Vorzeigemetropole: großzügig, übersichtlich und angepasst an die Bedingungen der neuen Fortbewegungsmittel.

Pariser Innenstadt unter Napoleon III. und seinem Stadtplaner, Baron Georges-Eugène Haussmann, wurde zum Vorbild für städtische Modernisierung in ganz Europa.

Nationalismus, Reform, Stabilisierung

Die „Achtundvierziger"-Revolution war, insgesamt gesehen, ein einziger, aber in viele Stränge und Schauplätze differenzierter Revolutionsprozess, der nicht nur die Länder des Deutschen Bundes, sondern ebenso weite Teile des übrigen Europa erfasste, vor allem Italien, nicht aber Großbritannien und Russland. Dieser Prozess begann im Februar 1848 mit der Ausrufung der Zweiten Republik in Frankreich. Er endete im August 1849 mit der brutalen Unterwerfung der letzten Aufständischen in Ungarn durch österreichische und russische Truppen.

Die Revolutionäre hatten ihre Ziele nur selten erreicht. Die Revolution führte nicht zur Parlamentarisierung Kontinentaleuropas und zur Ausbreitung der liberalen Demokratie. Die großen Dynastien blieben auf ihren Thronen. In Frankreich wurde ein kurzes republikanisches Intermezzo durch die Diktatur Louis-Napoleon Bonapartes (1808-1873) und sein darauf folgendes Kaisertum abgelöst. Die städtischen Unterschichten, die vielfach die radikalsten Strömungen getragen hatten, vermochten ihre Lage nicht zu verbessern. Dennoch blieb diese „gescheiterte" Revolution nicht ohne konstruktive Wirkungen. Die Leibeigenschaft verschwand nun überall außerhalb des Zarenreiches und kleiner Enklaven in Ostmitteleuropa. Damit kam der lange Prozess der Bauernbefreiung, der mit der Französischen Revolution begonnen hatte, bis an die Grenzen des Zarenreichs zum Abschluss. Die rebellischen Bürger hatten zwar ihre Forderungen nach größerer politischer Mitsprache auf der Ebene der Zentralregierungen nicht durchsetzen können, doch wurde ihre Stellung auf Gemeindeebene vielfach gestärkt. Auch wenn die erhofften freiheitlichen Verfassungen einstweilen ausblieben, war der Verfassungsgedanke stillschweigend als legitim akzeptiert worden. Die staatlichen Bürokratien erkannten die Notwendigkeit weiterer rechtlicher und organisatorischer Reformen, die den Rahmen für wirtschaftsbürgerliche Aktivitäten verbessern würden. Nach 1848/49 hatte die hohe Beamtenschaft im Allgemeinen ein offeneres Ohr für die Anliegen von Unternehmern. Die politische und die wirtschaftliche Programmatik der vorherrschenden bürgerlichen Politikorientierung, des Liberalismus, traten fortan auseinander: eine Grundlage für die spätere Spaltung

Wie Paris zur Weltstadt wurde

[...] Noch war Louis-Napoléon „nur" Präsident, als er Georges-Eugène Haussmann im kalten Januar 1849 zum ersten Mal im Élysée-Palast empfing, der von den Verwüstungen der 48er-Revolution gezeichnet war. Doch der künftige Kaiser erkannte in dem fähigen Provinzpräfekten genau den Mann, den er suchte: den Planer seiner monumentalen Hauptstadt.

Das Viertel um den Bahnhof Saint-Lazare ist ein Musterbeispiel der „Haussmanisation", der nicht nur urbanen und architektonischen, sondern zugleich auch der sozialen Umgestaltung von Paris. 1852 zum Präfekten des Départements Seine – also von Paris – ernannt, fand er eine in ihrer Struktur mittelalterliche Stadt vor, die an den Rändern in wilde Siedlungen, teils gar in Slums auslief. So auch um den Bahnhof Saint-Lazare. Westlich von ihm lag eine Gegend, die den bezeichnenden Namen „Klein-Polen" trug, mehr oder minder eine Barackensiedlung von polnischen Immigranten. Die Bewohner ließ Haussmann vertreiben, das hügelige Gelände planieren, mit dem Lineal gezogene Straßen ziehen, die sich in spitzen Winkeln kreuzen.

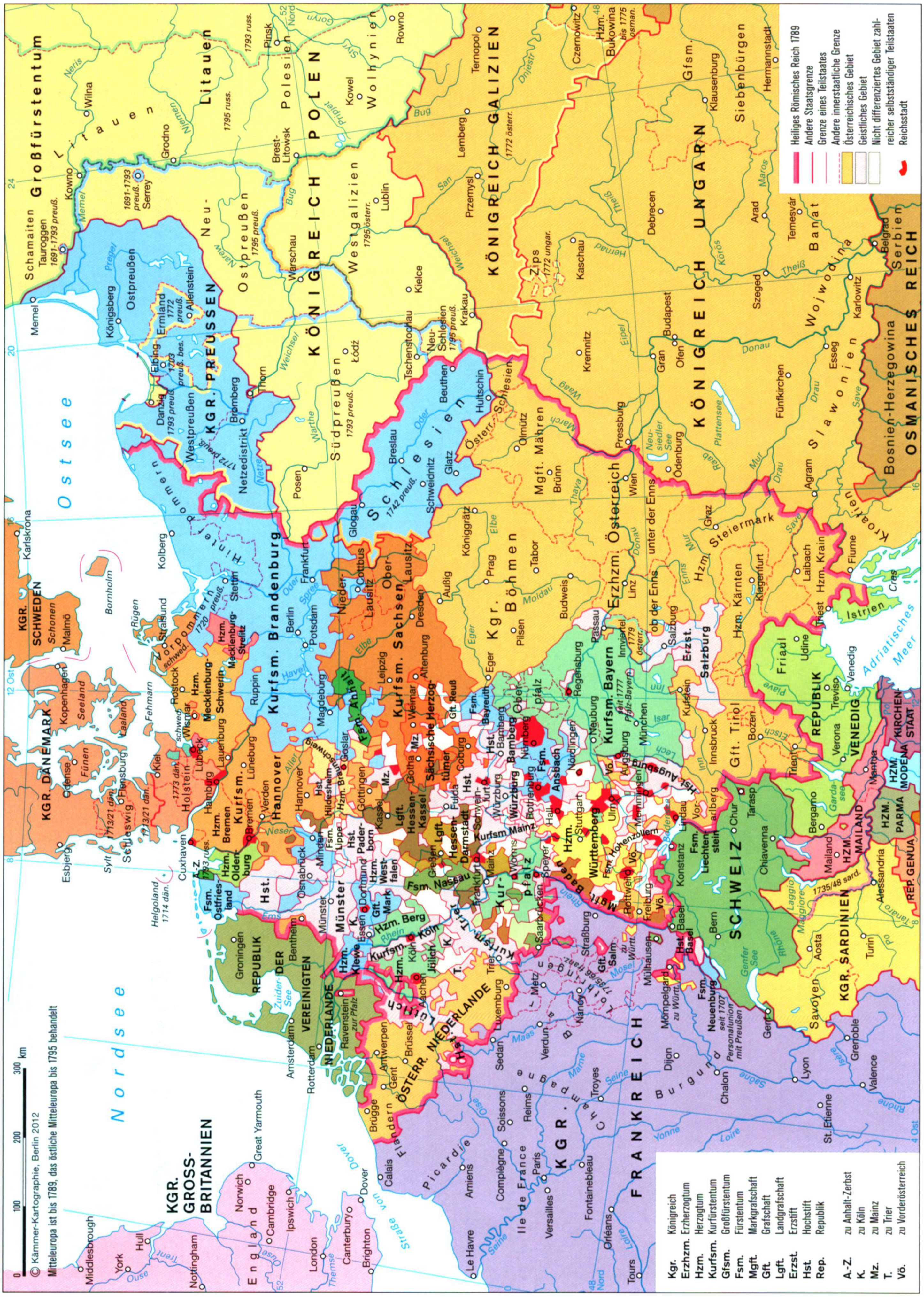
Die Place de l'Europe, ein schon vor Haussmann angelegter Platz, wurde nun zu einer gewagten Brückenkonstruktion über den Gleisen des Bahnhofsvorfelds, auf die die Straßen sternförmig zulaufen. Doch erst die Weltausstellung von 1867 brachte einen ungeheuren Aufschwung der Bautätigkeit mit sich. In rascher Folge wurden bis in die 1870er Jahre hinein die fünfstöckigen Wohnhäuser hochgezogen, die dem neuen Stadtquartier ihr Gesicht geben. Diese neoklassischen Häuser mit ihren tiefgezogenen „Pariser" Fenstern, schmiedeeisernen Balkonbrüstungen und maximaler Firsthöhe von 35 Metern bestimmen unverändert das Bild der Stadt. Nach Haussmanns Rezepten entstand das Paris, wie alle Welt es heute kennt. [...]

In das neue Quartier de l'Europe zogen die Verfechter des „modernen Lebens", voran die Maler des Impressionismus, Edouard Manet, Claude Monet und Gustave Caillebotte, aber auch der Dichter Stéphane Mallarmé und der Romancier Maxime du Camp. Und natürlich hat Zolas Romanheld Jacques Lantier hier sein fiktives Zuhause. Die Kehrseite des Haussmann'schen Stadtumbaus sind die Enteignungen und Abrisse zahlloser Häuser, die beinahe gewaltsame Vertreibung ihrer Mieter, der „kleinen Leute", und die Inbesitznahme der inneren Stadt durch die neureiche Bourgeoisie. Die heutige „Gentrification" ist dagegen ausgesprochen harmlos.

Haussmanns Planungen blieben nach seinem Rücktritt 1870 auch für die nachfolgende Dritte Republik bestimmend. Das „Quartier de l'Europe", nunmehr ganz und gar innerstädtisch, wurde zum bevorzugten Wohnort des gehobenen Bürgertums. Große Wohnungen in den typischen neoklassischen Häusern, dazu die Eisenbahn für den Sonntagsausflug an die Seine: Das ist das Leben der neuen Mittelklasse, das die Impressionisten in ihren Bildern festhielten. [...]

Bernhard Schulz, „Wie Paris zur Weltstadt wurde", in: Der Tagesspiegel, Berlin, vom 21. November 2010

Mitteleuropa zu Beginn der Französischen Revolution 1789



Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin 2012

Industrialisierung in Mitteleuropa um 1850

Territoriale Entwicklung der Vereinigten Staaten seit 1776

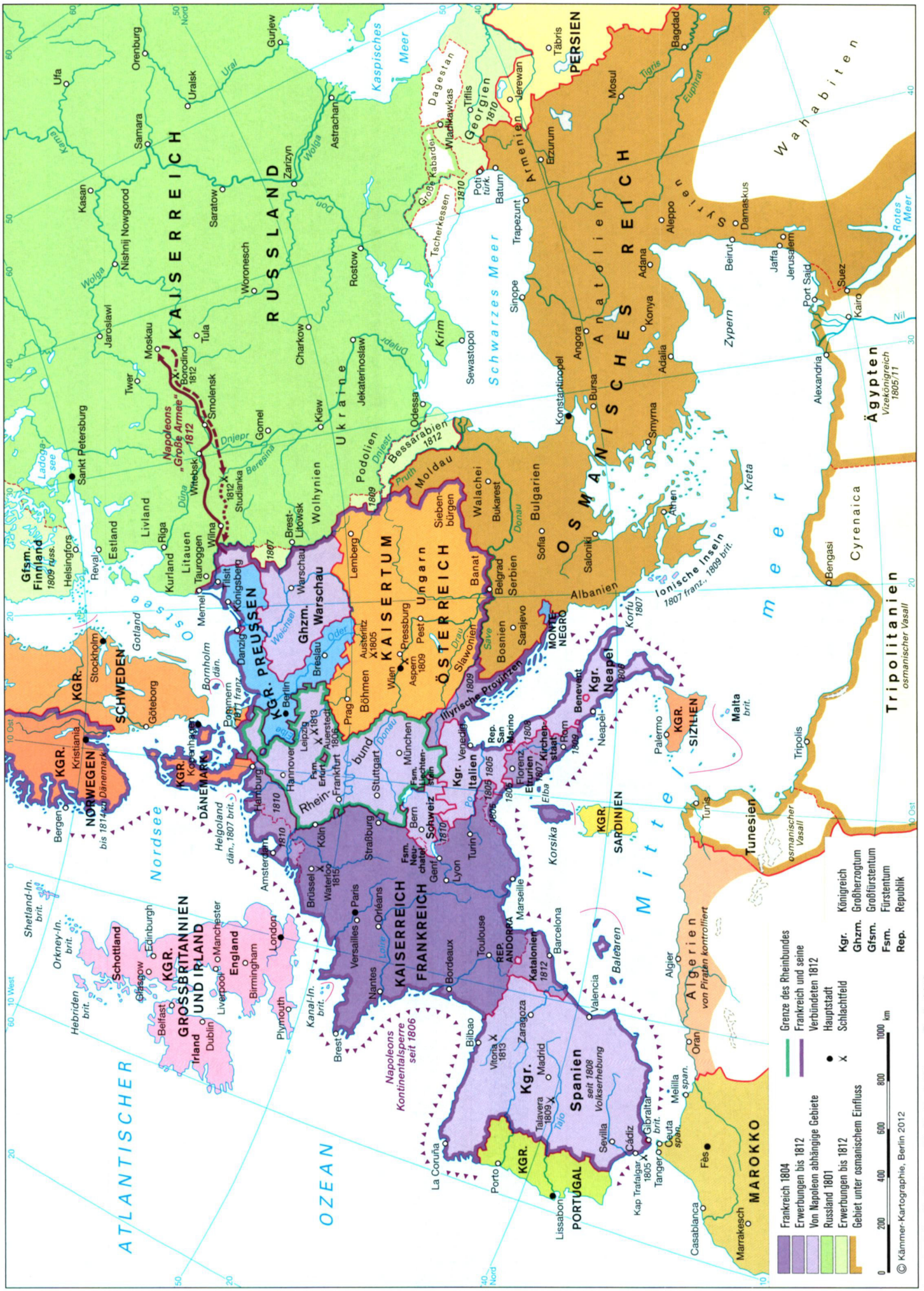
Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin 2012

Mitteleuropa 1815-1866

Mitteleuropa 1866-1914

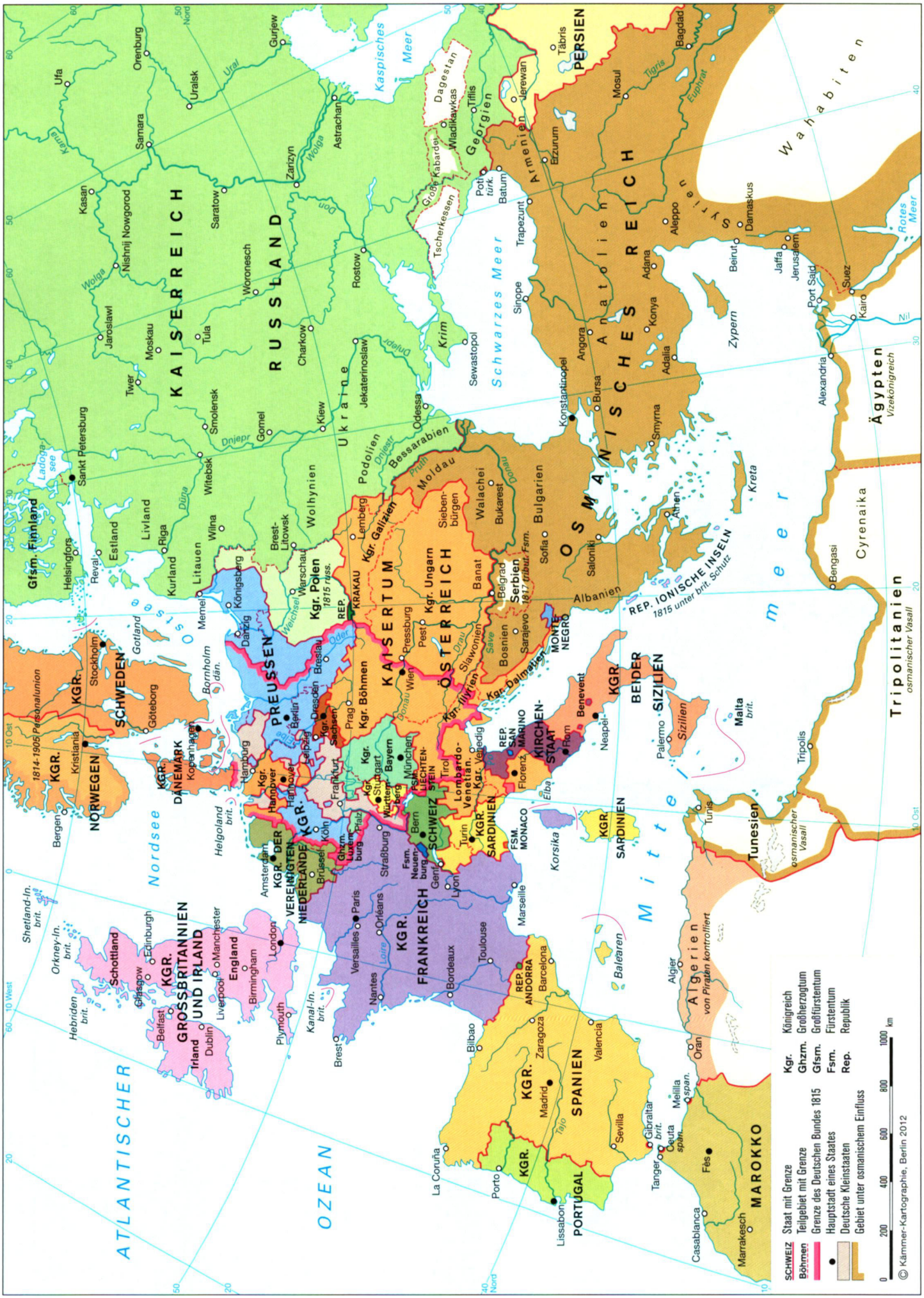
Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin 2012

Europa zur Zeit Napoleon I. 1804-1815



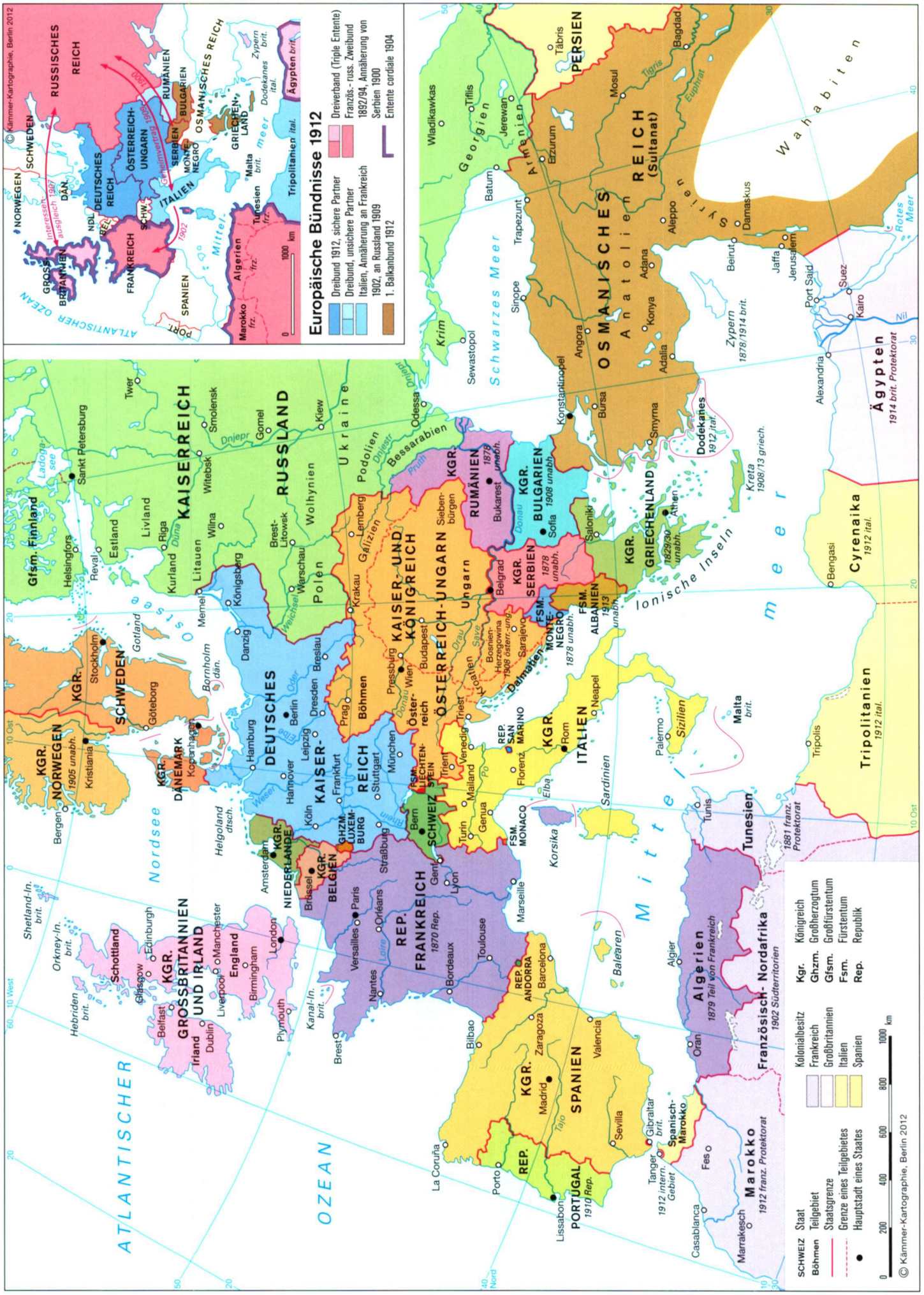
Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin 2012

Europa nach dem Wiener Kongress 1815



Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin 2012

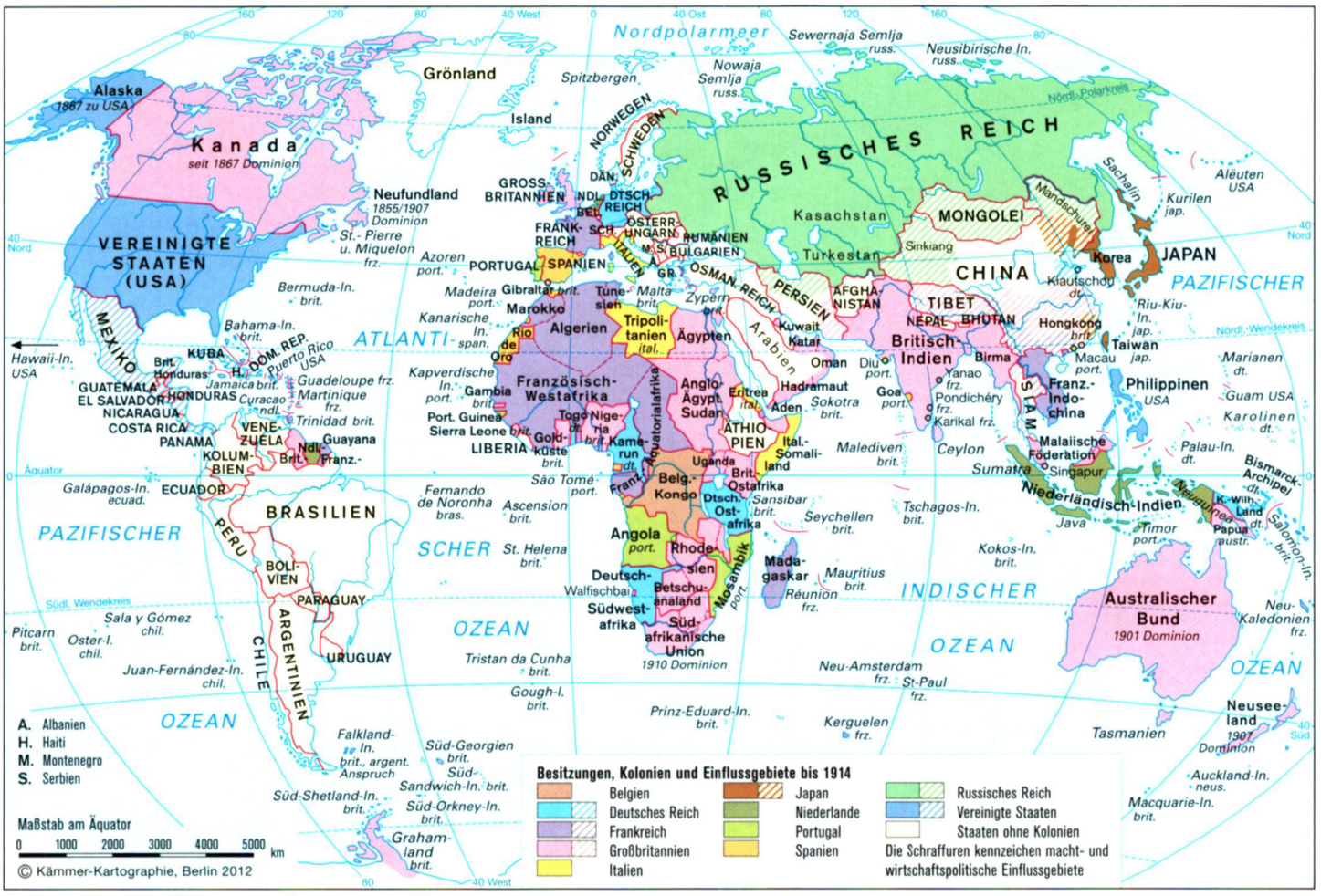
Europa vor dem Ersten Weltkrieg 1914



Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin 2012

Europäische Kolonialreiche um 1830

Imperialismus bis 1914



Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin 2012

Territoriale Veränderungen des Osmanischen Reiches 1683 - 1922

Das Qing-Reich 1800 bis 1911 - Imperialistischer Druck auf China

Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin 2012

ullstein bild – TopFoto

Nach der Bauernbefreiung von 1861 interessieren sich russische Intellektuelle und Künstler aus der Oberschicht für die Lage der Bauern. Bauer und Gutsherr auf einem Gemälde von Pavel Kusnetsov um 1879

in „linksliberale" und „rechtsliberale" Strömungen, letztere die wirtschaftliche Freiheit, erstere die Freiheit des Denkens und politischen Handelns betonend.

Das dritte Quartal des 19. Jahrhunderts war insgesamt eine Zeit freiheitlicher Reformen „von oben", vor allem des langsamen Ausbaus von Rechtsstaatlichkeit. Der Staat gewährte einen Teil von dem, was 1848/49 nicht erkämpft werden konnte. Das Wahlrecht wurde Schritt für Schritt auf breitere männliche Bevölkerungskreise – aber nirgendwo auf Frauen – ausgedehnt, indem die Besitzqualifikationen für den Eintrag ins Wählerregister gelockert wurden. Im Zarenreich wurde 1861 endlich die Leibeigenschaft beseitigt. Dies geschah als Teil einer direkt vom Zaren ausgehenden neuen Politik, Russland nach seiner Niederlage gegen Großbritannien und Frankreich im Krimkrieg 1856 international wettbewerbsfähig zu machen.

Dort, wo Nationalstaaten neu gegründet wurden, machte der Zusammenschluss kleinerer Einheiten Integrationspolitik und damit Reformen unerlässlich. So in Italien, das 1861 erstmals in seiner nachantiken Geschichte unter eine einheitliche Regierung kam (mit Ausnahme des Kirchenstaates). So zehn Jahre später in Deutschland. Doch auch in einem seit Jahrhunderten zentralistisch regierten Großstaat wie Frankreich waren riesige und langwierige Anstrengungen nötig, um aus Dorfbewohnern, die in engen Horizonten lebten, national denkende Franzosen zu machen. Der Nationalismus wurde nach der Jahrhundertmitte zur stärksten mobilisierenden Idee in Europa. Er war nach frühneuzeitlichen Anfängen in der Zeit der Französischen Revolution in Frankreich selbst ebenso wie unter seinen Gegnern entstanden. Was anfangs eine Denkströmung unter Intellektuellen gewesen war, verbreitete sich aber nur sehr langsam über das gesamte Gesellschaftsgefüge hinweg. Vor dem Aufkommen einer Massenpresse waren der Propagierung von politischen Ideen, die in den Metropolen entstanden, ohnehin enge Grenzen gesetzt.

Die Stärkung eines Wir-Gefühls unter Menschen, die sich nicht persönlich kennen, und die Wendung sowohl gegen Nachbargesellschaften als auch gegen nicht-konforme Minderheiten im eigenen Land waren (und sind) die beiden Hauptmerkmale des Nationalismus. Diese Kombination findet sich nach 1850 überall in Europa. Sie war aber nicht, wie nationalistische Geschichtsdeutungen häufig annehmen, die maßgebliche Ursache für Nationalstaatsbildung. Die beiden wichtigsten nationalen Einigungsprozesse, der italienische und der deutsche, wurden weniger von Massenbewegungen von unten als von sozial konservativen Macht-

Russland: Auf dem Weg in die Moderne?

Während der Alltag sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts kaum merklich änderte, wandelten sich die äußeren Bedingungen Rußlands nach 1848 schnell und auffallend. Die Übernahme der Ergebnisse der ersten industriellen Revolution in den westlichen Ländern des Kontinents verschärfte den überkommenen Rückstand. [...] [U]nd es gab keinen Zweifel, dass Reformen nach westeuropäischem Vorbild nötig waren. Kaiser Alexander II. (1855-81) machte sich zum Anführer der liberalen Bewegung: 1864 wurden Selbstverwaltungsorgane auf Kreis- und Gouvernementsebene (semstwo) geschaffen, die dem Provinzadel und dem Bürgertum gemeinnützige Tätigkeiten in der Volksbildung, dem Gesundheitswesen, dem Verkehrsausbau und der Armenfürsorge ermöglichten. Zugleich mit dieser Dezentralisierung von Verwaltung gab eine Justizreform durch die Einführung von Friedensrichtern und Geschworenengerichten mehr Rechtssicherheit. Die sechs Universitäten des Landes erhielten die akademische Selbstverwaltung zurück, die ihnen unter Nikolaus genommen worden war; 1863 wurde die Universität Warschau, allerdings mit russischer Unterrichtssprache, wiedereröffnet, zwei Jahre später die Universität Odessa gegründet.

Die wichtigste Reform war jedoch die Befreiung der Bauern von Fronen und Abgaben an die Gutsherren 1861. Der baltische Adel war auf seinen Gütern mit der Bauernbefreiung vorangegangen, hatte die Bauern jedoch ohne Land freigesetzt und damit ein ländliches Proletariat geschaffen. In Kernrußland wollte man diesen Fehler vermeiden, andererseits aber auch den Adel nicht ruinieren. Eigenwirtschaft der Güter machte in Rußland meist nur einen geringen Teil des adligen Landsbesitzes aus – der größere Teil wurde von den Gutsbauern zwar als Fron (Barschtschina), aber mit den Mitteln ihrer eigenen Höfe bewirtschaftet. Hätten die Bauern das Land erhalten, das sie bewirtschafteten, dann wären die Güter weithin als Wirtschaftseinheiten verschwunden und damit jene Institutionen, wo das Exportgetreide vor allem angesammelt wurde. Wären jene Bauern einfach freigesetzt worden, welche ihren Herren keine Fron leisteten, sondern Geld zahlten (Obrok), dann wäre auch dieser Adel ruiniert gewesen. Die Befreiung der Bauern wurde also in sehr unterschiedlichen Verfahren so durchgeführt, dass die Güter nicht nur große Ländereien behielten – die Landanteile der Bauern also kleiner waren, als was sie bewirtschafteten –, sondern die Gutsbesitzer auch Abzahlungen für ihre ehemaligen Leibeigenen bekamen. Das Geld streckte der Staat den Bauern vor; aber desto mehr hielt er daran fest, dass die Dorfgemeinden insgesamt für diese Schulden (wie auch für die Steuer) hafteten. [...] Die Gesamthaftung hielt die Bauern auf dem Lande fest, statt sie einem frühkapitalistischen Differenzierungsprozess auszusetzen, der die ärmeren dann in die Städte getrieben hätte.

Hans-Heinrich Nolte, Kleine Geschichte Rußlands, Stuttgart: Reclam 2003, S. 138 ff.

eliten von oben durchgesetzt. Überhaupt kann man das 19. Jahrhundert in Europa nur sehr bedingt als das Zeitalter des Nationalismus oder der Nationsbildung betrachten. Unabhängige Nationalstaaten entstehen zumeist durch den Zerfall von Imperien oder durch Abspaltung von ihnen – wie die USA. Da die Imperien ausnahmslos weiter bestanden, fehlte es an Gelegenheiten zur Nationalstaatsbildung. Nur Belgien und Griechenland kamen als neue Nationalstaaten auf die politische Landkarte. Ungarn erreichte durch den sogenannten Ausgleich von 1867 innerhalb der Habsburgermonarchie ein hohes Maß an Autonomie, die an die Schwelle nationaler Selbstständigkeit heranführte. Keine andere Nationalität im Reich des Kaisers zu Wien erhielt ähnliche Zugeständnisse. Irland blieb weiterhin ein Teil Großbritanniens. Polen existierte nicht als Nationalstaat, sondern war unter Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt. Die politische Landkarte Europas wurde zwar zwischen 1861 und 1871 durch die Einigungen in Italien und Mitteleuropa verändert. Weitaus größere Verschiebungen sollten aber erst unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs mit der Auflösung der Habsburgermonarchie, des Zarenreiches und des Osmanischen Reiches vor sich gehen. Am Ende der 1870er-Jahre war in Europa ein höheres Maß an innen- wie außenpolitischer Stabilität erreicht als jemals zuvor im 19. Jahrhundert.

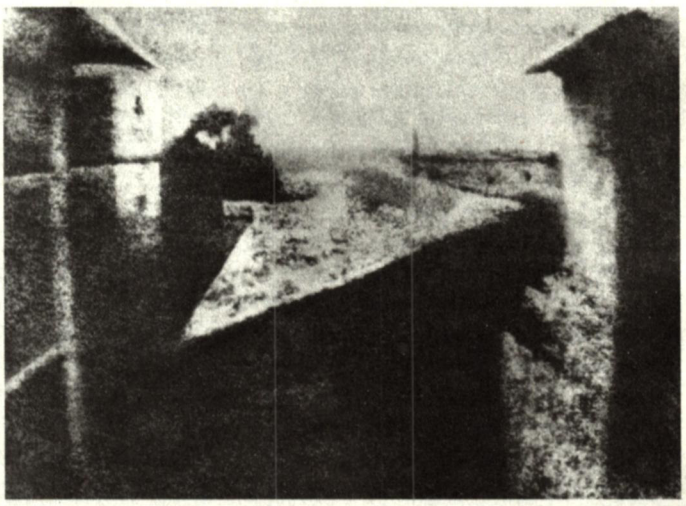
„Realismus" und sozialistische Gesellschaftskritik

Nach 1850 veränderte sich das kulturelle Klima in Europa. Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte in allen europäischen Nationalkulturen literarisch im Zeichen der Romantik gestanden. In der Musik setzte die Romantik etwas später ein als in der Literatur, etwa um 1830, sie erfuhr einen Höhepunkt im musikdramatischen Werk Richard Wagners (1813-1883) und hielt sich dann noch bis zum Ende des Jahrhunderts. In der Baukunst lässt sich, abgesehen von Anklängen an ein imaginiertes Mittelalter („Neo-Romanik", „Neo-Gotik"), ein romantischer Stil weniger deutlich erkennen. Hier überwog in ganz Europa der Klassizismus, also eine Wiederbelebung altgriechischer Formen mit Säulen und Portiken. Romantische Malerei interessierte sich weniger als die Kunst des 18. Jahrhunderts für mythologische Motive und wandte sich Naturszenen und orientalischen Sujets zu.

Die literarische Romantik, die in Deutschland bis zum Tod Johann Wolfgang von Goethes 1832 in einer produktiven Spannung zum Kunstprogramm der „Klassik" stand, sah die Welt als doppelbödig. Hinter der Oberfläche der wahrnehmbaren Erscheinungen verbarg sich eine Sphäre des Geheimnisvollen, die im Traum zugänglich war oder auch plötzlich und verstörend in die Realität des Alltags einbrechen konnte, so zum Beispiel bei E.T.A. Hoffmann (1776-1822) oder in den USA bei Edgar Allan Poe (1809-1849). Romantische Literatur erkannte ganzheitliche Zusammenhänge in der Natur; in Deutschland wurde erstmals der Wald zu einem bevorzugten Schauplatz. Im Unterschied zu Aufklärung und Klassik, die sich immer wieder auf die Antike bezogen, war die Romantik von Mittelalter und Renaissance fasziniert, etwa in Italien bei Alessandro Manzoni (1785-1873) oder in Frankreich beim jungen Victor Hugo (1802-1885). Zum letzten Mal wurde – besonders eindrücklich bei Joseph von Eichendorff (1788-1857) – eine vorindustrielle Welt beschworen, in der Energie nicht von Dampfmaschinen, sondern aus Mühlrädern stammte. Die europäische Romantik war jedoch keinesfalls nur rückwärtsgewandt und politisch konservativ. Die Stimmungen und Ängste, die sie künstlerisch gestaltete, waren die ihrer Gegenwart.

Es gab Figuren des Übergangs aus der Romantik in eine neue Zeit wie Victor Hugo und den im Pariser Exil lebenden Heinrich Heine. Aber es war doch eher eine neue Generation, die den Ton des „Realismus" in die europäische Literatur trug. Die bevorzugte und charakteristische Form wurde nun der Roman, der erstmals Lyrik und Drama an Prestige überflügelte. Der realistische Roman wandte sich der Gegenwart zu. Auch wenn er Themen aus der jüngeren Vergangenheit behandelte wie Leo Tolstois (1828-1910) „Krieg und Frieden" (1868/69) den russischen Abwehrkampf gegen Napoleon, tat er dies nicht in heroisierender Absicht, sondern als Analyse persönlicher Motivationen und politischer Kräfte. Der realistische Roman strebte psychologische Wahrheit ebenso wie wirklichkeitsnahe Detailtreue der oft ausführlichen Schilderungen an. Er war Gesellschaftsroman. Schon der große Pionier dieser literarischen Richtung, Honoré de Balzac (1799-1850), hatte in einer Serie von 91 Romanen die französische Gesellschaft seiner Zeit scharfsinnig durchleuchtet und bissig kommentiert. Er war ein Soziologe, bevor es die Wissenschaft der Soziologie überhaupt gab. In den Jahrzehnten nach Balzacs Tod entwarfen Autoren wie Charles Dickens (1812-1870), Gustave Flaubert (1821-1880; „Madame Bovary", 1856), Tolstoi (vor allem in „Anna Karenina", 1877/78), Iwan Turgenjew (1818-1883), Theodor Fontane (1819-1898) und Wilhelm Raabe (1831-1910) breit ausgeführte Porträts von Gesellschaften in schnellem Wandel. Ihre Romane sind bis heute unentbehrliche Quellen für die Sozial- und Mentalitätsgeschichte.

Auch in anderen Künsten machte sich eine postromantische Betrachtungsweise bemerkbar. Maler wie Gustave Courbet (1819-1877) oder Adolph Menzel (1815-1905) stellten Szenen aus der Arbeitswelt dar. In Opern wie Giuseppe Verdis (1813-1901) „La Traviata" (1853) oder Georges Bizets (1838-1875) „Carmen" (1875) wurden statt der üblichen historischen oder mythologischen Stoffe Szenen aus der französischen Halbwelt oder aus dem Milieu spanischer Tabakarbeiterinnen auf die Bühne gebracht. Eine epochal bedeutende Veränderung der Sichtweise zog die Erfindung und Verbreitung der Fotografie nach sich. Die technischen Grundlagen für dieses neue Medium waren bis 1840 geschaffen. Ab etwa 1850 verbreitete sich die Praxis der Atelieraufnahmen von Personen; neben das gemalte Porträt trat nun das künstlerisch gestaltete Lichtbild. Mit stetig verbesserter Technik und mobileren Kameras erschlossen sich Fotografen immerfort neue Motive: Landschaften, Architektur, Straßenszenen, Kriegsschauplätze, die



ullstein bild – Photo12

1826 nimmt Nicéphore Niépce aus dem Fenster seines Arbeitszimmers in Le Gras die vermutlich erste lichtbeständige Fotografie der Welt auf.

„exotischen" Bewohner der europäischen Kolonien. Am Ende des Jahrhunderts war Fotografie im Zeitungsdruck möglich. Wenngleich es Vielen klar war, dass auch die Fotografie eine subjektive Auswahl und Gestaltung erforderte, war durch dieses neue Medium dennoch ein Zugewinn an bildlicher Wirklichkeitsnähe erreicht, der im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts eine Revolution der menschlichen Wahrnehmung und zugleich der Dokumentation bedeutete. Nicht die realistische Malerei, sondern die Fotografie war das visuelle Gegenstück zu den großen Romanen der Epoche.

Eine soziologische Gesellschaftsanalyse, wie wir sie heute kennen, entstand erst gegen Ende des Jahrhunderts, zuerst in Frankreich bei Émile Durkheim (1858-1917). Bis dahin war die Politische Ökonomie die für den gesellschaftlichen Zusammenhang der Menschen zuständige Wissenschaft. Als sie 1776 von dem schottischen Philosophen Adam Smith (1723-1790) mit seinem Werk „Der Wohlstand der Nationen" begründet wurde, standen ihr noch die vorindustriellen Verhältnisse einer hoch entwickelten Handwerks- und Handelswirtschaft vor Augen. In den folgenden Jahrzehnten wurde die Politische Ökonomie zur wichtigsten wissenschaftlichen Begleiterin der Industrialisierung. Ihre zentrale Frage war die nach dem Zusammenwirken der Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit bei der Schaffung von Werten. Um 1850 gab es ein komplettes Lehrgebäude der Politischen Ökonomie. Unmittelbar danach trat ihr schärfster und scharfsinnigster Kritiker auf: der aus Deutschland nach London geflohene Karl Marx, der seine Studien in dem dreibändigen Werk „Das Kapital" (1867-1895, posthum veröffentlicht durch Friedrich Engels) zusammenfasste. Marx verfolgte den großen Plan, die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise zu entschleiern und sie, über die Politische Ökonomie hinausgehend, mit einer Interpretation der Geschichte als Folge von Klassenkämpfen zu verbinden. Seine politische Absicht war es nachzuweisen, dass von den drei Produktionsfaktoren allein die Arbeit Werte schaffe, die Machtverhältnisse in der „bürgerlichen Gesellschaft" den Arbeitern aber eine gerechte Entlohnung vorenthielten. Marx' Lehre gehört trotz einiger utopischer Aspekte in den größeren Zusammenhang des neuen Realismus nach der Jahrhundertmitte. Sie wurde in vereinfachter Form zur Grundlage des Weltbildes der Arbeiterbewegung überall in Europa.

Wissenschaft als Produktivkraft und Weltdeutungsmacht

Die etwa drei Jahrzehnte nach der Mitte des 19. Jahrhunderts standen wie keine andere Periode der neueren Geschichte im Zeichen der Fortschrittsidee. Erstmals hatten nicht nur wenige Intellektuelle, sondern Millionen von Menschen das Gefühl, dass sich die Lebensverhältnisse in Europa stetig verbesserten. Wirtschaftliches Wachstum und politische Stabilisierung bei allmählicher Demokratisierung und dem langsamen Abbau alter Hierarchien zugunsten größerer Gleichheit der Staatsbürger legten eine solche Weltsicht nahe. Für viele Menschen wurde Fortschritt unmittelbar erfahrbar: Postkutschen wurden durch Eisenbahnen abgelöst, Segelschiffe durch Dampfer; an die Stelle von Erzeugnissen des Handwerks traten zunehmend Produkte der Fabrikindustrie; Städte legten sich Kanalisation und zentrale Wasserversorgung zu. In zahlreichen Ländern Europas wurde in diesen Jahrzehnten das Elementarschulwesen ausgebaut. Der Anteil von Analphabeten an der Bevölkerung ging zurück, Mädchen kamen zum Teil erstmals in den Genuss staatlicher Bildungsangebote. Die Leserschaft von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern multiplizierte sich.

bpk

Die Erfinder: Auf der Berliner Gewerbeausstellung 1879 wird die erste elektrische Lokomotive von Werner Siemens und Johann Georg Halske vorgestellt.

ullstein bild – The Granger Collection

Lebensretter für Millionen: Louis Pasteur entwickelt Impfstoffe und das nach ihm benannte Pasteurisierungsverfahren gegen schädliche Keime.

Auch die Wissenschaft erreichte in populärer Gestalt erstmals ein breiteres Publikum. Sie selbst erhielt eine neue öffentliche Bedeutung. Es wurde allgemein anerkannt, dass es kein besseres Symbol und keine wirksamere Ursache des Fortschritts gebe als die Wissenschaft. Sie schuf die Grundlagen für immer neue technische Innovationen. Niemals zuvor waren die Verbindungen zwischen der Gelehrtenstube und der Werkstatt so eng gewesen. Charakteristische Repräsentanten der Zeit waren weniger die reinen Theoretiker als wissenschaftlich geschulte Erfinder und Ingenieure, die manchmal auch als Unternehmer ihre eigenen Entdeckungen wirtschaftlich umsetzten. Werner (von) Siemens (1816-1892), der schon in den 1840er-Jahren seine ersten Erfindungen gemacht und 1847 seine eigene Firma gegründet hatte und der zu einem der Begründer der Elektrotechnik wurde, verkörperte diesen neuen Typ besonders gut. Universitäten, bis dahin auf Theologie, Jura, Medizin und Altertumswissenschaften konzentriert, interessierten sich nun viel mehr als früher für die angewandten Naturwissenschaften. Die Gründung eines „Polytechnikums" in Zürich 1855, aus dem bald die berühmte Eidgenössische Technische Hochschule werden sollte, war ein viel beachtetes und bald imitiertes Signal.

Das Zusammenrücken von Wissenschaft, Technik und Industrie, das nach 1850 begann, setzte sich in den folgenden Jahrzehnten fort. Die dann aufkommende chemische Industrie zum Beispiel zog schon früh die Forschung in die Unternehmen herein und betrieb eigene Entwicklungslabors unabhängig von den Universitäten. Von nicht geringerer praktischer Bedeutung waren die Errungenschaften der medizinischen und mikrobio-

logischen Forschung. Sie dämmten Seuchen ein und schufen Behandlungsmöglichkeiten für Krankheiten, die bis dahin als unheilbar gegolten hatten. Wenige Naturforscher hatten größeren Einfluss auf das Leben von Millionen als Louis Pasteur (1822-1895) in Frankreich und Robert Koch (1843-1910) in Deutschland, die die Erreger zahlreicher Leiden identifizieren konnten. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wandelte sich die Medizin von Handwerk und Kunstlehre zur Wissenschaft. Hospitäler wurden von Pflege- und Versorgungseinrichtungen zu Orten der Therapie und der Forschung. Die neue Wissenschaft erreichte durch Popularisierung immer breitere Bevölkerungskreise. Ein großer Naturforscher aus einer früheren Epoche, Alexander von Humboldt (1769-1859), setzte sich am Ende seines Lebens besonders vehement und erfolgreich für eine solche Popularisierung ein.

Sie führte dazu, dass Elemente wissenschaftlichen Denkens mit Weltbildern anderer Art in Konflikt geraten konnten. Auch im 17. und 18. Jahrhundert hatte es vereinzelt schon Glaubenszweifler oder gar Atheisten gegeben. Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts lieferten die Wissenschaften eine umfassende Welterklärung, die den Lehren der christlichen Kirchen in vielen Punkten widersprach. Wer als „Positivist" die Wahrheit in beobachtbaren „Tatsachen" und beweisbaren Naturgesetzen suchte, hatte leichtes Spiel mit Geschichten aus der Bibel, die sich dieser Nachweisbarkeit entzogen, zumal eine historische Bibelkritik die Heilige Schrift nunmehr als Dokument ihrer Entstehungszeit zu interpretieren begann. Materialistische Weltdeutungen wurden solchen idealistischer oder religiöser Natur selbstbewusst entgegengesetzt. Die größte Herausforderung eines bibeltreuen Weltbildes kam aus England: 1859 veröffentlichte dort der Naturforscher Charles Darwin (1809-1882) sein Werk „Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl", in dem er eine seither vielfach bestätigte und verfeinerte Theorie der Evolution des Lebens aufstellte, die rein naturalistisch argumentierte und göttliche Initiative beim Schöpfungsprozess nicht vorsah. Weniger Darwin selbst als manche seiner Anhänger machten daraus eine aggressive Herausforderung der christlichen Religion, deren Vertreter zumeist ebenso kompromisslos antworteten. Niemals war die Alternative „Wissenschaft oder Religion" schroffer gestellt worden. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es mithin in Europa erstmals wissenschaftlich fundierte Alternativen zum Christentum. Freilich fanden sie nur unter einer Minderheit Anklang, und die früher beliebte Behauptung, die Zeit nach 1850 habe in Europa im Zeichen einer allgemeinen Entkirchlichung und „Säkularisierung" gestanden, kann als widerlegt gelten. In katholischen ebenso wie protestantischen und orthodoxen Gegenden – und stets auf dem Lande mehr als in den Städten – blieb die Kirche eine einflussreiche Autorität. Außerhalb Frankreichs, das seit der Revolution von 1789 „laizistisch" geprägt war, suchten die Dynastien überall die Nähe zwischen Thron und Altar.

Wichtige Innovationen und naturwissenschaftliche Entdeckungen

1733	Schnellschütze (fliegendes Weberschiffchen) am Webstuhl (John Kay)
1735	Eisenerzverhüttung mit Steinkohlekoks (Abraham Darby)
1738	Spinnmaschine mit Walzen (John Wyatt)
1742	Gussstahl (Benjamin Huntsman)
1760	erstes Hochofengebläse mit Dampfantrieb
1767	Spinning Jenny, Spinnmaschine mit menschlicher Antriebskraft (James Hargreaves); Eisenschienenguss in Coalbrookdale
1769	Baumwollspinnmaschine von Richard Arkwright
1775	Dampfmaschine (James Watt)
1779	Mule-Spinnmaschine, angetrieben durch Wasserkraft (Samuel Crompton)
1782-1784	Watts doppelt wirkende Dampfmaschine
1783	Kattundruckmaschine
1784	Puddelverfahren (Henry Cort) zur Herstellung schmiedbaren Eisens
1785	mechanischer Webstuhl (Edmund Cartwright)
1792	Hausbeleuchtung mit Steinkohlengas in Soho
1798	Hochdruckdampfmaschine in Camborne
1802	Dampfwagen für Straßenverkehr (Richard Trevithick)
1803	Lokomotive (Richard Trevithick)
1807	Dampfschiff (Robert Fulton)
1809	Elektrischer Telegraph (Samuel Thomas Sömmering)
1812	Schnelldruckpresse in London (Friedrich Koenig)
1829	Lokomotive in Newcastle (George Stephenson)
1832	Fernverständigung unter Einsatz von Elektromagnetismus (Karl Friedrich Gauß, Wilhelm Eduard Weber)
1833	Elektrolyse (Michael Faraday)
1834	Elektromotor (Moritz Hermann von Jacobi)
1836	Zündnadelgewehr – Hinterlader (Johann Nikolaus von Dreyse)
1837	Fotografie (Louis Daguerre); Schreibtelegraph (Samuel F. B. Morse)
1841	Kunstdünger (Justus von Liebig)
1844	Erste Telegraphenlinie Baltimore-Washington
1851	Erstes Unterseekabel Dover-Calais
1855	Gas-Bunsen-Brenner (Robert Wilhelm Bunsen)
1856	Konverter zur Stahlerzeugung (Sir Henry Bessemer)
1859	Spektralanalyse (Robert Kirchhoff, Robert Wilhelm Bunsen)
1861	Fernsprecher (Johann Philipp Reis)
1864	Siemens-Martin-Technik zur Stahlherstellung
1867	Stahlbeton (Joseph Monier); Dynamit (Alfred Nobel)
1876	Viertaktmotor – Otto-Motor (Nikolaus Otto); Telefon (Alexander Graham Bell)
1879	Glühlampe (Thomas A. Edison); Elektrische Eisenbahn (Werner Siemens); Industrielle Nutzung des Thomasverfahrens in der Stahlerzeugung
1883	Maschinengewehr (Hiram S. Maxim)
1884	Kraftwagen (Gottlieb Daimler, Wilhelm Maybach, Carl Benz)
1885	Nahtlose Röhren (Reinhard Mannesmann); Kunstseide
1887	Elektrische Wellen (Heinrich Rudolf Hertz)
1895	Röntgen-Strahlen (Wilhelm C. Röntgen)
1897	Drahtlose Telegraphie von Guglielmo Marconi; Diesel-Motor (Rudolf Diesel)
1898	Radium (Marie Curie)
1900	Luftschiff (Ferdinand Graf von Zeppelin)
1903	Radioaktivität (Ernst Lord Rutherford); Motor-Flug (Orville und Wilbur Wright)
1907	Betonguss (Thomas A. Edison)
1909	Synthetischer Kautschuk (Fritz Hofmann)

Putzger, Historischer Weltatlas, 103 Aufl., Berlin: Cornelsen Verlag 2004, S. 123, 140 f.

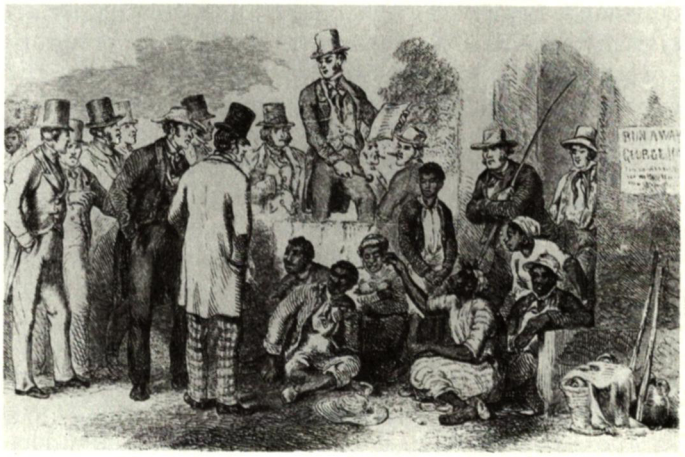
Die Welt 1850-1880

Die großen Bürgerkriege und ihre Folgen: USA und China

Die europäischen Mächte hielten zwischen 1815 und 1854 untereinander Frieden, und die Kriege, die sie zwischen 1854 und 1914 führten, also der Krimkrieg und die drei deutschen Einigungskriege, waren kurz, regional begrenzt und in ihren Folgen überschaubar. Große Bürgerkriege wurden in dieser Zeit in Europa nicht geführt. Dies war in der Neuen Welt ebenso wie im ältesten überdauernden Staatsverband der Erde, dem Chinesischen Kaiserreich, anders. Der nordamerikanische Sezessionskrieg (1861-65) und die Taiping-Revolution in China (1850-64) waren mit großem Abstand die blutigsten Konflikte der Epoche. Der Amerikanische Bürgerkrieg forderte vermutlich 620 000 militärische Tote, die indirekten Opfer nicht gerechnet. Die Taiping-Revolution verwüstete ganze Landstriche auf Jahrzehnte hinaus; die Gesamtzahl der durch sie verursachten Todesfälle könnte – es sind nur grobe Schätzungen möglich – etwa 30 Millionen erreicht haben. Obwohl beide Großereignisse gleichzeitig stattfanden (übrigens nur wenige Jahre nach den europäischen Turbulenzen 1848/49), standen sie in keinem ursächlichen Verhältnis zueinander. Trotz aller Globalisierungsfortschritte der Zeit war es noch möglich, dass sich auf weit voneinander entfernten Schauplätzen politische Entwicklungen ganz unabhängig voneinander vollzogen.

Der Amerikanische Bürgerkrieg kam nicht überraschend. Er ergab sich aus der zunehmenden Entfremdung zwischen Nordstaaten und Südstaaten in der Sklavereifrage. Das politische System der USA war über diese Frage blockiert. Es lag in der Natur der Sache, dass ein Kompromiss unmöglich war: Sklaverei war entweder legal, oder sie war es nicht. Als im November 1860 der Republikaner Abraham Lincoln (1809-1865), ein Gegner der Sklaverei (wenngleich keiner der radikalsten), zum Präsidenten gewählt wurde, nahmen dies die Extremisten in den Sklavenstaaten zum Anlass, den Austritt des Südens aus der Union zu erklären (daher „Sezession"). Wenig später proklamierten sie einen eigenen souveränen Staat, die *Confederate States of America*. Der agrarische Süden war dem teilweise industrialisierten Norden an Ressourcen weit unterlegen. Niemals war es denkbar, dass er den Norden besiegt hätte. Die zuweilen brillante südliche Kriegführung hätte aber möglicherweise ein Patt erzwingen können und damit eine Teilung des nordamerikanischen Kontinents in drei Großstaaten herbeigeführt: Kanada (damals noch eine Ansammlung britischer Kolonien), die USA und die Konföderation. Dem stand Lincolns Wille entgegen, die Vereinigten Staaten in ihrer bestehenden Form um jeden Preis zu erhalten. Als während des Krieges im Norden die Stimmung gegen die Sklaverei stieg, setzte Lincoln seine moralische Ablehnung der Sklaverei in Politik um und proklamierte eine allgemeine Sklavenbefreiung zum 1. Januar 1863.

Nun wurde das Ende der Sklaverei zu einem offiziellen Kriegsziel des Nordens. Freie Schwarze und befreite Sklaven schlossen sich den Unionsarmeen an. Jedem, auch im



bpk

Die Agrarwirtschaft der Südstaaten der USA benötigte billige Arbeitskräfte. Sklavenmarkt, Holzstich um 1855 nach einem Gemälde von William Ladd, 1852

Sklaven in den USA

Jahr	*Nordstaaten*			*Südstaaten*		
	Weiße	*Sklaven*	*freie Schwarze*	*Weiße*	*Sklaven*	*freie Schwarze*
1830	*6986*	*28,5*	*138*	*3546*	*1980*	*182*
1860	*19338*	*133*	*225*	*7034*	*3839*	*259*

Angaben in 1000
Putzger. Historischer Weltatlas, 103. Aufl., Cornelsen Verlag, Berlin 2004, S. 126

bpk

An der Sklavenfrage entzündet sich der blutige Bürgerkrieg zwischen dem industrialisierten Norden und dem agrarischen Süden. Gettysburg 1863: Etwa 5500 Soldaten fallen bei der Niederlage der Südstaaten-Armee.

Ausland, wurde klar, dass zwei unvereinbare Gesellschaftsordnungen gegeneinander kämpften. Die Kapitulation der Konföderation im Mai 1865 stärkte weltweit liberale und demokratische Strömungen. In Nordamerika selbst bekräftigte sie jene Einheit der Nation, die in Deutschland gleichzeitig mit militärischen Mitteln geschaffen wurde. Die Sklaverei wurde in den gesamten USA verboten. Die Lage der schwarzen Bevölkerung verbesserte sich jedoch nur allmählich und keineswegs kontinuierlich. Die Sklaverei wurde vielfach durch neue Formen der Abhängigkeit und Diskriminierung ersetzt; Schwarze hatten es weiterhin schwer, Eigentum zu erwerben; an der rassistischen Haltung der Weißen änderte sich wenig. Aus der Sicht schwarzer Amerikaner war der Bürgerkrieg nur ein Etappensieg. Ein zweites Problem, die Wiedereingliederung des Südens in die gesamte Nation, wurde nach einigen Jahren besser gelöst. Dies schuf den Rahmen für den Aufstieg der USA zur führenden Industriemacht. Dieser Aufstieg war mit der weiteren Binnenexpansion nach Westen verbunden. In den letzten Indianerkriegen wurde der Widerstand der Ureinwohner Nordamerikas gebrochen.

China war keine republikanische Föderation, sondern ein monarchisches Einheitsreich. Sklaverei gab es dort nicht. Dennoch finden sich gewisse Ähnlichkeiten mit Nordamerika. Auch in China erhob sich, geografisch gesehen, der Süden gegen den Norden. Die Rebellen kündigten der Regierung den Gehorsam auf und errichteten ihren eigenen Gegenstaat. Vorübergehend sah es so aus, als könnten sie die Dynastie in Beijing stürzen oder zumindest ihre Kontrolle über Süd- und Mittelchina dauerhaft festigen. Die Bewegung der Taiping, die ein „Himmlisches Reich des Großen Friedens" (chin.: *Taiping tianguo*) errichten wollte, entstand aus der Anhängerschaft des religiösen Propheten Hong Xiuquan (1814-1864), der 1850 in entlegenen Gegenden Südchinas zu predigen begann. Hong war durch christliche Traktate beeinflusst, die illegal nach Südchina eingesickert waren. Nach Erleuchtungserfahrungen – er sah sich von Gott zum jüngeren Bruder Jesu erhoben – zimmerte er sich ein Weltbild, das christliche mit chinesischen, insbesondere konfuzianischen Elementen verband.

Hong konnte nur deshalb seine frühe Gefolgschaft zu einer riesigen Armee ausweiten, weil es damals in China viel Anlass für sozialen Protest gab, vor allem eine Wirtschaftskrise als Folge des Opiumkrieges (1840-42) und der beginnenden „Öffnung" Chinas. Die Schuld für die Missstände wurde aber nicht den Europäern angelastet, sondern der Dynastie der Qing (sprich: „Tching"), die seit 1644 in Peking regierte. Die Taiping suchten sogar Unterstützung bei den christlichen Westmächten, allerdings vergeblich. Dass sie ihre militärischen Ziele nicht erreichen konnten und die Bewegung 1864 in ihrer Hauptstadt Nanjing in einem gigantischen Gemetzel unterging, lag teils an der Zerstrittenheit der verschiedenen Taiping-Führer (die sich „Könige" nannten) untereinander, teils an der geschickten und nicht minder brutalen Gegenwehr der Qing-Dynastie, nachdem sie den ersten Schock überwunden hatte. Die kaiserliche Ordnung überlebte, allerdings nachhaltig geschwächt. Reformen, die in der Nach-Taiping-Zeit eingeleitet wurden, blieben zaghaft und vermochten China gegenüber den imperialistischen Mächten nicht nachhaltig zu stärken. 1911 wurde die Monarchie durch eine Revolution gestürzt.

Gleiche Rechte bleiben vorerst ein Traum

Wie soll nach mehr als 600 000 Toten und unendlich viel Leid in Zukunft [...] ein friedliches Zusammenleben möglich sein, nachdem schon vorher auf beiden Seiten so viel Hass herrschte. [Präsident Abraham] Lincoln [...] spricht sich für Versöhnung und ein Wiederaufbauprogramm für den Süden aus [...].

[...] In vielen Weißen im Süden schwelt ein unversöhnlicher Hass auf die Yankees, die Nordstaatler, und das wird auch noch bis weit ins 20. Jahrhundert so bleiben. Denn viele überzeugte Südstaatler impfen diesen Hass auch ihren Kindern ein. Eine Südstaatlerin berichtet, ihre Mutter habe ihr beigebracht, „Gott zu fürchten, den Süden zu lieben und dafür zu leben, dass er gerächt wird". [...]

Der Demokrat Andrew Johnson [...] versucht, Lincolns Versöhnungskurs [nach dessen Ermordung durch einen Südstaatler – Anm. d. Red.] fortzusetzen. [...] Bald wird klar, dass das nicht funktioniert. Innerhalb kürzester Zeit sind in den Regierungen der ehemaligen Rebellenstaaten wieder Rassisten an der Macht. Sie versuchen auf Umwegen an der Sklaverei festzuhalten und finden Mittel und Wege, die Schwarzen mit neuen Gesetzen zu unterdrücken. [...] Viele Südstaatler wollen nicht akzeptieren, dass Schwarze [...] Bürger sein sollen. Deshalb greifen sie zu Gewalt und Terror gegen Schwarze. Der Ku Klux Klan – der Name soll das Geräusch eines Gewehr imitieren, dessen Hahn gespannt wird – wird gegründet und beginnt im Süden mit brutalen Einschüchterungen, Auspeitschungen und Lynchmorden. Schwarze, die den Rassisten aus irgendeinem Grund auffallen, werden vom weißen Mob einfach am nächsten Ast aufgeknüpft oder mit Benzin übergossen und angezündet. [...]

[...] 1877 ziehen im Rahmen eines [...] politischen Deals die letzten Unionstruppen aus dem Süden ab. Damit ist die Phase der Reconstruction, des Wiederaufbaus, offiziell beendet. Längst hat in den Südstaaten die romantische Verklärung des alten Südens begonnen, nach und nach wird er für viele zum Mythos.

Die Realität ist weniger schön. Im Süden hat sich eine neue Gesellschaft herauskristallisiert, in der der Rassismus fast ebenso tief verankert ist wie zuvor. „Sie haben nichts vergessen und nichts gelernt aus diesem schrecklichen Krieg", sagte ein Zeitzeuge aus dem Norden über die ehemaligen weißen Sklavenhalter. Schwarze gelten als Bürger zweiter Klasse, besitzen nur selten Land und schuften unter harten Bedingungen für ihr Überleben. Zwar gibt es Einrichtungen des Bundes, die sie bei der Suche nach Arbeit und allen ihren Anliegen unterstützen sollen, aber wichtig ist für sie vor allem die gegenseitige Hilfe. Ihr gesellschaftliches Leben entwickelt sich oft um die schwarzen Kirchengemeinden herum. Sie müssen den Hass der Weißen ebenso fürchten wie die Armut. Es wird bis in die [1960er] Jahre dauern, bis Schwarze endlich auch im Süden gleiche Rechte haben.

Sylvia Englert, Cowboys, Gott und Coca-Cola, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2005, S. 82ff.

Der Aufstand der Taiping-Bewegung

Vorübergehend erweckte die große Volksbewegung, die das utopische Ziel eines „Himmlischen Reichs des ewigen Friedens" (Taiping tianguo) anstrebte, den Eindruck, einen alternativen Weg für die Erneuerung Chinas aufzuzeigen. Ihre Ursprünge lagen in der sozialökonomischen Krise Südchinas, die von den Umständen der „Öffnung" hervorgerufen worden war. Die Verlagerung des Schwerpunkts des Außenhandels von Kanton auf den 1843 geöffneten Hafen Shanghai hatte zu einer hohen Arbeitslosigkeit unter Bootsleuten, Packern und Lastträgern geführt. Die Qing-Regierung versuchte, den daraus resultierenden Einkommensausfall der Südprovinzen durch höhere Steuern zu kompensieren.

Vor diesem Hintergrund gelang es dem charismatischen Gründer der Taiping-Bewegung, Hong Xiuquan (1814-1864), Anhänger für seine Visionen einer neuen Weltordnung zu gewinnen. Mit seinem starken Sendungsbewusstsein und großen Organisationstalent verband er einen christlichen Egalitarismus, einen chinesischen Messianismus und einen sich erstmals artikulierenden Anti-Mandschurei-Nationalismus, der über eine nostalgische Loyalität gegenüber der Ming-Dynastie hinausreichte. Von seiner prophetischen Erwählung als „Gottes chinesischer Sohn" überzeugt, scharte Hong Xiuquan als Wanderprediger in der relativ rückständigen Provinz Guangxi innerhalb kürzester Zeit zehntausende Anhänger um sich. Anders als die traditionellen Bauernaufstände verfügte die Taiping-Bewegung über eine breite gesellschaftliche Basis und fand ihren stärksten Rückhalt sogar in großen Städten. Sie stürzte das Qing-Reich im Grunde in einen Bürgerkrieg. Mit dem ersten Aufstand und Kämpfen gegen die lokalen Qing-Behörden im Süden Guangxis begann im Juni 1850 die Eskalation. Im folgenden Jahr erklärte Hong Xiuquan sich zum König des „Himmlischen Reiches des Großen Friedens" und nahm den Kampf gegen die Qing-Dynastie auf. Die Organisation der Feldzüge überließ er den von ihm ernannten fünf weiteren Königen und konzentrierte sich ganz auf seine spirituelle Autorität. Die Massenheere der Taiping eroberten eine Stadt Südchinas nach der anderen. Überall entlud sich ihre revolutionäre Wut gegen die lokale Oberschicht. 1853 wurde in Nanjing, der frühen Hauptstadt der Ming-Dynastie, das Hauptquartier eingerichtet.

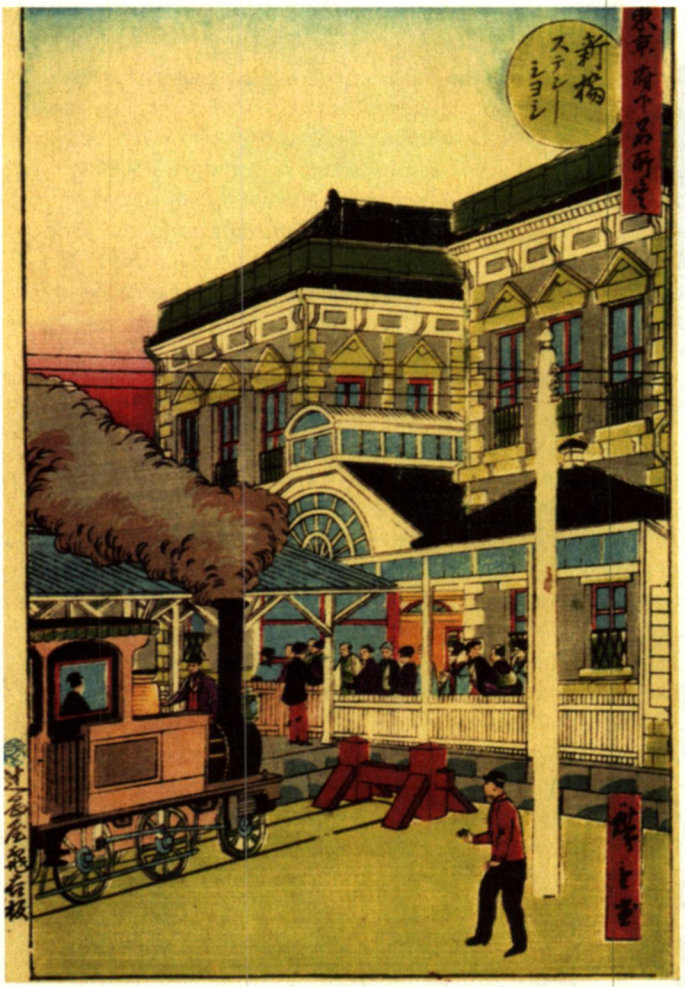
In der zweiten Phase der mittleren Jahre (1853-1859) gelang es der Taiping-Gegenregierung jedoch nicht, ihr Programm in die Tat umzusetzen. Dieses bestand aus einer einzigartigen, aber auch widersprüchlichen Mischung sozialer Revolutionen, kollektiver Heilssuche und eines gegen die Mandschu gerichteten Fremdenhasses. Es enthielt ebenso Elemente eines urkommunistischen Gleichheitsdenkens wie auch Pläne zu einer Modernisierung Chinas nach westlichem Vorbild. Nachdem die Taiping-Armeen zunächst auf dem Vormarsch nach Norden die Qing-Dynastie an den Rand des militärischen Zusammenbruchs getrieben hatten, wurde ihr Vorstoß 1856 am unteren Yangzi gestoppt. Die dortigen Provinzeliten organisierten einen sehr schlagkräftigen Widerstand, bei dem sie (allerdings nicht in entscheidender Weise) von den europäischen Mächten unterstützt wurden, die eine schwache Qing-Dynastie dem undurchsichtigen Taiping-Regime vorzogen. Gleichzeitig zerstörten die Machtkämpfe innerhalb der Taiping-Führung, die schon bald nach der Reichsgründung in Nanjing ausgebrochen waren, die Bewegung auch von innen her. Ihnen fielen 1856 einer der Unterkönige und 20 000 seiner Anhänger zum Opfer. Vergeblich versuchte 1859 Hong Rengan, der Cousin des immer weltfremder werdenden, geisteskranken Himmelskönigs, nach der Stagnation der letzten Jahre der Bewegung noch einen neuen Aufschwung zu verleihen. Da er jedoch über keine eigene Machtbasis verfügte, scheiterten seine Ansätze zur Zentralisierung und Rationalisierung des Taiping-Staates. In der dritten Phase der letzten Jahre (1860-1864) zog sich die Schlinge der Provinzarmeen unter Führung Zeng Guofans zu. Mitte 1862 begann die Einkesselung der Aufständischen in Nanjing, das im Juli 1864 gestürmt werden konnte.

Die extreme Grausamkeit, mit der die Taiping-Bewegung schließlich vernichtet wurde, zeigt die bürgerkriegsähnlichen Ausmaße des Konflikts, der nur mit dem vollständigen Sieg einer der beiden Parteien enden konnte. So gut wie keine Spuren überlebten von der Taiping-Gegenkultur. Die Rebellion und ihre brutale Bekämpfung hinterließen weite Teile Süd- und Mittelchinas – neben den Schauplätzen des amerikanischen Bürgerkriegs – als größtes Schlachtfeld des 19. Jahrhunderts. Einige der verwüsteten Regionen brauchten Jahrzehnte, um sich wieder zu erholen. Vor allem in den Provinzen am unteren Yangzi waren beträchtliche Teile der Oberschicht ausgelöscht worden. Nur Shanghai, das in jener Zeit zahlreiche Flüchtlinge aufnahm, ging gestärkt aus diesem Konflikt hervor und stieg in den folgenden Jahrzehnten zur unumstrittenen Metropole auf dem chinesischen Festland auf.

Sabine Dabringhaus, Geschichte Chinas 1279-1949. Oldenbourg Grundriss der Geschichte Bd. 35, 2. Aufl., München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2009, S. 59ff.

ullstein bild – Roger-Viollet

Bürgerkrieg auch in China: Der chinesische Holzschnitt zeigt die Rückeroberung der Taiping-Hauptstadt Nanjing durch die kaiserlichen Truppen 1864.



ullstein bild – The Granger Collection

Japan modernisiert sich ab 1868 nach westlichem Vorbild. Der Bahnhof Shimbashi, Tokio 1874, im Vordergrund Telegrafenmasten

Defensive Modernisierung: Japan

Japan war seit dem frühen 17. Jahrhundert ein Land, das sich, begünstigt durch seine Insellage, von der Außenwelt noch viel gründlicher abschottete als China. Man war über Kontakte mit Niederländern, die als einzige Europäer in begrenztem Umfang Schiffe nach Japan schicken durften, im Groben über Europa und das Vordringen der europäischen Kolonialmächte in Asien unterrichtet. Die japanische Elite, bestehend aus dem obersten Militärherrn (dem *Shōgun*), etwa 250 Territorialfürsten und deren Kriegern und Verwaltern (den *Samurai*), hatte jedoch keine Strategie zur Hand, als die USA 1853 auf der Öffnung Japans für westliche Diplomaten und Kaufleute beharrten. Während der folgenden 15 Jahre begannen Großbritannien und die USA mit dem Aufbau einer politischen und wirtschaftlichen Repräsentanz im Inselreich. Zugleich rang die japanische Elite um eine Antwort auf die westliche Herausforderung.

1868 beseitigte ein nahezu unblutiger Putsch von jungen Vertretern der Feudalaristokratie aus südlichen Landesteilen die seit einem Vierteljahrtausend bestehende Herrschaft der *Shōgune*. Stattdessen wurde die längst zum Ornament degradierte Institution des Kaisers wiederbelebt. Fortan regierte eine kleine Oligarchie im Namen des Monarchen. Diese Meiji-Restauration oder Meiji-Erneuerung, wie sie in Japan genannt wird, war in Wirklichkeit eine Revolution „von oben". Denn die neue Machtelite verteidigte nicht konservativ alte Positionen, sondern erkannte, dass Japan nur durch eine radikale Modernisierung in einer veränderten Welt würde bestehen können. In den Jahren nach 1868 wurde das Land dem radikalsten Sozialexperiment des 19. Jahrhunderts unterzogen. Die alte Statushierarchie wurde abgeschafft, darunter auch die privilegierte Gruppe der *Samurai*, aus der die Oligarchen selbst stammten. Auf diese Weise wurden die Voraussetzungen für größere soziale Mobilität geschaffen. Japan wurde politisch vollkommen umorganisiert. Es war bis dahin ein Flickenteppich halbautonomer Feudalfürstentümer gewesen, eine Art von Bundesstaat mit relativ starker Spitze. Die Fürsten wurden nun in Pension geschickt, das heißt aus der Staatskasse abgefunden. Dies war eine viel radikalere Lösung als die deutsche Reichsgründung 1871. Japan verwandelte sich in ein unitarisches Land ohne den in Deutschland bewahrten Föderalismus. Das Land wurde nach französischem Vorbild straff und zentralistisch durchorganisiert. Es erhielt eine moderne Bürokratie, die sich für zahlreiche Aspekte des Lebens zuständig fühlte. Militär, Polizei und das Bildungswesen wurden nach westlichen Vorbildern neu geordnet. Eine kaiserliche Universität entstand, die Keimzelle für ein rasch expandierendes Hochschul- und Forschungswesen. Die Staatsfinanzen und die Währung wurden nach den Gepflogenheiten moderner Industriegesellschaften organisiert. Der Staat gab sogar – was in Europa sehr selten geschah – den Anstoß zu Industrialisierungsprojekten. Da Japan sich davor hütete, durch Anleihen vom Ausland abhängig zu werden (wie es gleichzeitig in China und im Osmanischen Reich geschah), lag die Last der Finanzierung der neuen Industrie auf der Bauernschaft, der extrem harte Steuern aufgebürdet wurden.

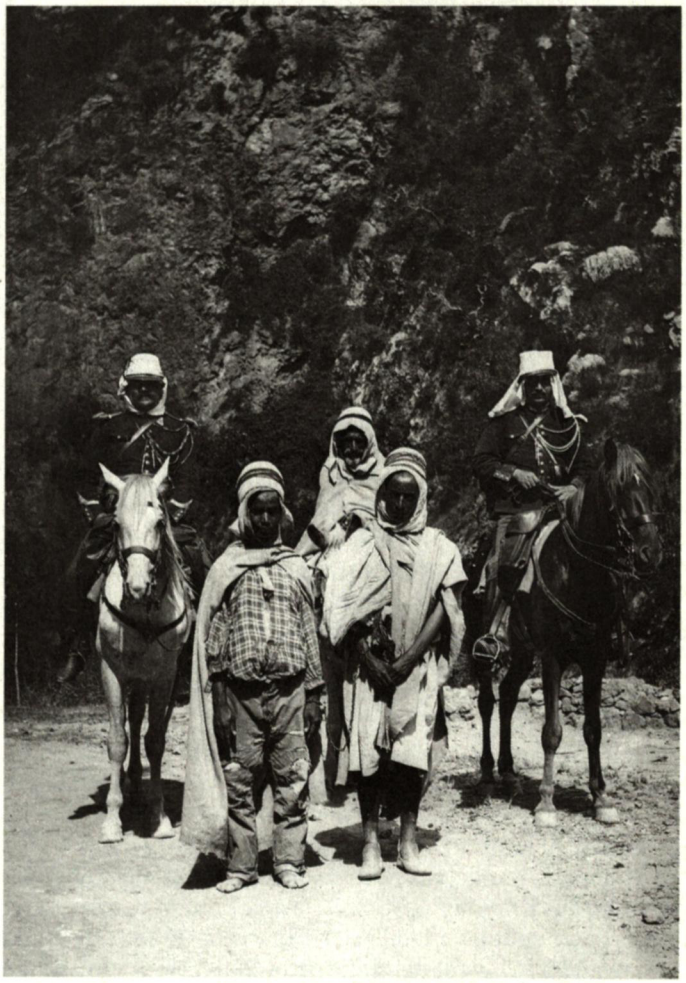
Musterkolonie Indien und informeller Imperialismus in China

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war im Vergleich zur Situation 100 Jahre zuvor eine neue Geografie der europäischen Kolonialreiche entstanden. Vom kontinentalen Amerika, wo die Kolonisation nach Kolumbus begonnen hatte, war europäische Kolonialherrschaft weitgehend verschwunden. Sie hielt sich noch auf den karibischen Inseln (mit Ausnahme des seit 1804 unabhängigen Haiti), deren weltwirtschaftliche Bedeutung dank der Abschaffung der Sklaverei jedoch zurückgegangen war. Allein Kuba, wo Sklaverei bis 1886 legal blieb, war eine exportorientierte Plantagenökonomie. Das einzige andere Kolonialgebiet in der Neuen Welt war das riesige und dünn besiedelte Kanada, eine Ansammlung mehrerer britischer Kolonien, die sich 1867 zu einer Föderation zusammenschlossen.

Unter allen europäischen Imperien war das britische dadurch einzigartig, dass es in mehreren Kolonien Bevölkerungsmehrheiten europäischer Siedler gab, während die Einheimischen, ähnlich wie in den USA, militärisch besiegt, verfolgt und zurückgedrängt wurden. Dies galt außer für Kanada auch für Australien sowie Neuseeland, das seit 1840 zum *British Empire* gehörte. Diese Länder nannte man bald nicht mehr „Kolonien", sondern *Dominions*, Herrschaftsgebiete, in denen die britische Krone ihre Kontrolle zunehmend auf Militär, Außenpolitik und (teilweise) Finanzen beschränkte. Ansonsten waren diese Länder nicht in die autoritäre Kommandostruktur der Kolonialverwaltung einbezogen. Sie regierten sich im Wesentlichen selbst und hatten Regierungen, die nach britischem Muster demokratisch gewählten Parlamenten verantwortlich waren. Die Gouverneure der Krone hatten nur ein Vetorecht gegen be-

akg / North Wind Picture Archives

In Neuseeland, seit 1840 Dominion des British Empire, werden die einheimischen Maori zurückgedrängt. Tawhiao, ein Maori-König in den 1890er-Jahren



ullstein bild – Roger-Viollet

Algerien ist ab 1870 eine französische Siedlerkolonie. Polizisten und einheimische Gefangene in der Schlucht von Chabet, Algerien um 1880

stimmte Entscheidungen. Kanada, Australien und Neuseeland blieben Teile des *British Empire*, waren aber am Vorabend des Ersten Weltkriegs in vieler Hinsicht zu selbstständigen Nationalstaaten geworden.

Auch im französischen Kolonialreich verlagerte sich der geografische Schwerpunkt. Frankreichs Position in Amerika war auf einige unbedeutende Inseln reduziert. Napoleon, der große Imperienbauer auf dem europäischen Kontinent, hatte kolonialpolitisch geringe Interessen und fast keinen Erfolg. Ein Neuaufbau eines französischen Kolonialreichs begann erst 1830 mit der brutalen Eroberung Algeriens, die um die Mitte des Jahrhunderts abgeschlossen war. Infolge einer umfangreichen Einwanderung aus Frankreich, Spanien und Italien war Algerien um 1870 zu einer Siedlerkolonie geworden. Anders als etwa in Australien bildeten hier die Einheimischen aber weiterhin eine Bevölkerungsmehrheit, die von allen politischen Rechten ausgeschlossen war. Ein ungewöhnlich schroffer Religionsgegensatz zwischen Christentum und Islam kam hinzu. Algerien war fortan Frankreichs wichtigste Kolonie; es erhielt sogar den Sonderstatus, administrativ ein Teil des Mutterlandes zu sein. In Asien begann ein französisches Engagement 1862 mit der Eroberung von Saigon. Bis 1890 hatten die Franzosen ihre Kontrolle auf ganz Vietnam bis hoch zur chinesischen Grenze ausgedehnt.

Niederländisch-Ostindien (das heutige Indonesien) war ein Überrest aus Hollands goldenem Zeitalter als führende Welthandelsnation, die sich in Batavia (heute Jakarta) ihren wichtigsten asiatischen Stützpunkt geschaffen hatte. Im 19. Jahrhundert fehlten den Niederlanden die Machtmittel für eine aggressive Kolonialpolitik. Sie dehnten ihr Kolonialreich nicht weiter aus. Die Herrschaft über Indonesien wurde jedoch gefestigt und das Inselreich mit Methoden systematischer Ausbeutung zu einer der weltweit lukrativsten Kolonien ausgebaut.

Die bevölkerungsreichste und wirtschaftlich wie politisch wichtigste Kolonie von allen wurde Britisch-Indien. Es war das schiere Gegenteil einer Siedlungskolonie. Europäisch geführte Farmen oder Plantagen spielten hier (abgesehen von Teepflanzungen im nordöstlichen Assam) keine nennenswerte Rolle. Die Regierungsform kann man als despotisch-bürokratisch bezeichnen. Ein mächtiger Generalgouverneur bzw. Vizekönig stand an der Spitze einer bürokratischen Hierarchie, die aus gut ausgebildeten und sorgfältig rekrutierten Elitebeamten bestand. Die indische Verwaltung war im 19. Jahrhundert für viele europäische Beobachter das Modell einer „rationalen" Verwaltung schlechthin. Inder waren von den politischen Entscheidungen über ihr eigenes Schicksal ausgeschlossen. In Nischen des riesigen Landes ließen die Briten weiterhin rund 500 Fürsten gewähren, sorgten aber in diesem „System indirekter Herrschaft" dafür, dass sie zu keiner militärischen Gefahr für die Kolonialmacht werden konnten.

Indien war für die Briten in mehrfacher Hinsicht von größtem Interesse: Es war ein Prestigeprojekt, der führenden Weltmacht würdig. Es war ein großer Absatzmarkt für die Produkte der britischen Industrie, zuerst Baumwolltextilien, später Eisenbahnen. Es besaß eine bäuerliche Landwirtschaft, die sich derart besteuern ließ, dass sich die Kolonialherrschaft selbst finanzierte und zudem erhebliche Überschüsse in britische Kassen flossen. Und es konnte als ein gewaltiges Reservoir für tüchtige Soldaten dienen. Schon während der Eroberungsphase hatten diese die Mehrheit in der indischen Armee gebildet. Im späten 19. Jahrhundert wurden sie als imperiale Elitetruppen im gesamten Weltreich eingesetzt.

Genau diese indischen Truppen stürzten 1857 die britische Herrschaft in ihre größte Krise im 19. Jahrhundert. Eine lokale Meuterei gegen ihre britischen Offiziere breitete sich rasch aus; einige Fürsten schlossen sich ihr an. Es kam zu Gemetzeln und Massakern auf beiden Seiten. Vorübergehend stand die britische Herrschaft über Indien auf Messers Schneide. Schließlich konnten sich die Briten gegen die Aufständischen, die nicht einheitlich taktierten und keine Vision eines modernen Nationalstaats verfolgten, militärisch durchsetzen. In den Jahrzehnten nach diesem „Großen Aufstand" war die britische Haltung gegenüber Indien von einem starken Misstrauen geprägt. Man verließ sich nunmehr auf besondere Truppenteile, etwa die loyalen *Sikhs*, und verzichtete darauf, durch modernisierende Reformen Unruhe in die indische Gesellschaft zu tragen. Die Kolonialherrschaft erstarrte, bis kurz nach der Jahrhundertwende eine neue indische Nationalbewegung das koloniale System herauszufordern begann.

Ein ganz anderes Modell der Expansion wurde in China angewendet. Obwohl der kaiserliche Staat seit dem frühen 19. Jahrhundert stark geschwächt war, den Opiumkrieg verloren und die Gefahr durch die Taiping nur knapp überstanden hatte, tat sich in China niemals ein Machtvakuum auf, in das die Ausländer hätten eindringen können. Zudem galt die chinesische Bevölkerung seit jeher als fremdenfeindlich und abwehrbereit. Schließlich zeigten schon früh mehrere Großmächte Interesse an der Erweiterung ihres Einflusses in China, sodass die Gefahr direkter Konflikte zwischen ihnen bestand. In China wurde daher ein System ausgebaut, dessen rechtliche Grundlagen 1842 am Ende des Opiumkrie-

picture-alliance

Frühstück. Aus der Bildfolge Tagesablauf eines britischen Kolonialoffiziers in Indien, veröffentlicht in The Graphic. An Ilustrated Weekly Newspaper, London 1882

Revolte in Indien

[...] Als am 9. Mai 1857 in der Garnison von Meerut unweit Delhis einige Soldaten, die bei Schießübungen den Befehl verweigert hatten, degradiert und zu Gefängnis verurteilt wurden, meuterten tags darauf drei Regimenter, töteten ihre britischen Vorgesetzten, marschierten nach Delhi, brachten sämtliche Europäer, derer sie habhaft werden konnten, um und riefen den dort ansässigen greisen Bahadur Shah als den letzten Nachkommen der entmachteten alten Mogul-Dynastie gegen dessen Willen zu ihrem Kaiser aus.

Rasch dehnte sich der Aufstand aus und erfaßte bald ein Gebiet von West-Bengalen bis hin zum Pandschab unter Einschluß des Nordwestens Zentral-Indiens. Neben einzelnen durch die Briten zuvor entmachteten Fürsten schlossen sich ihm auch Teile der ländlichen Bevölkerung und darunter sogar einige Großgrundbesitzer an. Erst nach mehr als einem Jahr erbitterter Kämpfe konnte der Aufstand niedergeschlagen und die Regierungsgewalt der Briten in vollem Umfang wiederhergestellt werden.

Wenn später indische Historiker das Ereignis als den ersten vergeblichen Kampf um die nationale Unabhängigkeit Indiens werteten, weil sich die Rebellen dabei ausdrücklich auf das alte Mogul-Reich bezogen hatten, so halten dem andere, vorwiegend britische Autoren entgegen, dass die große Mehrheit der Inder nicht die Erhebung unterstützte und selbst große Teile der Armee wie die bei Bombay und Madras stationierten Truppen bei ihrem Einsatz gegen die Aufständischen loyal zu den Briten standen.

Doch obwohl der Aufstand nicht von einer bestimmten sozialen Gruppe getragen wurde und es ihm an einem gemeinsamen Programm und einer einheitlichen Führung fehlte, hatte es sich andererseits dabei nicht um eine eher zufällig ausgebrochene Meuterei gehandelt. Vielmehr lassen sich die Ereignisse als Facetten einer Revolte des traditionellen Indien gegen die nun verstärkt einsetzende Politik einer forcierten Europäisierung bestimmen. Nicht zufällig war der Aufstand in der erst kürzlich annektierten Provinz Oudh ausgebrochen, und wenn die meuternden Rekruten zum Teil notleidenden Landgemeinden entstammten und darüber hinaus Angriffe auf Bankiers und Geldverleiher sowie Behördenarchive typische Momente einer sozialen Revolte waren, so handelte es sich hierbei in erster Linie um die Reaktion auf die Auswirkungen einer durch die britische Verwaltung verursachten sozialen Umbruchsituation.

Eindeutiger als die Ursachen lassen sich die Folgen des indischen Aufstands bestimmen, der vor allem das künftige Verhältnis zwischen britischen Kolonialherren und beherrschten Indern nachhaltig beeinflusste. Dabei spielte nicht so sehr die hohe Zahl der Opfer auf beiden Seiten die entscheidende Rolle, als vielmehr die exzessiven Grausamkeiten, die im Verlauf der Kämpfe begangen wurden. Zunächst waren es die Aufständischen, die im Verein mit dem städtischen Mob unterschiedslos alle Europäer, derer sie habhaft werden konnten, niedermetzelten. [...]

ges geschaffen worden waren. Die fremden Mächte sicherten sich das Recht der Niederlassung in den meisten von Chinas großen Städten (man nannte sie „Vertragshäfen"). Hongkong ganz im Süden und Shanghai an der mittelchinesischen Küste waren sogar regelrechte städtische Kolonien. Von diesen Stützpunkten aus konnten westliche Geschäftsleute den Handel mit dem Binnenland organisieren; Missionare schwärmten aus, um chinesische „Heiden" zu bekehren. Ausländische Kanonenboote in den Küstengewässern und auf den großen Flüssen sorgten für den Schutz der ausländischen Interessen. Dieses System funktionierte bis 1895 so gut, dass eine Notwendigkeit von Kolonisierung indischen oder algerischen Typs nicht bestand.

Kommunikationsrevolution und Standardisierung

Im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts führten neue technische Systeme und neue länderübergreifende Institutionen dazu, dass die Welt zusammenrückte. Unter den technischen Systemen waren die wichtigsten die interkontinentale Dampfschifffahrt und die Telegrafie. Dampfgetriebene Schiffe waren im Binnenverkehr bereits ein paar Jahre vor dampfgetriebenen Schienenzügen eingesetzt worden. 1838 überquerte erstmals ein Schiff unter Dampf den Atlantik. Solche Schiffe für interkontinentale Passagen mussten groß genug sein, um die hohe See zu bewältigen und um die gewaltigen Kohlevorräte an Bord nehmen zu können, die für den Betrieb erforderlich waren. Anfangs waren die Transportkosten so hoch, dass nur wenige Passagiere sie aufzubringen vermochten und die Beförderung von Massengütern unerschwinglich war. Die frühen ozeanischen Dampfschifffahrtsgesellschaften erwirtschafteten einen großen Teil ihrer Gewinne mit der Beförderung von

picture alliance / Mary Evans Picture Library / GROSV

Christliche Mission: Ein englischer Missionar verteilt Mitte des 19. Jahrhunderts religiöse Schriften an chinesische Bootsleute.

Post auf der Grundlage von Verträgen mit Postgesellschaften und nationalen Regierungen. In manchen Verwendungen hielten sich Segelschiffe noch mehrere Jahrzehnte lang. Die schnellsten Segelschiffe aller Zeiten, die *tea clippers*, die frisch gepflückten Tee von Asien nach Europa brachten, verkehrten noch in den 1860er-Jahren.

Die technische Entwicklung trug jedoch schnell zum Siegeszug des Dampfschiffes bei. Die Transportkosten fielen deutlich unter diejenigen von Segelschiffen. Mit der Eröffnung des

Die unmittelbare britische Reaktion auf die Exzesse der Aufständischen war, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Nach der Einnahme von Peshawar band man Gefangene vor die Mündung der Geschütze und gab Feuer; die Wiedereroberung von Delhi gipfelte in einem allgemeinen Blutbad, als jeder erwachsene Inder unterschiedslos niedergemacht wurde. [...]

Längerfristig trug der Aufstand dazu bei, dass vor allem in Indien ansässige Briten ihre Herrschaft nun erst recht auf die natürliche Überlegenheit ihrer angelsächsischen „Rasse" gründeten, eine unsichtbare Schranke zwischen Indern und Briten errichtet wurde und das Konzept der Treuhandschaft mit dem Fernziel einer graduellen Assimilation in den Hintergrund trat.

Vielmehr war gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Mehrzahl der Briten entschlossen und bereit, die „Bürde des weißen Mannes" noch auf unabsehbare Zeit hin zu tragen. Gleichzeitig wurden Konsequenzen für die politische Praxis gezogen. Mit der endgültigen Auflösung der East India Company übernahm jetzt mit der India Act des Jahres 1858 der britische Staat endgültig die unmittelbare Verantwortung für seine Herrschaft über 250 Millionen Inder. Die ehemaligen Besitzungen der Gesellschaft gingen an die Krone, in deren Auftrag fortan ein Minister mit seinem India Office und ein aus 15 Mitgliedern bestehender Rat (Council of India) die Geschäfte führten. In Indien erhielt der Generalgouverneur den Rang eines Vizekönigs, und das britische Parlament verlieh 1877 dem Antrag Disraelis folgend Königin Viktoria den Titel einer „Empress of India". Gleichzeitig verstärkte man die Bemühungen um die Konsolidierung der Herrschaft. Da erst kürzlich unterworfene indische Fürsten wesentlich zu dem Aufstand beigetragen hatten, wurde künftig auf weitere Annexionen indischen Territoriums verzichtet. Stattdessen beließ man insgesamt 562 noch bestehenden indischen Fürstentümern formal ihre Unabhängigkeit. Und während sie, wie einst den Mogulkaiser, nun die britische Monarchin als ihr Oberhaupt anerkannten, übten an ihren Höfen britische Gesandte als „Berater" de facto die Macht aus.

Das Rückgrat der britischen Kolonialmacht blieb auch nach 1858 und nun erst recht die Armee. Hier zog man die Konsequenzen aus den Erfahrungen des Aufstands und verstärkte den Anteil des britischen Personals, sodass das Verhältnis von Engländern zu Indern nun 1:2 betrug (74 000 zu 150 000 im Jahr 1910) und das 2700 Mann starke Offizierskorps nur aus Briten bestand. Hinzu kamen noch Reserveeinheiten in einer Gesamtstärke von knapp 90 000. Damit bildete die indische Armee in Friedenszeiten die größte militärische britische Einheit im Empire und wurde mit der Zeit zunehmend auch außerhalb des indischen Territoriums eingesetzt: u. a. 1860 in China, 1868 in Abyssinien, 1878 in Afghanistan, 1882 in Ägypten und seit 1893 in verstärktem Maße auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen in Afrika, zuletzt besonders im Burenkrieg. Am Ende des Ersten Weltkrieges waren es schließlich 1,3 Mio. Soldaten, die in britischen Diensten ihre Heimat Indien verlassen hatten. [...]

Peter Wende, Das Britische Empire. Geschichte eines Weltreichs, München: C. H. Beck, 2012, S. 162 ff.

Suez-Kanals, einem der umfangreichsten Ingenieurprojekte der Zeit, im Jahre 1869 verkürzte sich die Seeverbindung zwischen Europa und Asien mit einem Male auf ein Drittel der früheren Strecke um das Kap der Guten Hoffnung. Bis 1880 war ein Dampfernetz entstanden, das Häfen auf allen Kontinenten verlässlich erreichbar machte. Ozeandampfer waren sicherer als Segelschiffe. Die Gefahr für Menschenleben und Sachwerte war wesentlich geringer. Da sie vom Wind unabhängig waren, konnten sie regelmäßig verkehren. Erstmals gab es auch im Fernverkehr zu Wasser Fahrpläne. Das Dampfschiff war die wichtigste Globalisierungstechnologie der Epoche.

Auch die Telegrafie überwand ozeanische Distanzen, sobald es gelang, Kupferkabel gegen Salzwasser zu isolieren und solche Kabel mit Hilfe von Spezialschiffen über große Entfernungen hinweg auf dem Meeresgrund zu verlegen. Die Telegrafie hatte als landgestützte Technologie begonnen; auf optische Telegrafen folgte der elektrische Telegraf, an dem in den 1830er-Jahren Erfinder in mehreren Ländern gleichzeitig arbeiteten. Ab 1844 stand ein einsatzfähiger Prototyp zur Verfügung. In den 1850er-Jahren wurden die großen Städte Europas durch Telegrafenleitungen miteinander vernetzt. Mit Seekabeln wurde mehrere Jahre lang experimentiert. Ab etwa 1870 war die Technik der Unterwasserkabel ausgereift. Innerhalb weniger Jahre wurde ein Telegrafennetz geschaffen, das die großen Hafenstädte aller Kontinente erreichte. Die letzte wichtige Lücke im globalen Netz wurde geschlossen, als 1903 das Transpazifikkabel zwischen San Francisco und Manila seinen Betrieb aufnahm.

Damit wurde ein beispielloser Grad der globalen Informationsverdichtung erreicht. Noch am Vorabend des Telegrafenverkehrs waren Briefe aus New York 14, aus Kapstadt 30, aus Kalkutta 35, aus Shanghai 56 und aus Sydney 70 Tage nach London unterwegs gewesen. Nun erreichte eine Kabelbotschaft um die halbe Welt ihren Empfänger innerhalb eines einzigen Tages. Telegrafenkommunikation war jedoch sehr teuer. Privatleute konnten sie sich, insbesondere über große Entfernungen, nur selten leisten. Von großer Bedeutung wurde sie für die Übermittlung von Aufträgen und Preisen im Welthandel, für Börsengeschäfte, Diplomatie, Militär sowie für die Nachrichtenagenturen, von denen die großen Zeitungen ihre Neuigkeiten aus dem Ausland bezogen. Die Telegrafie war niemals imstande, große Datenmengen zu transportieren. Sie drang nicht – wie wenige Jahrzehnte später das Telefon – in Privathaushalte vor und bedurfte stets der Bedienung durch ausgebildete Telegrafisten. Die Nachrichtenübermittlung verlief entlang der Kabelleitungen; Botschaften konnten also nur schwer in die Breite gestreut werden wie beim *World Wide Web*. Insofern war die Telegrafie keine direkte Vorläuferin des Internet. Aber sie beeinflusste Wirtschaft, Politik und das allgemeine Lebensgefühl in geradezu revolutionärer Weise.

Telekommunikation verlangte Standardisierung. Zu Beginn existierten verschiedene technische Telegrafie-Standards nebeneinander, und es war fast unmöglich, grenzüberschreitende Tarife zu ermitteln. Schon seit der Jahrhundertmitte wurde auf verschiedenen Ebenen erfolgreich nach Vereinheitlichungen gesucht. Eine solche Bildung großer Kommunikationsräume durch ausgehandelte Standardisierung charakterisierte zur gleichen Zeit auch andere Bereiche. Die nationalen Eisenbahnfahrpläne wurden allmählich in einen Europa-Fahrplan integriert. Durch Absprachen zwischen den Nationen kam es zu großflächigen Vereinheitlichungen von Gewichten und Längenmaßen. Mitte der 1870er-Jahre hatte sich das metrische System weitgehend durchgesetzt; nur das *British Empire* betrachtete es mit Skepsis. Das Chaos regionaler und lokaler Zeitmessungen wurde 1884 auf der Internationalen Meridian-Konferenz in Washington beseitigt, als die Einteilung des Globus in Zeitzonen sowie eine internationale Datumsgrenze beschlossen wurden. Auf dem Gebiet des Rechts wurde es möglich, zu Übereinkünften zu gelangen, die Verträgen transnationale Gültigkeit verliehen, es also Gläubigern ermöglichten, ihre Schulden im Ausland einzutreiben. Auch für die Beförderung von Briefpost im Auslandsverkehr wurden Absprachen nötig. Viele der Normierungen und Vereinheitlichungen, die noch heute selbstverständlich sind, gehen auf das dritte Viertel des 19. Jahrhunderts zurück.

Sie waren eng verbunden mit der Schaffung übernationaler Institutionen. Besonders wichtig war dabei der Freihandel, von Großbritannien als Pionier angeregt, der nach 1860 innerhalb weniger Jahre in fast ganz Europa eingeführt wurde. Der Kontinent, der seit jeher durch Zollschranken aller Art zerschnitten gewesen war, verwandelte sich damit in eine einzige große Freihandelszone. Die Rückkehr zahlreicher Länder zu einem gemäßigten Protektionismus ab 1878 machte diese Errungenschaften nicht vollkommen rückgängig. Gegenüber asiatischen Staaten setzten die Briten den Freihandel mit Drohungen oder Waffengewalt durch und diktierten „ungleiche Verträge", die einheimische Märkte ohne Zollschranken für westliche Produkte öffneten.

Eine weitere neuartige Institution in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen war der Goldstandard, ein Mechanismus zum Ausgleich von Währungsschwankungen. Damit war bis 1870 erstmals in der Geschichte ein umfassendes Weltwährungssystem geschaffen worden, dem sich vor dem Ende des Jahrhunderts mit Ausnahme Chinas alle großen Länder der Welt anschlossen.

ullstein bild – Heritage Images / The British Library

Der Suez-Kanal verkürzt die Seeverbindung zwischen Europa und Asien. 1869 beobachten Schaulustige die Schiffsparade zur Feier seiner Einweihung.

ullstein bild – Heritage Images / Oxford Science Archive

Kommunikationsrevolution: Mit Seekabeln verbindet die Telegrafie die Kontinente. Das gefällt nicht jedem. Karikatur von 1866

Der deutsche Erfinder des Telefons

[...] Die Franzosen haben Charles Bourseul, der 1854 ein Telefon beschrieb, aber nicht baute, die Italiener haben den Kerzenfabrikanten Antonio Meucci, der 1860 ein Telefon behauptete (wo ist es?), die Deutschen haben Philipp Reis, der 1861 tatsächlich etwas übertrug, die Welt aber kennt nur den aus Schottland nach Kanada emigrierten Taubstummenlehrer Alexander Graham Bell, der 1876 – anders als alle anderen – einen Apparat vorstellte, mit dem wirklich jeder telefonieren konnte.

Bell kommt 15 Jahre nach Reis und ist zwei Stunden früher auf dem Patentamt als der Amerikaner Elisha Gray. 600 Prozesse werden von Gray und anderen Telefonerfindern gegen das Bellsche Patent geführt, bis vor das höchste Gericht. In den USA hat die umwälzende Bedeutung der Erfindung jeder sofort begriffen, und viele wollen daran teilhaben. Bells Schwiegervater ist Patentanwalt. Er weiß alle Begehren abzuwenden.[...]

Im [Philipp-Reis-]Museum tritt uns Lehrer Reis nach einem Foto von 1860 als lebensgroße Pappfigur entgegen. Kleine Statur, dicker Kopf, jeder Hut eine Sonderanfertigung. [...] Seine Schüler nennen ihn „Schlosser", weil er immer schwarze Fingernägel hat vom Schrauben und „Bosseln".

In Friedrichsdorf [...] [i]n seinem Privatlabor an der Schule experimentiert er mit Strom, den er aus Voltasäulen bezieht, jenen grandiosen Ur-Batterien, die seit Anfang des 19. Jahrhunderts elektrische Energie erstmals verfügbar machen. Bekannt ist ihm das Galvanische Tönen: der Eigenresonanzton, den ein mit isoliertem Draht umwickelter Eisenstab von sich gibt, wenn der Stromkreis geschlossen oder geöffnet wird. Reis entdeckt beiläufig, dass der Eisenstab auch andere Töne von sich geben kann, und will dieses Phänomen nutzen, um Sprache und Musik zu übertragen. Fortan beschäftigt er sich mit der Frage: Wie könnte ein Ton einen Stromkreis so öffnen und wieder schließen, dass es am anderen Ende entsprechend tönt?

Er schnitzt ein übergroßes menschliches Ohr aus Holz; als Trommelfell dient ihm etwas Haut von einer Hasenblase, auf der er ein Stück Platin befestigt. Bewegt sich die Membran, bewegt sich auch das Metall und schließt und öffnet einen Stromkreis, an den eine drahtumwickelte Stricknadel angeschlossen ist, die nun zu tönen beginnt. [...]

Elektrisiert vom Erfolg, baut er immer neue „Geber", bald sieht das Ohr aus wie eine Kaffeemühle mit seitlich angesetztem Trichter. Der „Nehmer" hingegen nimmt die Form einer futuristisch verdrahteten Zigarrenschachtel an. Drähte spannen sich vom Wohnhaus in den Garten und zum Institut Garnier hin, ein paar Hundert Meter die Hauptstraße entlang.

„Telephon" – der ferne Ton – nennt Reis den Sender, den Empfänger „Reproductionsapparat". Er versteht den Empfänger also nicht als Teil des Telefons, hat noch keinen Begriff vom Ganzen, vom System. Auch hat seine Erfindung einen Makel, der ihren potenziellen Nutzen halbiert: Die Übertragung ist eine Einbahnstraße. Man kann nur etwas durchsagen, nichts erwidern.

Dies wird später das große Plus von Bell sein: Sein Telefon besteht aus einer Muschel, in die man spricht und aus der man hört, abwechselnd. Zudem kommt Bell ohne die plumpen und schnell erschöpften Batterien aus.

Bells Telefon wird noch einen Vorteil haben: Man kann tatsächlich etwas verstehen. Bei Reis ist das nicht immer der Fall. Selbst die berühmten ersten Sätze, die Musiklehrer Peter zu Testzwecken bewusst unsinnig gesprochen haben will, kommen nur verstümmelt an. [...]

Am 26. Oktober 1861 ist der große Moment gekommen. Reis präsentiert sein Gerät erstmals einer kritischen Öffentlichkeit, dem Physikalischen Verein in Frankfurt, dem er seit 1851 angehört: „Über die Fortpflanzung musikalischer Töne auf beliebige Entfernungen durch Vermittlung des galvanischen Stromes". Aber warum rückt er Musik in den Titel und nicht Sprache? Weil die Sprachübertragung nicht immer klappt. Auch in Frankfurt wollen die Wörter nicht kommen. Die honorige Versammlung ordnet die Sache standesgemäß ein: Welch hübsche Spielerei dieses Lehrers!

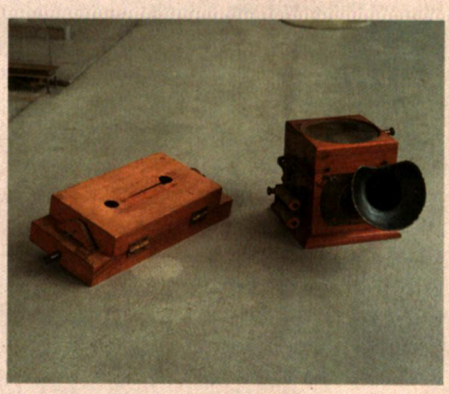
[...] Hätten sich ein paar mehr kluge Köpfe über sein Telefon gebeugt, wäre der Grund der Unzuverlässigkeit schnell erkannt worden: Was Reis nämlich für das Wirkprinzip hielt – das Öffnen und Schließen des Stromkreises –, behinderte in Wahrheit die Funktion. Sein Telefon konnte nur etwas Detailliertes übertragen, wenn der Stromkreis geschlossen war. Dann schwankte der elektrische Widerstand am losen Platinkontakt im Takt der Sprache und modulierte so die Wiedergabe. Intuitiv hatte Reis deshalb bei jedem Gerät eine Stellschraube eingebaut. Sein Justieren war immer dann erfolgreich, wenn er das vermutete Wirkprinzip durch seine Fummelei außer Kraft setzte.

1864 zeigt er seinen Apparat vor der illustren Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte in Gießen – weiter kommt er nicht mehr. Dem Erfinder fehlen das Echo, die Energie und letztlich auch das kommerzielle Ziel: Trotz seiner Kaufmannslehre strebt er nie das große Geschäft an, sondern immer nur die wissenschaftliche Anerkennung. Die bleibt ihm versagt.

[...] Alexander Graham Bell wird in einem der vielen Patentprozesse später zugeben, das deutsche Telefon gekannt zu haben. Aber da ist es für Reis längst zu spät. Unheilbar erkrankt er an der Lungenschwindsucht. Er stirbt, kurz nach seinem 40. Geburtstag, am 14. Januar 1874 in Friedrichsdorf. [...]

Als die ersten Bellschen Apparate am 26. Oktober 1877 in Berlin getestet werden, ist Generalpostmeister Heinrich von Stephan enthusiasmiert. Sofort beginnt er mit dem Aufbau eines Netzes. Siemens fertigt Nachbauten zu Tausenden an, ohne sich um das amerikanische Patent zu scheren. Schnell wird klar, welche Chance man im Jahr 1861 verpasst hat. Das hindert die Reichspost nicht, Reis auch noch den Namen seiner Erfindung zu nehmen. Von Amts wegen heißt es fortan „Fernsprecher". Klingt deutscher! Einzig wir, das Volk, sprechen bis heute respektvoll vom Telefon.

Ulrich Stock, „Das Reis-Phone", in: Die Zeit, Nr. 42 vom 13. Oktober 2011



bpk / Lutz Braun

Fernsprechapparat von Philipp Reis 1863

Jürgen Osterhammel

1880 bis 1914

Zur Jahrhundertwende steigt in Europa der Wohlstand. Der weltweite Warenhandel erreicht seinen Höhepunkt, ebenso die interkontinentale Migration. Von beiden profitieren vor allem die USA, die zur größten Wirtschaftsmacht aufsteigen. Imperialismus, Sendungsbewusstsein und Rassismus sorgen für die Ausweitung des Kolonialismus, an dem sich nun auch die neue Großmacht Japan beteiligt. Auf internationaler Ebene fördert der Nationalismus staatliche Egoismen und wechselseitiges Misstrauen. Deutschland treibt er in die außenpolitische Isolation.

akg-images

Die Politik im Kaiserreich muss einer zunehmend dynamischen Gesellschaft Rechnung tragen. Die Presse – hier Zeitungsverkauf in Berlin 1888 – beeinflusst die öffentliche Meinung.

Deutschland 1880-1914

Politik im Kaiserreich

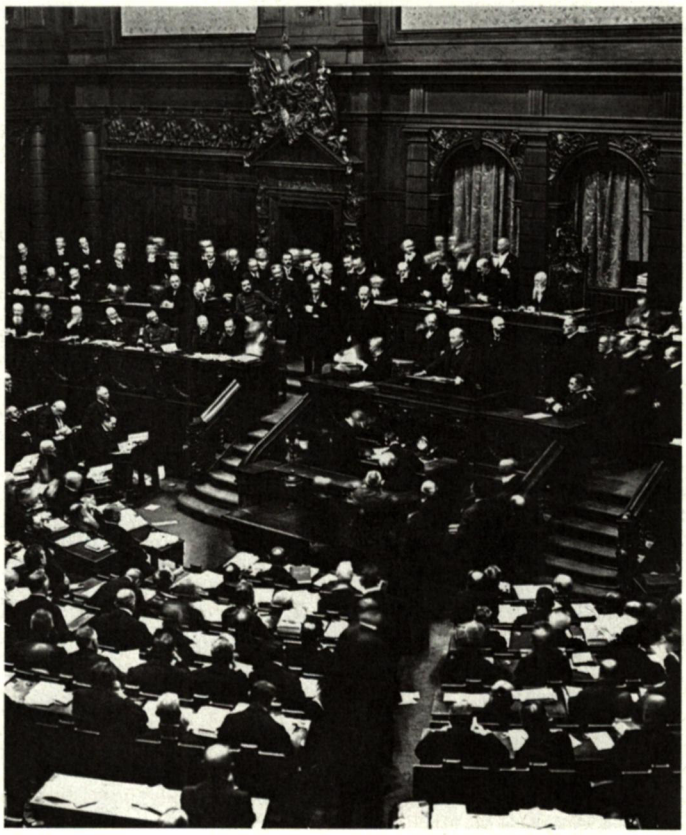
Es ist nicht leicht, die Gesamtperiode des Kaiserreichs (1871-1914/18) durch eine eindeutige Zwischenzäsur zu teilen. In der politischen Geschichte bedeutete der Sturz Bismarcks 1890 einen Einschnitt. Auch die deutsche Außenpolitik veränderte danach ihren Charakter. In Wirtschaft und Gesellschaft hingegen waren die 1880er-Jahre insgesamt eine Übergangszeit: in vielerlei Hinsicht Deutschlands Eintritt in die „Moderne". Die Reaktionen in den Künsten und Geisteswissenschaften auf diese Veränderungen fanden großenteils erst in den 1890er-Jahren statt.

Die Innenpolitik des Kaiserreichs wurde von Beginn an in ungewöhnlich hohem Maße von Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck bestimmt. Bismarck war zugleich von 1862 bis 1890 Ministerpräsident von Preußen und daher während dieses gesamten Zeitraums die prägende politische Persönlichkeit in Deutschland. Das Amt des Reichskanzlers war auf Bismarcks Politikverständnis zugeschnitten. Da der Reichskanzler nicht wie ein britischer Premierminister oder ein französischer Ministerpräsident unter der Dritten Republik (die seit 1875 „funktionierte") von einer Mehrheit im Parlament abhängig war, hatte er von schlechten Wahlergebnissen keine unmittelbar fatalen Folgen für seine politische Karriere zu befürchten. Diese quasi-diktatorische Position hing aber am seidenen Faden des kaiserlichen Vertrauens. Kaiser Wilhelm I. hielt bis zu seinem Tod 1888 an Bismarck fest. Sein Enkel, der junge Kaiser Wilhelm II., entließ den „Eisernen Kanzler" im Jahre 1890. Mit monarchischer Rückendeckung hatte der Reichskanzler einen immensen Handlungsspielraum. Dennoch musste er zusehen, sich eine Machtbasis in den Institutionen zu sichern. Im Reichstag brauchte er Mehrheiten für die Verabschiedung des Haushalts und der Gesetze. Mit den Einzelstaaten musste er in einem föderalen System den ständigen Ausgleich suchen. In Deutschland war eine in hohem Maße dynamische Gesellschaft entstanden, die sich nicht länger nach altpreußischer „Gutsherrenart" regieren ließ. Im außerparlamentarischen Raum formierten sich erstmals Verbände und Interessengruppen, etwa der Industrie und der Großagrarier. Eine wichtige neue Macht war die Presse. Mit all seinen Künsten der Einschüchterung und Manipulation vermochte Bismarck sie doch nicht unter Kontrolle zu halten. Die Öffentlichkeit wurde für Politiker immer unberechenbarer. Im Kaiserreich hatte Politik erstmals mit den schwankenden Stimmungen der öffentlichen Meinung zu rechnen. Teils ließ sie sich instrumentalisieren und mobilisieren, teils trat sie von sich aus mit Forderungen an die Politik heran.

Selbst ein Kanzler von solch autoritärem Habitus wie Bismarck bewegte sich daher in einem Umfeld unablässiger politischer Bewegung, die er nicht restlos dominieren konnte. Zum Zeitpunkt seiner Entlassung war die Unterstützung für Bismarck bereits prekär geworden. Keiner seiner Nachfolger erreichte die Statur des ersten Reichskanzlers. In dem Vierteljahrhundert zwischen Bismarcks Entlassung und dem Beginn des Ersten Weltkriegs wurden die Machtverhältnisse in Deutschland komplizierter. Schwächeren Kanzlern stand ein allmählich erstarkender Reichstag gegenüber. Bei der Reichstagswahl 1890 vereinigte die SPD die meisten Wählerstimmen auf sich; 1912 wurde sie zur stärksten Kraft

ullstein bild – Archiv Gerstenberg

Die Machtfülle des Reichskanzlers ist abhängig vom kaiserlichen Vertrauen. Nach dem Tode seines Vaters 1888 besucht der neue Kaiser Wilhelm II. (re.) Reichskanzler Bismarck auf dessen Wohnsitz Friedrichsruh, 1890 entlässt er ihn.



ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Bismarcks schwächeren Nachfolgern steht ein erstarkender Reichstag gegenüber. Reichstagssitzung 1913

Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1871 bis 1912

Mandate und Stimmenanteile in %

Jahr	Konservative*		Nationalliberale		Linksliberale**		Zentrum		Sozialdemokratie		Sonstige Parteien	
	Mandate	in Prozent										
1871	94	23,0 %	125	30,1 %	47	9,3 %	63	18,6 %	2	3,2 %	51	15,8 %
1874	55	14,2 %	155	29,7 %	50	9,0 %	91	27,9 %	9	6,8 %	37	12,4 %
1877	78	17,7 %	128	27,2 %	39	8,5 %	93	24,8 %	12	9,1 %	47	12,7 %
1878	116	26,6 %	99	23,1 %	29	7,8 %	94	23,1 %	9	7,6 %	50	11,8 %
1881	78	23,8 %	47	14,7 %	115	23,1 %	100	23,2 %	12	6,1 %	45	9,1 %
1884	106	22,1 %	51	17,6 %	74	19,3 %	99	22,6 %	24	9,7 %	43	8,7 %
1887	121	25,0 %	99	22,3 %	32	14,1 %	98	20,1 %	11	10,1 %	36	8,4 %
1890	93	19,1 %	42	16,3 %	76	18,0 %	106	18,6 %	35	19,8 %	45	8,2 %
1893	100	19,2 %	53	13,0 %	48	14,8 %	96	19,1 %	44	23,3 %	56	10,6 %
1898	79	15,5 %	46	12,5 %	49	11,1 %	102	18,8 %	56	27,2 %	65	14,9 %
1903	76	13,5 %	51	13,9 %	36	9,3 %	100	19,8 %	81	31,7 %	53	11,8 %
1907	84	13,6 %	54	14,5 %	49	10,9 %	105	19,4 %	43	28,9 %	62	12,7 %
1912	57	12,2 %	45	13,6 %	42	12,3 %	91	16,4 %	110	34,8 %	52	10,7 %

**Deutsche Konservative Partei und Deutsche Reichspartei **Liberale Vereinigung (ab 1893 Freisinnige Vereinigung), Deutsche Fortschrittspartei (ab 1884 nach der Fusion mit der Liberalen Vereinigung Deutsch-Freisinnige Partei, ab 1893, nach der Abspaltung der Freisinnigen Vereinigung, Freisinnige Volkspartei, ab 1910 nach dem Zusammenschluss der linksliberalen Gruppen Fortschrittliche Volkspartei) und Deutsche Volkspartei – Zusammenstellung nach www.dhm.de/lemo, Der Große Ploetz und Putzger*

ullstein bild – Haeckel Archiv

Das Militär genießt hohes Prestige. Eine große Anzahl Schaulustiger verfolgt um 1910 die Rückkehr eines Garderegiments von einer Parade auf dem Tempelhofer Feld.

im Parlament. Ein unabhängiger Machtfaktor blieb das Militär, das nur dem kaiserlichen „Obersten Kriegsherrn" unterstand. Nach seinen Siegen in den drei „Einigungskriegen" zwischen 1864 und 1871 genoss es höchstes Prestige. Während der langen Friedenszeit nach 1871 hielt es seine Stellung durch die allgemeine Wehrpflicht aufrecht, die für die meisten Rekruten drei Jahre betrug und zu einem der wichtigsten Integrationsinstrumente der deutschen Gesellschaft wurde. Ein weiteres Machtzentrum war der Kaiserhof. Wilhelm II. hielt sich weniger diskret im Hintergrund als seine beiden Vorgänger. Obwohl keine allgemein verehrte Persönlichkeit wie sein Großvater Wilhelm I., war er in der Öffentlichkeit präsent und mischte sich immer wieder, oft mit bizarren Alleingängen, in die Politik ein. Man kann das politische System des Wilhelminismus (1890-1914) als ein konfliktreiches Zusammenspiel mehrerer Machtfaktoren charakterisieren, von denen keiner die eindeutige Oberhand gewann, auch nicht Kaiser oder Reichskanzler.

Zwei längerfristige Entwicklungen in der deutschen Politik fallen besonders ins Gewicht: die Mobilisierung durch Kampagnen sowie der langsame Aufbau des Interventionsstaates. Kampagnen gingen zumeist von der politischen Rechten aus. Sie vertrat einen im Ton immer schärfer wer-

Militarismus in Preußen

[...] Aus den Einigungskriegen ging die Armee, [...] mit einem Glorienschein hervor. Ihr Anteil an der Gründung des neuen Deutschlands wurde während der Kaiserzeit mit den Feierlichkeiten zum Sedanstag gewürdigt, der an den Sieg über Frankreich erinnerte. [...] Die militärischen Präsentationen in Form von Paraden, Marschkapellen und Manövern wurden penibel einstudiert. Militärangehörige bekamen bei fast allen öffentlichen Anlässen Ehrenplätze. Und militärische Bildung und Symbole drangen sogar in die Privatsphäre ein: Die [...] Uniform wurde, selbst an freien Tagen, voller Stolz getragen; militärische Insignien und Medaillen wurden als Andenken an verstorbene Angehörige aufbewahrt. Der Dienst als preußischer Reserveoffizier – um 1914 gab es rund 120 000 – war in die bürgerlichen Gesellschaft ein begehrtes Statussymbol [...]. Schulkinder in Garnisonsstädten sangen Kriegslieder und marschierten auf den Spielplätzen. Ehemalige Militärangehörige traten in Scharen in die rasch wachsenden Veteranenverbände und Militärvereine ein; bis 1913 zählte der Kyffhäuserbund, die zentrale Organisation der Veteranenverbände in Deutschland, gut 2,9 Millionen Mitglieder.

Mit anderen Worten, das Militär drang nach 1871 immer tiefer in das Alltagsleben ein. Was diese Tatsache konkret zu bedeuten hat, ist allerdings keineswegs so offensichtlich. Nach Ansicht einiger Historiker vertiefte die Militarisierung der preußisch-kaiserlichen Gesellschaft die Kluft zwischen Deutschland und den westeuropäischen Staaten, unterdrückte die kritischen und liberalen Energien der Zivilgesellschaft, bewahrte eine hierarchisch geordnete Gesellschaft und trichterte Millionen Deutschen politische Ansichten ein, die reaktionär, chauvinistisch und ultranationalistisch zu nennen waren. [...]

[Doch] darf man nicht außer Acht lassen, dass die deutsche Friedensbewegung damals einen so starken Zulauf hatte wie in keinem anderen Land. Am Sonntag, dem 20. August 1911, versammelten sich 100 000 Menschen zu einer Friedenskundgebung in Berlin, um gegen die riskante Politik der Großmächte während der Marokkokrise zu demonstrieren. Im Spätsommer kam es zu einer Welle ähnlicher Kundgebungen in Halle, Elberfeld, Barmen, Jena, Essen und anderen deutschen Städten. Den Höhepunkt bildete eine Mammutveranstaltung in Berlin am 3. September, als sich 250 000 Menschen im Treptower Park drängten. In den Jahren 1912/13 ebbte die Bewegung ein wenig ab, doch Ende Juli 1914, als der Krieg eindeutig bevorstand, wurden wiederum große Friedenskundgebungen in Düsseldorf und Berlin veranstaltet. Die deutsche Öffentlichkeit reagierte keineswegs, wie für gewöhnlich behauptet wird, mit einhelliger Begeisterung auf den Krieg. Im Gegenteil: In den ersten Augusttagen 1914 war die Stimmung gedrückt, ambivalent und an manchen Orten ängstlich.

„Militarismus" war überdies ein diffuses und intern gespaltenes Phänomen. Man muss klar unterscheiden zwischen den im Wesentlichen aristokratischen und konservativen Moralvorstellungen des preußischen Offizierskorps und den sehr unterschiedlichen Identitäten und Bindungen, die mit dem „Militarismus der kleinen Leute" verknüpft waren. Der legendäre Standesdünkel der preußischen Offizierskaste und ihre Geringschätzung für zivile Wertvorstellungen und Normen waren ein Extrakt des alten Geistes der Exklusivität des ostelbischen Adelsstandes, vermischt mit der Abwehrhaltung [...] einer sozialen Gruppe, die auf ihre traditionelle Vorherrschaft nicht verzichten wollte. Im Gegensatz dazu waren die Moralvorstellungen vieler Veteranenvereine plebejisch und egalitär. [...] „Von unten" betrachtet, war das Entscheidende am Militär nicht die Ehrerbietung zwischen den Rängen, sondern die Gleichheit unter den Männern, die gemeinsam Dienst taten.

Christopher Clark, Preußen. Aufstieg und Niedergang; 1600-1947. Übersetzung: Richard Barth / Norbert Juraschitz / Thomas Pfeiffer © 2007, Deutsche-Verlags-Anstalt, München, in der Verlagsgruppe Random House GmbH, S. 684ff.

denden Nationalismus. Nachdem 1871 die nationale Einheit erreicht und am Ende der 1870er-Jahre der institutionelle Aufbau des Reiches weitgehend abgeschlossen war, suchte sich der Nationalismus neue Ziele. Zunehmend trat die aggressive Abgrenzung nach außen in den Vordergrund. Deutschland, so hieß es, müsse sich einen „Platz an der Sonne" ertrotzen und erkämpfen. Von diesem Geist war die Kampagne für den Aufbau einer deutschen Schlachtflotte getragen, die 1898 begann. Der wichtigste Initiator dieser Pläne, der Staatssekretär im Reichsmarineamt Admiral Alfred von Tirpitz (1849-1930), konnte sein Ziel mit Hilfe breiter öffentlicher Begeisterung erreichen. Bis 1913 brachte es der „Flottenverein" auf 1,1 Millionen Mitglieder; sein tatsächliches Unterstützungspotenzial war angesichts der enormen Bedeutung militärischer Werte in der deutschen Gesellschaft noch größer. Kriegervereine und nationalistische Agitationsverbände waren um die Jahrhundertwende keine ausschließlich deutsche Besonderheit. In Deutschland aber gab es einen „Radikalnationalismus, dem das Widerlager starker liberaler, demokratischer Gegenkräfte fehlte" (Hans-Ulrich Wehler).

Weniger auffällig verlief der Ausbau des Interventionsstaates, bei dem Deutschland anderen europäischen Län-

akg-images

Nationalistische Agitationsverbände kämpfen für die Weltgeltung Deutschlands. Bildpostkarte des Alldeutschen Verbandes von 1914

Flottenrüstung und deutsch-englische Konkurrenz

[...] Reichskanzler Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst in einer undatierten Aufzeichnung, die vermutlich für einen Immediatvortrag beim Kaiser am 5. Januar 1896 vorgesehen war [...]:

Die Entwicklung des deutschen Handels bringt es mit sich, daß dadurch die Eifersucht anderer handeltreibender Völker erregt wird. Das ist zu bedauern, läßt sich aber nicht ändern. Nun haben wir uns bisher bemüht, mit allen Mächten die friedlichsten Beziehungen aufrecht zu erhalten, und dies ist uns auch gelungen. Das kann sich aber ändern, und es ist nicht zu leugnen, daß eine Verschlechterung dieser Beziehungen eintreten kann. Wollen wir uns nicht in allem fügen und auf die Rolle einer Weltmacht verzichten, so müssen wir geachtet sein. Auch das freundlichste Wort macht in internationalen Verhandlungen keinen Eindruck, wenn es nicht durch eine ausreichende Macht unterstützt wird. Dazu ist den Seemächten gegenüber eine Flotte nötig.

Aus: Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten aus der Reichskanzlerzeit, hrsg. von Karl Alexander von Müller, Stuttgart und Berlin 1931, S. 151 f.

[...] [I]n der Begründung zum 2. Flottengesetz [von 1900] hieß es:

Unter den gegebenen Umständen gibt es nur ein Mittel, um Deutschlands Handel und Kolonien zu schützen: Deutschland muß eine Flotte von solcher Stärke haben, daß selbst für die größte Flotte [gemeint war England – Anm. d. Red.] ein Krieg mit ihm ein solches Risiko in sich schließen würde, daß ihre eigene Überlegenheit gefährdet wäre. [...]

Aus: Walther Hubatsch, Der Kulminationspunkt der deutschen Marinepolitik im Jahre 1912, in: Historische Zeitschrift, Bd. 176, 1953, S. 72 f.

[...] Artikel der englischen Zeitung Saturday Review vom 11. September 1897 [...] zum Gegensatz zwischen England und Deutschland [...]:

Auf die Länge beginnen auch in England die Leute einzusehen, daß es in Europa zwei große unversöhnliche, entgegengesetzte Mächte gibt, zwei große Nationen, welche die ganze Welt zu ihrer Domäne machen und von ihr den Handelstribut erheben möchten. England, mit seiner langen Geschichte erfolgreicher Aggression und der wunderbaren Überzeugung, daß es beim Verfolg seiner eigenen Interessen Licht unter den im Dunkeln wohnenden Völkern verbreite, und Deutschland, Fleisch vom selben Fleisch und Blut vom selben Blut, mit geringerer Willenskraft, aber vielleicht lebhafterer Intelligenz, wetteifern in jedem Winkel des Erdballs. ... Überall, wo die Flagge der Bibel und der Handel der Flagge gefolgt ist, liegt ein deutscher Handlungsreisender mit dem englischen Hausierer im Streit. [...]

Eine Million geringfügiger Streitigkeiten schließen sich zum größten Kriegsgrund zusammen, welchen die Welt je gesehen hat. Wenn morgen Deutschland ausgelöscht würde, gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher geworden wäre. [...]

Aus: Saturday Review v. 11.9.1897, zit. nach: William L. Langer, The Diplomacy of Imperialism 1890-1902, New York 1935, S. 437

Bernhard von Bülow, [...] zu dieser Zeit [...] Außenminister [...] und später, von 1900 bis 1909 [...] Reichskanzler [...] 1916 in der Rückschau auf diesen Artikel [...]:

Im Herbste 1897, wenige Wochen nach meiner Übernahme der Geschäfte des Auswärtigen Amtes, brachte die „Saturday Review" jenen berühmten Artikel, der in der Erklärung gipfelte, daß, wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, es übermorgen keinen Engländer gäbe, der nicht um so reicher sein würde, und der mit den Worten schloß: „Germaniam esse delendam". Zwölf Jahre später erklärten anläßlich meines Rücktritts zwei große und nicht besonders deutschfreundliche englische Blätter, daß die Stellung Deutschlands eine größere und stärkere sei, als sie seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck je gewesen wäre.

[...] Während dieser Jahre haben wir durch den Bau unserer Flotte den vollen Übergang zur Weltpolitik vollzogen. Unser Aufstieg zur Weltpolitik ist geglückt. [...]

Aus: Fürst Bernhard von Bülow, Deutsche Politik, Berlin 1916, S. 129 f.

In: Manfred Görtemaker, Deutschland im 19. Jahrhundert, 5. durchgeseh. Aufl., Opladen: Leske+Budrich 1996, S. 362, mit freundlicher Genehmigung der Springer Science and Business Media

dern vorauseilte. In der Tradition des reglementierenden Obrigkeitsstaates der Vormoderne reagierte der Staat mit neuen Mitteln auf die Herausforderungen der entstehenden Industriegesellschaft. Bereits unter Bismarck war zwischen 1883 und 1889 eine für große Teile der Arbeiterschaft verpflichtende Kranken-, Unfall- sowie Invaliditäts- und Altersversicherung eingeführt worden. Dieses Sozialversicherungssystem wurde bis zum Weltkrieg auf immer weitere Bevölkerungskreise ausgedehnt. Es bedeutete einen großen sozialen Fortschritt, auch wenn die Leistungen gering blieben, eine Arbeitslosenversicherung fehlte und die Rechtsstellung von Arbeitnehmern und Gewerkschaften kaum gesichert wurde. Während des gesamten Kaiserreichs stieg der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt („Staatsquote") von etwa 3 Prozent kontinuierlich auf etwa 15 Prozent (heute ca. 46 Prozent). Nach der Verstaatlichung der anfangs oft privat gegründeten Eisenbahnen wurde der Staat (auf den Ebenen von Reich, Bundesstaaten und Kommunen) auch zu einem bedeutenden Eigentümer. Erstmals trat die öffentliche Hand als gewichtiger Faktor im Wirtschaftsleben auf.

Deutschland in Weltpolitik und Weltwirtschaft

Dass 1871 mitten in Europa ein militärisch und wirtschaftlich starker, ein seinen kontinentalen Nachbarn überlegener großer Einheitsstaat entstand, bedeutete eine geopolitische Revolution. Die Mitte Europas war in der Geschichte immer staatlich fragmentiert gewesen. Die Gründung des Deutschen Reiches war gegen Österreich und Frankreich militärisch durchgesetzt und von den anderen beiden Großmächten, Russland und Großbritannien, hingenommen worden. An so etwas wie europäische Integration war zur damaligen Zeit nicht zu denken. Außenpolitik war nach dem Ende des Wiener Systems (siehe oben S. 16 ff.) Anfang der 1850er-Jahre mehr denn je ein Machtspiel zwischen souveränen Staaten, die sich gegenseitig belauerten und zwischen denen trotz der verwandtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Herrscherhäusern so etwas wie „Freundschaft" keine Rolle spielte.

Bismarck betrieb während seiner gesamten Kanzlerschaft Außenpolitik als Chefsache. Auf diesem Gebiet genießt er auch bei seinen zahlreichen Kritikern nach wie vor ein hohes Maß an Anerkennung. Bismarck verband strategische Ziele mit taktischer Finesse. Er war kein zweiter Napoleon, der ein kontinentales Großreich errichten wollte. Den neuen Nationalstaat sah er als „saturiert" an. Weitere Territorialgewinne auf Kosten der Nachbarn wurden nicht angestrebt. Zentral für Bismarcks außenpolitisches „System" war die unterschiedliche Behandlung der unterlegenen Kriegsgegner. Österreich-Ungarn wurde zum wichtigsten Verbündeten des Deutschen Reiches, Frankreich hingegen, wegen der erzwungenen Abtretung von Elsass-Lothringen 1871 tief getroffen und unversöhnlich, blieb der Hauptgegner und musste um jeden Preis diplomatisch isoliert werden. Bismarck trieb ein raffiniertes Spiel der – teilweise geheim gehaltenen – Abkommen und Verträge, die jeweils eine ganz unterschiedliche Verbindlichkeit hatten. Mit Russland gab es eine relativ lose Verbindung, mit Großbritannien trotz dynastischer Nähe (Wilhelm II. war ein Enkel von Queen Victoria) überhaupt keine Bündnisbeziehungen.

Bismarck betrieb Außenpolitik über bloße Nachbarschaftspolitik hinaus. Auf dem Berliner Kongress (1878) und auf der Berliner Westafrika-Konferenz (1884/85) wirkte er als Vermittler zwischen den Großmächten. Dabei gelang es ihm, das Interesse der anderen Mächte von Mitteleuropa auf die außereuropäische (einschließlich balkanische) „Peripherie" abzulenken und strukturell angelegte Spannungen – etwa zwischen Russland und Österreich auf dem Balkan oder zwischen Großbritannien und Frankreich in den Kolonien – unterhalb der Schwelle zum Kriegsausbruch am Köcheln zu halten. Am Ende der Bismarck-Ära wurde dies immer schwieriger; Opportunismus und kurzfristige Taktik gewannen die Oberhand.

Bismarcks kunstvolles Gleichgewichtssystem überdauerte seinen Schöpfer nur um kurze Zeit. Ungeschick seiner wilhelminischen Nachfolger und ihr lautstarkes nationalistisches Auftreten destabilisierten die Lage ebenso wie Verschiebungen in einem dynamischen internationalen System. Bis 1907 war eine völlig neue internationale Konstellation entstanden. Durch ein französisch-russisches

ullstein bild – ullstein bild

Auf der Westafrika-Konferenz in Berlin 1884/85 versucht Bismarck (M.), die Aufteilung Afrikas in Interessensphären unter König Leopold II. von Belgien, Großbritannien, Frankreich und Portugal im Sinne des europäischen Gleichgewichts zu beeinflussen.

Bündnis hatte sich Frankreich, das zur gleichen Zeit die russische Wirtschaft stark förderte, aus seiner Isolation befreit: Ein Albtraum Bismarcks war wahr geworden. Großbritannien und Frankreich hatten sich 1904 einander angenähert (*Entente cordiale*), Russland und Großbritannien 1907 ihre seit einem Jahrhundert schwelenden imperialen Konflikte in Asien durch eine Abgrenzung von Einflusszonen beigelegt. Dem Deutschen Reich blieben als Verbündete allein die beiden militärisch schwächsten unter den europäischen Großmächten: die Habsburgermonarchie und Italien; wegen des alten Gegensatzes zwischen Österreich und Italien war dies jedoch eine wenig tragfähige Partnerschaft. Das Hauptproblem lag darin, dass die deutsche Staatsführung, um die Jahrhundertwende zu einer auftrumpfenden „Weltpolitik" übergehend, in einer solchen Isolation kein wirkliches Problem sah.

Schon Bismarck hatte seinen Horizont nicht auf Europa beschränkt. 1884/85 hatte er sich trotz einer zuvor deutlich geäußerten Geringschätzung von Kolonialabenteuern an der Aufteilung Afrikas beteiligt. Das Reich eignete sich mehrere Kolonien in Afrika an: Togo und Kamerun in Westafrika, Namibia (Südwestafrika) und große Teile des heutigen Tansania in Ostafrika. Dies war ein vergleichsweise kleiner und wirtschaftlich karger Kolonialbesitz. In der wilhelminischen Zeit kamen noch Neuguinea und Samoa als reine Prestigeobjekte hinzu sowie 1898 das Pachtgebiet Kiautschou (heute: Jiaozhou) um die Hafenstadt Tsingtau (heute: Qingdao), das zu einer „Musterkolonie" der Reichsmarine werden sollte. Die wilhelminische „Weltpolitik" seit den späten 1890er-Jahren sah ihr Ziel nicht in der Errichtung eines großen Kolonialreichs (für das es ohnehin nur noch wenige territoriale Möglichkeiten gegeben hätte), sondern in der informellen wirtschaftlichen Durchdringung überseeischer Gebiete. Dies geschah durch privates Unternehmertum mit staatlicher Unterstützung in Südamerika, China (jenseits der Grenzen der kleinen Kolonie) und im Osmanischen Reich (in Gestalt der Bagdad-Bahn). Deutschland benutzte dabei Methoden, die Großbritannien schon seit langer Zeit erfolgreich angewandt hatte. Zur Weltpolitik gehörten auch punktuelle Demonstrationen militärischer Stärke, etwa durch das Entsenden von Kanonenbooten oder durch die Beteiligung an der Niederschlagung des Boxeraufstandes in China 1900/01 durch ein internationales Expeditionskorps.

Eine wirtschaftlich fundierte Weltpolitik war möglich, weil das Deutsche Reich auf vielfältige Weise in die Welt-

Anfänge deutscher Kolonialpolitik nach 1871

[...] Kanzler Otto von Bismarck [...] am 5. Dezember 1888 [...]:
[...] Die englische Interessensphäre geht bis zu den Quellen des Nils, [...] aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Rußland, und hier ... liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika.

Aus: Otto von Bismarck, Die gesammelten Werke, Bd. 8: Gespräche, hrsg. und bearb. von Willi Andres, Berlin 1926, S. 646

[...] Am 28. März 1884 wurde in Berlin die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation" gegründet, [...]. In einem von dem Afrika-Forscher Carl Peters verfaßten Aufruf appellierte sie im April 1884 an die Öffentlichkeit [...]:

Die deutsche Nation ist bei der Verteilung der Erde, wie sie vom Ausgang des 15. Jahrhunderts bis auf unsere Tage hin stattgefunden hat, leer ausgegangen. Alle übrigen Kulturvölker Europas besitzen auch außerhalb unseres Erdteils Stätten, wo ihre Sprache und Art feste Wurzel fassen und sich entfalten kann. Der deutsche Auswanderer, sobald er die Grenzen des Reiches hinter sich gelassen hat, ist ein Fremdling auf ausländischem Grund und Boden. Das Deutsche Reich, groß und stark durch die mit Blut errungene Einheit, steht da als die führende Macht auf dem Kontinent von Europa: seine Söhne in der Fremde müssen sich überall Nationen einfügen, welche der unsrigen entweder gleichgültig oder geradezu feindlich gegenüberstehen. [...]

In dieser, für den Nationalstolz so schmerzlichen Tatsache liegt ein ungeheurer wirtschaftlicher Nachteil für unser Volk! Diese Kraftmasse strömt meistens unmittelbar in das Lager unserer wirtschaftlichen Konkurrenten ab und vermehrt die Stärke unserer Gegner. Der deutsche Import von Produkten tropischer Zonen geht von ausländischen Niederlassungen aus, wodurch jährlich viele Millionen deutschen Kapitals an fremde Nationen verlorengehen! Der deutsche Export ist abhängig von der Willkür fremdländischer Zollpolitik. Ein unter allen Umständen sicherer Absatzmarkt fehlt unserer Industrie, weil eigene Kolonien unserem Volke fehlen. [...]

Aus: Hermann Krätschell, Carl Peters 1856 bis 1918. Ein Beitrag zur Publizistik des imperialistischen Nationalismus in Deutschland, Berlin 1959, S. 16 f.

Unter dem Eindruck dieses Appells fand am 26. Juni 1884 eine Debatte des Deutschen Reichstages statt, in der sich Bismarck gezwungen sah, seine Vorstellungen zur Kolonialfrage ausführlich darzulegen [...]:

[...] Ich wiederhole, daß ich gegen Kolonien [...], die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizuziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten –, daß ich meine frühere Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe ...

Etwas ganz anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig, und zweitens, ob es die Pflicht des Deutschen Reiches ist, denjenigen seiner Untertanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihilfen in ihren Kolonialbestrebungen zu leisten [...] Und das bejahe ich, allerdings mit weniger Sicherheit vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit – ich kann nicht voraussehen, was daraus wird –, aber mit unbedingter Sicherheit vom Standpunkte der staatlichen Pflicht. (Sehr richtig! rechts.) [...]

Meine von Seiner Majestät dem Kaiser gebilligte Absicht ist, die Verantwortlichkeit für die materielle Entwicklung der Kolonie ebenso wie ihr Entstehen der Tätigkeit und dem Unternehmensgeiste unserer seefahrenden und handeltreibenden Mitbürger zu überlassen [...], und [...] den Interessenten der Kolonie zugleich das Regieren derselben im wesentlichen [zu] überlassen und ihnen nur die Möglichkeit europäischer Jurisdiktion für Europäer und desjenigen Schutzes zu gewähren, den wir ohne stehende Garnison dort leisten können ...

[...]

Aus: Otto von Bismarck, Die gesammelten Werke, Bd. 12: Reden 1878-1885, bearb. von Wilhelm Schüßler, Berlin 1929, S. 479 ff.

In: Manfred Görtemaker, Deutschland im 19. Jahrhundert, 5. durchgeseh. Aufl., Opladen: Leske+Budrich 1996, S. 345 ff., mit freundlicher Genehmigung der Springer Science and Business Media

ullstein bild

Entwicklungsprojekte fördern weltpolitische Geltung: Unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Firmen und Konstrukteure entsteht ab 1903 die Bagdad-Bahn, die Zentralanatolien mit Bagdad verbinden soll.

ullstein bild

Namibia ist als „Deutsch-Südwestafrika" von 1884 bis 1915 deutsche Kolonie. Die Kolonialherren versuchen, die Einheimischen für ihre Interessen einzuspannen. Verhandlungen 1897

wirtschaft eingebunden war. Die intensivsten Handels- und Finanzkontakte bestanden dabei mit anderen europäischen Ländern sowie den USA, hatten also keine imperialistische Bedeutung. Wie groß das Gewicht des Exports für Deutschland bis 1913 geworden war, zeigt sich daran, dass er damals 12,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachte, geringfügig weniger als bei Großbritannien (14,7 Prozent), deutlich mehr als bei Frankreich (6,0 Prozent), Österreich-Ungarn (5,2 Prozent) und den USA (4,1 Prozent). Als Kapitalexporteur stand Deutschland hinter Großbritannien ebenfalls an zweiter Stelle. Seine Handelshäuser und Großkonzerne bauten Geschäftsbeziehungen in alle Welt auf. Deutschland war nicht nur Nutznießer, sondern auch aktiver Mitgestalter der großen wirtschaftlichen Globalisierungswelle vor dem Ersten Weltkrieg. Dieses hohe Maß an wirtschaftlicher Integration steht nur scheinbar im Widerspruch zu einem immer lautstarker werdenden Nationalismus. Während sich Deutschland diplomatisch in die Isolation manövrierte, erreichte es ein beispiellos hohes Maß an Verflechtung in internationale Währungsströme und Kommunikationszusammenhänge, etwa den grenzüberschreitenden Postverkehr. „Die Globalisierung um 1900 und die Institution des Nationalstaats standen nicht in einem Konkurrenzverhältnis." (Sebastian Conrad)

Lebensverhältnisse und Milieus

Dass die deutsche Wirtschaft am Ende der 1870er-Jahre einen Konjunktureinbruch erlebte und sich seither durch die Höhen und Tiefen des Wirtschaftszyklus bewegte, änderte nichts am langfristigen Aufwärtstrend. Die Wirtschaftsleistung insgesamt wuchs und ebenso, für die Wohlstandsentwicklung entscheidend, die Produktivität der Arbeit pro Stunde und dementsprechend das Realeinkommen pro Kopf. Dieser materielle Fortschritt war für eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung im Alltagsleben spürbar. Die langfristige Tendenz der Urbanisierung beschleunigte sich. Hatten 1871 erst 4,8 Prozent der Bevölkerung in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern gelebt, so waren es 1910 schon 21,3 Prozent. Dies war aber keine „Wasserkopfurbanisierung", denn Mittelstädte legten auf Kosten des ländlichen Raumes mit ähnlicher Rate zu.

Sozialprodukt und Bevölkerung in Deutschland*

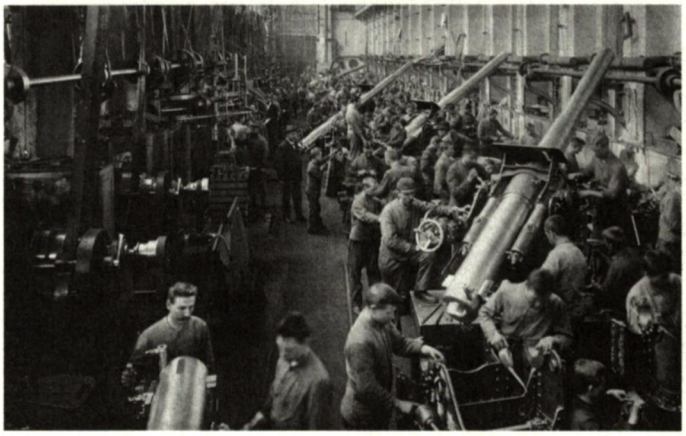
	Sozialprodukt in Milliarden Mark	*Bevölkerung in Mio.*
1800	*5,7*	*23*
1825	*7,3*	*28*
1850	*9,4*	*35*
1875	*17,7*	*43*
1900	*33,2*	*56*
1913	*48,0*	*67*

** Deutschland in den Grenzen von 1871*

Putzger. Historischer Weltatlas, 103. Aufl., Berlin: Cornelsen Verlag 2004, S. 135

Das wirtschaftliche Wachstum wurde zusätzlich zu den weiterhin dynamischen Leitsektoren Eisen/Stahl und Maschinenbau durch neue Branchen vorangetrieben. In der Elektro- und Chemieindustrie befand sich Deutschland von Anfang an weltweit in der Spitzengruppe. Viele der wichtigsten wissenschaftlichen und technologischen Innovationen stammten aus Deutschland. Manche Historiker sprechen hier von einer „Zweiten Industriellen Revolution", die gleichzeitig auch anderswo, besonders in den USA, vor sich ging. Zu ihr gehörte auch die zunehmende Bedeutung von „Großbetrieben", statistisch definiert als Firmen mit mehr als 50 Beschäftigten, sowie „Riesenbetrieben", die über 1000 Beschäftigte aufwiesen. Diese Betriebe, als Produktionseinheiten verstanden, bildeten wiederum oft nur Teile großer Konzerne (etwa in der Stahl-, Elektro- oder Chemiebranche), die nach Marktbeherrschung strebten und über Zweighäuser international tätig waren. Auf dem Kapitalmarkt gewannen Großbanken eine immer stärkere Stellung. Durch stabile Preisabsprachen in Gestalt von „Kartellen" wurde auf manchen Märkten das „freie Spiel der Kräfte" außer Kraft gesetzt. Schon zeitgenössische Kritiker sprachen hier – übertreibend, aber nicht falsch – vom Übergang vom „Wettbewerbskapitalismus" zum „Monopolkapitalismus" oder „organisierten Kapitalismus".

Wirtschaftliche Dynamik und die Zunahme der Bevölkerung gingen mit sozialer Differenzierung einher. Spätestens für diese Periode ist es unmöglich, pauschal von einer homogenen „Arbeiterschaft" zu sprechen. Die Verdoppelung der Reallöhne gewerblicher Arbeiter zwischen 1871 und 1913 kam nicht allen Lohnarbeitern gleichermaßen zugute. Am oberen Ende der Skala genoss eine fachlich qualifizierte, in relativ sicherer Beschäftigung stehende Facharbeiterschaft den Lebensstandard des Kleinbürgertums. Am unteren Ende lebten Millionen von Angelernten und Ungelernten an der Armutsgrenze. Charakteristisch blieb selbst in besser gestellten Arbeiterhaushalten, dass das Familienoberhaupt in vielen Fällen das nötige Einkommen nicht allein erwirtschaften konnte. Frauen und – allerdings immer seltener – Kinder mussten hinzuverdienen. Auch in anderer Hinsicht war die Lebenserfahrung der unteren Schichten gemischt. Einen großen Fortschritt bedeutete die Verminderung der tatsächlich geleisteten Wochenarbeits-



ullstein bild

Großbetriebe wie die Krupp-Werke – hier die Kanonenwerkstätte Essen – beschäftigen zahlreiche Arbeiter. Vorteile wie die Verminderung der Arbeitszeit stehen verstärkten physischen und psychischen Belastungen gegenüber.

Nervosität

„Die gesittete Menschheit wurde von ihren neuen Erfindungen und Fortschritten überrumpelt. [...] Unseren Vätern ist keine Zeit gelassen worden. Gleichsam von einem Tag auf den anderen, ohne Vorbereitung, mit mörderischer Plötzlichkeit mussten sie den behaglichen Gleichschritt des früheren Daseins mit dem Sturmlauf des modernen Lebens vertauschen, und das hielten ihr Herz und ihre Lunge nicht aus." So Max Nordau – Arzt, glühender Zionist und radikaler Zivilisationskritiker – in seinem Bestseller „Entartung" (1892). [...]

[...] Es gibt, in Europa wie in den USA, Anhaltspunkte für zuvor unbekannte nervliche Belastungen [...].

Nervositätsursachen sieht George Miller Beard, der US-amerikanische Pionier der modernen Neurologie, vor allem in der unumgänglichen Anpassung an technische Innovationen, im Zwang zur Spezialisierung, in der Taschenuhr und der von ihr verkörperten Pünktlichkeitsdiktatur, in der Beschleunigung des Geschäftslebens durch die Telegrafie, in der nervenschädigenden Wirkung des Lärms und, nicht zuletzt, in der Elektrizität. Edisons elektrisches Licht sei „die bestmögliche Illustration der Wirkungen der modernen Zivilisation auf das Nervensystem". [...]

Allerdings: Dass die Verlängerung des Tages durch das elektrische Licht den menschlichen Biorhythmus beeinflusst, sei heute erwiesen, so Joachim Radkau. Es gebe Grund zu der Annahme, dass die Umstellung von Gaslicht auf die Glühlampe Ende des 19. Jahrhunderts von Stresserscheinungen begleitet gewesen sei, [...].

[...] Vielstimmig verständigt sich die Gesellschaft über das Schicksal der Nerven im Prozess der ‚elektrischen Moderne'. Radikale Ablehnung technischer Neuerungen bis zu pathologischer Technik-Phobie einerseits, forcierte Technikbegeisterung andererseits führen, im Ansturm der Innovationen, zu Überspanntheiten und Überempfindlichkeiten. [...] Um 1880 ist es [...] en vogue, für alle erdenklichen gesellschaftlichen und politischen Phänomene die Elektrizität und ihre vermuteten Auswirkungen zur Rechenschaft zu ziehen. Selbst die vielfach beklagte Rastlosigkeit des Kaisers wird unter diesem Aspekt untersucht. [...]

Vielleicht aber hat nicht die Elektrizität selbst, sondern die ökonomische Form ihrer Einführung [...] in bereits hochentwickelten Industriegesellschaften die Menschheit „überrumpelt". [...] [A]ls Arbeiter in den Fabriken, als Angestellte in den Büros, [sind die Menschen mit] bisher unbekannten Anforderungen konfrontiert. Ihre Arbeitskraft, ihre Aufmerksamkeit, ihr Nervensystem, ja ihre ganz psycho-physische Existenz muss sich anpassen an die Bedingungen einer neuen ‚elektrifizierten' Welt. [...]

Die Leidenserfahrungen derer, die als schlecht bezahlte Heloten an der Front der technischen Vernetzung arbeiten (etwa der deutschen Eisenbahner oder der amerikanischen telephone operators mit ihren Magengeschwüren), sind allenfalls zu erahnen. Sie strömen in die Arztpraxen und Heilstätten, und ihre Krankenakten können heute als Forschungsmaterial für eine Archäologie der zweiten industriellen Revolution herangezogen werden. Das Problem für den Historiker besteht freilich darin, dass die Patienten in ihren Anamnesen nicht über ‚Beschleunigung', Technik' oder ‚Mechanisierung' klagen, sondern schier endlose Geschichten über ihre Verdauung, ihre Schlafstörungen oder ihre Impotenzängste erzählen. [...] „Zwischen den Zeilen" einer Krankenakte erkennt Joachim Radkau „deutlich das neue Berlin der Jahrhundertwende, das Berlin der Presse und der Börse, des Tempos und der nach Aufträgen jagenden Handlungsreisenden: eine Millionenstadt, deren strapazierende Wirkung auf die Nerven keineswegs nur in der Phantasie reaktionärromantischer Kulturkritiker existierte."

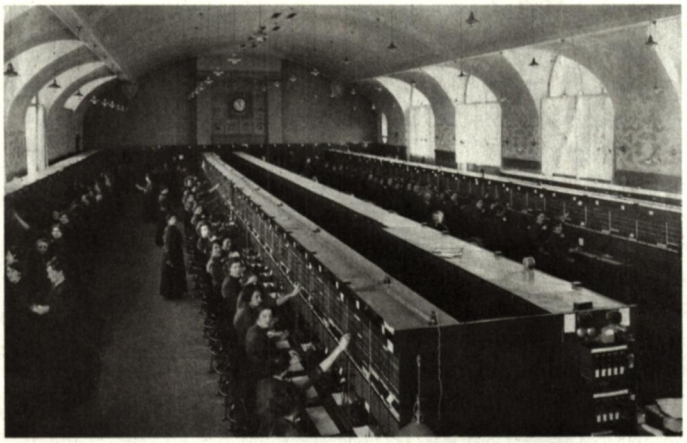
Tatsache ist, dass die Zahl der Patienten, die sich selbst als ‚nervös' bezeichnen oder von ihren Ärzten diagnostiziert werden, zwischen 1870 und 1914 rasant zunimmt. Sie stammen aus allen Klassen und Schichten, beschäftigen in Deutschland die Bürokratien der unter Bismarck geschaffenen Kranken- und Unfallversicherung und lösen kontroverse Debatten unter den medizinischen Kapazitäten aus. Statistisches Quellenmaterial ist äußerst rar; immerhin belegen Zahlen der Reichsversicherungsbehörden von 1902, dass von über 150 000 Patienten, die Zahlungen aus der Unfallversicherung erhalten, mehr als 14 000 unter nicht näher spezifizierten nervösen Störungen leiden.

Der Nervositätsdiskurs freilich ist dezidiert ein Reservat gehobener Schichten, überwiegend des Bildungsbürgertums und zahlreicher Intellektueller, unter ihnen wiederum der musisch Begabten und künstlerisch Tätigen, die mit Hilfe von Selbstdiagnosen nicht zuletzt ihr Unbehagen an den Oberflächenphänomenen der Modernisierung abarbeiten. [...]

Klaus Kreimeier, Traum und Exzess. Die Kulturgeschichte des frühen Kinos, © Paul Zsolnay Verlag Wien 2011, S. 84ff.

ullstein bild – Haeckel Archiv

Der Wirtschaftsaufschwung fördert erste „Gastarbeitsverhältnisse" – häufig für unangenehmere Tätigkeiten oder Saisonarbeit in der Landwirtschaft. Arbeitsuchende aus Osteuropa auf der Durchreise in Berlin um 1900



ullstein bild – Zander & Labisch

Zur neuen, wachsenden Beschäftigungsgruppe der Angestellten zählen überdurchschnittlich viele Frauen. Die neuen Kommunikationstechnologien schaffen neue Berufe: Telefonistinnen im Fernsprechamt Berlin

akg-images

Arbeit bieten auch die neuen Warenhäuser, die im Zeichen steigenden Wohlstands entstehen. Blick auf die Handschuhabteilung im Lichthof des Kaufhauses Wertheim, Berlin

zeit zwischen etwa 1860 und 1910 von 85 auf 55 Stunden; seit 1908 war der Zehnstundentag als gesetzliche Norm festgelegt. Gleichzeitig scheint aber in vielen Branchen die Technisierung der Arbeit die physische Belastung für den Einzelnen gesteigert zu haben. Einer solchen Erschöpfung durch den Maschinenrhythmus stand wiederum eine langfristige Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung gegenüber.

Der Wirtschaftsaufschwung führte nicht nur zu Wanderungen von den Dörfern in die Städte. Die unangenehmsten Arbeiten wurden zunehmend Immigranten zugewiesen, die aus dem zum Zarenreich gehörenden Teil Polens, aus Österreich-Ungarn oder aus Italien stammten. Viele von ihnen wurden auch als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft eingesetzt. Vor 1914 zählten rund sieben Prozent der Arbeiterschaft im Deutschen Reich zu diesen „Gastarbeitern" der ersten Stunde. Auch nach dem Ende des Sozialistengesetzes 1890 wurden der Selbstorganisation des Proletariats Hindernisse in den Weg gelegt. Trotzdem bildete sich in Deutschland eine politisch aufmerksame und selbstbewusste Arbeiterschaft heraus, die besser organisiert war als überall sonst auf dem europäischen Kontinent und die der herrschenden Ordnung keineswegs in kompromissloser Feindseligkeit gegenüberstand. Zwar erwartete man das Ende des Kapitalismus, richtete sich aber in ihm ein, solange es ihn gab.

Eine neue soziale Gruppe von unsicherem Status und Selbstgefühl waren die Angestellten. Hinsichtlich ihrer Entlohnung vom Facharbeiter nicht allzu weit entfernt, betrachteten sich diese „Handlungsgehilfen", Buchhalter oder Sekretärinnen, die sich die Hände nicht schmutzig machen mussten und in bürgerlicher Kleidung auftraten (daher in Amerika *white-collar workers* genannt), als etwas Besseres. Dieser „neue Mittelstand", der die Angestellten sowohl in den Kontoren der Wirtschaft als auch auf den Ämtern des staatlichen und kommunalen Verwaltungsdienstes umfasste, machte kurz vor dem Ersten Weltkrieg etwa sieben Prozent der Erwerbstätigen aus. Damals gab es neben zwei Millionen Angestellten 14 Millionen Lohnarbeiter.

Das schnelle Anwachsen der Zahl der weiblichen wie männlichen Angestellten ist ein Indiz für die Ausdehnung der verwaltenden Staatstätigkeit. Dass nun ein Heer von Verkäufern entstand, geht wiederum auf das Auftreten von Warenhäusern in den großen Städten zurück. Denn das Kaiserreich sah auch die Anfänge einer massenhaften Konsumkultur. Kaufhäuser präsentierten ein Universum der Warenwelt, wie es bis dahin niemals unter einem Dach zusammengefasst worden war. Sie vertrieben fabrikmäßig hergestellte Konfektionsware, die in Konkurrenz zu den Erzeugnissen von Handwerksbetrieben trat. In „Kolonialwarenläden" wurden als besondere Attraktionen Konsumgüter aus Übersee feilgeboten. Sie trugen das Exotische in deutsche Wohnstuben hinein, wie es in den Großstädten auch in zoologischen Gärten, Völkerschauen mit lebenden „Wilden" und ethnologischen Museen zu bestaunen war. In bürgerlichen Salons wurde der Orient, repräsentiert durch den „Perserteppich", nun geradezu zu einer Mode. Deutschland, obwohl nur eine nachrangige Kolonialmacht, konsumierte die große weite Welt.

Die Einheit deutscher Kultur

Bei einem Überblick über die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts auf Österreich zu verzichten, wäre für die Zeit des Deutschen Bundes problematisch; für die Zeit danach ist

akg-images

Die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn pflegt ihre multikulturelle Sonderidentität und bleibt gleichzeitig Deutschland politisch und kulturell eng verbunden. Kaiser Wilhelm II. und Kaiser Franz Joseph I. in Budapest 1897

ullstein bild – Heritage Images / The Print Collector

Wien ist um die Jahrhundertwende die Kulturhauptstadt Europas, Anziehungspunkt und Wirkungsstätte namhafter Wissenschaftler und Künstler. Der Graben, eine exklusive Einkaufsstraße der Stadt, um 1899

es unter Historikern üblich geworden. Kulturgeschichtlich lässt es sich allerdings nicht rechtfertigen.

Nach dem Sieg der „kleindeutschen" Nationslösung auf dem Schlachtfeld von Königgrätz 1866 reformierte sich die Habsburgermonarchie. Sie gab sich eine neue Verfassungsform. Das Habsburgerreich, in dem die Sprachgruppe der Deutschen 1910 weniger als ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachte, wurde dezentraler organisiert. Das Ziel einer gesamtstaatlichen Dominanz der deutschsprachigen Minderheit war endgültig unrealistisch geworden. Anders als die zum Nationalstaat erweiterte Hohenzollernmonarchie schlug die Habsburgermonarchie nicht den Weg zu einer stärkeren Integration ein. Auf eine Germanisierung der nicht-deutschen Reichsteile (die auch kaum hätte realisiert werden können) wurde verzichtet. Es gab noch nicht einmal ein gesamtstaatliches Parlament.

In bewusster Abgrenzung zu Deutschland bildete sich im späten Habsburgerreich eine Art von Sondermentalität heraus. Man pflegte einen Stolz auf die habsburgischen Traditionen und den multikulturellen Kosmopolitismus des Reiches und verspürte auch unter Deutsch-Österreichern kaum einen Drang zur politischen Vereinigung mit dem Norden. In der Literatur wurde ein gewisser morbider Ton der Dekadenz und des Untergangs vernehmbar. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch die andere Seite dieses Bildes: die Nähe zwischen Deutschland und Österreich. Sie war zunächst eine politische Nähe, denn die Donaumonarchie blieb bis zum bitteren Ende ein Juniorpartner des Deutschen Reiches. In der Julikrise, die 1914 in den Ersten Weltkrieg mündete, spielten Militär und Politik in Österreich eine besonders aggressive und verhängnisvolle Rolle.

Noch auffälliger ist eine Einheit der deutschsprachigen Kultur, die erst nach der Gründung der Republik Österreich 1918 in den Hintergrund trat. Wien blieb eines der großen Zentren der deutschen Kultur, vielleicht noch strahlender als die anderen großen Zentren: Berlin, München, Leipzig oder Zürich. Österreich, Deutschland und die Deutschschweiz bildeten einen gemeinsamen kulturellen Markt. Bücher, die dort irgendwo veröffentlicht wurden, waren überall zu bekommen. Österreichische Künstler wurden an deutschen Theatern oder Opernhäusern engagiert, Professoren aus Deutschland nach Wien oder Prag berufen. In diesem kulturellen Betrieb spielte Wien eine Sonderrolle. Es bildete mehr noch als Berlin oder München eine kulturelle Insel in einer stark ländlich geprägten Umgebung. Auch war es die einzige Großstadt im Habsburgerreich mit einem zahlenmäßig umfangreichen, an Kultur interessierten Bürgertum, in dem jüdische Familien eine ungewöhnlich große Rolle spielten. Wien hatte eine glorreiche Tradition zu bewahren, vor allem in der Musik. Diese Tradition Haydns und Mozarts, Beethovens und Schuberts wurde nicht einfach nur gepflegt. Sie wurde auf dem höchstmöglichen Niveau des Komponierens weitergeführt, vor allem bei dem aus Hamburg stammenden, seit 1875 dauerhaft in Wien ansässigen Johannes Brahms (1833-1897) und dem in Mähren geborenen Gustav Mahler (1860-1911), der zwischen 1897 und 1907 als Hofoperndirektor eine zentrale Stellung im Wiener Kulturleben innehatte. Der jüngere Arnold Schönberg (1874-1951) konnte kurz vor der Jahrhundertwende als Komponist in der Metropole Fuß fassen. Mit seinem Schülerkreis wurde er schon vor dem Ersten Weltkrieg zu einem radikalen Erneuerer der musikalischen Sprache. Das Wien der Jahrhundertwende war auch in anderer Hinsicht die Kulturhauptstadt Europas. Hier entwickelte der Nervenarzt Sigmund Freud (1856-1939) die Psychoanalyse. Auch in der Philosophie (wo die Ansätze der Vorkriegszeit in den 1920er-Jahren ausreiften) und der Malerei genoss Wien einen europaweiten Ruf. Vielseitig begabte Schriftsteller wie der Lyriker und Dramatiker Hugo von Hofmannsthal (1874-1929) oder der Essayist und Satiriker Karl Kraus (1874-1936) gehörten zu den wichtigsten Vertretern der deutschsprachigen Literatur der Epoche.

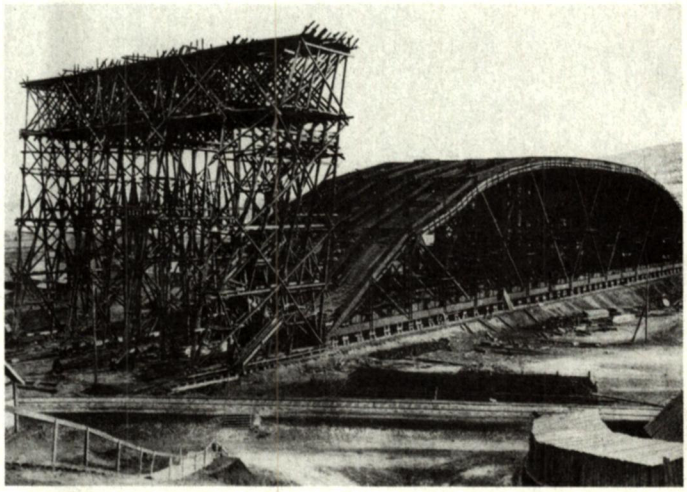
Es ist ein Paradox, dass zu einer Zeit des aufschäumenden öffentlichen Nationalismus die Kultur im Deutschen Reich kaum nationalistisch geprägt war. Versuche, eine „deutsche" Musik und bildende Kunst zu schaffen, führten nicht weit. Selbst der 1883 verstorbene Richard Wagner, ein Mann von nationalistischer und antisemitischer Gesinnung, eignete sich nicht als Rollenmodell, da seine Musik in ganz Europa Bewunderung fand. Die deutschen Dichter und Schriftsteller sahen sich selbst in gesamteuropäischen Zusammenhängen. Der wissenschaftliche Austausch über Grenzen hinweg war intensiv, trotz einer gewissen Rivalität zwischen den Wissenschaftskulturen. Deutsch stand als Wissenschaftssprache gleichberechtigt neben Französisch und Englisch. All dies verhielt sich widersprüchlich zur politischen Lage auf einem Kontinent, auf dem industrialisierte Großmächte gegeneinander rüsteten.

Europa 1880-1914

Wirtschaftliche Dynamik und gesellschaftliche Differenzierung

Viele der allgemeinen Tendenzen, die sich in Deutschland erkennen lassen, charakterisieren die Entwicklung des europäischen Kontinents insgesamt. Sie waren regional unterschiedlich ausgeprägt. Während der letzten drei Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg wurden sämtliche Länder Europas in eine wirtschaftliche Wachstumsdynamik hineingezogen, die in der Geschichte ohne Beispiel war. Die statistisch erfassbaren Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung waren in Deutschland, der Schweiz, Frankreich und den skandinavischen Ländern am höchsten. Großbritannien fiel gegenüber dieser Gruppe ein wenig zurück; wegen seines hohen Ausgangsniveaus machte sich dies in der Praxis allerdings kaum bemerkbar. Die Schlusslichter waren Italien, Spanien, Portugal und die Balkanländer. Der gesamte europäische Süden hatte also Mühe, den Anschluss an den wirtschaftlichen Fortschritt des Nordens zu finden. In großen Teilen dieser Länder, etwa Süditalien und ganz Spanien außerhalb Kataloniens und des Baskenlandes, war von Industrialisierung kaum etwas zu spüren. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigen lag bei 60 Prozent und mehr, während er in den entwickelten Ökonomien des Nordens inzwischen auf weniger als 30 Prozent gesunken war, in Großbritannien sogar auf unter 10 Prozent. Aus unterschiedlichen Gründen war die Landwirtschaft im Süden wenig produktiv. Dort, wo ein Agrarsystem kleinbäuerlicher Einzelwirtschaft vorherrschte, diente die Produktion vorwiegend der Selbstversorgung und nur zu einem kleinen Teil dem Erlös von Gewinnen auf dem Markt. Großbetriebliche Landwirtschaft konnte (etwa in England, Osteuropa oder in den USA) durchaus beträchtliche Wachstumsraten erzielen. Sie konnte aber auch eine bloße Rentenwirtschaft sein, bei der der Großgrundbesitzer von seinen Pächtern hohe Abgaben kassierte, ohne sich um die Verbesserung des Betriebs zu kümmern. Dies war in den wirtschaftlich rückständigen Regionen des Südens oft der Fall.

Ein ökonomischer Aufsteiger war das Zarenreich. Seine Wirtschaft war sehr lange fast ausschließlich agrarisch gewesen. Um 1860 lag das Volkseinkommen im russischen Teil des Imperiums bei etwa einem Viertel des britischen. Auch kurz vor dem Ersten Weltkrieg war Russland noch primär ein Agrarland, wo drei Viertel der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt waren. Das Bevölkerungswachstum war außergewöhnlich hoch, so dass sich die Einkommen pro Kopf der Bevölkerung gegenüber 1860 nicht dramatisch gesteigert hatten. Es waren aber in und um Moskau, im russisch beherrschten Polen und im ukrainischen Donez-Becken kleine, leistungsfähige Industrie- und Bergbau-Enklaven entstanden. Seit den 1880er-Jahren trieb die russische Regierung die Industrialisierung energisch voran, holte ausländisches Kapital ins Land und finanzierte damit den Ausbau der Eisenbahnen; so wurde zwischen 1891 und 1916 die Transsibirische Eisenbahn



ullstein bild – Archiv Gerstenberg

Die Transsibirische Eisenbahn, die längste durchgehende Eisenbahnverbindung der Welt, wurde ab 1891 erbaut, um Sibirien zu erschließen und den Handel mit China zu fördern. Bauabschnitt über den Fluss Jenissei

gebaut, die der wirtschaftlichen Erschließung Sibiriens und des Fernen Ostens dienen sollte. Als Ergebnis dieser Anstrengungen war Russland am Vorabend des Ersten Weltkriegs hinter Deutschland und Großbritannien und weit vor Frankreich zur drittgrößten Wirtschaftsmacht Europas geworden.

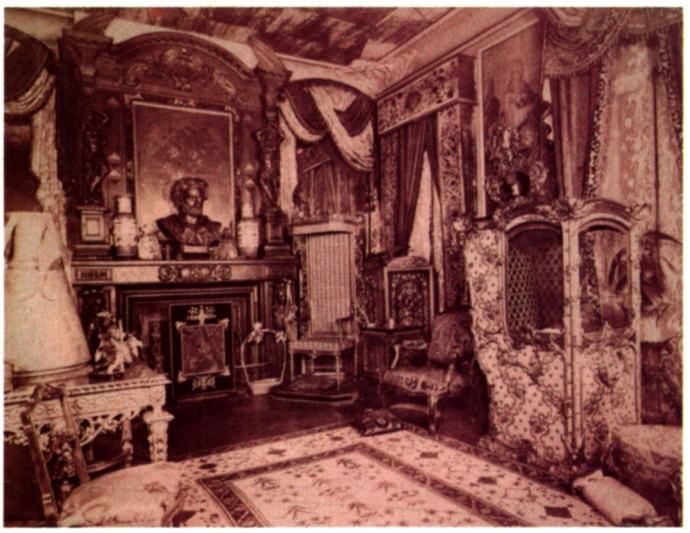
Vor dem Ersten Weltkrieg waren in Europa bereits die Anfänge von Entwicklungen erkennbar, die sich im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts verstärken sollten. Dazu gehörte der Ausbau des „tertiären Sektors", also der Bereich von Dienstleistungen aller Art. Die Niederlande zum Beispiel verzichteten (anders als Belgien) auf eine starke Industrie und knüpften an ihre alten Handelstraditionen an. Ansonsten stand Europa im Bann der Industrie. Sie wurde allgemein als Symbol des Fortschritts und Motor des Wohlstands angesehen. Eine weitere neue Tendenz war die Nutzung von Erdöl in Ergänzung zur Kohle. 1886 wurden die ersten Automobile konstruiert, wenige Jahre später begann die fabrikmäßige Produktion des neuen Fahrzeugs. 1914 rollten bereits zwei Millionen Automobile auf Europas Straßen. Die technischen Grundlagen für das Motorflugzeug wurden kurz nach der Jahrhundertwende gelegt. Bereits 1912 richtete das britische Militär ein Fliegerkorps ein. Gleichzeitig kamen die ersten mit Öl betriebenen Schiffe zum Einsatz. Erst nach dem Krieg wurde die Motorenindustrie zu einer zentralen Triebkraft der Industrialisierung.

Dort, wo die europäische Wirtschaft bereits übermächtig von der Industrie geprägt wurde und wo die Arbeiterschaft vielfach das extreme Elend der Frühindustrialisierung hinter sich ließ, war man dennoch von einer spannungsarmen und komfortablen „Industriegesellschaft", wie sie sich in Westeuropa in den 1950er-Jahren herausbilden sollte, weit entfernt. Vor allem drei soziale Krisenfelder blieben. Erstens war die Wohnsituation der handarbeitenden Bevölkerung nur dort erträglich, wo ausnahmsweise patriarchalisch denkende Unternehmer eigene Arbeitersiedlungen bauten (wie Krupp in Essen oder Ernst Abbe in Jena) – selbstverständlich auch eine Möglichkeit, Kontrolle über die Arbeiterschaft auszuüben. Sonst waren überall in Europa Arbeiterwohnungen überbelegt, schlecht ausgestattet und ungesund. Selbst wenn die schlimmsten Slums beseitigt wurden, traten an ihre Stelle keine staatlichen Programme des „sozialen Wohnungsbaus". Zweitens folgten viele europäische Länder nicht einmal den

deutschen Ansätzen einer Sozialversicherung. Gegen Arbeitslosigkeit gab es keine materielle Absicherung. Ein Unfall oder eine schwere Erkrankung des Brotverdieners konnte weiterhin für die Familie eine Katastrophe bedeuten. Massenhafte Altersarmut, vor allem in den Städten, blieb vor 1914 ein ungelöstes Problem. Drittens waren vor allem verheiratete Frauen in einfachen Verhältnissen einer extremen Belastung ausgesetzt. Bei nach wie vor hohen Kinderzahlen (und hoher Kindersterblichkeit), einer nur ganz rudimentären Mechanisierung der Hausarbeit und der Notwendigkeit, durch Nebenerwerb das Familienbudget aufzubessern, führten sie oft ein Leben, in dem an Feierabend und Ferien nicht zu denken war. Nur im gehobenen Bürgertum und in der Aristokratie wurde die Zeit um 1900 ihrem Namen als *Belle Époque* gerecht. Ein Spaziergang durch ein beliebiges Villenviertel einer deutschen Stadt zeigt, dass die Jahre unmittelbar nach 1900 die große Boomperiode des luxuriösen Wohnungsbaus waren. Damals wurde die Oberschicht um eine weitere Gruppe ergänzt: Manager oder „leitende Angestellte" großer Firmen, denen das Unternehmen selbst nicht gehörte, deren hohe Gehälter ihnen aber den Lebensstil des wohlhabenden Wirtschaftsbürgertums ermöglichten.

ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Das Aufkommen des Automobils mit seinem erdölbetriebenen Motor fördert die individuelle Mobilität. Carl und Klara Benz in einem Benz-Victoria-Wagen 1894



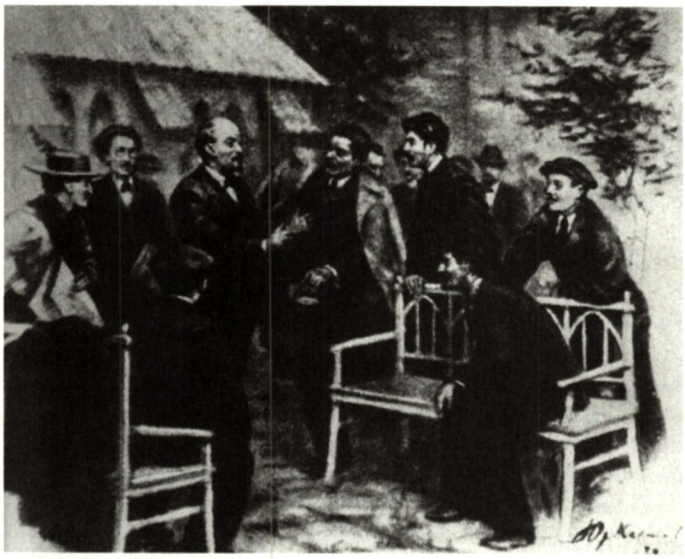
akg-images

Die Stadtwohnungen des gehobenen Bürgertums verkörpern den Geist der „Belle Époque". Stadtwohnung des Schriftstellers Emile Zola um 1895

Zeittafel – Soziale Frage (Auswahl)

1776	*Deklaration der Menschenrechte in der Unabhängigkeitserklärung der englischen Kolonien in Amerika*
1789	*Beginn der Französischen Revolution*
	Aufhebung der Steuerfreiheit des Adels und des Klerus, der Frondienste der Bauern und der Zünfte
	Deklaration der Menschenrechte in Frankreich, Auflösung der ständischen Ordnung
1807-12	*Reformen in Preußen: Bauernbefreiung, städtische Selbstverwaltung, Gewerbefreiheit*
1824/25	*Aufhebung von Koalitionsverboten und Entwicklung der Gewerkschaften in England*
1831/34	*Weberaufstände in Lyon*
1832	*Wahlrechtsreform mit Ausweitung des Wahlrechts auf begüterte bürgerliche Schichten in England*
1833	*Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit in England*
1836	*Bund der Gerechten, ein Vorgänger der späteren sozialistischen und kommunistischen Parteien unter Führung Wilhelm Weitlings*
1838	*Veröffentlichung der Volkscharta „People's Charter" in England*
1839	*Einschränkung der Kinderarbeit in Preußen*
1842	*Bergwerksgesetz für Kinder- und Frauenarbeit in England*
1844	*Gründung der Konsumgenossenschaften in Rochdale, England*
1846	*Katholischer Gesellenverein unter Führung Adolph Kolpings*
1847	*Zehnstundentag in England*
1847	*Bund der Kommunisten in Deutschland*
1848	*Kommunistisches Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels*
	Revolution in Paris und Juniaufstand Pariser Arbeiter
	Revolution in Berlin und Wien
	Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung – Kongress in Berlin unter Führung Stephan Borns
1861	*Abschaffung der Leibeigenschaft in Russland*
1863	*Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein unter Führung Ferdinand Lassalles*
1867/84	*Erneute Wahlrechtsreformen in England: Ausweitung des Wahlrechts auf Arbeiter*
1867	*Erste Internationale Arbeiterassoziation mit wachsendem Einfluss von Karl Marx in Frankreich*
1869	*Gewerbefreiheit im Norddeutschen Bund*
	Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht in Eisenach
	Gründung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine
1871	*Pariser Kommune*
1875	*Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in Gotha, Vereinigung der Lassalleaner und Eisenacher*
1878-90	*Sozialistengesetz in Deutschland*
1883	*Krankenversicherungsgesetz in Deutschland*
1884	*Unfallversicherung in Deutschland*
1884	*Legalisierung der Gewerkschaften in Frankreich*
1889	*Alters- und Invalidenversicherung in Deutschland*
1890	*Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften unter Leitung Carl Legiens in Deutschland*
1891	*Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*
1899	*Kongress der Christlichen Gewerkschaften in Mainz*
1900	*Entstehung der Labour Party in England*
1903	*Verbot der Kinderarbeit in Deutschland*
1905	*Revolution in Russland*
1908	*Zehnstundentag in Deutschland*
1911	*Angestelltenversicherung in Deutschland*

Neue politische Orientierungen



ullstein bild

Staatliche Repression führt zu Radikalisierung: 1903 spaltet sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands in Bolschewiki und Menschewiki. Lenin, 3.v.li, Führer der Bolschewiki, hier 1907

Der schnelle gesellschaftliche Wandel und die Ausbreitung europäischer Herrschaft über die Erde ließen auch Mentalitäten, Weltsichten und Versuche, die Gegenwart theoretisch zu fassen, nicht unberührt. Eine neue Wissenschaft, die Soziologie, wie sie in Frankreich Émile Durkheim und in Deutschland Max Weber (1864-1920) und Georg Simmel (1858-1918) begründeten, unternahm eine systematische Analyse der „modernen" Gesellschaft und ihrer historischen Voraussetzungen. Durkheim fragte danach, was eine Gesellschaft zusammenhält. Weber interessierte sich universalhistorisch für den Zusammenhang zwischen Weltbildern, Institutionen und Formen menschlichen Handelns. Simmel war ein feinfühliger Diagnostiker des menschlichen Zusammenlebens in den großen Städten der Gegenwart. Die Ökonomie wurde um die Jahrhundertwende zu einer Wissenschaft von den Gesetzmäßigkeiten des Marktes, von wirtschaftlichem Gleichgewicht und seiner Dynamisierung zu Wachstum. Die Historiker hatten mit der nationalen Entwicklung der einzelnen europäischen Staaten ihr großes Thema gefunden, erweiterten ihren Blick aber zunehmend von der Politik auf die Kultur. Die neue Wissenschaft der Ethnologie oder Völkerkunde befasste sich mit den „Naturvölkern" oder „Primitiven", die man in den eigenen Kolonien studieren konnte.

Wissen wurde nicht länger nur angehäuft und systematisiert wie in einer früheren Zeit des „Positivismus". Es wurde zunehmend auch kritisch nutzbar gemacht. Nach dem Tod von Karl Marx 1883 wurde seine Kritik des Kapitalismus zur herrschenden Lehre der europäischen Arbeiterbewegung. Dabei machten sich Richtungsunterschiede bemerkbar, die schon im Denken von Marx angelegt waren. Während die eine Strömung sich auf die Prognose eines unvermeidlichen Zusammenbruchs des Kapitalismus aus dem Wirken seiner eigenen Widersprüche heraus verließ, griffen andere Marxisten auf die Lehre des Meisters vom Klassenkampf zurück. Nach ihrer Sicht musste das Ende des Kapitalismus durch revolutionäre Aktion beschleunigt werden. Die nationalen sozialistischen Bewegungen, auch im Innern uneins, unterschieden sich zunehmend nach dieser gewissermaßen geschichtsphilosophischen Haltung. In Spanien entstand eine große Nähe zwischen Sozialismus und Anarchismus, einer Lehre, die jeder Staatlichkeit misstraute. In Frankreich behauptete sich ein eher unpolitischer Sozialismus, der weniger die nationale Machtübernahme als die Organisation des Wirtschaftslebens in egalitären Genossenschaften anstrebte. Erst recht pragmatisch eingestellt war die britische Arbeiterbewegung, die keine Utopien verfolgte, sondern konkrete Verbesserungen der materiellen Situation der arbeitenden Bevölkerung im Auge hatte. Die deutsche Sozialdemokratie hielt lange an einem rhetorischen Marxismus fest, der mit seinem verbalen Radikalismus in einem gewissen Gegensatz zur allmählichen Annäherung der Arbeiterbewegung an die wilhelminische Ordnung stand. Unter dem Etikett des „Revisionismus" vollzogen aber große Teile der Sozialdemokratie eine pragmatische Wende weg von revolutionären Zielen und hin zu Reformen innerhalb des bestehenden politischen und gesellschaftlichen Systems.

Ganz anders stellte sich die Lage dort dar, wo linke politische Bewegungen polizeistaatlich unterdrückt wurden und nur im Untergrund oder aus dem Exil wirken konnten. Hier war eine Radikalisierung der Ziele und Methoden unvermeidlich. Das wichtigste Beispiel dafür war das Zarenreich. Die 1883 gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands spaltete sich auf einem Exilparteitag, der 1903 in Brüssel stattfand. Die Mehrheitsgruppe (wörtlich „Bolschewiki"), in der Vladimir Iljitsch Uljanov, genannt „Lenin" (1870-1924), die dominierende Figur war, votierte für den gewaltsamen Sturz der Zarenherrschaft durch eine Kaderpartei von kampferprobten „Berufsrevolutionären". Dies war eine Weiterentwicklung des Marxismus, die in der westeuropäischen Linken nur geringe Resonanz fand. Sozialismus und Sozialdemokratie gehörten am Vorabend des Weltkriegs zur politischen Szenerie von Ländern wie Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Österreich. Wie sich nach Kriegsausbruch 1914 zeigen sollte, stellten viele Sozialisten ihr patriotisches Pflichtgefühl über das lange propagierte Ideal der internationalen Brüderlichkeit.

Nationalismus unterschiedlicher Schärfe war überhaupt ein verbindendes Element unter den verschiedenen politischen Strömungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Der Liberalismus war vielerorts, besonders ausgeprägt in Deutschland, zu einem nationalen Liberalismus geworden, der durch bürgerliche Reformen den Nationalstaat zu stärken beabsichtigte. Seine herrschaftskritische Spitze hatte er weitgehend verloren. Auch die Liberalen – und sogar viele Sozialisten – waren Verteidiger des Imperialismus. Sie fanden es selbstverständlich, dass der „weiße Mann" zur Herrschaft über die „farbige Welt" berufen sei und dass eine solche Herrschaft auch ein Glück für die Kolonisierten darstelle, die auf diese Weise „zivilisiert" würden. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums ging es nun nicht länger wie bei früheren Formen konservativen Denkens um die Verteidigung von Kirche, Monarchie und Grundbesitzerinteressen. Neue Strömungen kamen auf, die einen „integralen" oder „völkischen" Nationalismus propagierten. Die eigene Nation einschließlich der Angehörigen außerhalb der Landesgrenzen wurde „rassisch" über alle anderen Völker gestellt. Minderheiten wie Juden oder Einwanderer aus dem Ausland sollten aus diesem Nationalverband ausgeschlossen bleiben.

ullstein bild – Heritage Images / Jewish Chronicle

Im Zuge des verstärkten Nationalismus wird Antisemitismus zu einem tragenden Bestandteil rechtskonservativer Weltbilder. In Russland kommt es in den 1880er-Jahren zu Pogromen. Zerstörte Thorarollen 1881

Nun wurde Antisemitismus zu einem tragenden Bestandteil rechtskonservativer Weltbilder. Am wenigsten war dies in Großbritannien der Fall. Auf dem Kontinent hingegen kam seit den 1860er-Jahren eine antisemitische Literatur in Umlauf, die an ältere anti-jüdische Stereotype anknüpfte, aber den Juden nicht länger ihren Mangel an Anpassung an ihre christliche Umwelt vorwarf, sondern im Gegenteil ihre erfolgreiche Integration in die Gesellschaft. In pseudowissenschaftlichen Verschwörungsfantasien wurden Juden zu gut getarnten „inneren Feinden" stilisiert, die auch durch die christliche Taufe nichts von ihrer „Fremdheit" verlören. In Frankreich trugen in der Dreyfus-Affäre (1896-99) die Gegner des Antisemitismus einen juristischen und moralischen Sieg von großer Tragweite davon. Kein vergleichbarer Skandal stoppte den Antisemitismus in Deutschland. Allerdings gewann er vor 1914 noch keinen wirklich gewichtigen Einfluss auf die Politik des Reiches. Er blieb eine allgegenwärtige diskriminierende Stimmung. Ein besonders radikales antisemitisches Milieu braute sich in Österreich zusammen. Die gewalttätigste Judenfeindschaft entwickelte sich jedoch seit den 1880er-Jahren im Zarenreich, wo mehrere Wellen von Pogromen stattfanden.

Antisemitismus in der Kaiserzeit

Die Gründerjahre des Kaiserreichs waren begleitet von einer neuen Welle des Antisemitismus. Der Schock des Börsenkrachs von 1873 saß tief; bei der Suche nach den Verantwortlichen verfiel man auf die Juden, die als „Handlanger des internationalen Finanzkapitals" galten. Sie wurden zu Sündenböcken gemacht für alle nachteiligen Folgen, die mit dem beschleunigten gesellschaftlichen und kulturellen Wandel verbunden waren. Vom älteren, religiös motivierten Judenhass unterschied sich der „moderne" Antisemitismus dadurch, dass er der jüdischen Minderheit bestimmte, als unveränderbar geltende rassische Attribute zuschrieb, die sie angeblich zu einem „Fremdkörper" in der gerade geeinten deutschen Nation machten. Die Juden seien und blieben „ein Volk im Volke, ein Staat im Staat, ein Stamm für sich unter einer fremden Rasse", erklärte der Hofprediger Adolf Stoecker auf einer Versammlung im September 1879. Führen sie fort, „die Kapitalskraft wie die Macht der Presse zum Ruin der Nation zu verwenden", so sei „eine Katastrophe zuletzt unausbleiblich".

[...] Noch unheilvoller war die Wirkung des Historikers Heinrich von Treitschke. [...] [E]r prägte in diesem Zusammenhang jenen Satz, der zur Parole aller Antisemiten in Deutschland werden sollte. „Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf ... ertönt es heute wie aus einem Munde: Die Juden sind unser Unglück." Treitschke trug entscheidend dazu bei, den Antisemitismus im Bildungsbürgertum gesellschaftsfähig zu machen. Besonders unter Studenten waren judenfeindliche Einstellungen verbreitet.

Seit Ende der siebziger Jahre gab es im Kaiserreich mehrere Parteien und Organisationen, die den Antisemitismus auf ihre Fahne schrieben. Zu ihren wichtigsten Programmpunkten gehörten die Aufhebung der Judenemanzipation, also der rechtlichen Gleichstellung der Juden, das Verbot jeglicher Zuwanderung von Juden aus Osteuropa sowie die Beschränkung des Zugangs zu bestimmten Berufen, in denen Juden nach Ansicht der Antisemiten überrepräsentiert waren. Auf der politischen Bühne spielten die radikalen Antisemitenparteien kaum eine Rolle; ihr Einfluss war seit den neunziger Jahren rückläufig. Dennoch sorgte ihre Agitation dafür, die angebliche „Judenfrage" im öffentlichen Bewusstsein wach zu halten.

Obwohl die rechtliche Gleichstellung der Juden im Kaiserreich niemals ernsthaft gefährdet war, kam es doch zu zahlreichen Diskriminierungen. „In den Jugendjahren eines jeden deutschen Juden", bemerkte Walther Rathenau, der Chef der AEG, 1911, „gibt es einen schmerzlichen Augenblick, an den er sich zeitlebens erinnert: wenn ihm zum ersten Male voll bewusst wird, dass er als Bürger zweiter Klasse in die Welt getreten ist, und dass kein Verdienst ihn aus dieser Lage befreien kann." Besonders drastisch trat die Zurücksetzung im Offizierskorps zutage. Es gab unter den Offizieren im preußischen Heer nicht einen einzigen Juden, und auch von dem begehrten Erwerb des Reserveoffiziers-Patents blieben Juden seit den achtziger Jahren ausgeschlossen.

Ein offener oder unterschwelliger Antisemitismus prägte auch den alltäglichen Umgang mit Juden. Auf Postkarten, in Karikaturen und Versen wurden ihnen bestimmte als „typisch jüdisch" geltende Merkmale, etwa die Hakennase, zugeschrieben. Ebenso wurden jüdische Nachnamen wie Cohn oder Itzig zur Zielscheibe bösartiger Spottlust. [...]

Allerdings gab es von Anfang an auch Versuche von jüdischer wie von nichtjüdischer Seite, den Antisemitismus zu bekämpfen. An der Berliner Universität trat besonders der Althistoriker Theodor Mommsen den Angriffen Treitschkes entgegen. 1890 riefen liberale Politiker und Gelehrte einen „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" ins Leben, drei Jahre später folgte die Gründung des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", der die Pflicht zur Selbstverteidigung verband mit dem Bekenntnis: „Ja, wir sind jüdischen Glaubens, und wir sind gerade so gut und gerade so schlecht wie alle anderen deutschen Staatsbürger." Doch blieb die aufklärerische Wirkung der beiden Abwehrorganisationen begrenzt. [...]

Das Gift des Antisemitismus. In: Deutsche Geschichte 1: Wie wir wurden, was wir sind. Das 19. Jh. 1789-1918, S. 226-228. Erarb. v. Dr. Volker Ullrich © Ernst Klett Verlag GmbH Stuttgart, 2012

Um 1900 war die Stimmung in Europa widersprüchlich. Einerseits nährten der zunehmende Wohlstand und die schnelle Veränderung städtischer wie ländlicher Lebenswelten Fortschrittsoptimismus und Technikbegeisterung. Andererseits hatten Kritiker seit dem Philosophen Friedrich Nietzsche (1844-1900) auf die Schattenseiten des Fortschritts hingewiesen. In ganz Europa machte sich ein Kulturpessimismus breit: ein Schwelgen in Dekadenz und Niedergang, apokalyptische Zukunftsvisionen vom „Ende der Zivilisation" und die „sozialdarwinistische" Idee, im Kampf der Nationen, Völker und „Rassen" würden die Schwächeren zugrundegehen.

Probleme nationaler und imperialer Integration

In der Zeit zwischen den 1880er-Jahren und dem Beginn des Ersten Weltkriegs erreichten eine ganze Reihe europäischer Staaten einen neuartigen Grad an innerer Einheitlichkeit. Manche internen Konflikte entschärften sich. Alle europäischen Gesellschaften waren Klassengesellschaften mit strukturellen Gegensätzen zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Diese Gegensätze hatten sich aber dort, wo wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Modernisierung wirksam wurden, abgeschwächt. Der einstweilen letzte gewaltsame Aufstand mit revolutionärer Stoßrichtung war 1871 in Paris nach drei Monaten niedergeschlagen worden. Die einzig andere größere Revolution des Zeitalters fand 1905 in Russland statt. Sie erreichte begrenzte Ziele, vor allem gewisse verfassungspolitische Zugeständnisse des Zaren, die 1907 weitgehend wieder zurückgenommen wurden. Die Abwesenheit von Revolutionen ist ein sehr grobes Kriterium für den Grad sozialer und politischer Harmonie. Sie lässt aber den Schluss zu, dass die politischen Systeme zumindest in der Mitte Europas flexibel genug waren, um jene Teile der Gesellschaft, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung an Zahl und Bedeutung zunahmen, in den politischen Prozess einzubeziehen.

Die Kluft zwischen den christlichen Konfessionen, die das frühneuzeitliche Europa innergesellschaftlich wie zwischenstaatlich entzweit hatte, war schmaler geworden, ohne verschwunden zu sein. Auf dem Balkan bildeten Katholizismus, Orthodoxie und Islam zwar ein explosives Gemisch, und in Irland trafen der katholische Glaube der Iren und der protestantische Anglikanismus der englischen Oberschicht schroff aufeinander. Doch Religion wurde seltener zum Anlass für blutige Kämpfe. Religiöse Minderheiten, auch die Juden, waren vielfach nicht nur geduldet, sondern mit vollen Staatsbürgerrechten ausgestattet worden.

Eine andere Trennlinie gewann an Bedeutung: die zwischen aggressiv auftretenden Kirchen und einem Staat, der beanspruchte, über den Religionen zu stehen. Die Katholische Kirche blieb eine respektable Macht. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten in Europa 90 Millionen Protestanten neben 173 Millionen Katholiken. Die übernational organisierte Katholische Kirche, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts straffer als zuvor auf den Heiligen Stuhl hin zentralisiert worden war, konnte sich ihrer Gläubigen weitgehend sicher sein. Sie nutzte ihre Macht, um den wachsenden Kompetenzansprüchen der Regierungen entgegenzutreten. Die Streitpunkte waren überall ähnlich: Zivilehe, kirchliches Ehesakrament, staatlicher oder kirchlicher Einfluss auf das Schulwesen, staatliche Beaufsichtigung der Klerikerausbildung und Mitwirkung bei der Besetzung geistlicher Ämter, Fragen der Besteuerung von kirchlichem Immobilienbesitz. 1864 hatte Papst Pius IX. (1792-1878)

ullstein bild – The Granger Collection

Die Karikatur des Amerikaners Thomas Nast von 1870 veranschaulicht die Problematik des Unfehlbarkeitsdogmas unter Papst Pius IX. und die damit einhergehende wachsende Kluft zwischen Katholischer Kirche und Staat.

in seinem *Syllabus errorum* die gesamte moderne Zivilisation frontal angegriffen. 1870 war das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes verkündet worden. In einer Epoche des ansteigenden Nationalismus musste die Kirche als fremde Macht erscheinen, die, von Rom aus gesteuert, ihre Mitglieder teilweise der staatlichen Souveränität zu entziehen versuchte. In dieser Lage gab es nicht nur in Deutschland „Kulturkämpfe". Selbst in rein katholischen Ländern, etwa Spanien und Portugal, verlor die Kirche wegen ihrer extrem konservativen Haltung an Zuspruch und Einfluss. Im republikanischen Frankreich und im Königreich Italien, das gegen den Widerstand und auf Kosten des Kirchenstaates geeinigt worden war, verhinderte die Tatsache einer großen katholischen Bevölkerungsmehrheit nicht den Dauerkonflikt zwischen Kirche und „laizistischem" Staat. Religion blieb also ein politisches Thema.

Auf der anderen Seite der Bilanz stehen Integrationskräfte wie die Ausweitung der Elementarschulbildung, die Expansion nationaler Öffentlichkeiten durch die Massenpresse und die Erleichterung erschwinglichen Reisens durch die Eisenbahn. Es war eine weltgeschichtliche Neuerung, dass erstmals auf einem ganzen Kontinent die allgemeine Schulpflicht und ein kostenloses Elementarschulwesen zumindest in der Theorie eingeführt wurden. In den skandinavischen Ländern, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Deutschland und Österreich war um 1910 der Analphabetismus bis auf kleine Reste verschwunden. Südeuropa (wozu im italienischen Fall nur der Süden des Stiefels gerechnet werden kann) blieb dahinter weit zurück. Primarschulen dienten dem Zweck, Staatsbürger mit elementaren Kulturtechniken

und mit Qualifikationen für die Arbeitswelt auszustatten. Sie dienten auch dadurch der nationalen Integration, dass sie eine einheitliche Nationalsprache vermittelten. Selbst in dem kulturell ungewöhnlich einheitlichen Frankreich war erst gegen Ende des Jahrhunderts das Hochfranzösisch als allgemeines Verständigungsmedium durchgesetzt.

Die Herrscher von Imperien erkannten, dass Kommunikation dem Zusammenhalt ihrer Reiche zugute kam. Andererseits leisteten die Untertanen gegen eine solche Homogenisierungspolitik nicht selten Widerstand. In Irland, das seit 1801 zum Vereinigten Königreich gehörte, aber in vieler Hinsicht quasi-kolonial dominiert wurde, pflegten Nationalisten das Gälische und die keltische Kultur. Auf die Einführung russischsprachiger Elementarschulen in Polen reagierten die Katholische Kirche und die „Zivilgesellschaft" mit dem Aufbau einer „Untergrundwelt" von illegalen polnischen Schulen, die etwa ein Drittel der polnischen Familien erfasste und der vor allem Bauern ihre Lese- und Schreibkenntnisse verdankten.

Während die Nationalstaaten trotz aller Schwierigkeiten ihren inneren Zusammenhalt stärken konnten, hatten die politischen Zentren in den drei östlichen Vielvölkerreichen mit steigenden Integrationsproblemen zu kämpfen. Das Osmanische Reich befand sich seit etwa 1700 auf dem territorialen Rückzug. Um 1900 kontrollierte der Sultan nur noch Kleinasien, Armenien, Mesopotamien, die Levante, die Ostküste des Roten Meeres und den südlichen Balkan. Bis 1914 waren die Gebiete auf dem europäischen Kontinent bis auf Istanbul und sein Hinterland verloren. Die Habsburgermonarchie bewahrte ihre Grenzen, ja, erweiterte sie 1908 durch die Annexion Bosniens; das Zarenreich dehnte sich in Asien weiter aus. Dennoch befanden sich alle drei in einem ähnlichen imperialen Dilemma. In der modernen Welt genügte es nicht mehr, ein großes Reich durch die Loyalität regionaler Führungsschichten zum Kaiser in der Hauptstadt zusammenzuhalten. Eisenbahnbau, Industrialisierung (wie begrenzt auch immer) und die Ideologie des Nationalismus, die auf politischer Autonomie für einzelne Sprachgruppen beharrte, kamen destabilisierend hinzu. Je energischer eine imperiale Zentralregierung durch Reformen, die übrigens oft mit Steuererhöhungen verbunden waren, ihr Reich modernisieren und damit überlebensfähig machen wollte, desto größer wurden die Widerstände in den Provinzen und inneren Kolonien.

Mächtekonflikte und Rüstungswettlauf

Der Krieg, der mit der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers am 28. Juni 1914 in Sarajevo sein auslösendes Moment fand und der ab dem 4. August ein Krieg war, an dem sich erstmals seit 100 Jahren sämtliche europäischen Großmächte beteiligten, brach in Europa aus. Koloniale Spannungen in Asien und Afrika spielten in seiner unmittelbaren Entstehungsgeschichte keine ausschlaggebende Rolle. Der Krieg war deshalb von Anfang an ein „Welt"-Krieg, weil das *British Empire* als Ganzes in ihn involviert war, Großbritannien also mit der Unterstützung durch die an Ressourcen reichen *Dominions* rechnen konnte. Indem Japan, das Osmanische Reich und 1917 schließlich auch die USA in ihn eintraten, wurde der Krieg Schritt für Schritt immer globaler. Seine Ursachen lagen in Europa. Sie können hier nur angedeutet werden.

ullstein bild – Heritage Images / Ann Ronan Pictures

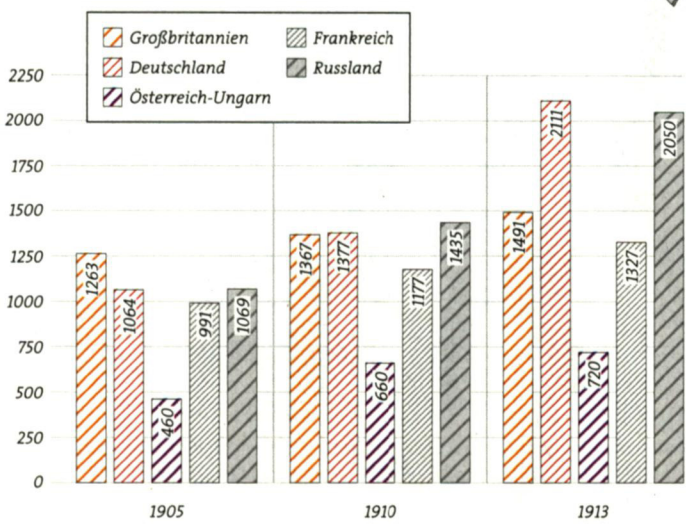
Nach den tödlichen Schüssen auf den österreichischen Thronfolger und seine Frau am 28. Juni 1914 wird der serbische Nationalist Gavrilo Princip in Sarajevo festgenommen. Das Attentat löst den Ersten Weltkrieg aus.

Die seit jeher strittige „Kriegsschuldfrage" lässt sich extrem vereinfacht so beantworten: Keine der Großmächte war „unschuldig", und die Bereitschaft, einen gesamteuropäischen Krieg zu riskieren, war in Wien und Berlin besonders groß. Nur wenige Menschen in Europa ahnten vor dem Sommer 1914, wie fürchterlich ein allgemeiner europäischer Krieg werden würde. Andererseits wiegten sich nur Träumer in der Illusion, er würde sich bereits nach wenigen Wochen oder Monaten beenden lassen. Der Krieg war nicht unvermeidlich. Vieles sprach sogar kurz vor 1914 noch dafür, dass er ausbleiben könnte. Zwar gab es keine vereinbarte Weltfriedensordnung, keine politische Weltorganisation (wie sie erstmals 1919 mit dem Völkerbund, dem Vorläufer der Vereinten Nationen, entstehen sollte) und keine funktionierenden Mechanismen der Konfliktschlichtung. Doch es war den politischen und erst recht den wirtschaftlichen Eliten in allen europäischen Großmächten klar, dass die Fortsetzung von Wirtschaftswachstum und gesellschaftlichem Wandel Frieden voraussetzte. Seit 1871, als der letzte größere Krieg in Europa endete, hatte sich das internationale System als relativ wandlungsfähig und flexibel erwiesen. Krisen waren immer wieder durch Kompromisse gelöst worden. Wo lagen die Elemente der Destabilisierung?

- Erstens bestanden, durch ein Klima des allgegenwärtigen Nationalismus gefördert, Misstrauen und Verfeindung fort, etwa im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, wo beide Seiten den anderen als „Erbfeind" sahen, oder im Dauerkonflikt zwischen Österreich-Ungarn und dem Zarenreich. Chancen zu einer aktiven Vertrauensbildung, etwa im deutsch-britischen Verhältnis, blieben ungenutzt. Instrumente der Krisenprävention waren kaum entwickelt.
- Zweitens hatte die Industrialisierung auch das Militär erfasst. Die technische und industrielle Entwicklung setzte einen Rüstungswettlauf in Gang. Nach der allgemein herrschenden Auffassung benötigte ein Staat, um seine Interessen zu schützen, ein möglichst großes, mit möglichst moderner Artillerie ausgestattetes Heer (nur Großbritannien glaubte, auf eine solche Riesenarmee verzichten zu können). Zusätzlich zum Wettrüsten auf dem Lande provozierte das Deutsche Reich durch seinen Schlachtflottenbau

Rüstungsausgaben 1905-1913

Rüstungsausgaben in Millionen Mark



Putzger. Historischer Weltatlas, 103. Aufl., Berlin: Cornelsen Verlag, 2004, S. 155

Truppenstärken der europäischen Armeen bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Großbritannien	*980 000*
Deutschland	*4 500 000*
Österreich-Ungarn	*3 000 000*
Frankreich	*4 020 000*
Russland	*5 970 000*
Italien	*1 250 000*
Rumänien	*290 000*
Bulgarien	*280 000*
Griechenland	*230 000*
Türkei	*210 000*
Serbien	*200 000*

Putzger. Historischer Weltatlas, 103. Aufl., Berlin: Cornelsen Verlag, 2004, S. 155

eine Rüstungseskalation zur See, die es trotz eines enormen finanziellen Einsatzes gegenüber der dominierenden Seemacht Großbritannien nicht gewinnen konnte.

- Drittens unterlag das Militär nicht überall einer verlässlichen demokratischen Kontrolle. In Frankreich und Großbritannien war dies weitgehend der Fall. In Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland bildete das Militär indes eine von der zivilen Politik kaum zu bändigende unabhängige Macht. Es fand Unterstützung durch einen öffentlichen Militarismus, der, obwohl unterschiedlich stark ausgeprägt, in keinem der europäischen Länder fehlte. Frieden wurde damals in Europa als moralischer und politischer Wert nicht sehr hoch geschätzt. Die Friedensbewegung (der Pazifismus), prominent vertreten durch Bertha von Suttner (1843-1914), hatte so gut wie keinen Einfluss auf die aktuelle Politik.
- Viertens pflegten vor allem das Militär und seine Propagandisten die Vorstellung, aufgrund der industriellen und rüstungstechnologischen Dynamik würde sich die machtpolitische Position des eigenen Staates in näherer Zukunft verschlechtern. Chancen seien daher zu nutzen, so lange noch Zeit sei. Dies begünstigte ein Denken in Kategorien des Präventivkriegs, wie es in der deutschen Militärführung besonders stark ausgeprägt war. Nach dem Selbstverständnis der Beteiligten war eine solche Haltung defensiv, also „Vorwärtsverteidigung". Das Präventivdenken konstruierte Zeitzwänge und begünstigte die Gefahr, unkontrollierbare Dominoeffekte auszulösen, wie es dann mit einer schnellen Kette von Mobilmachungen ab dem 28. Juli 1914 auch geschehen sollte. Es hing eng zusammen mit der paranoiden Vorstellung, von Gegnern „eingekreist" zu sein oder sich durch einen „Befreiungsschlag" neuen Handlungsspielraum schaffen zu müssen.
- Fünftens verbreitete sich in den Jahren vor Kriegsbeginn in der europäischen Öffentlichkeit eine eigentümliche Stimmung, die man „heroischen Fatalismus" nennen könnte: die Überzeugung, dass in einer immer komplizierter werdenden Welt durch Krieg eine gewisse Klärung und Vereinfachung der Verhältnisse herbeizuführen sei. Besonders auf der politischen Rechten wurden manche des langweiligen zivilen Lebens müde und sehnten sich nach neuen Gelegenheiten zu heldischer Bewährung. Diese Einstellung war keineswegs allgemein verbreitet; man sollte sie nicht zu einem „kollektiven Traum vom Krieg" hochstilisieren. Immerhin jedoch machte sie Krieg denkbar. Als ab 1911 eine Reihe von Entscheidungen fielen, die den Krieg realistischer machten, fehlte in den maßgebenden Führungszirkeln – letztlich wurde über den Krieg in kleinsten Gruppen an den Staatsspitzen entschieden – und in der Öffentlichkeit die moralische Kraft zum Widerstand. Die neu auftretende Massenpresse wirkte selten als Stimme mäßigender Vernunft. Viel eher heizte sie aggressive Emotionen noch weiter auf.
- Dieser heroische Fatalismus fand, sechstens, einen besonderen Nährboden in Vorstellungen von einem „Rassenkampf", die über einen konventionellen Nationalismus hinausgingen. Französische und russische Politiker fürchteten einen expansiven „Pangermanismus", deutsche und österreichische Staatsmänner sahen einen erstarkenden „Panslawismus" am Horizont (und vermuteten russische Unterstützung hinter der Provokation Österreichs durch Serbien 1914); sogar ein „Panturkismus" wurde zuweilen als Drohung empfunden. Die öffentlichen Verkünder solcher Visionen in den verschiedenen Ländern spielten sich gegenseitig in die Hände und heizten damit ein mentales Klima an, das Krieg zunehmend denkbar machte.
- Siebtens hatte der Krieg einen konkreten Entstehungsraum, den Balkan. Hier mischten sich mehrere Faktoren, die das internationale System an die Grenze seiner Belastbarkeit trieben: der aggressive Nationalismus der kleinen Balkanvölker; die allseitige Furcht, der beschleunigte Zerfall des Osmanischen Reiches würde ein Machtvakuum schaffen, von dem andere Großmächte profitieren könnten; schließlich die Angst der habsburgischen Führung, der Zerfall, ja die Zerstörung des Osmanischen Reiches nehme das kommende Schicksal Österreich-Ungarns vorweg.

Die Welt 1880-1914

Massenauswanderung und Globalisierungsschub

Der Erste Weltkrieg war weniger eine logische Konsequenz aus dem Globalisierungsschub, der ihm vorausging, als vielmehr ein katastrophaler Einbruch in diese Entwicklung, die dann auch für längere Zeit zum Stillstand kam. Unter „Globalisierung" versteht man die gleichzeitige Zunahme von Interaktionsdichte und Interaktionsgeschwindigkeit über große Entfernungen hinweg, letztlich in planetarischem Umfang. Seit seinem Beginn im 16. Jahrhundert ist dieser Globalisierungsprozess durch eine Reihe von Schüben vorangebracht worden. Ein besonders wichtiger fand in den letzten drei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg statt. Von den technologischen Grundlagen in Verkehr und Telegrafie war bereits die Rede. In welchen anderen Formen zeigte sich die verstärkte Globalisierung um die Jahrhundertwende?

Besonders auffällig ist die immense Zunahme der interkontinentalen Migration. Kollektive Wanderungen – auch Zwangswanderungen wie der atlantische Sklavenhandel – gehören zum Bild der gesamten Neuzeit. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erreichten sie quantitativ eine neue Dimension. Große Wanderungen zu Lande fanden im Zarenreich statt. Dort war 1861 die Bindung der Bauern an die „Scholle" aufgehoben worden. Innerhalb der folgenden zehn Jahre strömten rund 13 Millionen Landbewohner in die Großstädte und Bergbaugebiete Russlands, wo in diesen Jahren die Industrialisierung begann. Umfangreicher und auffälliger waren die Atlantiküberquerungen.

Die europäische Auswanderung in die Neue Welt hatte in den 1820er-Jahren bedeutend zugenommen. Während des gesamten Zeitraums zwischen circa 1820 und 1930 (als die Weltwirtschaftskrise die Migrationsströme abbrechen ließ) überquerten 50 bis 55 Millionen Menschen den Atlantik, die meisten von ihnen, um sich in Amerika permanent anzusiedeln. Während desselben Zeitraums verließen ungefähr 42 bis 48 Millionen Inder und Südchinesen ihre dicht bevölkerten Heimatländer und suchten Arbeit in Südostasien (die Inder in Burma, die Chinesen in Indonesien), Afrika, der Karibik oder dem Westen der USA. Diese beiden Migrationssysteme, das atlantische und das asiatische, wurden in ähnlicher Weise von zwei Hauptfaktoren angetrieben: (1) der Flucht der Menschen vor Elend und – ganz besonders im Falle der jüdischen Auswanderer aus dem Zarenreich – vor Verfolgung sowie (2) den Beschäftigungsanreizen, die von boomenden Hochlohnsektoren in Übersee ausgingen.

Die Wirtschaft der USA schien für Immigranten aus Europa (besonders viele kamen nach 1870 aus Deutschland, Ost- und Südeuropa) unbegrenzt aufnahmefähig zu sein, während die USA, Kanada und Australien zu dieser Zeit Asiaten, vor allem Chinesen, durch scharfe Einwanderungsgesetze abzuwehren begannen. Die USA boten Verdienstmöglichkeiten in allen Bereichen ihrer Wirtschaft. In anderen wichtigen Einwanderungsländern wie Argentinien, Uruguay und Brasilien konzentrierten sich europäische Einwanderer in

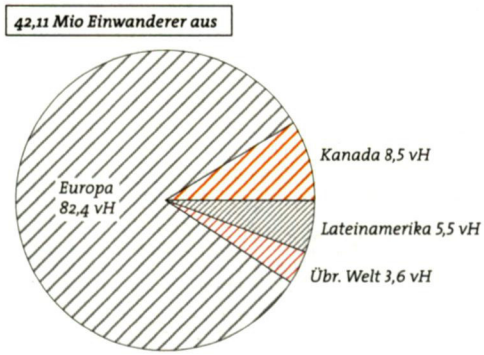
akg / historic-maps

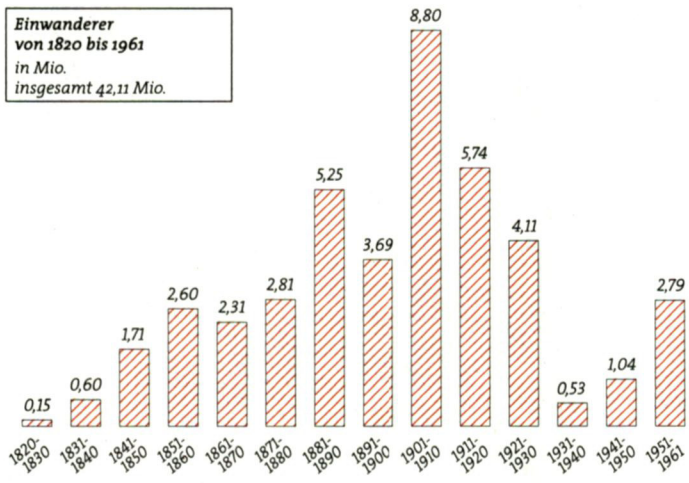
Das Plakat der Hamburg-Amerika-Linie von 1890 veranschaulicht das wachsende transatlantische Auswanderungsbegehren in die „Neue Welt". Die Durchsetzung der Dampfschifffahrt beschleunigt die Reise enorm.

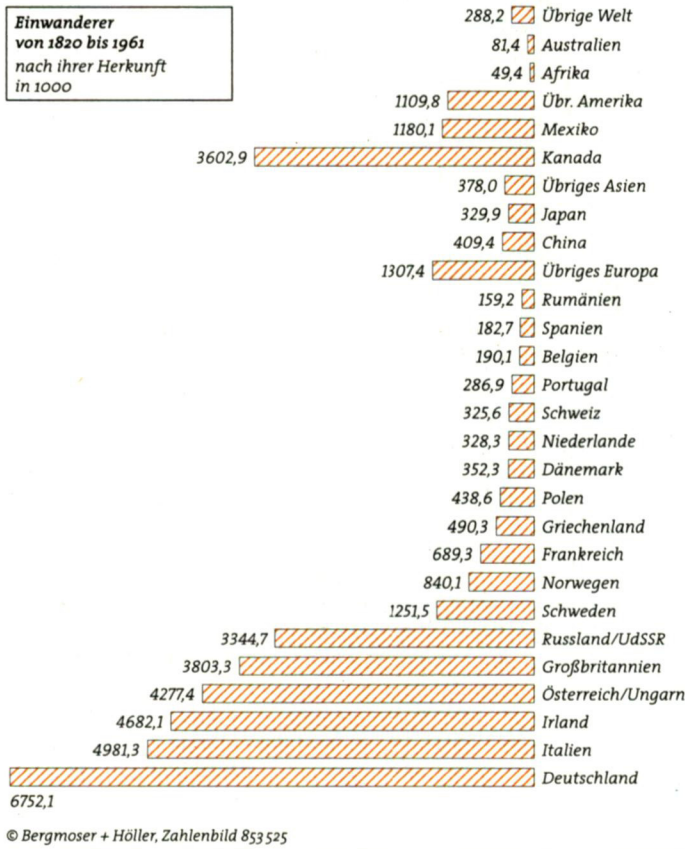
ullstein bild – histopics

In den USA bieten sich den Immigranten aus Europa scheinbar unbegrenzte Arbeitsmöglichkeiten. Das deutsche Auswandererschiff „Germania" landet im Hafen von New York.

Einwanderer in die USA von 1820 bis 1961







© Bergmoser + Höller, Zahlenbild 853525

der Landwirtschaft. Enger war der Beschäftigungsspielraum für Inder und Chinesen. Sie wurden für die harte körperliche Arbeit auf Plantagen eingesetzt, die nun in vielen Gegenden der Tropen zur Gewinnung von Exportprodukten entstanden. Chinesen spielten auch eine große Rolle beim Eisenbahnbau im Westen der USA. Die beiden Migrationssysteme unterschieden sich vor allem in zweierlei Hinsicht: Zum einen war im asiatischen System der Anteil derjenigen größer, die nach einigen Jahren in ihre Heimatländer zurückkehrten. Zum anderen war die transatlantische Migration mittlerweile vollkommen „frei", während beim sogenannten Kulihandel ein höheres Maß an Zwang ausgeübt wurde und die Lebensbedingungen der Plantagenarbeiter sich von der mittlerweile verbotenen Sklaverei nicht grundlegend unterschieden.

Die großen Wanderungen, von denen der Hauptteil nach 1880 erfolgte, führten dazu, dass riesige landwirtschaftliche Flächen neu erschlossen wurden und einige der dynamischesten Sektoren der Weltwirtschaft, zum Beispiel die Industrie der USA und die tropische Plantagenwirtschaft, jenen Zustrom an Arbeitskräften erhielten, der ihnen Wachstum garantierte. Dort, wo die Immigranten dauerhaft in ihren Gastländern blieben, stellten sich Probleme der ethnischen Integration, die ganz unterschiedlich gelöst wurden. Manchmal lebten Einwanderergruppen (durchaus auch aus freien Stücken) in geschlossenen Gemeinschaften unter sich (z. B. in *„Chinatowns"* oder in *„Little Italies"* innerhalb verschiedener amerikanischer Großstädte). Manchmal zeigte, vor allem in der zweiten Generation, der berühmte Schmelztiegel-Effekt seine Wirkung. In den USA war er insgesamt stärker als die Trennung (Segregation) der Immigranten nach Herkunftsgemeinschaften. Der absolute Höhepunkt der transatlantischen Migration wurde im Jahrzehnt zwischen 1901 und 1910 erreicht, als sich über 13 Millionen Europäer in der Neuen Welt niederließen. Solche Zahlen waren nur möglich, weil mittlerweile die Schifffahrtstarife drastisch gefallen waren und die großen Reedereien spezielle Kapazitäten für die Bewältigung des riesigen Auswandererverkehrs aufgebaut hatten.

Zu derselben Zeit erreichte auch der weltweite Warenhandel einen Höhepunkt seines Volumens und seines Werts. In welchem Maße mittlerweile ein eng verdichteter weltwirtschaftlicher Zusammenhang entstanden war, zeigte sich daran, dass sich Preisverschiebungen auf einem regionalen Teilmarkt unverzüglich auf Märkten am anderen Ende der Welt auswirkten. Die Preise glichen sich also im globalen Maßstab aneinander an. Geografisch war der Welthandel selbstverständlich ungleich verteilt. 1913 betrug Europas Anteil am Weltaußenhandel knapp zwei Drittel. Auf Asien entfielen 11 Prozent, auf Lateinamerika 7,6 Prozent, auf Afrika nur 3,7 Prozent des grenzüberschreitenden Handels. Die Kolonien bestritten also nur einen relativ kleinen Teil des internationalen Warenverkehrs. Sie exportierten zumeist landwirtschaftliche Rohstoffe sowie Mineralien (besonders wichtig: Gold und Diamanten aus Südafrika). Umgekehrt waren sie Absatzmärkte für die Erzeugnisse der europäischen und nordamerikanischen Industrie. Obwohl die USA mittlerweile zum größten Industrieproduzenten geworden waren, lagen sie auch noch im landwirtschaftlichen Export an der Spitze. Zur Ernährung der Weltbevölkerung trugen Weizenexporte aus den USA, Kanada und Argentinien entscheidend bei. Burma und Vietnam wiederum dienten als Reiskammern für große Teile Asiens.

ullstein bild – Heritage Images / The Print Collector

Die USA werden zum Ziel von Einwanderern aus aller Welt. Manche versuchen, die Lebensweise ihrer Heimat zu bewahren. Chinatown in San Francisco Ende des 19. Jahrhunderts

ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Nach 1880 teilen die Europäer Afrika unter sich auf und beuten den Kontinent aus. Berüchtigt sind die Verhältnisse im „Kongo-Freistaat", einer Privatkolonie des belgischen Königs Leopold II.. Aufseher mit Arbeitern 1899

Dass der Nordatlantik die Achse der Weltwirtschaft bildete, zeigte sich auch an den Kapitalströmen. Europäisches Kapital wurde vor allem in den USA angelegt. Es ist aber erstaunlich, wie global das Weltfinanzsystem vor dem Ersten Weltkrieg geworden war. Für europäische Sparer war es völlig normal, über ihre Banken und den weltweit führenden Londoner Kapitalmarkt ihre Ersparnisse in argentinischen Eisenbahnaktien, chinesischen Staatsanleihen oder südafrikanischen Bergbaubeteiligungen anzulegen. Das war mittlerweile leicht zu organisieren, und die Hochkonjunktur in Verbindung mit dem kolonialen Zugriff auf abhängige Ökonomien und Regierungen sicherte eine verlässliche Dividende.

Die Aufteilung Afrikas

Die erstaunlichste Veränderung der politischen Landkarte nach 1880 erfolgte durch die koloniale Besetzung Afrikas. Zwischen 1881 und 1890 geriet der größte Teil des riesigen Kontinents unter europäische Kontrolle. Mit der Verwandlung des Königreichs Marokko in ein französisches Protektorat wurde diese Aufteilung Afrikas 1912 faktisch abgeschlossen. Nur Äthiopien, das 1896 einer italienischen Armee eine militärische Niederlage zugefügt hatte, und Liberia in Westafrika, seit 1847 als Zufluchtsort von Afro-Amerikanern eine unabhängige Republik, blieben von europäischer Herrschaft frei. Standen vor 1880 nur Algerien als französische Besitzung und Südafrika sowie die Stadt Lagos in Nigeria als britische Kolonien unter fremder Herrschaft (die Präsenz der Portugiesen in Angola und Mosambik war überaus lückenhaft und schwach), so regierten dort zehn Jahre später überall europäische Gouverneure.

Das vorkoloniale Afrika war nicht in fest umrissenen Territorien organisiert. Es bestand aus Hunderten oder gar Tausenden politischen Einheiten, die sich weniger aus der Beherrschung von Raum als aus der Kontrolle von Fürsten und Häuptlingen über Anhänger und Untertanen definierten. Diese kaleidoskopartige politische Landschaft wurde innerhalb weniger Jahre zu etwa 40 Gebietseinheiten reduziert und eingefroren. Ihre Grenzen, die zum Teil in der Dekolonisation nach 1956 übernommen wurden und heute noch Gültigkeit haben, wurden von den Kolonialmächten ohne Beteiligung der Einheimischen willkürlich festgesetzt.

Was interessierte die Europäer an Afrika? Der Kontinent war zu arm und zu dünn besiedelt, um als Absatzmarkt für die Produkte der europäischen Industrie in Frage zu kommen. Nach dem Ende des Sklavenhandels waren Güter wie Palmöl auch ohne Kolonisierung in den internationalen Handel gelangt. Der Zugriff auf andere Ressourcen war durchaus ein Motiv der Europäer, doch besetzten sie auch riesige Landflächen, in denen nichts zu holen war. Als stärkste Beweggründe bleiben die Suche nach nationalem Prestigegewinn durch Kolonienerwerb, der Glaube, das „primitive" Afrika sei ohnehin zur Spielwiese der zivilisatorisch überlegenen Europäer bestimmt, sowie eine schiere Kettenreaktion. Sobald eine Kolonialmacht begonnen hatte, ihre Position in Afrika zu verbessern, fürchteten die anderen, ins Hintertreffen zu geraten. Es war mehr ein chaotisches Wettrennen um Vorteile als eine wohlüberlegte Verteilung der Beute.

Diese Kettenreaktion hatte 1881 am militärstrategisch wichtigen Südrand des Mittelmeeres begonnen. Frankreich erklärte ein Protektorat über Tunesien. 1882 nutzte Großbritannien das Aufkommen einer nationalistischen Bewegung, um Ägypten zu unterwerfen, ein Land, das sich zuvor durch unbedachte Modernisierungsprogramme in Frankreich und Großbritannien hoch verschuldet hatte. Großbritannien erleichterte die internationale Billigung seines ägyptischen Coups, indem es den Ambitionen seiner Rivalen im restlichen Afrika keine Hindernisse in den Weg legte. Bismarck seinerseits förderte die Ablenkung des außenpolitischen Interesses weg von Mitteleuropa und eignete sich nebenbei „Schutzgebiete" für Deutschland an. Ein besonders aggressiver Akteur war der belgische König Leopold II. (1835-1909, r. ab 1865), der sich von den Großmächten das riesige Kongo-Becken als Privatkolonie

Das koloniale Wirtschaftssystem in Afrika

[...] Die frühe Kolonialwirtschaft [...] war ein Konzessionssystem, an dem sich vor allem große Kolonialgesellschaften beteiligten. Oftmals handelte es sich um Handelshäuser, die selbst angesichts zunehmender Unsicherheit staatlich-militärische Unterstützung angefordert und in Erwartung kolonialer Inbesitznahmen spekulativ Ländereien durch Unterhandlung und Verträge mit indigenen Führern erworben hatten. Diese Verträge begründeten zwar nach afrikanischen Vorstellungen kein freies Eigentum, wurden aber gegenüber der europäischen Öffentlichkeit als römisch-rechtliche Titel interpretiert.

Das betraf beispielsweise Deutsch-Ostafrika, das deutsche Kamerun, Französisch-Äquatorialafrika und den Kongo-Freistaat des belgischen Königs Leopold II. Dabei gab es zwei Varianten: In einigen Fällen hatten die Gesellschaften den Auftrag, die gesamte Kolonie auf eigene Rechnung und unabhängig von der Metropole zu verwalten. [...] In anderen Gebieten erhielten die Gesellschaften freie Hand lediglich in einem Teil der Kolonie, die Hoheit verblieb bei der staatlichen Kolonialverwaltung. [...] Dem Staat sparte das Modell Kosten an Erschließung und Verwaltung, für die Gesellschaften bot sich die Möglichkeit zu Geldanlage und Spekulation. Die Gesellschaften sammelten das Geld von Kleinanlegern in Europa, die anfangs überzogene Erwartungen an Profite in Afrika hegten, und finanzierten daraus die Übernahme riesiger Gebiete, die zunächst zum großen Teil gar nicht erschlossen, geschweige denn wirtschaftlich genutzt werden konnten. Dieses System wurde in den deutschen Kolonien schon seit 1884 praktiziert, kam aber in anderen Bereichen erst seit Mitte der 1890er Jahre in Schwung und brach bereits vor dem Ersten Weltkrieg wieder zusammen. [...]

Im [...] Kongo [...] hatte Leopold II. eigenmächtig Land erworben und sich mit Hilfe der Berliner Westafrika-Konferenz 1884/85 alle Rechte für seine „Internationale Afrika-Gesellschaft" gesichert. Um die Erträge zu steigern, wurde die Kolonie von 1892 an zweigeteilt und zum großen Teil regelrecht privatisiert. Der Kongo-Staat Leopolds behielt sich nur die Ausbeutung noch unkultivierten Landes vor, dieses Gebiet blieb anderen privaten Investoren verschlossen. Das Konzessionsland teilte sich unter sieben Gesellschaften auf, an denen Leopold wiederum beteiligt war. Diese Gesellschaften warfen auf der Basis der Erträge von Kautschuk und Elfenbein anfangs enorme Dividenden ab. In Französisch-Äquatorialafrika wurde auch nach dem Vorbild des Kongo seit den späten 1890er Jahren ein ähnlicher Weg beschritten. Allerdings teilte sich eine größere Zahl kleiner privater Gesellschaften, insgesamt 40 Kompanien, das ausgegebene Land auf. Auf diese Weise kamen an die 80 Prozent des Territoriums in die Gewalt der Gesellschaften. In Kamerun übernahmen de facto nur zwei Gesellschaften [...] rund die Hälfte des Territoriums. [...] Die Konzessionsgesellschaften waren zunächst keine reinen Handelsgesellschaften und auch keine Plantagengesellschaften, sondern sie konzentrierten sich darauf, Afrikaner zur Jagd und zur Sammelwirtschaft zu zwingen. Wilder Kautschuk, Elfenbein und Hölzer wurden auf diese Weise gewonnen und exportiert. In den Jahren von 1895 bis 1905 wuchs der Export von Kautschuk aus dem Kongo-Freistaat von 2,8 Millionen auf 43,7 Millionen belgische Francs, aus Französisch-Äquatorialafrika von 1896 bis 1906 von 2,6 auf 8,6 Millionen französische Francs. Die Gesellschaften konnten anfangs hohe Dividenden verteilen.

Die Erträge wurden mit erheblichen ökologischen und sozialen Kosten erkauft. Kautschukbestände gerieten in Gefahr, und ganze Elefantenherden wurden durch die Jagd nach Elfenbein bedroht. Die erzwungene Umstellung auf Sammelwirtschaft erschütterte die Sozialstruktur bäuerlicher Dorfgemeinschaften. Vor allem im Kongo gingen die Konzessionsgesellschaften und das Militär, belgische Offiziere ebenso wie afrikanische Soldaten, mit größter Brutalität und Grausamkeit gegen die Bevölkerung vor, um ihre Ziele zu erreichen. Verfolgungen und Plünderungen, Verstümmelungen und Ermordungen waren an der Tagesordnung. In Europa mehrten sich die kritischen Berichte. Prominente wie Sir Arthur Conan Doyle engagierten sich, internationale Kommissionen und Gesellschaften, etwa die Congo Reform Association, berichteten über die „Congo-Gräuel", Joseph Conrad hat sie in „Herz der Finsternis" (1902) verarbeitet. Dabei verbanden sich wirtschaftliche und humanitäre Argumente. Aufgrund britischen und amerikanischen Drucks übernahm im Jahr 1908 der belgische Staat den Kongo. Hier wie im französischen Bereich wurden nun die Rechte der Konzessionsgesellschaften beschnitten. Diese verloren administrative Aufgaben und wurden vom Staat stärker kontrolliert. Der Verfall der Kautschuk-Preise seit 1907, der mit der Finanzkrise in den USA und der wachsenden Konkurrenz südostasiatischen Plantagenkautschuks in Zusammenhang stand, zwang die Afrika-Gesellschaften ebenfalls zur Umstellung. [...]

Nachdem die frühe Raub- und Beutewirtschaft, bei der Eroberer, Abenteurer, Handelsgesellschaften und ihre Vertreter vor Ort bestrebt waren, ohne Investitionen für Plantagen oder Verkehrswege möglichst schnell hohe Erträge aus den Kolonien zu ziehen, gescheitert war, begannen mit dem staatlichen Zugriff in einer zweiten kolonialwirtschaftlichen Phase, in einigen Regionen schon vor 1900, Versuche der Inwertsetzung des Kolonialbesitzes. In einer dritten Phase, die nach der Jahrhundertwende einsetzte [...], wurde die koloniale Wirtschaftspolitik zunehmend von der Einsicht geleitet, dass ein schonender Umgang mit den Ressourcen und den Menschen Afrikas, eine rationale und humane Kolonisation, letztlich im Interesse der Kolonialmacht selbst liege. [...] Über kurz oder lang gingen alle Kolonialmächte dazu über, Konzepte zu entwickeln, die aus den Kolonien quasi ein ökonomisches Zulieferterritorium für das Mutterland machen sollten. [...]

Winfried Speitkamp, Kleine Geschichte Afrikas, Stuttgart: Reclam, 2007, 2009, S. 263ff.

zuteilen ließ. In diesem „Kongo-Freistaat" wurde eine extrem brutale Raubwirtschaft eingeführt. Die Proteste in der internationalen Öffentlichkeit gegen diese „Kongo-Gräuel" wurden so stark, dass der belgische Staat 1908 dem eigenen König die Kolonie abnahm.

Große Teile Afrikas wurden durch Eroberungskriege unterworfen, bei denen den Europäern der Monopolbesitz des Maschinengewehrs und der Seuchenschutz durch Chinin zugute kamen. Nach der Eroberungsphase setzte in der Regel ein zweites Stadium ein, in dem unter friedlicheren Bedingungen die wirtschaftliche Ausbeutung systematisch organisiert wurde. Dabei spielten geografische Unterschiede eine große Rolle. Einige Teile Afrikas, wie zum Beispiel das Hochland von Kenia, eigneten sich klimatisch für Viehzucht und die Besiedlung durch Weiße. Anderswo stand die Anlage tropischer Plantagen im Vordergrund. Die Entdeckung großer Goldvorkommen in Südafrika (besonders im Transvaal) 1886 machte diesen Landstrich in der Sicht der Ausländer zum wirtschaftlich wertvollsten Teil des Kontinents. Mit Ausnahme Algeriens und Südafrikas wurde Afrika nie zum Ziel einer nennenswerten europäischen Auswanderung. Kolonialherrschaft durfte nur wenig kosten, zumal dann, wenn die jeweilige Kolonie ökonomisch unergiebig war. Deshalb wurden große Teile Afrikas – und dies in sämtlichen europäischen Kolonialreichen – nach der Methode der sogenannten indirekten Herrschaft regiert, wie sie zuvor schon gegenüber den indischen Fürstenstaaten praktiziert worden war. Danach übte der Gouverneur mit seinem kleinen Regierungsstab eine Art von Oberhoheit aus und sicherte durch Militär und Polizei den Landfrieden, überließ aber die Herrschaft auf lokaler Ebene, das Justizwesen und teilweise auch die Steuereintreibung afrikanischen Partnern. Dies waren teils die bisherigen Herrschaftsträger, die sich nun in eine koloniale Hierarchie eingeordnet fanden, teils neue „starke Männer", die von den Kolonialherren ernannt wurden. Nur auf diese Weise ließ sich der riesige Kontinent mit relativ wenig europäischem Personal unter Kontrolle halten.

Mit Soldaten, Administratoren und Kaufleuten kamen auch christliche Missionare, die in einigen Fällen als erste in unwegsame Landesteile vorstießen. Die christliche Mission war ein fester Bestandteil der europäischen Präsenz. Missionare äußerten sich aber auch zuweilen kritisch gegenüber den Exzessen europäischer Herrschaftsausübung. Sie brachten durch den Kampf gegen verbliebene Reste von Sklaverei, durch Missionsschulen, medizinische Versorgung und zuweilen durch eine Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen wichtige Elemente der Moderne nach Afrika. Andererseits war die Mission dort problematisch, wo sie Afrikaner zwangsweise ihren einheimischen Traditionen entfremdete, wo sie Familien trennte und Wohlfahrtsleistungen nur im Tausch für Bekehrung anbot. Das Christentum fasste in den außerislamischen Gebieten Afrikas viel fester Fuß als in Asien, wo es heute mit Ausnahme Südkoreas und der Philippinen nirgendwo eine große Rolle spielt. Im Afrika hingegen überlebte es vielfach die Kolonialzeit.

Da die Afrikaner in europäischen Augen auf einer besonders tiefen Stufe der „Leiter der Zivilisiertheit" – ein im 19. Jahrhundert beliebtes Schema, um die Welt zu ordnen – angesiedelt waren, wurden keinerlei Versuche unternommen, sie an der Macht zu beteiligen. Vor 1914 konnte sich kaum ein Europäer ein Afrika ohne weiße Herren vorstellen.

Imperialismus ...

[...] Der englische Kolonialpolitiker, Entdecker und spätere Ministerpräsident der Kapkolonie, Cecil Rhodes, im Jahre 1877:
Ich behaupte, daß wir die erste Rasse in der Welt sind und es für die Menschheit um so besser ist, je größere Teile der Welt wir bewohnen. Ich behaupte, daß jedes Stück Land, das unserem Gebiet hinzugefügt wird, die Geburt von mehr Angehörigen der englischen Rasse bedeutet, die sonst nicht ins Dasein gerufen worden wären. Darüber hinaus bedeutet es einfach das Ende aller Kriege, wenn der größere Teil der Welt in unserer Herrschaft aufgeht.

Aus: The Last Will and Testament of Cecil Rhodes, hrsg. von William T. Stead, London 1902, S. 58

[...] Der Earl of Carnarvon [...] nach seinem Ausscheiden aus der Regierung Disraeli als Kolonialminister am 5. November 1878 in Edinburgh:
[...] Wir sehen große Völkerschaften wie diejenigen Indiens, die wie Kinder im Schatten von Unwissen, Armut und Leiden sitzen und von uns Führung und Hilfe erwarten. Uns ist die Aufgabe zugefallen, ihnen weise Gesetze, gute Regierung und ein geordnetes Finanzwesen zu geben, die erst das Fundament eines gedeihlichen menschlichen Zusammenlebens schaffen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen ein politisches System zu geben, in dem der Geringste wie der Höchste auf der gesellschaftlichen Stufenleiter frei von Unterdrückung und Benachteiligung leben kann, in dem religiöse und moralische Erleuchtung bis in die dunkelsten Hütten drängen kann. Das ist die wahrhaftige Erfüllung unserer Pflichten; das – und ich wiederhole es – ist die wahre Stärke und Bedeutung des Imperialismus.

Aus: Colin Clifford Eldridge, England's Mission. The Imperial Idea in the Age of Gladstone and Disraeli 1868-1880, London 1973, S. 241

Beide Texte in: Manfred Görtemaker, Deutschland im 19. Jahrhundert, 5. durchgeseh. Aufl., Opladen: Leske+Budrich 1996, S. 348f., mit freundlicher Genehmigung der Springer Science and Business Media

... „Des weißen Mannes Bürde"?

Nehmt auf Euch des weißen Mannes Bürde –
gebt den hungernden Mäulern zu essen,
und gebietet der Seuche Einhalt.
Wenn Ihr dann dicht vor dem Ziele steht,
was Ihr andern zuliebe erstrebt,
fast erreicht habt,
seht zu, wie Faulheit und heidnischer Irrwahn
Eure ganze Hoffnung zerstören.
Nehmt auf Euch des weißen Mannes Bürde –
erntet, was von jeher sein Lohn war:
den Tadel derer, denen er aufhilft,
den Haß derer, die er behütet.

Gedicht von Rudyard Kipling (Auszug)
K.Gaigl (Hrsg), Kolonisation und Entkolonisierung im 20. Jahrhundert, Paderborn (Schöningh) 1968, S. 13

Imperialismus in Ost- und Südostasien

Die Ausdehnung des europäischen Einflusses in Asien war weniger spektakulär als die Unterwerfung Afrikas. Zum einen gingen die Anfänge der Kolonialgeschichte einiger Gebiete Asiens bis in das späte 16. Jahrhundert zurück; zum anderen wurden einige Teile Asiens vor 1914 keiner europäischen Kolonialherrschaft unterworfen. Dazu gehörten die Türkei, die Levante, Arabien, Iran, Afghanistan, die inneren Provinzen Chinas, Siam (das heutige Thailand) und selbstverständlich Japan.

bpk / Museum für Asiatische Kunst, SMB / Jürgen Liepe

Der Russisch-japanische Krieg um die Vorherrschaft in Nordostasien wurde weitgehend auf dem Territorium des nicht kämpfenden China ausgetragen. Japanische Truppen 1904

Abgesehen von Indien, wo die Briten keine Konkurrenz zu fürchten hatten, war Südostasien der am intensivsten kolonisierte Teil des Kontinents. Überall hatten sich Europäer bereits vor 1870, oft lange Zeit davor, festgesetzt. In den Jahrzehnten danach wurde die europäische Kontrolle nur noch in entlegenere Landesteile vorangeschoben und durch Ausbau der Kolonialverwaltungen effektiver und damit für die Untertanen vielfach bedrückender gestaltet. Burma und Malaya mit dem Hafen Singapur waren britisch, Vietnam, Laos und Kambodscha, 1887 zu einer *Union Indochinoise* zusammengefasst, französisch. Die Niederländer kontrollierten Java, Sumatra, Borneo und zahlreiche andere indonesische Inseln. Die USA lösten 1898 die Spanier als Kolonialherren auf den Philippinen ab. All diese Kolonien hatten wenig Verbindung untereinander. Wenn es Gemeinsamkeiten gab, dann erstens die ungewöhnlich starke Ausrichtung auf dem Weltmarkt, unter anderem durch industriell verwertbare Rohstoffe wie Zinn und Kautschuk (zur Herstellung von Gummi verwendet), zweitens die wachsende Rolle, die chinesische Minderheiten im Wirtschaftsleben der Kolonien spielten.

China entwickelte sich in eine andere Richtung. Auch hier kam es wie wenige Jahre zuvor in Afrika zu einem *„scramble"*, einer Balgerei unter den Großmächten, an der neben nahezu sämtlichen Westeuropäern auch Russland, die USA und Japan beteiligt waren. Es drehte sich aber nur sekundär um Territorien, wichtiger waren Sonderrechte („Konzessionen"), welche die chinesische Regierung zur Anlage von Eisenbahnen oder zum Betrieb von Bergwerken vergab. Anders als in Afrika, aber dem Osmanischen Reich vergleichbar, waren lukrative Anleihegeschäfte mit der chinesischen Regierung sehr beliebt. Die Konditionen waren dabei für den Kreditnehmer äußerst ungünstig. Die Gläubigerländer ließen sich gewisse Kontrollrechte über die chinesischen Staatsfinanzen einräumen. Diese Mechanismen der Abhängigkeit waren wesentlich wichtiger als ein territorialer Kolonialismus.

Ein solcher erlangte erst dann große Bedeutung, als die besonders rohstoffreiche und zugleich landwirtschaftlich fruchtbare Mandschurei ins Zentrum der internationalen Rivalitäten rückte. Im Zuge der Niederschlagung des Boxeraufstandes von 1900/01 besetzte Russland große Teile der mandschurischen Provinzen. Nachdem es aber schon 1905 Japan im Russisch-japanischen Krieg, einem Auslöser der russischen Revolution von 1905, unterlag, musste es diese Positionen großenteils wieder räumen. Nun setzte sich Japan in der Süd-Mandschurei fest und baute diese Region durch Investitionen zum führenden schwerindustriellen Zentrum ganz Asiens aus. Die rohstoffarme Wirtschaft der japanischen Inseln schuf sich damit jenseits des Meeres eine verlässliche Versorgungsbasis. Im Grunde trug erst die japanische Expansion auf dem ostasiatischen Festland ein starkes territoriales Element in die Aktivitäten der imperialistischen Mächte in China hinein.

In China herrscht bis heute eine verständliche Empörung über die „Schmach", die dem Land von den imperialen Mächten im 19. Jahrhundert zugefügt wurde. Es muss dabei jedoch gesehen werden, dass die Einbindung Chinas in die Weltwirtschaft viel schwächer blieb als in den Fällen Indiens, Südostasiens oder Südafrikas. China war zu arm, um die Hoffnungen derjenigen im Westen erfüllen zu können, die in ihm einen gigantischen Absatzmarkt sahen. Nach dem Ende der Opiumimporte in den 1870er-Jahren hat es diese Funktion als Markt nie wieder gespielt. Auf der anderen Seite produzierte China – außerhalb der auf Japan hin umgepolten Mandschurei – sehr wenige weltmarkttaugliche Produkte. In mancher Hinsicht war seine Verwicklung in den globalen Handel in der frühen Neuzeit stärker gewesen. Denn seine klassischen Exportgüter verlor das Chinesische Kaiserreich an seine asiatischen Konkurrenten: Japan trat an Chinas Stelle als wichtigster Exporteur von Rohseide und Seidenstoffen, während Indien (Assam im Nordosten des Subkontinents) und Ceylon (Sri Lanka) es auf dem Weltmarkt für Tee verdrängten.

Als dynamischeste imperiale Kraft in Ostasien erwies sich die neue Großmacht der Region, Japan. Neben seinem dominierenden Einfluss in der Mandschurei sicherte es sich die Herrschaft über zwei weitere Schlüsselregionen: ab 1895 über die fruchtbare Insel Taiwan und ab 1910 über Korea, das viele Jahrhunderte lang als Tributstaat zur chinesischen Einflusssphäre gehört hatte. Das japanische Kolonialreich war Mitte 1913 mit rund 20 Millionen Einwohnern nur unwesentlich größer als das deutsche (12 Millionen). Es stand damit weit hinter dem niederländischen (50 Millionen) und dem französischen (48 Millionen) Reich, vom *British Empire* (395 Millionen, davon 20 Millionen in den *Dominions*) ganz zu schweigen. Doch die japanisch kontrollierten Gebiete waren von besonderem wirtschaftlichem Gewicht. Japan war spätestens seit seinem unerwarteten Sieg über Russland 1905

akg-images

Chinas klassische Exportgüter werden von den asiatischen Konkurrenten auf den Weltmarkt gebracht. So exportiert nun Ceylon (heute Sri Lanka) Tee. Pflückerinnen bei der Ernte auf einer Plantage um 1890

Koreas „Jahr der Schande"

[...] Am 22. August 1910 hatte Japans Statthalter den Königspalast in Seoul vorsorglich von Truppen umstellen lassen. Dann unterschrieben er und Koreas Ministerpräsident Yi Wan-yong den Annexionsvertrag, den sie in den Tagen zuvor ausgearbeitet hatten. Bei Sushi und Sake verfassten sie Gedichte auf die künftige Freundschaft. Erhalten ist eine Schriftrolle von Yis Hand mit Versen des Duos über den „süßen Frühlingsregen" zur Vereinigung der „zwei Völker in einem Haus".

Allen national gesinnten Koreanern gilt dieser „Regen" als die Sintflut, 1910 als das „Jahr der Schande" und Yi Wan-yong als der größte Finsterling ihrer Geschichte. Die von ihm signierte Fremdherrschaft dauerte 35 Jahre. [...]

Unmittelbar bevor Korea zur japanischen Kolonie wurde, war es ein Agrarland. Mehr als 80 Prozent der Einwohner arbeiteten in der Landwirtschaft. [...]

Dem Einbruch des technisch überlegenen Westens in Ostasien, der die alte Ordnung dort überall hinwegspülen sollte, hielt das „Einsiedlerreich" am längsten stand. In Japan dagegen zerbrach das feudalistische System schon in den 1860er Jahren; unter dem neuen Kaiser Meiji eignete sich das Land mit ungeahnter Effizienz die Wunder der westlichen Technologie an – und die Waffen des Imperialismus.

1875 erteilten die Japaner Korea die erste Lektion, die sie gut 20 Jahre zuvor vom US-Kommodore Matthew Perry gelernt hatten. Der war mit Geschützsalven von seinen „schwarzen Schiffen" in der für Ausländer verbotenen Tokyoter Bucht gelandet und hatte das Land durch einen einseitigen Vertrag geöffnet. Nach seinem Vorbild schickten die Musterschüler nun ein Kriegsschiff zu Koreas Insel Kanghwa, feuerten eine Salve auf deren Bewacher und ließen eine ganze Flotte folgen.

Mit dieser Drohung zwangen sie dem kaum gerüsteten Nachbarland 1876 das nach der Insel benannte Abkommen von Kanghwa auf. Es folgte dem Modell der „ungleichen Verträge", mit dem die Kolonialmächte am Ende der Opiumkriege (1858/60) China gedemütigt hatten. Korea musste drei Häfen für den Handel mit Japan öffnen. Japanische Schiffe durften von nun an in koreanischen Gewässern Vermessungen vornehmen. Japanische Bürger in Korea mussten sich nicht vor den dortigen Gerichten verantworten. Japans Währung durfte ins Land. Koreas Einsiedlerzeit war vorbei.

Nach Japans Eindringen sicherten sich auch die USA, Großbritannien, Deutschland und Russland vertragliche Sonderrechte für ihre Bürger, Konsulate, Hafenkonzessionen. Die nach Korea einströmenden neuen Moden und Ideen spalteten seine Führungsschicht. Traditionsgebundene Politiker sahen in allen Fremden und Reformern Verräter an der konfuzianischen Identität. Ihnen standen junge Idealisten gegenüber, die das Land mit nationalem Stolz umgestalten wollten, doch statt eigener Konzepte nur Tokyos autoritäre Modernisierung als Vorbild sahen.

Ein Heer japanischer Konsultanten und koreanischer Helfer schickte einen Reformentwurf nach dem anderen zur Unterzeichnung an König Kojong. Per Dekret wurden Klassenunterschiede reduziert, es wurde die Kleidung modernisiert, das Justizwesen reorganisiert, die lange Pfeife als Statussymbol der Yangbang, der Oberschicht, verboten. Japanische Berater zogen in die Ministerien ein.

Palastwirren, Mordanschläge, Aufstände begleiteten den Verschmelzungsprozess. Tokyo setzte wiederholt Truppen in Bewegung. Auch das chinesische Reich griff mit Soldaten ein, die, als Koreaner verkleidet, der Königin Min gegen die Fortschrittsanhänger zu Hilfe kamen. Am Ende führten Tokyos expansive Ansprüche zum Krieg zwischen Japan und China. Auch da triumphierte das System der straff zentralistisch organisierten Reformen: China unterlag an allen Fronten. Im April 1895 musste das Reich der Mitte auf Koreas Tributzahlungen ebenso verzichten wie auf die Insel Taiwan. Sie fiel mit anderen strategisch wichtigen Gebieten an Japan. [...]

Mit seiner Expansion hatte sich Japan auf die Weltbühne gedrängt. Dort lief noch das Great Game, die Konfrontation zwischen England und Russland, die vom Nahen Osten bis Ostasien reichte. London, das Japan von seinen Kolonien in Fernost fernhalten wollte, ließ Tokyos Gesandten im Juli 1902 wissen: „Die Regierung Seiner Majestät erkennt Japans Sonderinteressen in Korea an." Schon im Jahr zuvor hatte Zar Nikolaus II. dem Bruder des deutschen Kaisers, Prinz Heinrich, geklagt: „Ich möchte Korea auch nicht haben, aber ich kann es nicht zulassen, dass die Japaner dort einen Brückenkopf bauen ... Das wäre der Casus Belli."

Den sahen beide Staaten im Februar 1904 gegeben. Obwohl Korea seine Neutralität erklärt hatte, besetzten japanische Truppen das Land und bauten Bahnlinien für den Krieg gegen das Zarenreich. Zugleich tauchte ein neuer „Mitspieler" auf: die USA. Noch bevor Russlands verheerende Niederlage besiegelt war, schloss Washington mit Tokyo im Juli 1905 das geheime Taft-Katsura-Abkommen. Darin versicherte Japan sein Desinteresse an den von Amerika kontrollierten Philippinen; Washington bekundete Verständnis für Tokyos Griff nach Korea.

Beim Friedensvertrag einen Monat später stand US-Präsident Theodore Roosevelt Pate: Russland, das in der Seeschlacht bei Tsushima fast seine gesamte Flotte verloren hatte, musste zustimmen, „dass die japanische Regierung in Korea ... die Führung, den Schutz und die Aufsicht übernimmt". So wurde Japan, wie es der US-Historiker Bruce Cumings formulierte, „der gesalbte Träger der weißen Zivilisation in Ostasien".

[...] Im Herbst 1905 kamen hohe japanische Politiker mit einem Protektoratsvertrag nach Seoul. Die koreanischen Minister sollten ihn im umstellten Palast unterschreiben. Premier Han Kynsol protestierte, worauf ihn Gendarmen aus dem Raum zerrten.

Durch das Protektorat zog Japan die Macht im Lande an sich. Koreas Armee wurde aufgelöst. Einige ihrer Kommandanten und hohe Beamte nahmen sich das Leben. 17 700 Partisanen fielen zwischen 1907 und 1909. Vergeblich appellierte Kaiser Kojong an die Weltmächte, Koreas Unabhängigkeit zu retten. 1907 setzten ihn die „Protektoren" ab und seinem mental beschränkten Sohn Sunjong die Krone auf.

So war der Annexionsvertrag vom 22. August 1910, dem die Absetzung Kaiser Sunjongs sieben Tage später folgte, nur noch der Gnadenstoß. [...]

Christian Schmidt-Häuer, „Die koreanische Tragödie", in: Die Zeit, Nr. 34 vom 19. August 2010

in den Kreis der Großmächte aufgestiegen. Es war zu dieser Zeit allein aus eigener Anstrengung und sogar ohne nennenswerte Anleihen auf dem internationalen Kapitalmarkt zum einzigen Land Asiens mit einem stabilen industriegestützten Wirtschaftswachstum geworden. Die Strategie, durch eine Kombination eigener Traditionen und aus dem Westen importierter Kulturelemente das Land – so die Parole der damaligen Zeit – „reich und stark" zu machen, hatte sich ausgezahlt. Japan entging der Kolonisierung und erwarb sich in Europa einen Ruf als „Preußen des Ostens". Obwohl seit 1889 ein Verfassungsstaat, blieb es eine Monarchie mit einer solch starken Regierungsexekutive, dass dem Parlament kaum wirksame Kontrollmöglichkeiten blieben. Anders als im sonst ähnlich verfassten Deutschen Reich, gab es vor 1919 in Japan kein allgemeines Männerwahlrecht. In Japan regierten im Grunde bis zum Ersten Weltkrieg jene Oligarchen aus dem inzwischen abgeschafften Samurai-Adel, die 1868 das Land auf den Pfad umfassender Erneuerung geführt hatten. Das in Asien einzigartige politische System Japans war ein ziemlich effizientes und sehr autoritäres System von rudimentär rechtsstaatlichem Charakter, das auf den beiden Säulen Militär und Bürokratie ruhte und der Bevölkerung nur geringe Mitsprachemöglichkeiten ließ. Immerhin war das System damit demokratischer als die Herrschaftsordnungen in den Kolonien der Europäer oder zur gleichen Zeit in China.

Der Aufstieg der USA zur Weltmacht

Kein anderer Vorgang auf der internationalen Bühne sollte solch weitreichende Konsequenzen haben wie der Aufstieg der USA nach dem Bürgerkrieg. Um 1870 waren die USA ein allgemein respektierter Koloss ohne größeren Einfluss auf das Weltgeschehen außerhalb des eigenen Kontinents. 1919, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, wurde erstmals der amerikanische Präsident, damals Woodrow Wilson, als der mächtigste Mann der Welt anerkannt, der der Friedensregelung für Europa und den Nahen Osten seinen Stempel aufdrückte. Während der fünf Jahrzehnte, die zwischen diesen Daten lagen, hatten die USA einen doppelten Aufstieg erlebt, wirtschaftlich und machtpolitisch. Dabei ging die ökonomische Erstarkung der politischen zeitlich voraus und war überhaupt deren Voraussetzung. Die USA waren ein Industrialisierer der zweiten Generation gewesen. Nun zogen sie an dem Pionier Großbritannien vorbei. 1870 betrug der britische Anteil an der weltweiten Industrieproduktion 32 Prozent, derjenige der USA 23 Prozent, der deutsche 13 Prozent. 1913 war Großbritannien mit 14 Prozent auf den dritten Platz hinter Deutschland (16 Prozent) und den USA (36 Prozent) zurück gefallen. Die Industrie war in den USA stets gleichzeitig mit der Landwirtschaft gewachsen. Nur außerordentliche Produktivitätszuwächse im agrarischen Bereich machten es möglich, eine dank hoher Geburtenraten und immenser Einwanderung schnell wachsende Bevölkerung zu ernähren und zugleich Arbeitskräfte für die Industrie und den Dienstleistungssektor freizusetzen. Der geografische Schwerpunkt der Industrie lag im Nordosten, in Neuengland und in den Staaten südlich der Großen Seen. Kaliforniens Aufstieg zur Industrieregion hatte um 1900 gerade erst begonnen. Andere Staaten entwickelten ihre besonderen Marktnischen. So wurde Petroleum zum dynamischesten Sektor in Texas und Oklahoma.

Die Großen Ebenen in der Mitte des Kontinents verwandelten sich in die wichtigsten Gegenden der agrarischen Expansion. In gigantischem Ausmaß wurde – wie gleichzeitig in den Schwarzerdegebieten des Zarenreiches – Grasland unter den Pflug genommen. Das Leben der Siedlerfamilien auf ihren oft isolierten Höfen war anfangs hart. Bald kam ihnen aber die Einführung von Maschinen (etwa Mähbindern) zugute, die früher als in Europa erfolgte – auch deshalb, weil in den USA Arbeitskräfte knapp waren. Die Landwirte auf ihren Farmen teilten sich die großen Flächen mit Ranchern, die eine Viehwirtschaft größten Stils aufzogen (als Folge wiesen die USA den höchsten Fleischkonsum der Welt auf). Dabei ging es keineswegs immer friedlich zu. Die klassischen Konflikte des „Wilden Westens" spielten sich in einem „*Frontier*-Viereck" ab: Ackerbauern, Viehzüchter, indianische Nomaden und Staatsmacht.

Das schnelle Wirtschaftswachstum der USA, das dem Land im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts – mit Mark Twain gesagt – ein „vergoldetes Zeitalter" (*Gilded Age*) bescherte, war möglich dank der unbeschränkten Verfügbarkeit von Land und Arbeit, dank umfangreicher europäischer Investitionen und einer hohen einheimischen Sparquote und dank der Existenz eines riesigen inneren Marktes, den der Staat nach außen durch Zollmauern schützte. Die individuellen Vermögen, die nun in den USA durch Unternehmer wie den Ölbaron John D. Rockefeller (1839-1937) oder den Stahlindustriellen Andrew Carnegie (1835-1919) angehäuft wurden, überstiegen alles aus Europa Bekannte. Die arbeitende Bevölkerung profitierte von steigenden Reallöhnen, hatte aber kaum die Möglichkeit, ihre Interessen durch Gewerkschaften und politische Parteien zu vertreten.

Der außenpolitische Aufstieg der USA ergab sich mit einer Zeitverzögerung aus ihrem einzigartigen ökonomischen Gewicht. Friedliche Beziehungen mit dem Nachbarn Kanada im Norden entlasteten die USA von den für Europa typischen Strei-

akg-images

Wirtschaftlich sind die USA Ende des 19. Jahrhunderts Spitze. Basis dafür ist neben der Industrie die Landwirtschaft mit den Zentren in den weitläufigen Großen Ebenen. Ernte in South Dakota um 1898

akg-images

Der Kriegseintritt in den Ersten Weltkrieg 1917 markiert den Aufstieg der USA auch zum weltpolitischen Akteur. Rekruten des Marinestützpunkts Great Lakes in Illinois bilden um 1917/18 das Wort „victory".

tigkeiten am Gartenzaun. Gegenüber Lateinamerika und der Karibik nahm die USA zunehmend die Haltung des arroganten und rücksichtslosen „*Yankee*" ein, der seine Geschäftsinteressen energisch verfolgte und im Notfall die Washingtoner Regierung interventionsbereit hinter sich wusste. 1904 ermächtigte Präsidenst Theodore Roosevelt (1858-1919, Präsident 1901-09) die USA pauschal zur Ausübung einer „internationalen Polizeigewalt", in erster Linie gegenüber den schwächeren Ländern des amerikanischen Südens. Auf der Landenge von Panama sicherten sich die USA souveräne Rechte und gruben dort einen Kanal zwischen den Ozeanen, der 1914 eröffnet wurde. 1898 siegten sie in einem Krieg über Spanien und eigneten sich nach einem Krieg gegen eine nationale Unabhängigkeitsbewegung die ehemals spanische Kolonie der Philippinen an. Das bis dahin ebenfalls spanische Kuba wurde in der Folgezeit zu einer Art von Protektorat der USA. Die Vereinigten Staaten, selbst aus einem antikolonialen Befreiungskampf hervorgegangen, waren zu einer Kolonialmacht geworden. Ihre globalen Wirtschaftsinteressen gingen weit über das kleine Kolonialreich hinaus. Dass die USA einmal in einen europäischen Krieg eingreifen würden, war im Sommer 1914 freilich noch undenkbar. Spätestens 1917, als dies geschah, begann in einem weltpolitischen Sinne das 20. Jahrhundert.

Arm und Reich in den USA

Nachdem die Grenzpioniere von einst verschwunden sind, suchen sich die Menschen in den Vereinigten Staaten neue Helden: erfolgreiche Geschäftsleute, Erfinder und Großindustrielle. [...] Sie sind Selfmade Men in bester amerikanischer Tradition. Geschickt haben sie den Boom nach dem Bürgerkrieg genutzt, um sich gigantische Vermögen zu erwirtschaften, zunächst im Eisenbahngeschäft, später auch in anderen Bereichen. Es ist die Zeit von unglaublich mächtigen und reichen Männern wie John D. Rockefeller (1839-1937), der das Ölgeschäft dominiert, Andrew Carnegie (1835-1919), der die Stahlherstellung unter seiner Kontrolle hat, J.P. Morgan (1837-1913), einem Bankier, der in fast allen Geschäften seine Finger hat, und von Eisenbahnbaron und Spekulant Jay Gould (1836-1892), der die unregulierten Aktienmärkte nach Belieben manipuliert. Viele dieser Männer kommen aus einfachen Verhältnissen oder sind Einwanderer. Sie haben das geschafft, wovon in Amerika jeder träumt, und für ihre Erfolge werden sie von der Gesellschaft gefeiert und bewundert. Der Mythos, man könne es in den USA vom Tellerwäscher zum Millionär bringen, hält sich hartnäckig bis heute, obwohl solche Erfolgsgeschichten die Ausnahme geblieben sind.

The Gilded Age, „Das vergoldete Zeitalter" tauft Mark Twain diese Zeit. [...]

Einen bestimmten Markt komplett zu beherrschen, ist der Traum der meisten Industriekapitäne. Dafür verschmelzen sie zahlreiche kleinere Firmen zu sogenannten Trusts. Diese Konzerne haben so viel Macht, dass kaum noch jemand etwas gegen sie ausrichten kann. Widerstand ist buchstäblich zwecklos. Mit den Eisenbahnnetzen fängt es an, viele andere Branchen folgen.

Ihren Reichtum stellen die Industriebarone ungeniert zur Schau. Von außen sehen ihre Anwesen aus wie Schlösser, innen prunken sie mit Marmor und Gold. [...]

Ein schlechtes Gewissen hat keiner der Industriebarone. Sie finden ihre moralische Rechtfertigung in der jahrzehntelang sehr einflussreichen Philosophie des Sozialdarwinismus, die behauptet, dass auch die Gesellschaft sich in einer Art Evolution zur Vollkommenheit weiterentwickelt. Das geschehe, so der englische Philosoph Herbert Spencer (1820-1903), indem sich die Starken durchsetzen. Forsch beanspruchen daher die reichen Industriellen, die Gesellschaft voranzubringen und Gutes zu bewirken. Eine ganze Reihe von ihnen widmet sich im Ruhestand tatsächlich guten Werken und spendet einen Teil ihres Vermögens. Carnegie gründet fast 3000 Bibliotheken, Rockefeller spendet 500 Millionen Dollar. Doch das kann die Spur der Zerstörung, die sie und andere skrupellose Firmenlenker hinterlassen haben, nicht übertünchen. Die Gesellschaft ist völlig aus dem Lot: zwei Prozent der Amerikaner besitzen zwei Drittel der Werte, dafür leben zwei Drittel der Bevölkerung dicht an der Armutsgrenze und schuften – Kinder ebenso wie Erwachsene – zwölf oder mehr Stunden täglich, sechs Tage in der Woche, in den Fabriken, den Minen und Stahlwerken. Zu miserablen Löhnen und fast ohne Rechte. [...]

Da sich die Städte rapide ausdehnen – allein New York ist in den zwanzig Jahren nach dem Bürgerkrieg um das Zehnfache gewachsen –, zeigt sich die Armut hier am deutlichsten. Viele Menschen müssen in Elendsvierteln leben, zusammengepfercht in schmutzigen, düsteren Mietshäusern. Knöcheltief liegt der stinkende Müll in den Innenhöfen. In den überfüllten, winzigen Wohnungen ohne Küche oder Bad breiten sich Krankheiten wie Tuberkulose und Typhus aus, einen Arzt können sich die meisten Bewohner nicht leisten. Das Leben ist hier so ungesund, dass beispielsweise in einem Chicagoer Einwandererviertel drei von fünf Kindern während des ersten Lebensjahres sterben. [...]

Das ändert sich erst, als Theodore Roosevelt (1858-1919) im Jahr 1901 Präsident wird. [...] Er verspricht den Amerikanern Fairness für alle. Damit bekennt er sich zu den Zielen der Progressives (was übersetzt etwa soviel heißt wie „die Fortschrittlichen"), einer neuen Partei, die Teil einer großen Reformbewegung ist. Nach den turbulenten neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts halten die USA zu Beginn des neuen Jahrhunderts inne und beginnen darüber nachzudenken, woran es liegt, dass das Land von solchen Krisen geschüttelt wird. Ein Umdenkprozess in Richtung einer sozialeren Demokratie beginnt. Schritt für Schritt wenden sich die politischen Vordenker von der Philosophie des Laisser-faire ab. Die Progressives, die von der Mittelklasse und den Republikanern getragen werden, sehen es nun als Aufgabe des Staats, dafür zu sorgen, dass es den Menschen gut geht. [...]

Dass die Progressives es schließlich schaffen, das Land wieder auf einen besseren Kurs zu bringen, ist aber nicht nur das Verdienst von Politikern wie TR, sondern auch von Journalisten. „Muckraker" – „Dreckwühler" taufte Roosevelt sie halb verächtlich, halb liebevoll, weil sie ihre Nase immer dorthin stecken, wo im übertragenen Sinne irgendetwas faul ist. Die „Muckraker" schaffen es, die ganze Nation auf Missstände aufmerksam zu machen und in Empörung darüber zu versetzen. Auf diese Weise beseitigen sie viele Widerstände, die den Reformen entgegenstehen.

[...] Roosevelt und die „Muckraker" können [...] zufrieden sein. Auch wenn die Macht des Big Business eher noch gewachsen ist, gibt es dank der kritischen Berichte nun bessere Gesetze gegen unfaire Geschäftsmethoden, für Schutz am Arbeitsplatz, gegen Kinderarbeit und vieles andere.

Sylvia Englert, Cowboys, Gott und Coca-Cola, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2005, S. 86f.

Literaturhinweise

Deutschland

Brenner, Michael u.a. (Hg.): Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Band II: Emanzipation und Akkulturation 1780-1871, München 1996, 402 S.

Budde, Gunilla-Friederike: Blütezeit des Bürgertums. Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Darmstadt 2009, 160 S.

Clark, Christopher M.: Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600-1947, Berlin 2007, 896 S. (Taschenbuch 2008)

Conrad, Sebastian: Deutsche Kolonialgeschichte, 2., durchgeseh. Aufl., München 2012 (= bsr 2448), 128 S.

Epkenhans, Michael / Andreas von Seggern: Leben im Kaiserreich. Deutschland um 1900, Darmstadt 2007, 175 S.

Hahn, Hans-Werner / Helmut Berding: Reformen, Restauration und Revolution 1806-1848/49, 10. Aufl., Stuttgart 2010 (Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 14), 755 S.

Kocka, Jürgen: Das lange 19. Jahrhundert. Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft, 10. Aufl., Stuttgart 2002 (= Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 13), 300 S.

Lenger, Friedrich: Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung, 1849-1870/71, 10. Aufl., Stuttgart 2003 (Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 15), 451 S.

Lowenstein, Steven M. u.a. (Hg.): Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Band III: Umstrittene Integration 1870-1918, München 1997, 428 S.

Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat, 5. Aufl., München 2012, 838 S.

Siemann, Wolfram: Vom Staatenbund zum Nationalstaat. Deutschland 1806-1871, München 1994, 493 S.

Ullmann, Hans-Peter: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Frankfurt a.M. 1995 (edition suhrkamp, Bd. 1546), 308 S.

Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht: Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches, 1871-1918, Frankfurt a.M. 2007 (Fischer-Taschenbuch), 752 S.

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 5 Bde., München, besonders:

Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen Deutschen Doppelrevolution 1815-1845/49, 4. Aufl., 2005, 914 S.

Bd. 3: Von der Deutschen Doppelrevolution bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, 2. Aufl., 2007, 1514 S.

Ziegler, Dieter: Die Industrielle Revolution, 3., bibliogr. aktual. Aufl., Darmstadt 2012, 160 S.

Zippelius, Reinhold: Kleine deutsche Verfassungsgeschichte. Vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart, 7. Aufl., München 2006.

Europa

Blom, Philipp: Der taumelnde Kontinent. Europa 1900-1914, 2. Aufl., München 2011, 536 S.

Bogdal, Klaus-Michael: Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung, Berlin 2011, 590 S. (bpb-Schriftenreihe Band 1232)

Delouche, Frédéric (Hg.), Das europäische Geschichtsbuch. Von den Anfängen bis ins 21. Jahrhundert, 2. Aufl., Stuttgart 2012, 464 S. (bpb-Schriftenreihe Band 1233)

Fahrmeir, Andreas: Revolutionen und Reformen. Europa 1789-1850, München 2010, 304 S.

Fisch, Jörg: Europa zwischen Wachstum und Gleichheit 1850-1914, Stuttgart 2002 (Handbuch der Geschichte Europas, Bd. 8), 504 S.

Gall, Lothar: Europa auf dem Weg in die Moderne 1850-90, 5. Aufl., München 2009 (Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 14), 332 S.

Langewiesche, Dieter: Europa zwischen Restauration und Revolution 1815-1849, 5. Aufl., München 2007 (Oldenbourg Grundriß Geschichte, Bd. 13), 261 S.

Paulmann, Johannes: Globale Vorherrschaft und Fortschrittsglaube. Europa 1850-1914, München 2012, 288 S. – erscheint Oktober 2012

Raphael, Lutz: Recht und Ordnung. Herrschaft durch Verwaltung im 19. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2000, 240 S.

Schivelbusch, Wolfgang: Die Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert, 5. Aufl., Frankfurt a.M. 2000 (Taschenbuch), 222 S.

Welt

Bayly, Christopher A.: Die Geburt der modernen Welt. Eine Globalgeschichte, 1780-1914, Frankfurt a.M. / New York 2006, 650 S.

Dabringhaus, Sabine: Geschichte Chinas 1279-1949, 2. Aufl., München 2009 (Oldenbourg Grundriß Geschichte, Bd. 35), 296 S.

Demel, Walter (Hg.): Entstehung der Moderne: 1700 bis 1914, Darmstadt 2010 (WBG-Weltgeschichte, Bd. 5), 509 S.

Heideking, Jürgen / Christof Mauch: Geschichte der USA, 6. überarb. u. erw. Aufl., Stuttgart 2008 (Uni-Taschenbücher, Bd. 1938), 552 S.

Hobsbawm, Eric J.: Das imperiale Zeitalter 1875-1914, Frankfurt a.M. / New York 1989 (Campus Bibliothek), 468 S.

König, Hans-Joachim: Kleine Geschichte Lateinamerikas, aktual. Neuausgabe Stuttgart 2009 (Reclam-Taschenbuch), 832 S.

Kreiser, Klaus / Christoph K. Neumann Kleine Geschichte der Türkei, Stuttgart 2009 (Reclam-Taschenbuch), 529 S.

Mann, Michael (Hg.): Die Welt im 19. Jahrhundert, Wien 2009 (Globalgeschichte. Die Welt 1000-2000, Bd. 6), 376 S.

Marx, Christoph: Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart, Paderborn 2004, 391 S.

Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2011 (Sonderausgabe), 1568 S.

Osterhammel, Jürgen / Jan C. Jansen: Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen, 7. Aufl., München 2012, 144 S.

Reinhard, Wolfgang: Kleine Geschichte des Kolonialismus, 2. vollst. überarb. u. erw. Aufl., Stuttgart 2008 (Kröners Taschenausgaben, Bd. 475), 434 S.

Reybrouck, David van: Kongo – Eine Geschichte, München 2012, 783 S.

Sieder, Reinhard / Ernst Langthaler (Hg.): Globalgeschichte 1800-2010, Wien / Köln / Weimar 2010, 588 S.

Wende, Peter: Das britische Empire. Geschichte eines Weltreichs, 2. Aufl., München 2009, 367 S. (bpb-Schriftenreihe Band 1254)

Wendt, Reinhard: Vom Kolonialismus zur Globalisierung. Europa und die Welt seit 1500, Paderborn 2007, 440 S.

Zöllner, Reinhard: Geschichte Japans. Von 1800 bis zur Gegenwart, 2. durchgeseh. Aufl., Paderborn 2009, 457 S.

Ein weiteres Angebot zum Thema

Der Autor

Prof. Dr. Jürgen Osterhammel ist seit 1999 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Konstanz. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die neuere Geschichte Chinas, die Geschichte internationaler und interkultureller Beziehungen, Kolonialismus, Imperialismus sowie Ideengeschichte, Historiographiegeschichte und Geschichtstheorie. Sein Buch Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts (München 2009, 5. Aufl. 2010) wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet. Gemeinsam mit Akira Iriye (Harvard) ist er Herausgeber einer sechsbändigen Geschichte der Welt (München 2012 ff.).

Derzeitiges Forschungsgebiet: Raum- und Zeitstrukturen historischer Prozesse, vor allem am Beispiel des 19. Jahrhunderts.

Jüngste Buchveröffentlichungen:

mit Jan C. Jansen: Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen, 7., neubearb. Aufl., München 2012;

mit Niels P. Petersson: Geschichte der Globalisierung. Dimensionen – Prozesse – Epochen, 5. Aufl., München 2012 (amerikanische Ausgabe 2005);

mit Fritz Stern (als Hg.): Moderne Historiker. Klassische Texte von Voltaire bis zur Gegenwart, München 2011.

Impressum

Herausgeberin:
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:
Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Cornelius Strobel (Volontär)

Gutachten und redaktionelle Mitarbeit:
Prof. Dr. Sebastian Conrad, Friedrich-Meinecke-Institut – Neuere Geschichte, FU Berlin; Christine Hesse, Bonn; Jutta Klaeren, Bonn; Prof. Dr. Friedrich Lenger, Historisches Institut – Neuere Geschichte I, Justus-Liebig-Universität Gießen; Christine Maevis, Köln; Cornelius Strobel, Bonn; Jacqueline Tirai, Aachen

Titelbild:
Schnelltriebwagen der Firma Siemens & Halske auf der Versuchsstrecke Marienfelde – Zossen, veröffentlicht in der „Berliner Illustrirten Zeitung" 40/1903 – ullstein bild

Kartenteil:
Dr. Hans-Joachim Kämmer, Ingenieur- und Redaktionsbüro für Kartographie, 12109 Berlin

Umschlag-Rückseite:
Leitwerk, 50672 Köln

Gesamtgestaltung:
KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Melli-Beese-Straße 19, 90768 Fürth

Druck:
STARK Druck GmbH + Co. KG, 75181 Pforzheim

Vertrieb:
IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:
vierteljährlich
ISSN 0046-9408, Auflage dieser Ausgabe: 650 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
Juni 2012

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Die Auswahl von Abbildungen, Karten und Zusatzmaterial sowie der Zeittafeln erfolgte durch die Redaktion.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Bundeszentrale für politische Bildung c/o IBRo,
Kastanienweg 1, 18184 Roggentin
Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bpb@ibro.de

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-**Anmeldungen oder Änderungen** der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der links oben genannten bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte **(bitte keine Bestellungen)** steht das Infotelefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 Montag bis Donnerstag zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 8.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Verfügung.